C 21734 D

FRANCO–SPANIEN: LETZTER AKT S.7



Arbeiterkampf

Jg.5 Nr. 68 21.10.75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Portugal

Volksoffensive gegen Konterrevolution

Die im September gebildete Regierung Azevedo sieht sich einer immer breiteren und militanteren Volksoffensive in den Betrieben, Kasernen, Stadtteilen und auf dem Lande gegenüber. Der von der Regierung Azevedo im Interesse der Reaktion und des Imperialismus übernommene Auftrag – Eindämmung und Zurückdrängung des revolutionären Prozesses, Durchsetzung eines „Sparprogramms" zu Lasten der Werktätigen, Wiederherstellung der bürgerlichen Disziplin in den Streitkräften, Verdrängung der Linken aus den Massenmedien u.a. – stößt auf immer größere Schwierigkeiten. Portugal erlebt die stärkste Massenmobilisierung seit den Tagen nach dem 25. April 1974, jedoch auf einem weit höheren politischen Niveau.

Mit zwei Maßnahmen hatte sich die Regierung Azevedo Ende September ‚eingeführt': Mit der militärischen Besetzung sämtlicher Rundfunksender und mit der Einleitung der Bildung einer konterrevolutionären Stoßtruppe, der AMI (‚Militärische Eingreif-Gruppe').

– Die Besetzung der Rundfunk- und Fernsehstationen erfolgte am 29. September. Sie sollte, wie es in einer Regierungserklärung hieß, *„ein nicht manipuliertes Informationswesen sichern"*, als *„außerordentliche Übergangsmaßnahme mit Blick auf die Wiederherstellung ... eines wahrhaft freien, verantwortungsbewußten und pluralistischen Informationswesens"* – sie sollte also, mit anderen Worten, die Sender zurück unter die Kontrolle der Bourgeoisie bringen. Diese Absicht scheiterte, da sich sämtliche eingesetzten Einheiten der Streitkräfte mit den Arbeitern der Sender solidarisierten, weiter gesendet wurde, und die Soldaten auch den Versuch abwiesen, sie durch „zuverlässigere" Einheiten zu ersetzen. So wurden die Truppen wenige Tage später wieder abgezogen. Lediglich der Sendeturm des von den Arbeitern selbstverwalteten ‚Radio Renascenca" wurde von reaktionären Kommando-Einheiten besetzt bzw. wird inzwischen von der Polizei „bewacht". „Radio Renascenca" hat bisher seine Sendungen nicht wieder aufnehmen können.

– Die Bildung der AMI wurde am 24. September bekanntgegeben. Sie soll, so hieß es zunächst, aus Soldaten aller drei Armee-Teile (also Landheer, Flotte und Luftwaffe) gebildet werden. Tatsache ist aber, daß für die AMI n e u rekrutiert wird, und zwar insbesondere unter den – oftmals rassistisch und antikommunistisch verhetzten – Rückkehrern aus Angola, sowie unter den früheren Angehörigen der faschistischen ‚Kommando'-Truppen, die insbesondere für die barbarischen Massaker in Mosambique und Angola verantwortlich sind. In beiden Gruppen – Angola-Rückkehrern und alten Faschisten – ist zudem die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Die AMI wird also nichts anderes sein als eine faschistische Söldnertruppe. An der Spitze der AMI steht der Faschist Melo Egidio, ehemals Gouverneur in einem Distrikt Mosambiques. Damals stellte er zur Bekämpfung der Befreiungsbewegung FRELIMO eine Bande schwarzer Söldner auf ...

Fortsetzung Seite 3

§ 218

.... Der Paragraph muß restlos weg!

Am 25.2.1975 hat das Bundesverfassungsgericht die von der SPD/FDP vorgeschlagene Firstenregelung für verfassungswidrig erklärt. Seitdem arbeitet die Koalitionsregierung an einem neuen „verfassungsgemäßen" Entwurf.

Der „neue" Entwurf

Am 25.9. ist der Entwurf zur Neuordnung des § 218 in den Bundestag eingebracht worden. Er entspricht weitgehend dem Vorschlag des Ärztetages, eine „soziale Indikation" zum Bestandteil der „medizinischen Indikation" zu erklären.

So ist der von einem Arzt mit Einwilligung der Frau vorgenommene Eingriff nicht strafbar, „wenn er unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden."

Diese Formulierung wird im Entwurf noch einmal aufgegriffen. Danach heißt es: Ein Schwangerschaftsabbruch bleibt auch dann straffrei, wenn er angezeigt ist, *„von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann."*

daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann."

Und hier scheiden sich denn auch die Geister zwischen den bürgerlichen Parteien. Fest steht, daß die Frau, die abtreiben lassen will, eine Beratung über sich ergehen lassen muß. Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, daß der Staat bei der Bestimmung der Berater seine Hand im Spiel haben müsse, während der Entwurf der Koalitionsparteien diesen Punkt sehr schwammig formuliert. Es wird nicht festgelegt, ob der „Berater" irgendwie öffentlich legitimiert sein muß.

In diesem Punkt will die CDU/CSU eine Änderung des Entwurfs dahingehend herbeiführen, daß nicht jeder Arzt ein solches Gutachten zum Schwangerschaftsabbruch erstellen kann, sondern eigens vom Staat bestimmte Ärzte oder Beratungsstellen. Daß das nicht gerade fortschrittliche Ärzte sein würden, erübrigt sich eigentlich festzustellen.

Die drei anderen „medizinischen Indikationen" sind:
- bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Schwangeren;
- wenn die Schwangerschaft auf einer Vergewaltigung beruht;
- wenn das Kind mißgebildet zur Welt kommen würde und bei einer Notlage (Die Notlage haben wir schon behandelt).

Was bedeutet dieser Entwurf ?

Aus dem Polizei-Überfall auf das Frankfurter „Frauenzentrum", aus dem Terrorurteil gegen einen Ehemann, der seiner Frau „psychische Unterstützung" beim Schwangerschaftsabbruch gegeben hatte (er wurde zu 6.000 DM Geldstrafe oder 4 Monate Gefängnis verurteilt) oder aus der Anzeige gegen die Beratungsstellenleiterin von „Pro Familia" in Augsburg wegen Vermittlung einer Abtreibungsadresse in Holland läßt sich schließen, daß insgesamt eine Verschärfung der tatsächlichen Abtreibungsbedingungen angestrebt wird.

Allein die Ärzte sahnen bei dieser „Neuregelung" ab. Der Ärztebund hat sich zu diesem „Neuentwurf" des § 218 auch schon lobend geäußert. Kein Wunder, bedeutet er doch mehr Macht, Autorität und vor allem eine neue Verdienstquelle!

Doch die Verschärfung der in den letzten Jahren relativ liberal gehandhabten Abtreibungspraxis steht nicht allein da !

Die ideologische Kampagne „Frauen zurück an den Herd", „die Mode wird wieder weiblicher" usw., die Verschräfungen bei Rezepten der Anti-Baby-Pille (siehe dazu Artikel in diesem AK) stehen im Zusammenhang mit der Verabschiedung des § 218. Auch die Kirche schaltet sich wieder ein in den Streit um die „wahre" Bestimmung der Frau. So sammelt der Generalvikar der Erzdözese München Unterschriften gegen die „Aufhebung" des § 218. Als ob es überhaupt um die Aufhebung ginge! Das ZK der deutschen Katholiken hat den Neuentwurf scharf kritisiert, weil angeblich SPD/FDP aufs Neue den Versuch unternähmen, *„den Schutz des ungeborenen Lebens zu schmälern"* („FAZ", 1.10.).

Die Schließung von Kindertagesstätten – auch gerade von kirchlichen – wird natürlich nicht erwähnt. Die

lern" („FAZ", 1.10.).
Die Schließung von Kindertagesstätten – auch gerade von kirchlichen – wird natürlich nicht erwähnt. Die

hohe Säuglingssterblichkeit in der BRD – die höchste Westeuropas – wird nicht auf die schlechte medizinische Versorgung und die unzumutbaren Bedingungen zurückgeführt, unter denen schwangere Frauen arbeiten müssen bis zuletzt aus Angst um ihren Arbeitsplatz, sondern darauf, daß die Mütter zu alt seien, wenn sie Kinder kriegen.

„Bildungsforscher" stellen fest, daß *„Hilfsarbeiter Familientradition ist." „Jungarbeiter wird man, wenn die Eltern Hilfsarbeiter sind! Denn Jungarbeiter kommen häufig aus bildungsfeindlichen* (!) *Familien."* („Hamburger Morgenpost", 28.1.75)

Diese „Wissenschaftler" fordern deshalb eine *„attraktivere Ausbildung"* und *„spezielle Maßnahmen, um das Lernen schmackhaft zu machen"*. Sehr geschmackvoll angesichts der Sparpolitik im Bildungsbereich, der besonders die Arbeiterkinder trifft, und des Abbaus von Lehrstellen! Derselbe Artikel berichtet: *„Rund zwei Drittel der etwa 250.000 Jungarbeiter sind Mädchen. Ihre Situation ist besonders stark von geringen Verdienstchancen und erhöhter Gefahr für Arbeitslosigkeit gekennzeichnet".* Deshalb: Heiraten und Kinderkriegen, heißt die Devise der bürgerlichen Demagogen !

Parallelen ?

1990 gibt es drei Millionen Deutsche weniger! – Überschrift der „Hamburger Morgenpost" vom 21.8.: „Die Deutschen sterben aus"; dieses über der „deutschen Rasse" schwebende Damoklesschwert erinnert an die Funktion der Frau unter dem

Fortsetzung Seite 2

MIR-Genosse erschossen!

Pascal Allende konnte fliehen

Nach einer Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur AP wurde Genosse Dagoberto Perez, ein führendes Mitglied der Bewegung der revolutionären Linken Chiles – MIR –, *„bei einem Gefecht mit Sicherheitskräften"* in Chile erschossen. *„Fünf Angehörige des MIR wurden gefangengenommen. Zwei Polizisten wurden verwundet"* (zit. nach „Süddeutsche Zeitung", 18./19.10.).

Vertreter des MIR in der BRD haben uns diese Meldung inzwischen leider bestätigt und ergänzend mitgeteilt, daß der Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, der offenbar an der von den chilenischen Faschisten überfallenen Sitzung teilgenommen hatte, fliehen konnte.

Mordanschlag gegen linken Christdemokraten

In der Nacht zum 7.Oktober wurde auf den in Rom lebenden chilenischen Christdemokraten Bernardo Leighton und seine Frau ein Pistolen-Attentat verübt. Beide wurden schwer verletzt.

Bernardo Leighton ist Vizepräsident der christdemokratischen Partei Chiles, zu deren linkem Flügel er gerechnet wird. Im Gegensatz zu anderen christdemokratischen Führern – wie insbesondere Parteichef Frei – hat Leighton vom ersten Tag an den faschistischen Putsch in Chile scharf verurteilt.

Der Mordanschlag auf Leighton erinnert an die Ermordung des antifaschistischen chilenischen Generals Carlos Prats in Buenos Aires / Argentinien vor einigen Monaten. In beiden Fällen sind die Auftraggeber eindeutig: *„Wer auch immer dieses Verbrechen ausgeführt hat"*, heißt es in einer Erklärung des Koordinationsgremiums der chilenischen Linken im Ausland, *„die Wahrheit ist, daß sich die Auftraggeber in Santiago/Chile befinden, wo sie eine Macht an sich gerissen haben, die von Rechts wegen dem Volk zusteht, und die stark sind durch die uneingeschränkte Unterstützung des amerikanischen CIA und der rückschrittlichsten und am meisten disqualifizierten Teile der Weltreaktion"* (nach „Lotta Continua", 9.10.).

Die Agenten und Killer des chilenischen Geheimdienstes arbeiten in allen Ländern Westeuropas. Ihre Stützpunkte sind insbesondere die chilenischen Botschaften, ihre Verbündeten sind die europäischen faschistischen Organisationen sowie allzu häufig auch die Polizei, Geheimdienste etc. der betreffenden Länder. Geleitet wird diese Tätigkeit angeblich vom chilenischen Militärattaché in Madrid, Pedro Erwing (nach „Lotta Continua", 8.10.).

Der MIR verurteilte in einer Erklärung *„das feige Attentat"* gegen Leighton, dessen Zweck es sei, *„Panik unter den chilenischen Patrioten zu verbreiten, die vom Ausland aus gegen die Tyrannei kämpfen, sowie unter den ‚antigorilla'-Sektoren der christdemokratischen Partei und des Kleinbürgertums, die sich – enttäuscht von der Militärdiktatur – dem Volkswiderstand innerhalb des Landes anschließen." „Der Mordversuch gegen einen Menschen wie Leighton muß ihn selbst ebenso wie die chilenische Linke und die ‚antigorilla'-Sektoren der Christdemokratie davon überzeugen, daß der Kampf zum Sturz der Diktatur hart und schwer sein wird, und daß man in diesem Kampf alle Methoden anwenden muß, unter Führung einer politischen Front des Widerstands...".*

Der MIR ruft angesichts der *„Internationalisierung der Repression und der kriminellen Praktiken"* des Pinochet-Regimes dazu auf, sich für konkrete Formen der Unterstützung des chilenischen Widerstands – UNO-Sanktionen, einschließlich diplomatischm, finanziellem und wirtschaftlichem Boykott, sowie Boykott-Aktionen gegen die Junta in Häfen und Fabriken – einzusetzen. (Nach „Lotta Continua", 11.10.75).

§ 218

Fortsetzung von Seite 1

Der Paragraph muß restlos weg!

Faschismus als Gebärmaschine: *„Die Frauen sollen ihrem Land und Volk Kinder schenken, Kinder, die die Geschlechterfolge fortsetzen und die Unsterblichkeit der Nation verbürgen"* (Goebbels in seinem Buch „Signale").

Auch die heute stattfindende Kampagne, daß die Frauen wieder „weiblicher" werden und nichts mehr mit Emanzipation zu tun haben „wollen" (!!), findet ihre Parallele. Eine Hauptparole der NS-Ideologie war: *„Emanzipation von der Frauenemanzipation"!*

„Das Wort Frauenemanzipation ist nur ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort und der Inhalt ist von demselben Geist geprägt. Die deutsche Frau brauchte sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Lebens nie zu emanzipieren" (Hitler, Reden, zitiert nach Petra Schneider, „Weg mit dem § 218", S. 98).

Was tun wir heute gegen den neuen Entwurf ?

Die „verfassungsmäßige" Absicherung des § 218 wird eine Beseitigung dieses Paragraphen erst wieder möglich machen, wenn eine Massenbewegung gegen den § 218 besteht, die sich gegen den bürgerlichen Staat insgesamt richten müßte.

Um dafür Voraussetzungen zu schaffen, werden wir die vorhandene Bewegung gegen den § 218 nutzen, um eine allseitige Aufklärung über den Charakter des bürgerlichen Staates zu leisten, und weitere Frauen für die Teilnahme am Klassenkampf zu gewinnen.

Für die nächste Zeit heißt das für uns:

Wir werden in der von verschiedenen Frauengruppen angekündigten Aktionswoche vom 20. – 26. Oktober verstärkt eine Agitation und Propaganda unter den Massen entwickeln, d. h. an Wochenmärkten, Einkaufszentren, Bahnhöfen usw. Diskussionen führen, Flugblätter verteilen usw. Gegebenenfalls kleine Veranstaltungen machen.

In den Gewerkschaften werden wir in der nächsten Zeit mit Hilfe von Resolutionen und Forderungen nach Einberufung von Frauenversammlungen den Protest gegen diesen Entwurf zum Ausdruck bringen.

Zur Dritten Lesung dieses Paragraphen im Bundestag werden wir eine Großveranstaltung und eine Demonstration machen.

Nutzen wir die Kampagne, um die Frauen für den Klassenkampf zu gewinnen!

NUR MIT DER PROLETARISCHEN FRAU WIRD DER SOZIALISMUS SIEGEN !

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg



Zur Frauenbewegung in der Weimarer Republik

1931 wurden der Arzt Wolf und seine Kollegin Kienle wegen gewerbsmäßiger Abtreibung verhaftet. Diese Verhaftung wurde bald zum Grund für eine Massenbewegung gegen den „Mordparagraphen", in die die KPD organisierend mit der Parole „Dein Körper gehört Dir" eingriff. Die elende materielle Situation der Werktätigen und die miserable medizinische „Versorgung" der Bevölkerung waren der Grund für diese schnell sich ausbreitende Massenbewegung. Ärzte rechneten 1931 Deutschland mit rund einer Million illegaler Abtreibungen – davon 44.000 mit tödlichem Ausgang.

Die Ärzte Wolf und Kienle wurden wieder aus dem Gefängnis entlassen!

Wie ist der Kampf gegen den §218 weiterzuführen ?

Zum Kampf gegen den § 218 liegen zwei zentralisierte Initiativen vor:

– Die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" plant eine Aktionswoche gegen den § 218 vom 20. – 25. Oktober, sowie eine zentrale Demonstration am 26. Oktober in Frankfurt. Der Aufruf der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" ist unterzeichnet von zahlreichen Frauengruppen, sowie einzelnen „fortschrittlichen Persönlichkeiten" – Bloch, Zwerenz, Flechtheim, Chotjewitz, Walraff, Betriebsräte, Journalisten etc.

– Der KBW will mit seinen „Komitees gegen den § 218" zur Behandlung des § 218 im Bundestag örtliche Demonstrationen durchführen.

In diesem Artikel wollen wir uns mit den beiden Initiativen auseinandersetzen.

„Aktion gegen das Abtreibungsverbot"

Die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" hat sich das Ziel gesetzt, so heißt es in ihrem Aufruf, *„die Gegner des § 218 ... für eine gemeinsame Kampagne zu gewinnen. „Bundesweite Protestaktionen"* müßten *„verhindern, daß der Bundestag ohne weiteres (?) sein Indikationsmodell über die Bühne bringen kann ..."*.

Der Aufruf betont mehrfach die Notwendigkeit, *„a l l e Gegner des Abtreibungsverbots auf breiter Basis zusammenzuschließen"*, *„a l l e Frauen und Männer ... in den Kampf gegen den § 218 einzubeziehen"*, der *„Widerstand"* müsse *„so breit wie möglich zum Ausdruck gebracht werden"*.

Dies können wir nur voll unterschreiben. Es stellt sich allerdings die Frage, wie weit gerade die Unterzeichner des Aufrufs insgesamt bereit sind, mit diesem richtigen Prinzip – nämlich a l l e Gegner des § 218 zusammenzuschließen! – auch wirklich ernst machen wollen. Also auch, wieweit die unterzeichnenden Gruppen und Persönlichkeiten bereit sind, auch mit Kommunisten („K-Gruppen") zusammenzuarbeiten, die in der bisherigen Kampagne gegen den § 218 eine wesentliche Rolle gespielt haben. Tatsache ist, daß verschiedene der Unterzeichner Organisationen und Gruppen angehören oder nahestehen, die bisher eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnen („Unvereinbarkeitsbeschlüsse").

Tatsächlich enthält bereits der Aufruf selbst an einer Stelle die Einschränkung, daß *„alle Frauengruppen, Organisationen und Einzelpersonen,* ***die den Aufruf der Aktion gegen das Abtreibungsverbot unterstützen"***, sich *„zu örtlichen Koalitionen und Aktionseinheiten zusammentun"* sollten, also anscheinend die Anerkennung des Aufrufs schon als Vorbedingung.

Unabhängig von den Absichten einzelner Unterzeichner bleibt festzuhalten, daß auch hier – genauso wie bei den 218-Komitees des KBW – n i c h t der Versuch unternommen wurde, a l l e Gegner des § 218 möglichst breit zusammenzuschließen, sondern daß ein T e i l der Bewegung dem Rest der Bewegung s e i n e Vorstellungen als fix und fertig vorzusetzen versucht. Angesichts des Zeitpunkts dieser Initiative – nämlich erst kurz vor der Beschlußfassung im Bundestag – ist wohl auch der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es sich hier – wiederum unabhängig von den Absichten einzelner Unterzeichner – um einen sozialdemokratischen Versuch handelt, sich im letzten Moment an die Spitze der Bewegung gegen den § 218 zu stellen und diese Bewegung so aufzufangen – insbesondere auch angesichts der relativ starken Bonner Demonstration der 218-Komitees des KBW.

Der Aufruf stellt die Parole auf: *„Trotz Karlsruher Urteil – Weg mit dem § 218!"*. O f f e n bleibt die Frage, wie diese radikal formulierte Parole zu v e r w i r k l i c h e n ist, nachdem der § 218 vom „Obersten Gericht" der BRD als Teil der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" zementiert worden ist. Der Aufruf enthält lediglich den Hinweis: *„Die AKTION 218 hat 1972/73 gezeigt, daß durch eine breite Mobilisierung des Protests die Regierung zu Zugeständnissen gebracht werden kann"*. Diese Behauptung wird aber gerade durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und durch den Stand der Diskussion zwischen den bürgerlichen Parteien um die „Neufassung" des § 218 widerlegt.

Faktisch sind die scheinbar gemachten Zugeständnisse schon wieder vom Tisch. Was bleiben soll, ist eine geringfügige „Reform" auf dem Papier, und eine v e r s c h ä r f t e Anwendung des § 218 in der Praxis.

Tatsächlich war die bisherige Bewegung gegen den § 218 n i c h t in der Lage, den Staat zu Zugeständnissen zu zwingen – und erst recht wird sie das nach dem Karlsruher Urteil nicht können, ohne sich entscheidend zu verbreitern und eine neue Qualität – Kampf gegen die „Verfassungsmäßigkeit" und „Legalität" des bürgerlichen Staates – anzunehmen.

Was diese Notwendigkeit angeht, steht der Aufruf der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" auf demselben Niveau wie die bisherige Ausrichtung der 218-Komitees des KBW, die ebensowenig eine P e r s p e k t i v e für den Kampf gegen den § 218 angeben.

§218-Komitees des KBW

Nach der Bonner Demonstration hat der KBW am 11./12. Oktober seine 218-Komitees zu einer „Delegiertenkonferenz" in Frankfurt zusammengerufen. Die Anwesenheit einer „Delegation" des KBW unter Leitung von „ZK"-Mitglied Fochler auf der „Delegiertenkonferenz" machte deutlich, daß die Komitees ihre „überparteiliche" Tarnung nunmehr wohl auch ganz offiziell abzulegen begonnen haben.

Die „Delegiertenkonferenz" gab eine Erklärung ab, die mit dem üblichen hanebüchenen Zeug beginnt: *„Die Forderungen der Komitees sind richtig. Sie haben ihre Kraft bewiesen, die Massen (?!) im Kampf gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung durch den § 218 zusammenzuschließen und zu führen (?!)"*. Konkret wurde festgelegt, zur Bundestagsberatung örtliche Demonstrationen durchzuführen.

Praktisch sieht das z. B. in Hamburg so aus, daß das 218-Komitee des KBW in einem Brief mitteilt, daß es eine Demonstration durchführen wird, unter den bekannten Losungen des KBW („Volksentscheid"), und: **„Wir fordern Euch auf, diese Demonstration zu unterstützen"**. Dieser Brief ging an Jusos, DKP, KB, „KPD/ML", Amnesty International, Verein zur Bekämpfung der Rauschgiftgefahr usw. usf.

Niemand, nicht einmal der KBW wird behaupten können, daß ein solches Vorgehen noch irgendetwas mit einem ehrlichen Bemühen um ein möglichst breites Vorgehen gegen den § 218 zu tun hat – der Bewegung gegen den § 218 wird nur noch das „Angebot" gemacht, die vom KBW festgelegten Parolen zu „unterstützen". Dabei weiß der KBW natürlich von vornherein ganz genau, daß – von allen übrigen Problemen abgesehen – jedenfalls k e i n e der angesprochenen Gruppen und Organisationen bereit ist, die Forderung nach „Volksentscheid" zu unterstützen. Der KBW setzt also von vornherein auf eine weitere Spaltung der Bewegung gegen den § 218.

Zusätzlich zu den bisher erwähnten Argumenten gegen die „Volksentscheid"-Parole (siehe dazu vor allem AK 65) muß auch festgestellt werden, daß bei den Parolen des KBW und seiner Komitees wesentliche Forderungen der Bewegung gegen den § 218 einfach unter den Tisch gefallen sind – daß die Abtreibung kostenlos sein soll (Zahlung durch die Krankenkasse), daß die Krankenhäuser zur Durchführung der Abtreibung verpflichtet werden müssen, sowie die Forderung nach Entwicklung besserer Verhütungsmittel und deren Bezahlung durch die Krankenkassen. Der KBW fordert in seinen Parolen lediglich die Legalisierung der Abtreibung, läßt aber die entscheidende Frage offen, unter welchen Bedingungen diese durchgeführt werden soll. Anstelle dieser für die Bewegung gegen den § 218 tatsächlich r e l e v a n t e n Fragen hat der KBW mit seinen Komitees die Frage des „Volksentscheids" (bzw. die Propaganda für diesen) zur zentralen Frage gemacht, mit der er die Bewegung gegen den § 218 zu spalten versucht. Das zeigt erneut, wie wenig es dem KBW in Wirklichkeit darum geht, gegen die Bedingungen zu kämpfen, unter denen heute die proletarischen Frauen abtreiben oder Kinder kriegen müssen.

Eine breite Bewegung gegen den § 218 bilden!

Worauf es ankommt, ist der Aufbau einer breiten Bewegung, die a l l e Menschen zusammenschließt, die gegen das Abtreibungsverbot kämpfen wollen. Stattdessen wird gegenwärtig von verschiedenen Seiten versucht, den Zusammenschluß a l l e r zwar in Worten zu beschwören, aber in der einen oder anderen Form die Bewegung gegen den § 218 aufzuspalten und damit zu schwächen.

Wenn wirklich a l l e Menschen zusammengeschlossen werden sollen, die gegen das Abtreibungsverbot kämpfen wollen, muß auf einen Zusammenschluß ohne Diskriminierung einzelner Gruppen und Organisationen hingearbeitet werden, soweit diese bereit sind, einen konkreten Beitrag zum Kampf gegen den § 218 zu leisten. Es darf nicht die Anerkennung einer vorgefertigten Plattform eines T e i l s der Bewegung zur Voraussetzung eines Zusammenschlusses gemacht werden. Es darf nicht die Anerkennung einer bestimmten (angeblichen) Kampfform (speziell „Volksentscheid") zur Voraussetzung eines Zusammenschlusses gemacht werden.

Es sollte allerdings zumindest der Kern der Bewegung gegen den § 218 auf einer diskutierten Minimalplattform zusammengeschlossen werden, die unserer Meinung nach enthalten müßte: Legalisierung der Abtreibung ohne Bevormundung durch Staat und Ärzte, Verpflichtung der Krankenhäuser zur Durchführung, Zahlung durch die Krankenkassen, Bezahlung der Fehlzeit am Arbeitsplatz, sowie die Forderung nach der Entwicklung besserer – einfacher, sicherer und unschädlicher – Verhütungsmittel und deren kostenloser Abgabe, um zu verdeutlichen, daß die Abtreibung nicht die „ideale" Lösung des Problems der Verhütung darstellt.

Die Aufgabe des Zusammenschlusses der Bewegung gegen den § 218 steht vor denselben Problemen, vor denen heute j e d e r Versuch des Aufbaus einer Massenbewegung steht: „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" (SPD, DKP), „links"-sozialdemokratische Kanalisierungsversuche, Spaltungsversuche einzelner Organisationen auf der Jagd nach der „Führung" der Bewegung, Unklarheit über die Festlegung der richtigen Minimalforderungen für einen Zusammenschluß u. a.

Damit wird noch einmal deutlich, daß der Kampf gegen den § 218 nicht zu trennen ist von der Entfaltung und Organisierung von Massenkämpfen allgemein, vom Zusammenschluß breiter Massen im Kampf für ihre Interessen allgemein.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Rausschmiß wegen Teilnahme an § 218-Demonstration !

Zwei Schülerinnen des Vereins „Zweiter Bildungsweg e. V." in Freiburg wurden jetzt wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration gegen den § 218 am 19. 9. bestraft. Auf der Demonstration war gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts protestiert und die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert worden.

Als die Teilnahme der beiden Schülerinnen bekannt wurde, verhängte die Leitung des „Vereins", eine Einrichtung der katholischen Kirche (!), harte Disziplinarmaßnahmen gegen die Mädchen. Eine der Schülerinnen, die sich noch in der Probezeit befand, wurde sofort von der Schule verwiesen. Ihre Mitschülerin, die kurz vor dem Abitur steht, wurde für 14 Tage vom Unterricht ausgeschlossen!

Begründet wurden diese reaktionären Maßnahmen mit den Zielen der Schule, die als Einrichtung der katholischen Kirche auch voll mit deren Zielen übereinstimme.

Gegen diese politische Disziplinierung haben sich mehr als 100 der 130 Schulbesucher in einer Protesterklärung gewandt.

IKAH (Arbeiterhilfe)

Reaktionäre Ärzte verschärfen Kampf gegen Abtreibungen

Vorstandsmitglieder der „Europäischen Ärzteaktion" – eine Gruppe von Medizinern, die gegen die Schwangerschaftsunterbrechung sind – verlangen die Schließung von Abtreibungskliniken in Holland. Sie haben sich mit einem Schreiben an Königin Juliane und an das niederländische Kabinett gewandt.

Diese Gruppe reaktionärer Ärzte aus der BRD und der Schweiz greift die holländischen Kliniken als „Abtreibungsfabriken" an, in denen *„täglich mehr als 500 ungeborene Kinder liquidert werden"* (lt. „Frankfurter Rundschau" vom 25.9.75).

In äußerst demagogischer Weise ziehen diese Standesvertreter das faschistische „Euthanasie"-Programm im dritten Reich zur Stützung ihrer Angriffe heran; sie schreiben, daß man im Kriege Geisteskranke getötet habe, da sie für das Volk eine Last gewesen seien. Nun töte man in den Abtreibungskliniken gesunde ungeborene Kinder, weil sie für die Eltern eine Belastung darstellen.

Dieser Vergleich hinkt natürlich hinten und vorne; die Massenmorde an „Geisteskranken" (die auch noch sehr oft Demokraten und Kommunisten waren) waren direkter Bestandteil der faschistischen Ideologie und dienten außerdem dazu, dem Kapital „unnötige Lasten" zu ersparen, um alle Mittel für die imperialistische Politik freizusetzen; dabei hat die Bevölkerung selbst nichts zu sagen gehabt. Im Falle einer Schwangerschaftsunterbrechung entscheidet die Frau jedoch selbständig über ihre eigene Zukunft und über ihr eigenes Leben; allein bei ihr liegt die Entscheidung, ob sie sich gerade ein Kind wünscht und diesem auch ein materiell gesichertes Leben und eine menschenfreundliche Erziehung bieten kann.

Ein Genosse der Krankenhauszelle
Altona/St. Georg
KB/Gruppe Hamburg

Abtreibung in Österreich

„Das Volk selber soll entscheiden"

Die bekannte KBW-Forderung zum § 218 „Das Volk selber soll entscheiden!" wird demnächst in Österreich Wirklichkeit werden.

Gegen die dort im September 1973 Gesetz gewordene Fristenregelung hat die Reaktion und der Klerus eine Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid durchgeführt. 752.000 Unterschriften wurden dafür gesammelt (KBW-Komitees in der BRD: ca. 600.000).

30.000 Unterschriften hätten zur Erzwingung eines Volksentscheids ausgereicht.

Mag nun „das Volk" vielleicht für die Beseitigung der Fristenregelung in Österreich entscheiden – dem formalen Demokratismus des KBW wäre Genüge getan. Ebenso wie bei der Volksabstimmung in England für den Verbleib in der imperialistischen Gemeinschaft EG.

Soldados Unidos Vencerao!



Demonstration von Soldaten und Arbeiter- und Bewohnerkommissionen in Beja (Südportugal) Anfang Oktober gegen den versuchten Ausschluß linker Soldaten aus der Kaserne BA 11

Auf militärischer Ebene war der revolutionär-demokratische Prozeß in Portugal zunächst von fortschrittlichen Sektoren innerhalb des MFA vorangetrieben worden. Dabei handelte es sich um Offiziere zumeist kleinbürgerlicher Herkunft, die sich mit zunehmender Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen immer mehr radikalisierten und sich schließlich auch im Verlauf der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen innerhalb der Streitkräfte auf die Seite der Soldaten stellten, in dem sie sich etwa gegen die militaristische Disziplin wandten und für demokratische ADU's (Assembleia de Delegados da Unidade = Versammlung von Delegierten der Einheit) eintraten. Auf der anderen Seite bildeten diese Offiziere jedoch nur einen – keineswegs immer dominierenden – unter vielen Sektoren innerhalb des MFA, das auch bonapartistische, sozialdemokratische und reaktionäre Sektoren umfaßte. Dieses von antagonistischen inneren Widersprüchen zerfressene MFA ist nun im Verlauf des „schleichenden Putsches", der konterrevolutionären Offensive, handlungsunfähig gemacht worden und mehr oder weniger in den Streitkräften aufgegangen, deren mehrheitlich reaktionäre Offiziere verstärkt den Wiederaufbau eines „disziplinierten" bürgerlichen Heeres betreiben, das wieder in seine Funktion als willfähriges Unterdrückungsinstrument eingesetzt werden kann.

SUV – Soldaten organisieren sich gegen die Reaktion

Gegen diese Entwicklung schlossen sich seit Anfang September Soldaten zur SUV (Soldados Unidos Vencerao = Vereinigte Soldaten werden siegen) zusammen, ausgehend von den Einheiten der Militärregion Nord, in der die reaktionären Offiziere ein besonders deutliches Übergewicht hatten, was sich u.a. in der Absetzung des fortschrittlichen Kommandanten der Militärregion, Brigadegeneral Corvacho, in Entlassungen und Versetzungen zahlreicher fortschrittlicher Offiziere und Soldaten und im tatenlosen Zuschauen, ja teilweise sogar in der Unterstützung bei reaktionären Überfällen auf die Büros fortschrittlicher Parteien und Organisationen äußerte.

In ihrem Manifest rief die SUV zu einer „autonomen Offensive mit Klassencharakter" auf und gab als ihre Ziele an: den Kampf *„für ein demokratisches Leben in den Kasernen (Durchsetzung von Wahlen und demokratischem Funktionieren der ADU's, freie Verbreitung der Presse und der Propaganda der Arbeiter und des Volkes, Abhaltung von Soldatenvollversammlungen, wann immer wir das wollen)"*; *„für die Bildung von Soldatenkommissionen als Machtorgane der uniformierten Werktätigen in den Kasernen, die jederzeit von Soldatenvollversammlungen gewählt und abgewählt werden können"*; *„für die Bestärkung und Vertiefung der Verbindung zu den Organen der Volksmacht (Arbeiterkommissionen, Dorfräte und Bewohnerkommissionen)"*; *„für die Vertreibung der reaktionären Offiziere"*; *„gegen die Versuche, fortschrittliche Offiziere zu entfernen"*; *„für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Soldaten"* („Poder Popular", 25.9.)

Gegenüber dem MFA unterscheidet sich die SUV durch zwei grundlegende Merkmale.

Zum einen hat sie einen vollkommen anderen Klassencharakter: die SUV verzichtet zwar nicht auf die Mitarbeit fortschrittlicher Offiziere kleinbürgerlicher Herkunft, ist aber eine Organisation von Soldaten, also von uniformierten Werktätigen, in der das proletarische Element sowohl in der quantitativen Zusammensetzung als auch in der politischen Ausrichtung der Organisation eindeutig dominiert. Zum anderen war das MFA ein Bündnis, in dem die unterschiedlichsten politischen Strömungen – von reaktionären über sozialdemokratische bis hin zu radikaldemokratischen Tendenzen – vertreten waren, während die SUV eine Organisation revolutionärer Soldaten ist. Der eindeutige Klassencharakter und die klare politische Stoßrichtung der SUV finden auch in der Reaktion der Parteien auf ihre Initiativen ihren Widerhall: Demos der SUV werden von der FUR und der UDP unterstützt, während die bürgerlichen Parteien, die – in welcher Form auch immer – das MFA unterstützten oder zu unterstützen vorgaben, sie in die Kategorien „Disziplinlosigkeit" und „Anarchie" einordnen.

Die PCP-Führung hat es bislang sorgfältig vermieden, zur SUV unmißverständlich Stellung zu beziehen. Sie ist sich einerseits darüber im Klaren, daß ihre Basis ohnehin die SUV unterstützt, und andererseits nicht mehr in der Lage, dieses Bündnis mit der revolutionären Linken zu verurteilen, ohne den Verlust eines beträchtlichen Teils ihrer Mitglieder zu riskieren.

Die Demonstration der SUV in Lissabon

Obwohl die SUV eine illegal arbeitende Soldatenorganisation ist (wenn Mitglieder der Organisation beispielsweise Pressekonferenzen machen, treten sie mit Kapuzen verkleidet auf), beschränkt sich ihre politische Massenarbeit nicht auf den militärischen Bereich, sondern bemüht sich intensiv, mit den Arbeiter- und Bewohnerkommissionen enge Verbindungen herzustellen. Der Erfolg dieser Arbeit wird u.a. darin sichtbar, daß die Demonstrationen, zu denen die SUV aufruft, massiv von Arbeiter- und Bewohnerkommissionen unterstützt werden; so nahmen an der ersten Demonstration der SUV am 10. September in Porto über 40.000 Menschen teil.

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung Seite 4

Portugal

Volksoffensive gegen Konterrevolution

Fortsetzung von Seite 1

– Am 17. Oktober ordnete Präsident Costa Gomes, in seiner Eigenschaft als Generalstabschef der Streitkräfte an, daß innerhalb von acht Tagen alle Kriegswaffen, die sich in den Händen von Zivilisten befinden, abgeliefert werden müssen. Nach Ablauf dieser Frist werden strenge Strafen angedroht – Gefängnis bis zu acht Jahren, und zwar auch für alle Formen von ‚Mittäterschaft' (Transport, Weitergabe, Aufbewahrung etc.). Diese Maßnahme richtet sich gegen die zunehmende Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die Notwendigkeit der bewaffneten Selbstverteidigung gegen einen faschistischen Putsch.

Bereits am 16. Oktober hatte der Revolutionsrat eine Resolution verfaßt, die die gesamten Streitkräfte auffordert, *„sofort Maßnahmen zu ergreifen, die die Stärkung ihrer Einheit, Disziplin (!) und Einsatzfähigkeit garantieren"*. Ministerpräsident Azevedo hatte schon zuvor gedroht: *„Wenn wir noch länger als eine Woche warten* (womit?! – Anm. AK), *wird die militärische Disziplin ganz zusammenbrechen"* („SZ", 14.10.).

Gerade das ständige Gejammer über die ‚Disziplinlosigkeit' in der Armee zeigt die Heuchelei der Reaktionäre und Sozialdemokraten, die ihren eigenen Reden zufolge den „demokratischen (!) Sozialismus" auf ihre Fahnen geschrieben haben, aber die auf jede w i r k l i c h e Demokratisierung, sei es nun in den Kasernen, in den Massenmedien oder sonstwo, hysterisch reagieren.

Das Gejammer über die ‚Disziplinlosigkeit' ist aber auch der deutlichste Ausdruck vom Scheitern aller Absichten von Reaktion und Sozialdemokratie, sich die Streitkräfte sozusagen auf dem Verwaltungsweg zurückzuerobern – durch einzelne Entlassungen, Versetzungen und Absetzungen revolutionärer Soldaten und Offiziere, durch Auflösung einzelner fortschrittlicher Einheiten usw. Das beste Beispiel für das totale Scheitern dieser Versuche ist der Kampf der Soldaten von Porto (siehe Artikel in diesem AK).

Wohl etwas voreilig sind die Regierungen der EG zu dem Schluß gekommen, daß nach Bildung der Regierung Azevedo die Garantie für den Vormarsch der Reaktion in Portugal gegeben sei: Am 7. Oktober beschloß der Ministerrat der EG, der Regierung Azevedo „schleunigst" mit einem außerordentlich billigen und



langfristigen Kredit von rund 460 Mio. DM unter die Arme zu greifen, wozu noch einzelne Kredite kommen sollen – BRD 70 oder 80 Mio. DM, Niederlande 50 Mio. DM u.a.. Zuvor hatte sich die EG monatelang geweigert, Portugal diesen Kredit zu geben und hatte Portugal damit offen zu erpressen versucht. Bereits unmittelbar nach Bildung der Regierung Azevedo hieß es dann jedoch, daß die EG-Imperialisten „nunmehr sprechbereit" seien, *„wenn sich die Erwartungen erfüllen, die man in die neue Regierungsbildung setzt"*, da *„jetzt eine demokratische (?) Entwicklung in Portugal als möglich erscheint"* (laut „FAZ", 17.9.). Die Zusage des Kredits wurde denn auch damit begründet, die Imperialisten hätten *„angesichts der neuen Entwicklung in Portugal ihre bisherigen Vorbehalte aufgehoben"* („FAZ", 7.10.).

Wenn sich die Imperialisten da nur nicht täuschen! Azevedo hat sich zwar inzwischen in mehreren Reden gegen „revolutionäre Exzesse" gewandt, die Portugiesen müßten weniger konsumieren, aber dafür mehr arbeiten, die „Freiheit" sollte *„mit Maßen gebraucht werden"*; auch gegen *„überhöhte Lohnforderungen"* wetterte Azevedo öffentlich.

Die Arbeiter müßten aufhören, *„ihre Zeit mit nicht enden wollenden politischen Diskussionen zu vergeuden"*! („SZ", 15.10.). Indessen scheinen solche Schnacks bei den portugiesischen Werktätigen nicht besonders gut angekommen zu sein, sondern haben nur noch deutlicher gemacht, was von dieser Regierung zu erwarten ist.

Eine besonders üble Rolle spielt die PS von Soares. Nachdem sie bereits die Besetzung der Rundfunkstationen unterstützt hatte, wartete sie einige Tage später mit einem weiteren Manöver auf: In der Nacht zum 1. Oktober verbreitete die PS das Gerücht, ein Putsch linker Organisationen (F.U.R.) sowie von Teilen der Armee (RALIS u.a.) stünde unmittelbar bevor. Die Anhängerschaft der PS wurde in Bewegung gesetzt, in Porto ließ die PS von ihren Anhängern sogar Barrikaden errichten.

Die PS-Führung hat damit eine Art Generalprobe auf den konterrevolutionären Putsch gegeben; zugleich hat sie vorgeführt, wie sie mit niederträchtigen Gerüchten der Reaktion einen Vorwand zum ‚Zuschlagen' geben möchte.

Ein Ergebnis dieser miesen konterrevolutionären Politik ist jedoch, daß die Mobilisierungsfähigkeit der PS enorm gesunken ist. Ihre Versuche, in Lissabon und Porto Massenmobilisierungen zur Unterstützung Azevedos auf die Beine zu stellen, scheiterten kläglich! – In diesem Zusammenhang sei noch einmal erwähnt, daß die J u s o s in nächster Zeit 100.000 Mark zur Unterstützung der PS sammeln wollen – wohl das erste Beispiel, daß sich sogenannte „linke" Sozialdemokraten so eindeutig und offen für die Konterrevolution engagieren, zudem Seite an Seite mit dem CIA, der gleichfalls zu den Geldgebern des Provokateurs Soares gehört.

Reaktion und Konterrevolution haben es mit einer immer stärkeren und breiteren Bewegung zu tun: An erster Stelle sind die Kämpfe der revolutionären Soldaten zu nennen, die in mehreren Kasernen bis an den Rand des Bürgerkriegs führten und die in allen Fällen mit Niederlagen der Reaktion endeten. Diese Kämpfe wurden wiederum unterstützt von den werktätigen Massen, wie vor allem in Porto und Beja (siehe Artikel in diesem AK). Die Parole der revolutionären Soldaten „Soldados sempre ao lado do povo" (Soldaten stets an der Seite des Volkes) wurde ergänzt durch die Umkehrung „Povo sempre ao lado dos soldados". Auf die Angriffe der Kapitalisten antworteten die Metallarbeiter mit einer Riesendemonstration in Lissabon (150.000 Menschen) sowie einem Generalstreik, der im Gegensatz zu früheren Fällen diesmal fast total befolgt wurde. Auch die Landarbeiter haben ihre Kämpfe verstärkt. In allen diesen Kämpfen verschmelzen ökonomische Forderungen immer stärker mit dem politischen Kampf gegen die Regierung Azevedo und gegen die Konterrevolution.

Die Führung dieser Kämpfe hat eindeutig die FUR übernommen, die revolutionäre Einheitsfront von sechs linken Organisationen. Die PCP ist zwar immer noch in der Lage, proletarische Massen zu mobilisieren, sie hat aber durch ihre Beteiligung an der volksfeindlichen Regierung Azevedo stark an Glaubwürdigkeit verloren. Dies versucht sie in letzter Zeit wieder durch stärkere Demagogie („Avante" der PCP vom 9.10.: „Die revolutionären Kräfte gehen zur Gegenoffensive über") und durch Kritik an der Regierung Azevedo wett zu machen. Sicher bleibt die Tatsache, daß die PCP nach wie vor, durch ihre proletarische Massenbasis, ein unentbehrlicher Teil der Kampffront gegen Reaktion und Sozialdemokratie ist. Tatsache ist aber auch, daß diese Basis in der Praxis mehr und mehr den Parolen der FUR folgt, und daß fast alle Massenmobilisierungen von der FUR organisiert wurden, während die PCP-Führer am Rande mitliefen.

In Portugal wird heute eine Schlacht geschlagen, deren Bedeutung für die Zukunft Europas und überhaupt der internationalen Arbeiterbewegung noch gar nicht voll abzusehen ist. Niemals in den letzten Jahrzehnten hat es in Westeuropa eine revolutionäre Bewegung gegeben, die mit der portugiesischen auch nur annähernd vergleichbar ist. Hier einen Sieg über Reaktion und Imperialismus zu erringen, würde bedeuten, daß der Sozialismus in Westeuropa einen Brückenkopf gewonnen hat, es würde eine enorme Ausstrahlung insbesondere auf Länder wie Italien und auch Frankreich haben, mit Rückwirkungen in allen kapitalistischen Ländern und sicher auch in den revisionistischen Ländern. Es würde darüber hinaus bedeuten, den Kriegsvorbereitungen des Imperialismus eine Niederlage zu bereiten, vor allem angesichts der „strategischen" Bedeutung Portugals. Gerade deshalb unternimmt der Imperialismus a l l e Anstrengungen, um die portugiesische Revolution zu zerstören, und sei es durch ein faschistisches Blutbad wie in Chile. Die westdeutsche Linke muß diese Situation begreifen. Solidarität zu organisieren, wenn ein faschistischer Putsch bereits Erfolg gehabt hat, nützt den portugiesischen Werktätigen relativ wenig! H e u t e müssen alle Anstrengungen gemacht werden, a l l e Kräfte eingesetzt werden, um auch in der BRD die größtmögliche Solidarität mit der portugiesischen Revolution zu erreichen. ●

Portugal:

Soldados Unidos Vencerao!

Fortsetzung von Seite 3

Im Norden entstanden, dehnte sich die SUV rasch aus und ist inzwischen auf Landesebene breit verankert. Für den 25. September hatte die SUV zu einer Demonstration in Lissabon aufgerufen, die von unzähligen Arbeiter- und Bewohnerkommissionen unterstützt wurde. Nach unterschiedlichen Schätzungen nahmen zwischen 100.000 und 150.000 Menschen, darunter wenigstens 15.000 Soldaten, an dieser Demonstration teil, deren Parolen waren: „Soldaten immer, immer an der Seite des Volkes!", „Reaktionäre raus aus den Kasernen!", „Portugal wird nicht das Chile Europas sein!", „Tod dem ELP und denen, die es unterstützen!" und „Arbeiter und Bewohner: Volksversammlungen!"

Nach der Schlußkundgebung entstand aus der Demonstration heraus eine wichtige Aktion: einige Tage zuvor waren zwei Soldaten des Infanterieregiments von Mafra verhaftet und ins Militärgefängnis Trafaria gebracht worden, weil bei ihnen Propagandamaterial der SUV gefunden worden war! Auf der Schlußkundgebung der Demonstration wurde dann der Vorschlag gemacht, am nächsten Tag eine Demonstration nach Trafaria (am Südufer des Tejo, etwa 20 km von Lissabon entfernt) zu veranstalten, worauf aber ein großer Teil der Anwesenden mit dem Ruf „Sofort nach Trafaria!" antwortete („O Seculo", 26.9.). Darauf zogen Tausende von Menschen zu den Depots der städtischen Omnibusgesellschaft und requirierten dort über 60 Busse, mit denen sie sofort nach Trafaria aufbrachen. Dort stießen noch weitere Demonstranten zu ihnen, die mit der Fähre nach Cacilhas übergesetzt waren und dort weitere Busse aufgetrieben hatten, oder die mit Privatfahrzeugen gekommen waren, so daß sich schließlich über 20.000 Menschen vor dem Militärgefängnis einfanden und zunächst einmal mit den Bussen alle Zufahrtsstraßen versperrten. Angesichts dieser Situation – und nachdem auch die zu Hilfe gerufenen „Comandos" (eine reaktionäre Einheit unter dem Befehl des Faschisten Jaime Neves) nach kurzer Besichtigung der Barrikaden unverrichteter Dinge wieder abgezogen waren – erklärte der Kommandant des Gefängnisses sich bereit, die beiden Soldaten freizulassen, falls General Saraiva de Carvalho persönlich zustimmen würde; und nachdem Otelo zugestimmt hatte, wurden die beiden Soldaten befreit und hielten eine kurze Ansprache, die von „Rádio Renascenca" übertragen wurde.

Die Auseinandersetzung um das CICAP in Porto

Dis bislang schärfste Auseinandersetzung auf militärischer Ebene spielte sich um das CICAP (Centro de Instrucão de Conducão Auto do Porto) ab, das seit langem als fortschrittlichste Einheit von Porto bekannt ist. Hier sollten aus durchsichtigen Gründen zwei Offiziere und fünf Soldaten versetzt werden, die allgemein als fortschrittlich bekannt waren. Daraufhin beriefen die Soldaten eine Vollversammlung ein, auf der fast einstimmig beschlossen wurde, diese Versetzung nicht hinzunehmen. Der Gegenschlag des reaktionären Kommandanten der Militärregion Nord, Brigadegeneral Pires Veloso, ließ nicht lange auf sich warten: in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober, als die meisten Soldaten schon in Wochenendurlaub gefahren waren, ließ er die CICAP-Kaserne von schwerbewaffneten COPCON-Einheiten besetzen und alle noch anwesenden Soldaten rausschmeißen und ordnete *„die sofortige Schließung der Einheit"* an („A Capital", 4.10.).

Sobald sich die Nachricht von dem Überfall verbreitete, versammelten sich Soldaten und Arbeiter vor der Kaserne, um gegen diesen reaktionären Anschlag zu protestieren und die Wiedereröffnung der Einheit zu verlangen. Die Soldaten, die die Kaserne überfallen hatten – unter dem Befehl jenes Hauptmann Trigo, der den reaktionären Überfall auf das PC-Büro in Vila Nova de Famalicão begünstigt hatte („A Capital", 5.10) – setzten reichlich Tränengas und „Warnschüsse" gegen die Menge ein. Für den 6. Oktober rief dann die SUV zu einer Demonstration auf, an der sich unter der Hauptparole „Das CICAP gehört dem Volk und nicht Veloso!" über 100.000 Menschen, darunter mehrere Tausend Soldaten, beteiligten. Es war eine der größten Demonstrationen, die jemals in Porto stattgefunden hatte, und daneben nahm sich eine für denselben Abend einberufene Demonstration der PPD *„zur Unterstützung von Pieras Veloso"* recht kläglich aus: einige hundert Menschen folgten dem PPD-Oberboß Sá Carneiro, der ihnen schließlich „zur Vermeidung schwerer Zusammenstöße" empfahl, sich still in den Nebenstraßen zu verdrükken. Die SUV-Demonstration zog zunächst zur CICAP-Kaserne und versuchte, die Besatzer zu überzeugen, sich gegen ihre Offiziere zu wenden und den revolutionären Soldaten anzuschließen. Als das nicht gelang, zogen viele Zehntausende in später Nacht zur Kaserne des RASP (Regimento de Artilharia da Serra do Pilar), dessen Soldaten sie von den Kasernenmauern herab mit erhobener Faust grüßten. Mit der Zustimmung der Soldaten des RASP wurde die Kaserne von den Soldaten des CICAP und anderer Einheiten besetzt, die folgende Beschlüsse faßten: **„1. Im RASP zu bleiben bis zur Wiedereröffnung des CICAP. 2. Elemente aus verschiedenen Einheiten zu bestimmen, die ihre Kameraden über diesen Kampf informieren sollen. 3. Die Einheiten, die Nachrichtenorgane und das Volk über unseren Kampf zu informieren. 4. Die Entfernung des Kommandanten der Militärregion Nord, Brigadegeneral Pires Veloso, zu verlangen. 5. Sofortige Wiedereröffnung des CICAP."** („A Capital", 7.10.). Die einzigen Presseorgane, die die Soldaten zur Berichterstattung auf das Kasernengelände ließen, waren bezeichnenderweise die Tageszeitungen „A Capital" und „República" und der Sender „Rádio Clube Portuguẽs" („Rádio Renascenca" konnte zu dieser Zeit bereits nicht mehr senden).

Mit der Besetzung des RASP war das Kommando der Militärregion Nord auch unter militärstrategischen Gesichtspunkten in eine schwierige Lage geraten: in der Artilleriekaserne waren so gut wie sämtliche schweren Waffen Portos konzentriert, so daß ein militärischer Angriff keine großen Erfolgschancen versprach; und ein Befehl Velosos, die Kaserne zu bombardieren, soll einfach mißachtet worden sein („A Capital", 7.10.).

Zum großen Gegenschlag holte die Reaktion zwei Tage später aus, als die PPD eine Kundgebung von mehreren Zehntausend Menschen auf die Beine brachte. Dabei wurde die Losung ausgegeben, massiv zum RASP zu ziehen, das seit seiner Besetzung durch die revolutionären Soldaten zusätzlich von Arbeitern bewacht wurde. Aus der PPD-Demonstration heraus wurden dann Pistolenschüsse abgegeben und Molotow-Cocktails geschleudert, so daß sich die Verteidiger der Kaserne – nachdem es schon über 50 Verletzte gegegeben hatte – schließlich genötigt sahen, einige Panzerwagen zum Schutz vorzufahren.

Dann trafen Veloso ergebene Militäreinheiten ein, deren Kommandant – eben jener Offizier, der den Überfall auf das CICAP geleitet hatte – die Verteidiger des RASP unter Androhung von Gewaltanwendung aufforderte, sich augenblicklich zurückzuziehen; er werde dann schon dafür sorgen, daß die PPD anschließend entmobilisieren werde. Als die Verteidiger des RASP darauf nicht eingingen, ging diese Einheit zunächst mit Tränengas gegen sie vor und eröffnete dann das Gewehrfeuer auf die Soldaten des RASP, die zurückschossen und den Angriff abwiesen. („A Capital", 9.10.)

Angesichts des entschlossenen Widerstands der revolutionären Soldaten traten die Kommandanten des Heeres alsbald die ersten Rückzugsgefechte an; so ließ der Generalstabschef des Heeres, General Fabião, überraschend verlauten: *„Im Gegensatz zu dem, was bisher verbreitet worden ist, ist das CICAP keineswegs aufgelöst worden."* („A Capital", 10.10.) und begab sich höchstpersönlich nach Porto, um eine tragbare Lösung auszuhandeln.

Demnach erklärten sich die Soldaten bereit, die Besetzung des RASP zu beenden, während Fabião die Wiedereröffnung des CICAP zugestehen mußte – und zwar unter der Leitung von Major Aragão, der während der gesamten Auseinandersetzung die revolutionären Soldaten unterstützt hatte („O Seculo", 15.9.). Damit haben die Soldaten einen wichtigen Teilerfolg errungen (Wiedereröffnung der Einheit, kein Vorgehen gegen revolutionäre Soldaten), wenngleich Brigadegeneral Pires Veloso (zumindestens vorläufig) weiterhin Kommandant der Militärregion Nord bleibt.

Soldaten immer, immer an der Seite des Volkes

Die große SUV-Demonstration in Lissabon und die Auseinandersetzung um das CICAP in Porto sind nur zwei besonders eindrucksvolle Äußerungen der Initiativen dieser Soldatenorganisation. Weitere SUV-Demonstrationen fanden statt in:

- **Beja**: hier nahmen am 1. Oktober Tausende von Menschen an einer Demonstration teil, die von FUR und UDP unterstützt wurde und an der sich neben zahllosen Landarbeitern über die Hälfte der hier stationierten Soldaten beteiligten. Als der Kommandant des dortigen Luftwaffenstützpunktes 49 Soldaten wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration auf die Azoren versetzen lassen wollte, sammelten sich nahezu 30000 Menschen aus dem gesamten Alentejo vor dem Stützpunkt an, um das zu verhindern. Schließlich mußte sogar der Kommandant der Luftwaffenregion Süd antanzen und öffentlich verkünden, die Soldaten würden nicht versetzt und hätten in Zukunft das Recht, unbehindert an „unparteilichen Demonstrationen" teilzunehmen.
- **Coimbra**: Hier nahmen am 9. Oktober ca. 25 bis 30 000 Menschen an einer SUV-Demonstration teil, die sich insbesondere gegen das Vorgehen des Kommandanten der Militärregion Mitte, Brigadegeneral Franco Charais (Mitunterzeichner des Melo-Antunes-Dokuments), wandten;
- **Evora**: auch hier nahmen am 15. Oktober viele tausend Menschen, vor allem Landarbeiter, an einer SUV-Demonstration teil.

Die massive Art und Weise, in der die portugiesischen Arbeiter und Bauern sich Demonstrationsaufrufen der SUV anschließen, hat bei der Bourgeoisie natürlich höchste Besorgnis ausgelöst. Es war in den letzten Wochen schließlich auch unverkennbar, daß diese Demonstrationen der revolutionären Linken wesentlich machtvoller ausfielen als die vergleichsweise bescheidenen Demonstrationen von PS und PPD „zur Unterstützung der militärischen Besetzung der Rundfunksender" und „zur Unterstützung der 6. Provisorischen Regierung". Die enge Verbindung zwischen Arbeitern und Soldaten, die etwa bei der Auseinandersetzung um das CICAP in Porto hergestellt wurde, und die konkret sichtbaren Erfolge, die dort errungen wurden, geben auch der SUV weiteren Auftrieb und werden es der Bourgeoisie sehr schwer machen, ihren Plan der Wiedererrichtung eines „normal" funktionierenden bürgerlichen Heeres in die Praxis umzusetzen. ●

Portugal-Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Portugal:

„Republica" soll zum Schweigen gebracht werden

Die portugiesischen Konterrevolutionäre, von den offenen Faschisten bis zu den Sozialdemokraten der PS, treiben zielstrebig ihren „schleichenden Putsch" voran, d.h. die schrittweise Zurückdrängung und Ausschaltung aller revolutionären Kräfte. Eines der Hauptziele ihrer Angriffe stellen dabei gegenwärtig die Nachrichtenorgane dar, und darunter wiederum namentlich diejenigen, die nach harten Auseinandersetzungen der Bourgeoisie entrissen und in die Hände der Arbeiter gebracht wurden: der Sender „Rádio Renascenca" und die Tageszeitung „República".

Revolutionsrat verweigert Bürgschaft für „República"

„República" wird seit dem 10. Juli von den Arbeitern der Zeitung herausgegeben und verwendet unter dem Wutgeheul der früheren sozialdemokratischen Besitzer der Zeitung besondere Sorgfalt darauf, in aller Ausführlichkeit über Arbeiter- und Bewohnerkommissionen und die Soldatenorganisationen zu berichten. Den stärksten Einfluß hatte in der Zeitung die UDP; in letzter Zeit kommen aber auch Positionen der FUR (Einheitsfront von sechs linken Organisationen) mehr zur Geltung. Obwohl der frühere „República"-Herausgeber Raul Rego und seine PS-Clique inzwischen ein eigenes Konkurrenzblatt herausbringen („A Luta" – eine Zeitung, die sich durch besonders widerliche antikommunistische Hetze auszeichnet), hat die PS niemals auf ihre Forderung nach Rückgabe von „República" verzichtet und das auch bei der Bildung der 6. Provisorischen Regierung nachdrücklich unterstrichen – eine Forderung, die natürlich von allen reaktionären Kräften unterstützt wird.

Weder die Regierung noch der Revolutionsrat haben bisher den Versuch unternommen, diese Forderung gewaltsam durchzusetzen – aus der richtigen Einschätzung heraus, daß sich zum einen kaum eine militärische Einheit bereitfinden würde, einen solchen Befehl auszuführen und daß zum anderen ein offen gewaltsames Vorgehen gegen „República" eine machtvolle Massenmobilisierung auslösen würde; schließlich ist „República" nicht nur von ihrer Funktion her von überragender Bedeutung für alle fortschrittlichen Kräfte in Portugal, sondern die Tatsache, daß sich die Zeitung überhaupt nach langwierigen und harten Auseinandersetzungen in der Hand der Arbeiter befindet, verleiht dem Blatt geradezu Symbolcharakter als eine der zentralen Errungenschaften der portugiesischen Arbeiterklasse.

Unter diesem Aspekt entschloß sich der (Konter-) Revolutionsrat zu einem unverfänglicheren Vorgehen: „República" benötigte ein Darlehen von 9 Mio. Escudos (etwa 900.000 Mark), um die größtenteils von der Rego-Geschäftsführung übernommenen Schulden bei den Papierlieferanten abzutragen, die sich bei Nichtzahlung weigerten, weiterhin Papier an die Zeitung zu liefern. Die Arbeiter beantragten bei der (verstaatlichten) Bank einen Kredit, dessen Vergabe aber von der Übernahme einer Bürgschaft durch den Revolutionsrat abhängig gemacht wurde. Der Revolutionsrat – bereits in seiner neuen Zusammensetzung, d.h. von rechten Offizieren dominiert – weigerte sich am 15. September schlicht und einfach, die Bürgschaft zu übernehmen; dies in der begründeten Hoffnung, mit diesem erpresserischen Manöver „República" mit unüberwindlichen ökonomischen Schwierigkeiten zu konfrontieren und somit auf gewissermaßen unauffällige Weise zur Strecke zu bringen, und dabei noch den Arbeitern der Zeitung den Vorwurf anzulasten, sie hätten das Blatt eben heruntergewirtschaftet.

Die Arbeiter setzten sich zur Wehr

Die Ablehnung der Bürgschaft durch den Revolutionsrat bedeutet, daß „República" ab Ende Oktober kein Papier mehr bekommen wird. Die Arbeiter der Zeitung nahmen unmittelbar nach dem Beschluß ihren Kampf verstärkt wieder auf und appellierten an alle portugiesischen Arbeiter, für die Erhaltung von „República" zu spenden. Seither druckt „Republica" täglich Spendenlisten ab, auf denen Kleinstbeträge u.a. von Arbeitslosen neben Spenden von Bewohnerkommissionen und Sammlungsergebnissen von Belegschaften ganzer Betriebe erschienen. Bis zum 9. Oktober brachte diese Aktion über 820.000 Escudos zusammen; weitere 660.000 Escudos sammelten die Versehrten der Kolonialkriege, die die Brücke über den Tejo besetzt hielten und drei Tage lang zugunsten von „Republica" von den Autofahrern Brükkenzoll kassierten. Die Organisationen der revolutionären Linken riefen nicht zu gesonderten Sammelaktionen auf, sondern unterstützten die Sammlung über ihre Mitglieder und Sympathisanten in den Betrieben und Stadtteilen.

So eindrucksvoll diese Aktion auch verläuft und vor allem die Mobilisierung, die mit ihr einhergeht und sich in unzähligen Solidaritätsadressen von Arbeiter- und Bewohnerkommissionen mit „República" niederschlägt, so klar ist es dennoch, daß der erforderliche Betrag auf diese Weise nicht aufgebracht werden kann, und daß vor allem eine materielle Unterstützungsaktion allein keine Lösung der politischen Frage bringen kann. Der Angriff auf „República" gilt einer besonders exponierten Errungenschaft der portugiesischen Arbeiterklasse, was auch von Organisationen der revolutionären Linken so eingeschätzt wird, die trotz verschiedener Vorbehalte gegen die politische Linie der Zeitung zur Abwehr dieses Angriffs gegen alle revolutionären Kräfte aufrufen. **Nur in dem Maße, in dem es den fortschrittlichen Kräften in Portugal gelingt, durch eine Steigerung der seit Wochen anhaltenden Mobilisierung gegen den „schleichenden Putsch" (z.B. Streiks in Großbetrieben der Industriegürtel um Lissabon) den Revolutionsrat zur Zurücknahme solcher offen arbeiterfeindlichen Maßnahmen zu zwingen, ist auch eine Verteidigung von „República" möglich.** ●

Portugal/Spanien -Kommission KB/ Gruppe Haumburg

Portugal

Kampf unter Linken?

In der bürgerlichen Presse wurde kürzlich über einen „Kampf unter linken Extremisten" in Portugal berichtet. Die „Rote Fahne" der „KPD" sah gar wieder einmal „sozialfaschistische Agenten" am Werk.

Was war passiert? Mitglieder der ORPC/ML-UDP hatten Mitglieder der MRPP beim planmäßigen Überkleben von UDP-Plakaten auf frischer Tat ertappt. Die MRPP-Leute erhielten eine Abreibung und wurden danach „zur Abkühlung" in den Tejo geworfen. Hierbei ertrank ein MRPP'ler.

Die MRPP schwor „Rache". Als die PS in Porto eine reaktionäre Demonstration durchführte, überfielen MRPPler am Rande der Demonstration die Büros von ORPC/ML-UDP und der mit dieser eng zusammenarbeitenden OCMLP-FEC (ml) mit Steinen, Molotow-Cocktails und Schußwaffen. PSler und andere Antikommunisten schlossen sich an. Die wenigen Genossen im Büro der ORPC/ML verteidigten sich, u.a. anscheinend auch mit Schußwaffen, mehrere Stunden lang so gut sie konnten. Das Militär – der Kommandant ist ein offener Reaktionär – tat zunächst überhaupt nichts und griff erst nach Stunden ein – indem es die Verteidiger des Büros in „Sicherheitsgewahrsam" nahm. Die Büros von ORPC/ML und OCMLP wurden in Brand gesteckt.

MRPP erklärte, daß diese Überfälle nur der B e g i n n des Rachefeldzuges gegen die ORCP/ML-UDP gewesen seien.

Die MRPP ist seit dem 25. April zu einer rein provokatorischen Organisation degeneriert. Sie arbeitet stets Hand in Hand mit der PS – ob es um antikommunistische Aktionen oder um die Aufstellung gemeinsamer Listen bei den Gewerkschaftswahlen geht. Bezeichnenderweise nahm die Ehefrau von PS-Chef Soares mit Träne im Knopfloch an der Beerdigung des ertrunkenen MRPPlers teil.

Betrachtet man sich den finanziellen Aufwand der MRPP, die trotz ihrer geringen Bedeutung als einzige Organisation der „Linken" eine eigene T a g e s z e i t u n g unterhält, und die mit ihren Plakaten ganz Portugal bepflastert, weit mehr als irgendeine andere Organisation, ferner den Lebensstil ihrer „Kader", so muß man schlußfolgern, daß diese Organisation vom Imperialismus und der Reaktion finanziert wird, wahrscheinlich über dieselben Kanäle wie die PS.

Saldanha Sanches, ehemaliger Direktor der MRPP-Zeitung „Luta Popular" (die übrigens in der PS-Druckerei gedruckt wird) hat kürzlich seinen Austritt aus der MRPP erklärt. Er kritisierte nicht nur das faktische Bündnis von MRPP mit Reaktion und Sozialdemokratie, sondern auch die „moralische Entartung" ihrer Führer, die „ohne finanzielle Einschränkungen" leben können. ●

Portugal-Solidarität in Italien

100 000 in Rom

Höhepunkt der internationalen Portugal-Woche im September war die Demonstration am 27. September in Rom.

100 000 Menschen bewegten sich in einem kilometerlangen Zug durch die Innenstadt, unter Parolen zur Verteidigung der portugiesischen Revolution und des Kampfes gegen den spanischen Faschismus.

100 000 Menschen, obwohl die Zentralen der Eisenbahner-Gewerkschaften am 27. September einen Streik ausgerufen hatten und so die Mobilisierung nach Rom erschwert war! Vier Genossen der kommunistischen Organisation Lotta Continua verunglückten auf dem Weg nach Rom mit dem Auto tödlich, junge Arbeiter von 21 - 22 Jahren.

An der Spitze der 100 000 marschierten mehr als 1000 Soldaten mit Parolen für die Einheit Volk-Soldaten gegen die NATO, gegen die „Umstrukturierung" in Betrieben und Kasernen.

Es folgten die Blöcke der Organisationen, die zur Demonstration aufgerufen hatten – Lotta Continua, Avanguardia Operaia, PdUP ('il manifesto'), ferner des Movimento Studentesco (unabhängige Studenten-Organisation), der Lega dei Comunisti, der Avanguardia Comunista, kleinerer „ML"– und trotzkistischer Organisationen. – An internationalen Organisationen hatten u.a. die PFLP und FdLP (Palästina), der BVD (holländische Soldatenorganisation), die PSP (linke holländische Partei) und die israelischen 'Schwarzen Panther' zu der Demonstration aufgerufen.

Ferner hatten u.a. die SUV (Soldatenverband in Portugal) Lissabons, der Stadtrat von Porto und die angolanische MPLA der Demonstration Grußadressen geschickt. Zahlreiche Fahnen des MIR und der MPLA wurden als Ausdruck des proletarischen Internationalismus im Zuge mitgeführt.

Auf der Abschlußkundgebung sprach eine Genossin der FRAP (spanische antifaschistische Organisation, einige ihrer Mitglieder waren unter den kürzlich Hingerichteten), ein Genosse der Arbeiterkommission des portugiesischen Unternehmens CUF, eine Genossin der TAP (port. Luftfahrtgesellschaft), sowie Vertreter von LC, AO und PdUP.

Am Rande der Demonstration wurden spanische Reise-Busse und die spanische Botschaft angesteckt; es gab aber auch Überfälle auf „normale" Läden, Plünderungen u.ä., die von der gesamten bürgerlichen Presse groß ausgeschlachtet wurden. Lotta Continua distanzierte sich scharf von diesen Vorfällen, deren Organisierung sie z.T. Provokateuren zuschrieb.

Übel wie gewöhnlich verhielten sich die Revisionisten, die zu der Solidaritäts-Kampagne keinen Finger krumm gemacht hatten. In ihrem Zentralorgan „Unità" widmeten sie der Demonstration ganze 20 Zeilen und weitere 40 Zeilen den Zerstörungen und Plünderungen am Rande! Überschrift: *„Demonstration von Gruppen in der Innenstadt"* – Untertitel: *„Isolierte Randalierer verüben Provokationen und Vandalismus – Überfall auf Geschäfte".*

Im Artikel selbst schrumpften die 100 000 Demonstranten auf „einige Tausend Menschen", die laut „Unità' für die Pressefreiheit in Portugal demonstriert hätten.

Von der Solidaritätskampagne kein Wort! Der PCI-Abgeordnete Trombardori schrieb sogar einen Leserbrief an die reaktionäre römische Zeitung „Il Messagero", in dem er ausdrücklich die „sogenannten linken Gruppen" für die Zerstörungen verantwortlich machte, und dazu aufforderte, diesen Gruppen – also in erster Linie Lotta Continua, PduP und Avanguardia Operaia – „die Tür zu verschließen."

Ungeachtet dieser kläglichen Anpinkeleien hat die Demonstration von Rom erneut gezeigt, daß Italien bei weitem das Land ist, in dem die Solidarität mit der portugiesischen Revolution am stärksten entwickelt ist, in dem sie bereits die Betriebe, Kasernen, Schulen und Dörfer erreicht hat. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß die revolutionäre Linke an der Spitze dieser Solidarität steht, während die Revisionisten längst dazu übergegangen sind, sich bei der Bourgeoisie mit Verleumdungen der portugiesischen Revolution beliebt zu machen, z.B. mit ihrer Parteinahme für Soares und die PS im Falle 'Republica'. ●



KBW, wat nu?

Angesichts der internationalen Portugal-Woche im September verhielt sich der KBW wie die berühmten drei Affen bzw. wie die italienischen Revisionisten (siehe Schilderung in diesem Artikel): Nichts hören nichts sehen, nichts sagen!

Offiziell wurde die Portugal-Woche vom KBW überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in einigen Ortsbeilagen abfällig als „Solidaritäts-Woche des KB Nord" abgetan. In Hamburg behauptete der frühere KBW-'Ortssekretär' Plümer sogar, ihm sei von einer internationalen Solidaritäts-Woche gar nichts bekannt, das hätte sich der „KB Nord" wohl alles bloß ausgedacht. . .

Folglich wird der KBW vielleicht auch die Demonstration von Rom für eine bloße Erfindung des „KB Nord" halten, die Grußadresse des SUV für eine Fälschung usw. In der „KVZ" war über die Demonstration jedenfalls nichts zu lesen, ebensowenig wie über die Solidaritätskampagne in anderen Ländern.

Wie die „KVZ" tatsächliche Ereignisse zu „Nicht-Ereignissen" macht, und dafür neue Ereignisse erfindet, belegte auch die Hamburger 'Ortsbeilage' der „KVZ" vom 18.9., wo über die Portugal-Demonstration des KB unter der Überschrift „Nieder mit dem 'Franco-Faschismus'" berichtet wurde, und wo als einziges Bild ein Transparent des KBW „Nieder mit den Todesurteilen" zu sehen war (der KBW, der in Hamburg auf wenige Dutzend Leute zusammengeschmolzen ist, hatte auf der Demo kaum mehr als dieses eine Transparent!). ●



CIA finanziert Konterrevolution in Portugal

Während US-Präsident Ford es für *„äußerst tragisch"* hält, daß die CIA angeblich nicht mit *„geheimen Operationen dem kommunistischen Einfluß in Portugal entgegentreten kann"* und sich wieder *„eine aktive CIA ersehnt (!)"* („FR", 5.8.75), scheint CIA-Boß Colby weitaus sicherer: *„Ich glaube wir haben heute den besten Geheimdienst der Welt"* („SZ", 8.10.75). Colby muß es ja wissen, und für Aktivitäten der CIA in Portugal kann das nur bestätigt werden.

In diesem Land, das heute das schwächste Glied in der westeuropäischen Einflußsphäre des US-Imperialismus ist, wurden die Geheimdienstaktivitäten immer weiter intensiviert. Die „Stationen" und Basen der CIA wurden stetig ausgebaut und erweitert und mit erfahrenen „counter insurgency"- und Putsch-Spezialisten besetzt. Wie der ehemalige CIA-Agent Philip Agee in einem **„Brief an das portugiesische Volk"** enthüllt, sei *„die Größe der Vertretung der amerikanischen Regierung in Portugal . . . vor allen Dingen das Überwiegen der Zahl der Militärangehörigen schockierend"* („Die Tat").

Der Leiter der geheimen Operationen in Portugal ist Botschafter **Carlucci**, der direkt dem stellvertretenden CIA-Direktor **Walters** unterstellt ist, der bereits mehrmals heimlich in Portugal war, um die Aktivitäten des Geheimdienstes zu koordinieren. Carlucci selbst ist in Sachen „Gegenputsch" ein Spezialist: 1964 arbeitete er, als amerikanischer Konsul getarnt, in Sansibar an der Vorbereitung eines Putsches. Er selbst war vor allem auf die Gewerkschaftsbewegung von Sansibar angesetzt mit dem Auftrag, sie zu spalten. Für seine Aktivitäten wurde er 1965 des Landes verwiesen („ED", 14.2.75). Gleichzeitig soll Carlucci eine Schlüsselposition bei den Vorbereitungen des Gorillaputsches 1964 in Brasilien innegehabt haben („Die Tat").

Engster Mitarbeiter Carluccis in Portugal ist der osteuropäische Emigrant **Herbert S. Okun**, dessen Geheimdiensttätigkeit mindestens seit 1959 nachweisbar ist. Stationen seiner „Laufbahn": München, Moskau, Rio de Janeiro, Brasilia und Belo Horizonte. Okun war unmittelbar an dem Gorillaputsch in Brasilien beteiligt („ED").

Ein weiterer CIA-Agent in Portugal, **James Lawler**, war in Brasilien (1962) und Chile (1964) vor allem für die Verbindungen zu reaktionären und terroristischen Parteien und Gruppierungen zuständig („Die Tat").

Eine weitere zwielichtige Figur ist der brasilianische Botschafter in Lissabon, **General Carlos Albero da Fontoura**. Er ist der ehemalige Chef des brasilianischen Geheimdienstes (NIS), der brasilianischen Gestapo. Fontoura hat niemals einen diplomatischen Posten bekleidet, bevor er im Mai 1974 nach Lissabon kam.

Es kann heute als erwiesen gelten, daß der US-Imperialismus unmittelbaren Anteil an der Initiierung und Organisierung der reaktionären Massenbewegung unter Führung der Soares-PS, PPD und faschistischen Gruppen wie CDS oder ELP hatte.

Wie im vergangenen Monat durch die „New York Times" bekannt und durch Sprecher des US-Außenministeriums bestätigt wurde, hat die CIA monatlich zwei bis zehn Millionen (!) Dollar an antikommunistische Kräfte, insbesondere die PS überwiesen („Die Tat", 4.10.75).

Wie die Nachrichtenagentur AP meldete, hat die CIA-Unterstützung für die Konterrevolution *„ihr Ziel über Kontaktstellen in westeuropäischen Ländern, speziell über antikommunistische sozialistische Parteien wie die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik erreicht"* („ND", 29.9.75).

Andere Kanäle waren die Sozialdemokraten Belgiens, westeuropäische antikommunistische Gewerkschaften (wer da wohl dabei war? !) sowie Kapitalistenorganisationen innerhalb der Nato-Staaten.

Diese Dollar-Einschleusungsoperationen sind Teil eines Programms der CIA, die traditionellen Verbindungen zu *„antikommunistischen westeuropäischen Sozialisten und Gewerkschaftsbewegungen wieder zu beleben . . . (um) die nichtkommunistischen Parteien intakt zu halten"* (US-Regierungssprecher, zitiert nach „ND", 29.9.75).

Gleichzeitig mit diesen Finanzoperationen wurden, wie die „New York Times" berichtete, leichte Waffen und Munition an reaktionäre und faschistische Kräfte in Portugal gegeben. Hier sei nur daran erinnert, daß sich der Führer der PPD erst kürzlich brüstete, jederzeit 50.000 Mann bewaffnen zu können.

Bliebe nur noch zu erwähnen, daß sich auch die westdeutschen Jusos in diesem illustren Kreis von Waffenschiebern, Divisenschmugglern und Finanziers der portugiesischen Konterrevolution finden lassen. In dieser Frage ganz in die Fußstapfen der CIA tretend, beschloß der Juso-Bundesvorstand jüngst, verstärkt für den „portugiesischen Prozeß" zu sammeln und stellte als einen ersten Solidaritätsbeweis mit der Konterrevolution der PS 100.000 DM zur Verfügung. ●

Metallkomitee,
KB/Gruppe Hamburg

Portugal-Solidaritätswoche in Frankreich

Den Lissabonner Aufruf hatten folgende französische Organisationen in Lissabon unterstützt:

- Organisation Communiste Révolution! (OCR)
- Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR, französische Sektion der trotzkistischen „IV. Internationale"),
- Pour le Communisme (PLC)
- Parti d'Unité Populaire (PDUP, beide letzteren Organisationen haben sich jetzt unter dem Namen „Organisation Communiste Gauche Ouvrière et Paysanne", Kommunistische Organisation Arbeiter-und Bauernlinke, zusammengeschlossen).

Ferner stießen nachträglich die „Parti socialiste unifié" (PSU) hinzu, sowie die Wochenzeitschrift „Politique-Hebdo".

Am 27. September fand in Paris eine Demonstration statt. Laut „Le Monde" beteiligten sich an dieser Demonstration nur zwischen 7.000 und 8.000 Menschen.

Auch in Frankreich scheint die Solidarität mit der portugiesischen Revolution stark in den Hintergrund geraten zu sein, gegenüber dem Protest gegen die Ermordung der fünf spanischen Antifaschisten.

Dies kann man zum Beispiel auch daraus entnehmen, daß vorneweg, an der Spitze des Demonstrationszuges, eine riesige spanische Fahne getragen wurde, sowie spanische Transparente. Es wurde gerufen „Franco Mörder, Giscard/Ponia: Komplizen"!, (Ponia: Kurzname von Poniatowski, Innenminister), „Tod dem Faschismus! Hoch der Sozialismus!" Die Demonstration der Revolutionäre schloß sich dann, nach ihrer eigenen Abschlußkundgebung, an die später angesetzte Demonstration der Gewerkschaften CGT, CFDT und der Lehrergewerkschaft FEN an.

Während der Portugal-Woche selber hatt die LCR eine Veranstaltung mit ihrer portugiesischen Sektion, LCI, durchgeführt. Révolution! PLC und PDUP organisierten nach der Portugal-Woche, am 30. September, eine Veranstaltung mit zwei führenden Vertretern des MES und der PRP-BR. Eine gleiche Veranstaltung wurde von Révolution! später noch in Marseille durchgeführt. Wieviele Genossen sich daran beteiligt haben, wie zum Beispiel auch die Unterstützung der MPLA gelaufen ist, und ob es noch in weiteren Städten Solidaritätsveranstaltungen gegeben hat, ist der linken französischen Presse bislang nicht zu entnehmen gewesen.

Spanien-Solidarität

In allen Städten Frankreichs haben am Tag der fünf Hinrichtungen in Spanien, am 27.9., Demonstrationen stattgefunden. Im „französischen" Baskenland wurden mehrere Attentate durchgeführt: auf den Zug Paris–Madrid, auf eine spanische Schule in Biarritz und auf eine internationale Transportfirma in Hendaye. Auf der Straße zwischen Bayonne und Biarritz wurde eine Sperre aufgebaut, mit Hilfe benzingetränkter Reifen.

In Bayonne ging auf dem Parkplatz des spanischen Konsulats ein leerer spanischer Bus in Flammen auf. In Saint-Etienne (bei Lyon) wurde eine Kirche besetzt. Die Besetzer ließen mehrere Stunden lang die Totenglocke läuten. In Grenoble führten mehrere hundert spanischer Arbeiter stumm einen Sitzstreik durch.

In Marseille ging die Polizei brutal gegen etwa 3.000 Demonstranten vor. In Montpellier (Provence) wurde ebenfalls ein spanischer Bus in Flammen gesetzt. 5.000 Menschen demonstrierten.

Für Montag, den 29. September, wurden erneut Demonstrationen im ganzen Land angesetzt, diesmal von der revisionistischen PCF, der „sozialistischen" PS und den Gewerkschaften.

In Paris unterstützten insgesamt zehn Organisationen die Demonstration, darunter auch die PSU. Nach Angaben der PCF waren es „mindestens 50.000" Demonstranten.

Am gleichen Tag demonstrierten u.a. in Lyon 10.000, in Marseille und Toulouse je 5.000. Auch im korsischen Bastia demonstrierten mehrere Hunderte.

Überall ging Poniatowskis Polizei provokatorisch gegen die antifaschistischen Demonstranten vor. Dies steht im Einklang mit der Haltung der französischen Regierung zum Franco-Mörder-Regime: Schon zu Zeiten Pompidous gab es eine rege Zusammenarbeit der französischen und der spanischen Polizei in der Bekämpfung der baskischen Befreiungsbewegung ETA. Unter Giscard hat die Zusammenarbeit nicht nachgelassen; nachweislich mit Rückendeckung der französischen Polizei gehen spanische Polizisten auf französischem Territorium auf Jagd gegen ETA-Mitglieder. Zu den fünf Hinrichtungen hat die französische Regierung weder vorher noch hinterher irgendetwas verlauten lassen. Sie ist die einzige Regierung Westeuropas, die sich nicht dem (vorübergehenden) Botschafterabzug angeschlossen hat. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

KBW zu Portugal

Lauter dummes Zeug

Da sich die KBW-Führung bis heute zu vornehm war, um über die Probleme der portugiesischen Revolution zentral, also vor allem in ihrer „KVZ", eine öffentliche Auseinandersetzung zu führen, ist man leider immer wieder auf die Ausführungen angewiesen, die sich einzelne KBW-Ortsfürsten in den Ortsbeilagen zu diesem Thema abquetschen. Daß diese Ausführungen in aller Regel ganz besonders töricht ausfallen, ist nicht unsere Schuld.

Nachdem Plümer (früherer „Ortssekretär" des KBW in Hamburg) zu begründen versucht hatte, warum sich der KBW nicht an der internationalen Solidaritätskampagne für die portugiesische Revolution beteiligen mochte (vergl. AK 67), hat der momentane „Ortssekretär" Rochlitz sich um eine „Vertiefung" bemüht („KVZ"-Hamb. Ortsbeilage, 2.10.75).

Rochlitz wirft dem KB vor, wir würden *„ins Zentrum die Verteidigung der bestehenden Errungenschaften der Revolution gegenüber Putschplänen der Reaktion"* stellen. Dies sei aber *„weder für das portugiesische Volk noch für die Solidaritätsbewegung richtig"*. Rochlitz verbreitet sich dann lang und dumm darüber, daß die Revolution *„weder den bestehenden Staat noch die bestehende Ordnung"* zu verteidigen habe, sondern daß sie *„entschieden voranschreiten müsse"* und *„die Volksmacht aufbauen"* müsse.

Zunächst läßt sich leicht nachprüfen, daß nicht die „Verteidigung der **bestehenden (!) Errungenschaften** der Revolution", sondern die „Verteidigung der Revolution" schlechthin im Zentrum der Solidaritätspagne stand (siehe AK-Sondernummer etc.). Es ist außerdem nachprüfbar, daß im internationalen Aufruf zur Solidaritäts-Kampagne (der u.a. vom KB unterschrieben wurde!) zur ***„Unterstützung der anwachsenden Volksmacht (!), der proletarischen Demokratie (!), in ihrem harten Kampf gegen die innere und internationale Reaktion"*** aufgerufen wird. Es ist drittens nachprüfbar, daß wir gesagt haben: ***„Die Klassenkämpfe in Portugal haben einen Stand erreicht, wo nur die Alternative steht: Vorangehen zum Sozialismus oder Terrorherrschaft der Reaktion und des Imperialismus"***.

Rochlitz verfälscht also zunächst total den nachprüfbaren Inhalt der Solidaritäts-Kampagne, um dann gelehrte Vorträge über den „Aufbau der Volksmacht" zu halten – dessen Unterstützung zentraler Bestandteil der internationalen Solidaritäts-Kampagne war und ist! – **und darüber hinwegzuquatschen, daß der KBW sich an eben dieser Kampagne nicht im Geringsten beteiligt hat!** – Dieses „Argumentations"-Muster ist vom KBW ja schon bestens bekannt; wahrscheinlich gehört es dort zur „Kader-Schulung".

Zudem scheint es so, daß Rochlitz vom Verteidigen der Revolution nichts wissen will, sondern daß er offenbar zu den Dummköpfen gehört, die der Meinung sind, daß es bloß immer „Angriff" geben müsse – nicht aber auch Verteidigung oder sogar einmal Rückzug.

Eine Revolution entwickelt sich aber nicht in dieser Weise, wie der KBW es sich anscheinend vorstellt. Auch die portugiesische Revolution hat inzwischen viele Beispiele, wo zeitweise die Verteidigung des Erkämpften im Vordergrund stand, und nicht unmittelbar der Angriff.

Es ist in diesem Zusammenhang an die albernen „theoretischen Erörterungen" von KBW-Chef Schmierer zu erinnern, der bereits 1973 den Beweis zu führen versuchte, daß es für die Arbeiterklasse Verteidigung überhaupt nicht geben könne, weil die Arbeiterklasse nichts zu verteidigen habe.

Dieselbe politische Blindheit führte dazu, daß der KBW vor dem Putsch in Chile stets nur vom „Aufbau der Volksmacht" schwärmte, aber von faschistischer Gefahr und Verteidigung der fortschrittlichen Errungenschaften nichts wissen wollte. Dieselbe Blindheit führte dazu, daß der KBW noch Wochen nach dem Putsch von einer Niederlage nichts wissen wollte. Das ging offenbar in die Köpfe der KBW-Ideologen einfach nicht rein, daß es so etwas geben kann.

Heute wiederholt der KBW dasselbe gegenüber Portugal, mit genau denselben „Argumenten".

Rochlitz hält uns einen weiteren blitzgescheiten Vortrag, daß man den Sozialismus nicht mit Hilfe des bestehenden Staatsapparats erreichen kann, sondern daß man den Staatsapparat zerschlagen muß. Rochlitz behauptet, *„daran scheiden sich die Geister"*. Nun ja ... Es gehört eben zur Methode der KBW-Ideologen, gelehrte und schwatzhafte Abhandlungen über Fragen zu halten, die überhaupt nicht umstritten sind, und dann so zu tun, als habe man soeben eine große ideologische Schlacht geschlagen.

Kann aber die portugiesische Arbeiterklasse heute unmittelbar den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen? Das ist heute offenbar nicht der Fall. Vielmehr geht es heute darum, daß sich die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten bestimmte Positionen im Staatsapparat erkämpft haben (in der Armee, im Rundfunk, in der Verwaltung) und daß Imperialismus und Reaktion zum Angriff auf diese Positionen angetreten sind. Die Arbeiterklasse verteidigt demgegenüber heute in erster Linie diese erreichten Positionen. Das ist keine Frage abstrakter Akademiker-Weisheiten im Stil des KBW, sondern ist eine Frage des realen Kräfteverhältnisses, wie es heute besteht. Der strategisch ebenso richtige wie banale Hinweis, man müsse den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, nutzt dabei wenig.

Der KBW hat die Frage der Verbindung von Verteidigung und Angriff überhaupt nicht verstanden, d.h. die Verteidigung als zeitweise Form der Sammlung der Kräfte und der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Revolution, die Verteidigung als zeitweise Voraussetzung für die Vorbereitung des Angriffs usw.

Sein totales Unverständnis dieser Frage stellt Rochlitz auch unter Beweis, indem er uns vorwirft, wir hätten *„nur die Abwehr von Putschplänen im Auge"* und hätten deshalb (!) die Regierung Goncalves verteidigt. Wider besseres Wissens spricht Rochlitz von der ***„Einheitsfront (FUR) zur Verteidigung der Regierung Goncalves"***. Bekannte Tatsache ist, daß die FUR (Zusammenschluß von heute sechs linken Parteien und Organisationen, anfangs gehörte auch die revisionistische PCP dazu) natürlich nicht „zur Verteidigung der Regierung Goncalves" gebildet wurde, und daß alle Organisationen der FUR – abgesehen von den Revisionisten – in scharfer und offener Opposition zur Regierung Goncalves standen.

Die Frage stand aber konkret so, daß 1. die Reaktion ihren Hauptstoß gegen die Regierung Goncalves richtete, um den Weg für die heute sichtbare konterrevolutionäre Offensive freizumachen; 2. breite werktätige Massen sowie in der Armee bereit waren, die Regierung Goncalves massiv zu verteidigen.

In dieser Situation war es notwendig, die größtmögliche Einheit gegen die Offensive der Reaktion herzustellen und die strategische Orientierung auf den Aufbau der Volksmacht zu verbinden mit einer genau definierten taktischen Verteidigung der Regierung Goncalves. Es war aber die Verteidigung der Regierung Goncalves zu keinem Zeitpunkt der Hauptinhalt der FUR – und die PCP wurde ja genau deshalb aus der FUR ausgeschlossen, weil sie die Verteidigung der Regierung Goncalves zum Hauptinhalt zu machen versuchte.

Die FUR basierte ihre Plattform bei ihrer Bildung auf zwei Punkte – das Programm der Regierung Goncalves und das COPCON-Papier, das in seiner Orientierung auf den Aufbau der Volksmacht weitergehend ist als das Goncalves-Programm. Genau besehen muß man auch das COPCON-Papier (das unseres Wissens vom KBW nicht kritisiert wurde) im Sinn der Revolutionäre als einen Kompromiß betrachten, weil es z.B. die Frage der Bewaffnung der Arbeiterklasse, die Frage der revolutionären Partei etc. nicht beantwortet. – Solche Kompromisse können aber in bestimmte Situationen notwendig sein, als Plattform, um die breitestmögliche Aktionseinheit der Massen herzustellen.

Der KBW dagegen führt die Aktionseinheit der Massen zwar ständig im Munde, begriffen hat er davon aber offenbar überhaupt nichts! So kann auch Rochlitz nicht begreifen, warum sich heute in Portugal die Massen ganz real um die Parole der Verteidigung der Revolution zusammenschließen, wo sie doch lieber den Staatsapparat zerschlagen sollten! ...

Rochlitz wirft uns sogar vor, wir würden *„direkt auf den bestehenden Staatsapparat orientieren"*. Wie das?! Weil wir gesagt haben, daß die Arbeiterklasse *„viele Rechte (...) teilweise auch schon im Staat"* erobert hat. Nicht im Staat, sondern gegen den Staat, belehrt uns Professor Rochlitz mit hoch erhobenem Zeigefinger. Vom dialektischen Zusammenhang, der hier zwischen „im" und „gegen" besteht, hat Rochlitz anscheinend nichts begriffen.

Die portugiesische Revolution hat bis heute den bürgerlichen Staatsapparat nicht zerschlagen können. Wohl aber konnte sie im bürgerlichen Staatsapparat Positionen erkämpfen. Zum Staatsapparat gehört z.B. die Armee. Hier hat sich die Revolution zweifellos Rechte und Positionen erkämpft. Zum Staatsapparat gehört auch der Rundfunk. Auch dort hat die Revolution der Bourgeoisie Positionen abgenommen, siehe z. B. „Radio Renascenca", aber auch „Radio Clube" u.a.

Diese Positionen hat sich die Arbeiterklasse also im bürgerlichen Staatsapparat erkämpft, zugleich aber auch gegen den bürgerlichen Staat. Das ist gar kein Widerspruch! Die Arbeiterklasse hat also nicht den bestehenden bürgerlichen Staat zu verteidigen, wohl aber die Positionen, die sie sich im bürgerlichen Staatsapparat hat erkämpfen können (z.B. „Radio Renascenca", z.B. die demokratischen Soldatenversammlungen).

Man kann nur immer wieder staunen, wie die KBW-Ideologen es fertig bringen, selbst in so einfachen Fragen wie dieser ein heilloses Durcheinander anzurichten.

Zum zynischen Abschluß bringt Rochlitz seine Vorlesung, indem er auf die *„Lehren aus Chile"* zu sprechen kommt. Wo nämlich, so Rochlitz, die Sache in die Hose ging, weil ***„die Arbeiterklasse und das Volk vor der entscheidenden Schlacht gegen den bürgerlichen Staatsapparat gezögert haben"***. Nicht verstanden hat Rochlitz, daß der Kampf gegen den bürgerlichen Staat nicht bloß Sache einer ***„entscheidenden Schlacht"*** ist, sondern auch ein Prozeß der Erkämpfung und Verteidigung von Positionen im Staatsapparat (Armee etc.) ist, also der Zersetzung des bürgerlichen Staates. Gleichfalls nicht verstanden hat Rochlitz, daß die „entscheidende Schlacht gegen den bürgerlichen Staat" nicht beliebig angepfiffen werden kann wie ein Fußballspiel, sondern daß sie ein bestimmtes Kräfteverhältnis voraussetzt.

Es ist also eine echt „intellektuelle" Unverschämtheit, das „Zögern" der werktätigen Massen für den faschistischen Putsch in Chile verantwortlich zu machen. In Chile bestanden für das Volks überhaupt keine Voraussetzungen, die „entscheidende Schlacht" gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Weder objektiv (gesellschaftliches Kräfteverhältnis) noch subjektiv (Fehlen einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse).

Wenn Rochlitz das „Zögern" des chilenischen Volkes anklagt, so kann man sich seine Rezepte für Portugal ausmalen!

Was den KBW-Ideologen weitgehend abgeht, ist ein Verhältnis zur Realität des Klassenkampfes. Man mag sich nur daran erinnern, daß in den ersten Tagen nach dem faschistischen Putsch in Chile die meisten KBWler geradezu frohgestimmt waren („nun geht es da endlich los", „80.000 Arbeiter marschieren auf Santiago") und uns unheimlich angeiferten, weil wir es überhaupt wagten, von einem Sieg des Faschismus und einer vernichtenden Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse zu sprechen.

Heute, angesichts derselben Gefahr in Portugal, weigert sich der KBW mit dümmlichsten Ausreden, sich an einer internationalen Kampagne zur Verteidigung der portugiesischen Revolution zu beteiligen. Wohl aber geht er dann doch noch auf die Straße, um gegen fünf bereits vollzogene Hinrichtungen in Spanien zu demonstrieren (nachdem er vorher kaum etwas gegen die Todesurteile getan hatte!!) und versucht sogar, die Demonstration zur Verteidigung der portugiesischen Revolution umzufunktionieren in Protestdemonstrationen gegen den Faschismus in Spanien.

Das portugiesische Volk mag sich derweil trösten: Sollte in Portugal tatsächlich die Konterrevolution siegen, dann wird auch der KBW sich „solidarisch" zeigen. Nachher! ●

Lumpenjournalismus

In AK 67,S.7 hatten wir uns mit den fadenscheinigen „Gründen" auseinandergesetzt, die der ehemalige Hamburger ‚Ortssekretär' des KBW, Lutz Plümer, für die Nichtbeteiligung des KBW an der internationalen Portugal-Solidaritäts-Kampagne Ende September ins Feld geführt hatte (Hamb. ‚Ortsbeilage' der ‚KVZ' vom 18.9.75 In der Hamburger Ortsbeilage der ‚KVZ' vom 9.10.75 behauptete Plümer daraufhin, wir hätten uns bei unserer Stellungnahme „so ungefähr **aller Methoden des bürgerlichen Lumpenjournalismus** bedient."

Irgendeinen konkreten Beleg für diese Behauptung kann Plümer nicht anführen. Dagegen ist festzuhalten, daß Plümer in seinem Artikel vom 18.9. eindeutig **gelogen hat:**

- indem er behauptete, im Aufruf zur internationalen Portugal - Woche würde das Bündnis mit der armen Bauernschaft **„abgelehnt"**;
- indem er wider besseres Wissen von einer Portugal-Woche des KB sprach und dabei verschwieg, daß es sich um eine internationale Kampagne handelte, und indem er die zahlreichen bedeutenden Organisationen des Auslands wie auch der BRD verschwieg, die sich daran beteiligt hatten. Unverschämterweise setzt Plümer diese Methode sogar noch in seinem Artikel vom 9.10. 75 fort. Wo hier der Lumpenjournalismus zu finden ist, ist wohl offensichtlich.

Apropos Lumpenjournalismus: **Es ist wieder daran zu erinnern, daß die ‚KVZ' es *bis heute* abgelehnt hat, erwiesene Falschmeldungen zu korrigieren, die sie bereits vor mehreren Monaten über nicht existierende „sowjetische Stützpunkte", über die angebliche Stärke der sowjetischen Kriegsflotte usw. verbreitet hat.** ●

„KPD" zu Portugal

Propaganda für die Konterrevolution

Die pro-faschistische Hetze der „KPD" gegen die portugiesische Revolution wird immer toller! Während die revolutionären Werktätigen und Soldaten in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Gefahr eines konterrevolutionären Putsches und eines faschistischen Blutbads wie in Chile stehen, hetzt die „Rote Fahne" der „KPD":

- gegen die *„zunehmende, geschürte Disziplinlosigkeit unter den Soldaten"*;
- gegen den demokratisch-antifaschistischen Soldatenverband SUV, der „dem *Ziel der Cunhalisten zuarbeitet: Anarchie schaffen ...*";
- gegen das organisierte ‚Verschwinden' von Waffen zur Bewaffnung des Volkes;
- gegen *„die provozierten Meutereien und Befehlsverweigerungen"*;

sogar die Weigerung von Einheiten, sich nach Angola verschiffen zu lassen, erregt die Polemik der „Roten Fahne".

Faschisten wie der Kommandant der Militärregion Nord, Veloso, werden in der „Roten Fahne" zu *„Patrioten"*, während revolutionäre und tatsächlich patriotische Militärs als *„Agenten des Sozialfaschismus"* angegeifert werden. Alles, was sich der Konterrevolution in den Weg stellt, wird zu *„Komplizen des Sozialfaschismus"*. Dagegen wird die Regierung Azevedo, die zum Generalangriff auf die revolutionären Errungenschaften angetreten ist, als *„Ausdruck der überall im Land erhobenen Forderung nach nationaler Unabhängigkeit"* verherrlicht (alles aus „RF", 15.10.75). Zuvor war schon die militärische Besetzung der Rundfunkstationen in der „Roten Fahne" als *„richtige und notwendige Maßnahme"* hingestellt worden („RF", 8.10.75).

Daß die Propagandisten der Unfreiheit, der Repression, der Konterrevolution und der Unterdrückung der Arbeiterklasse noch die Dreistigkeit besitzen, Protest gegen den spanischen Faschismus zu heucheln, ist der Gipfel von Geschmacklosigkeit. Schließlich praktizieren Franco und seine Mörderbanden in Spanien genau das, was die „KPD" für Portugal propagiert. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KBW in Bremen:

Spanien – „Solidarität" auch mit der NPD?

Am 4. Aktober hatten in einer Aktionseinheit der KBW, GIM, Spartacusbund und der KB sowie einige Schülervertretungen zu einer Solidaritätsdemonstration mit dem unterdrückten spanischen Volk, gegen Todesurteile und die Franco-Diktatur aufgerufen. An dieser Demonstration beteiligten sich etwa 600 Menschen.

In den Verhandlungen um eine gemeinsame Aktion hatte der KBW einmal wieder gezeigt, was er unter „breiter" Beteiligung der Massen versteht: prinzipienlose Aufgabe revolutionärer Politik zugunsten von Aussagen und Formeln, auf die sich möglichst „jeder" stellen kann.

Bevor sie zu Aktionseinheitsverhandlungen eingeladen hatten, versuchten die Bremer KBW-Führer zunächst die DGB-Führung zum Handeln zu „zwingen": In Flugblättern jubelten sie die Schweigeminute der Gewerkschaftsführer, mit der diese „Solidarität" heuchelten, zum „Warnstreik" empor und forderten, es müsse wie vom Frankfurter DGB beschlossen, demonstriert werden. So wurde das eigene Handeln einer Linie untergeordnet, die zum wiederholten Male nicht nur in den eigenen Reihen Illusionen in die bestehenden Verhältnisse in den Gewerkschaften nährte. Als – was vorhersehbar war – erkennbar nichts erfolgte in den Gewerkschaftszentralen, ging der KBW dazu über, innerhalb von drei Tagen eine Aktionseinheit zur Durchführung einer Demonstration aufzubauen.

In den Verhandlungen waren auch zwei Schüler des AKS (reaktionäre „Aktion kritischer Schüler") anwesend, die als Vertreter einer Schülervertretung sich bereit erklärten, mitzumachen, wenn keine „linksradikalen Parolen", keine roten Fahnen und rote Transparente mitgeführt würden. Darauf einzugehen war – bei aller Breite – der KBW nun doch (noch ?) nicht bereit. Aber in der Diskussion, mit wem man Aktionseinheiten eingehe, brachte ein Bremer Bürgerschaftskandidat des KBW die Unverschämtheit fertig, festzustellen, man würde *„mit jedem aber auch mit jedem und wenn es die NPD ist, eine Aktionseinheit eingehen, sofern diese bereit sind, die Plattform zu akzeptieren"*. So lächerlich der Nachsatz (sofern...) ist, so übel ist es, überhaupt eine mögliche gemeinsame Aktion mit den Faschisten ins Auge zu fassen. Gerade die Faschisten sind es, die angesichts des Terrors der Franco-Diktatur jubilieren (National-Zeitung vom 10.10.: *„Es lebe Spanien! Tod den Polizistenmördern"*) und in Erinnerungen der Mordbande Legion Condor schwelgen.

Aber der KBW will's mit jedem machen! Bleibt noch nachzutragen, daß die Schülervertretung mit den antikommunistischen, reaktionären AKS-Schülern – aus weiß der Geier was für Motiven – sich beteiligte. Für einige KBW'ler war dies Anlaß die „Breite" dieses Bündnisses zu beklatschen. Auf die Demo selber hat dies bestenfalls die Auswirkung, daß infolge der zunehmend opportunistischen Politik des KBW zwar die Breite (= politische Verflachung) zunimmt, auf die Beteiligung wirkt es aber nicht im erhofften Sinne. Zu ähnlichen Anlässen haben schon wesentlich größere Demonstrationen in Bremen stattgefunden. ●

KB/Gruppe Bremen

FRANCO–SPANIEN: LETZTER AKT

Die brutale Ermordung von fünf antifaschistischen Kämpfern am 27.9. hat die Widersprüche des faschistischen Franco-Regimes erheblich verschärft. Mit einer extremen Steigerung des rechtsradikalen Terrors gegen die werktätigen Massen versucht der Faschismus, sein nahendes Ende hinauszuschieben. Trotz dieser Maßnahmen konnte der Protest der spanischen Arbeiterklasse (vor allem im Baskenland) gegen die Todesstrafen nicht unterdrückt werden. Zigtausende beteiligten sich mit großer Entschlossenheit an „illegalen" Demonstrationen und Streiks. Während Franco und seine Scharfmacher ihre faschistische Gefolgschaft gegen die „freimaurerische, kommunistische Verschwörung gegen Spanien" aufhetzen, hat die ETA angekündigt, sämtliche hohe spanische Regierungsbeamte im Baskenland zu liquidieren, falls sie nicht innerhalb von zwei Monaten zurücktreten. Die bürgerliche „gemäßigte" Opposition gegen Franco und die EG-Imperialisten sehen ihre Chance schwinden, einen revolutionären Sturz des Faschismus zu verhindern und stattdessen eine „kontrollierte Ablösung" des Regimes zugunsten eines in die EG integrierten kapitalistischen Spaniens herbeizuführen.

Die Prozesse – eine Farce

Der gegenwärtige Kurs der Franco-Diktatur ist nur noch mit den Zuständen in Hitler-Deutschland oder im heutigen Chile vergleichbar.

Mit dem „Anti-Terrorismus-Gesetz" vom 27.8. (ein von Franco höchstpersönlich erlassenes Dekret, das auch nur von ihm wieder zurückgenommen werden kann!) sind selbst minimalste Rechte zugunsten eines permanenten Ausnahmezustandes außer Kraft gesetzt.

So wurden die ETA- und FRAP-Genossen in einem „Sumarisimo"-Prozeß abgeurteilt (Schnellverfahren der Militärjustiz ohne Möglichkeit der Berufung oder Revision – praktisch nur noch mit Standgerichten vergleichbar). Dazu wurde das „Anti-Terrorismus-Gesetz" r ü c k w i r k e n d angewandt (die den Genossen zur Last gelegten Liquidierungen von Polizisten der Guardia Civil lagen zeitlich vor dem 27.8.). Wie ein Beobachter von „amnesty international" vom Prozeß gegen die angeklagten FRAP-Genossen berichtete, verzichtete die faschistische Justiz selbst auf den geringsten Schein von „Rechtmäßigkeit". Z.B. wurden die Verteidiger, die überhaupt erst wenige Stunden vor Prozeßbeginn in Kenntnis gesetzt worden waren, wegen ihres Protestes gegen das „Sumarisimo"-Verfahren sofort vom Prozeß ausgeschlossen und sogar mit Berufsverbot bedroht (Kritik am

in Kenntnis gesetzt worden waren, wegen ihres Protestes gegen das „Sumarisimo"-Verfahren sofort vom Prozeß ausgeschlossen und sogar mit Berufsverbot bedroht (Kritik am

„Anti-Terrorismus-Gesetz" oder seiner Anwendung ist verboten). Als Pflicht-„Verteidiger" wurden Offiziere eingesetzt, die sich – ohne vorher Akteneinsicht gehabt zu haben – innerhalb von zwei Stunden auf das Verfahren vorzubereiten hatten. Das Militärgericht berief sich auf „Geständnisse", die den Genossen unter grausamen Folterungen abgepreßt worden waren. Ohne den Funken eines Beweises wurden die bereits vorher feststehenden Todesurteile ausgesprochen.

Aber es gelang den Faschisten nicht, die angeklagten Genossen einzuschüchtern. Sie verurteilten die Schnellverfahren als eine Farce und riefen noch kurz vor ihrem Tod zur Weiterführung des Kampfes auf. Francos Schergen aber waren peinlichst bedacht, die Hinrichtungen an möglichst abgelegenen Orten durchzuführen und der spanischen Öffentlichkeit erst im nachhinein bekanntzugeben.

Massenhafter Protest der spanischen Arbeiter und Werktätigen

Bereits am 28.8. sowie am 3.9. und 11.9. hatten in Euzkadi (Baskenland in der baskischen Sprache) breite Streiks gegen die Prozesse stattgefunden, zu denen dort a l l e antifaschistischen Organisationen (revolutionäre Linke, Revisionisten und sogar Reformisten) gemeinsam aufgerufen hatten. Daran nahmen bis zu 250.000 Menschen teil.

Trotz Nachrichtensperre, Demonstrationsverbot und Schießbefehl der Polizei demonstrierten noch in der Nacht vor den Hinrichtungen Tausende in ganz Spanien. 5.000 versammelten sich in den Straßen von San Sebastian unter Parolen wie: *„Wir werden Otaegui rächen"* und *„Franco – Mörder!"* Schnell breiteten sich die Aktionen über das Wochenende auf ganz Euskadi aus. Schon am Sonnabend traten in San Sebastian 30.000 Arbeiter in den Ausstand. 1.500 demonstrierten am gleichen Tag in Bilbao („ND", 29.9.). Am Montag und Dienstag befolgten 100.000 Arbeiter und Angestellte im Baskenland einen Aufruf zum Generalstreik. Über 80 % der Läden und Geschäfte in San Sebastian, Bilbao und kleineren baskischen Städten blieben an diesen Tagen geschlossen („die tat", 4.10. und 11.10.).

In Katalonien belagerten 4.000 den von der Guardia Civil hermetisch abgeriegelten Dorffriedhof von Dardanola während der Beerdigung von Juan Paredes („Txiki").

In Madrid fand am Sonntagnachmittag eine Totenmesse für die Ermordeten statt (1.500 Teilnehmer), an die sich eine Demonstration anschloß.

In der baskischen Stadt Zaranz zogen Tausende vorbei an den mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten zu einer Gedenkkundgebung für Juan Paredes. Gegen Ende der stundenlangen Messe, die in baskischer Sprache abgehalten wurde, erhob sich die Mutter von „Txiki" und rief in die überfüllte Kirche: *„Mein Sohn hat mir aufgetragen, euch zu sagen, daß ihr den Kampf des baskischen Volkes weiterführen sollt! Macht weiter, macht weiter!"* – wiederholte sie („Herald Tribune", 30.9.1975).

In San Sebastian hinderte die Polizei am Mittwoch unter Einsatz von Schußwaffen etwa 20.000 Menschen am Besuch einer ebensolchen Messe („FAZ", 2.10.1975).

Da der faschistische Staatsappa-

satz von Schußwaffen etwa 20.000 Menschen am Besuch einer ebensolchen Messe („FAZ", 2.10.1975).

Da der faschistische Staatsappa-

rat die Möglichkeiten selbst der bürgerlichen westeuropäischen Presse (die ihrerseits kaum daran interessiert ist, vom Kampf der spanischen Arbeiter zu berichten) massiv einschränkt, ist klar, daß die bekanntgewordenen Aktionen das wirkliche Ausmaß des Protestes nur ahnen lassen. Wahrscheinlich dürften in der Woche nach den Morden in ganz Spanien Demonstrationen, Streiks und andere Formen des Widerstandes stattgefunden haben, in den baskischen Städten wohl tagtäglich während dieser Zeit. Diese Aktionen wurden von den spanischen Demokraten und Antifaschisten teilweise unter Lebensgefahr, zumindest aber mit dem Risiko schärfster Bestrafungen durchgeführt.

Faschistischer Terror

Mit grausamem Terror gegen jede Äußerung des Protestes wie auch gegen Unbeteiligte straften die Franquisten das von der westeuropäischen Bourgeoisie lancierte Märchen von einer „Öffnung des Regimes" Lügen. Die Bullen der Guardia Civil und der Bereitschaftspolizei scheuten sich nicht einmal, am Tag der Hinrichtungen und während der Beerdigungen die Familien der ETA- und FRAP-Genossen zu demütigen und zu mißhandeln. Antifaschistische Demonstrationen wurden beschossen und mit äußerster Brutalität auseinandergeprügelt. Hunderte wurden in den letzten Wochen unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in antifaschistischen Organisationen verhaftet und in den Gefängnissen gefoltert.

- Während des Ausnahmezustandes in den beiden baskischen Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa vom 26.4. bis 25.7. des Jahres wurden Tausende verhaftet („horizont" 41/75). „Amnesty international" liegen Beweise darüber vor, daß allein in dieser Zeit 250 Basken systematisch gefoltert wurden („FAZ", 2.10.).
- Im August und September wurden mehr als 200 Regime-Gegner eingekerkert („die tat", 27.9.).
- Noch vor den Hinrichtungen wurden Mitglieder der „Partei der Arbeit Spaniens" (PTE) festgenommen, weil sie versucht hatten, Druck auf die Justiz auszuüben, um eine Umwandlung der Todesstrafen zu erreichen („FAZ", 26.9.).
- Am 28.9. erschoß die Polizei einen jugendlichen Demonstranten in San Sebastian, der an einer Protestaktion gegen die Hinrichtungen teilgenommen hatte.
- Während des Generalstreiks in Euzkadi feuerte die Guardi Civil in Azpeito, dem Heimatort von Otaegui, in eine Gedenkkundgebung und verletzte sechs Einwohner („die tat", 4.10.). Die Mutter von Juan Paredes und der Pfarrer seines Heimatdorfes wurden verhaftet.
- Am 2.10. teilte der Präsident des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Prag mit, daß Antonio Garmendia (ETA) im Gefängnis von Burgos an den Folgen von Folterungen gestorben sei („ND", 3.10.). Garmendia war gemeinsam mit Otaegui zum Tode verurteilt, dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt" worden. Bereits bei seiner Festnahme hatte er eine schwere Kopfverletzung erhalten.
- Am 1.10. wurden in den LKW-Werken von Barcelona drei Streikführer festgenommen.
- Allein am 9.10. wurden nach einer Meldung der „SZ" (10.10.) 39 Verhaftungen (mindestens!) vorgenommen:

In Bilbao und Valencia 32 wegen Mitgliedschaft in ETA, FRAP, den „illegalen" Arbeiterkommissionen und anderen antifaschistischen Organisationen. In Barcelona drei Offiziere, die der verbotenen „Demokratischen Militärunion" (s.u.) angehören sollen. In Madrid drei Priester, weil sie in einer Predigt die Todesstrafen und das „Anit-Terrorismus-Gesetz" kritisiert hatten.

Dies zeigt gleichzeitig den Charakter der derzeitigen Verfolgungswelle, die von der spanischen Regierung als „Verteidigung gegen den Terrorismus" verkauft wird, die aber selbstverständlich nichts anderes als der Versuch ist, die g e s a m t e demokratische Opposition und die

als „Verteidigung gegen den Terrorismus" verkauft wird, die aber selbstverständlich nichts anderes als der Versuch ist, die g e s a m t e demokratische Opposition und die

Bevölkerung überhaupt entscheidend einzuschüchtern und zu schlagen. Starken Kontingenten der Guardia Civil ist dieses Vorgehen immer noch zu „lasch". Sie halten die spanische Regierung für „zu weich" und schreien nach weiteren Hinrichtungen. Das zeigt sich auch in der hemmungslosen Schießwut der Bullen gegen alles „Verdächtige":

- In der Nähe von Barcelona schoß ein Polizist in einer Bar einen von mehreren Männern an, weil sie angeblich eine Diskussion gegen das Regime geführt hätten. Ein Bereitschaftspolizist in Zivil schoß mitten in Barcelona auf einen Mann, der mit einem Verkehrspolizisten debattierte (!) („SZ", 11./12.10.).
- Ebenfalls in Barcelona erschossen Polizisten am 8.10. „irrtümlich" eine dreiköpfige Familie, als sie im Auto an der Polizeikaserne vorbeifuhr, und gleich auch noch zwei ihrer eigenen Bullen. Angeblich hätten zuvor „Terroristen" aus einem anderen Auto heraus die Kaserne beschossen (??), wobei aber niemand getroffen wurde („FAZ", 9.10.).
- Vor einigen Wochen wurde ein Münchner Tourist an der spanischen Grenze glatt ermordet, weil er an dem Grenzposten nicht angehalten hatte.

Dasselbe Schicksal wünschen wir inbrünstig den westdeutschen Springer Journalisten bei ihrem nächsten Spanienurlaub! So lassen „Bild" und „Welt" keine Gelegenheit aus, um eine heuchlerische Kampagne gegen die „feigen" und hinterhältigen Morde von Terroristen an einfachen unbeteiligten Polizisten" anzustimmen. (Diese Hetze richtet sich vor allem gegen die FRAP, die offenbar die Parole „Bullen abknallen" ausgegeben hat. Der FRAP ist allerdings recht zu geben, wenn sie herausstellt, daß Mitglieder der Guardia Civil in keinem Fall als „harmlose Schlucker" angesehen werden können, sondern daß es sich dabei um Faschisten handelt, die jederzeit bedenkenlos bereit sind, auf streikende Arbeiter zu schießen etc. Trotzdem kann auf diese Weise weder ein wirksamer Kampf gegen die Guardia Civil noch eine Mobilisierung der Massen zum Sturz der Franco-Diktatur erreicht werden. Im Unterschied zur FRAP wägt die ETA die politische Bedeutung solcher Attentate genauestens ab und führt ihre bewaffneten Aktionen gegen hohe Polizeifunktionäre, bekannte Folterknechte, Spitzel u.ä. durch).

Extremer Rechtskurs

Innerhalb des Franco-Regimes haben sich diejenigen Kräfte durchgesetzt, die dieselbe Politik fordern, mit der Franco seinerzeit die spanische Revolution niedergeschlagen und die Macht errungen hat (1939). Demgegenüber scheinen sich diejenigen in der Defensive zu befinden, die mit Blick auf eine Integration in die EG eine scheinbare „Lockerung" bei Aufrechterhaltung der franquistischen Herrschaft (also eine Farce!) befürworten.

So riefen Fanlangisten, faschistische Militärs und andere blutbeflekkte Gestalen aus der Zeit des Bürgerkrieges im Auftrag Francos zu einer Massenkundgebung in Madrid am 1.10. auf. Aus ganz Spanien waren 300.000 (nach Angaben der „Tagesschau") herangekarrt worden; Fabriken, Geschäfte, Schulen, Büros etc. hatten zu diesem Zweck Urlaub geben müssen, die Staatsangestellten waren zur Teilnahme „angehalten" worden („FAZ" 2.10.). Im Stile von „Spanien gegen den Rest der Welt" peitschte Franco seine Getreuen gegen eine *„antispanische Verschwörung"*, gegen das *„Bündnis von Freimaurern und Kommunisten"* (zur Zeit des Bürgerkriegs war es noch eine *„freimaurisch-jüdisch-kommunistische Verschwörung"* gewesen), gegen die *„korrupten Europäer"*, gegen das *„Hurenland Portugal"* usw. ein. Die gewünschte Wirkung blieb nicht aus:

Faschistische Terrorgruppen (so vor allem die berüchtigten „Christkönigskrieger") verprügelten am Rande der Kundgebung Jugendliche, die sich „respektlos" verhalten hatten und übergaben sie anschließend der Polizei zur Verhaftung.

Eine 56 jährige Frau, Mutter von sechs Kindern, die den Jubeldemonstranten zugerufen hatte: *„Ihr seid die wahren Störer der öffentlichen Ordnung!"* wurde von Faschisten schwerstens zusammengeschlagen und anschließend von der Polizei festgenommen. Bereits mit einer Verwaltungsstrafe von umgerechnet 5000 DM belegt erwartet sie jetzt im Gefängnis ein Prozess nach dem „Anti-Terrorismus-Gesetz", nachdem ihr „Vergehen" mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft werden kann! („FAZ", 6.10.). Ausländische Journalisten, aber auch einfach wahllos Touristen, wurden verprügelt oder sogar mit Morddrohungen bedacht. Vor der c h i l e n i s c h e n Botschaft hielten die Faschisten dagegen eine Sympathie-Kundgebung ab!

Regiert wird derzeit in Spanien ausschließlich mit Hilfe des „Anti-Terrorismus-Gesetz", daß die Massenverhaftungen und Terrorjustiz ebenso „legalisiert" wie eine totale Pressezensur, Bestrafung streikender Arbeiter usw. Die Verschärfung wird auch an den Umbesetzungen an der Spitze der Guardia Civil und in der Militärführung sichtbar, die zugunsten der Ultrarechten vorgenommen wurden.

Der Franquismus holt zum großen Schlag gegen alle Demokraten aus, um seine Herrschaft auch noch dem Abnippeln des alten Schrumpfkopfs aufrechtzuerhalten. Er bereitet sich gezielt und unverhohlen auf ein Blutbad gegen jeden Versuch vor, sein Regime zu stürzen. Dies wird in den letzten Wochen von der rechtsextremen Propaganda systematisch angedroht: *„Der Bürgerkrieg ist nicht zuende."* Eine „portugiesiche Entwicklung" soll mit allen Mitteln verhindert werden. Zu recht befürchten die Franquisten, daß eine „Lockerung" (z.B. ein „gemäßigtes" faschistisches System unter der Gallionsfigur Juan Carlos) die Arbeiterklasse keineswegs mit dem verbrecherischen Regime „versöhnen" würde, sondern von ihr sofort zum vollständigen Sturz der Diktatur genutzt werden würde. So erscheint es immer unwahrscheinlicher, daß ein Sturz des Faschismus ähnlich „glatt" verlaufen könnte wie am 25.April 1974 in Portugal.

Fortsetzung Seite 8



Madrid, 1.1o.75: Francos zusammengekarrte Gefolgschaft grüßt den Diktator mit dem faschistischen Gruß. Das Regime hat seinen faschistischen Kurs in einem Ausmaß verschärft, das nur noch an chilenischen oder NS-Maßstäben zu messen ist.

Madrid, 1.1o.75: Francos zusammengekarrte Gefolgschaft grüßt den Diktator mit dem faschistischen Gruß. Das Regime hat seinen faschistischen Kurs in einem Ausmaß verschärft, das nur noch an chilenischen oder NS-Maßstäben zu messen ist.

Aufwind für faschistische Terrorbanden

Als enge Komplizen der Polizei und von dieser auch unterstützt, erweisen sich seit längerem schon rechte Terrorbanden, vor allem die sogenannten „Christkönigskrieger" („Guerrilleros de Cristo Rey"). Auf ihr Konto gehen Brandanschläge auf fortschrittliche Buchhandlungen, besonders solche, die baskische, katalanische und galizische Literatur vertreiben. Des weiteren überfallen sie Anwälte, die in politischen Prozessen ETA-Genossen und andere Linke verteidigen, schlagen sie zusammen oder verwüsten ihre Wohnungen. Seit dem Frühjahr richtet sich ihr Terror verstärkt gegen die Familien bekannter oder vermeintlicher ETA-Mitglieder. Aufsehen erregte Anfang Oktober die Ermordung des Barbesitzers Ignacio Echave Orobengoa. Seine beiden Brüder leben wegen ihrer Aktivitäten für die ETA in Südfrankreich im Exil. Die Ermordung Echaves erfolgte offenbar aus Rache dafür, daß die ETA einen Jeep mit fünf Zivilgardisten in die Luft gesprengt hatte, ein Flug, den drei von ihnen nicht überlebten. Man muß dabei wissen, wie verhaßt die Guardia Civil beim baskischen Volk ist.

Kein Baske wird Mitglied, und müssen alle Zivilgardisten aus anderen Teilen Spaniens im Baskenland eingesetzt werden.

Neben den „Christkönigskriegern" hat sich inzwischen die sogenannte ATE (Anti-Terrorismo-ETA = „Gegen den ETA-Terror") traurige Berühmtheit erworben. Der Terror gegen das baskische Volk ist auch ihre „Spezialität". Sie kommt ebenfalls für den Mord an Echave in Frage („cambio 16" vom 13.10 75).

Die faschistischen Banden haben ihren Aktionsradius längst nach Frankreich ausgedehnt. So berichtete die „FAZ" am 16.10.75:

„Die rechtsradikale spanische ‚Anti-Terrorismus ETA' hat sich zu dem Bombenanschlag auf den spanischen Exilverlag ‚Ruedo Ibérico' in Paris bekannt. (...) ATE hat schon zahlreiche Attentate gegen Wohnungen und Geschäfte von exilierten Spaniern auf französischen Boden ausgeführt. Es heißt, viele Mietglieder von ATE seien spanische Polizisten. Mehrere bewaffnete spanische Polizisten wurden schon in Südfrankreich festgenommen. Für einzelne Attentate verpflichtet ATE offensichtlich auch Kriminelle."

FRANCO–SPANIEN: LETZTER AKT

Fortsetzung von Seite 7

Die demokratische Militärunion (UMD)

Am 9.10. wurden in Barcelona drei Offiziere wegen Zugehörigkeit zur UMD verhaftet, nachdem schon im Juli neun Offiziere unter der gleichen Anschuldigung festgenommen worden waren. Am 14.10. gab in Paris ein Sprecher dieser Gruppierung eine Pressekonferenz, auf der er die UMD und ihre Ziele der Öffentlichkeit vorstellte. Gleichzeitig soll der bei dieser Gelegenheit vorgetragenen Text unter der Hand in Spanien verbreitet worden sein.

Diesen Angaben zufolge soll die UMD ca. 400 Mitglieder und weitere 600 Sympathisanten (ausschließlich Berufsoffiziere) haben und ein politisches Spektrum „von den Liberalen bis zur Linken" umfassen. Die UMD unterstütze nicht den Prinzen Juan Carlos (die „FAZ" vom 15.10. formuliert: „nicht mehr"), sondern trete für den Sturz des Franco-Regimes auf möglichst friedlichem Weg ein. Die UMD werden sich jedoch nicht auf „rein pazifistische Mittel" beschränken, falls das Regime Gewaltanwendung provoziert. Als Ziel der UMD wird die Herstellung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten in Spanien angegeben und insbesondere die Abschaffung der Kriegsgerichte für nichtmilitärische Delikte. (Die Anwendung der Militärjustiz bei politischen Prozessen scheint in der Armee auf relativ starke Mißbilligung zu stoßen.)

Vom portugiesischen MFA grenzte sich der Sprecher ausdrücklich ab: Wenn erst die Demokratie in Spanien wiederhergestellt sei, würden die Offiziere in die Kasernen zurückkehren (nach „SZ", 15.10.).

Die „Welt" (14.10.) meldet zusätzlich, daß die UMD für eine Integration Spaniens in die EG eintrete.

Der in Paris aufgetretene Sprecher der UMD wie auch mehrere der verhafteten Offiziere gehören Familien an, die den höchsten Kreisen der Franco-Diktatur zugerechnet werden und im Bürgerkrieg an der Seite Francos gekämpft hatten.

Insgesamt scheint das Programm der UMD dem der „Demokratischen Junta" nicht unähnlich zu sein, zu der ihr „Verbindungen" nachgesagt werden. So betont die UMD auch, daß sie mit den illegalen demokratischen Parteien „einschließlich der Linken" zusammenarbeiten wolle, grenzt sich aber vom „Terrorismus" ab.

„Demokratische Junta" und „Demokratische Konvergenz"

Die bürgerlich-demokratische Op-

„Demokratische Junta" und „Demokratische Konvergenz"

Die bürgerlich-demokratische Op-

position in Spanien ist in zwei Hauptgruppierungen zusammengefaßt, die „Junta Democratica", die von der revisionistischen PC dominiert wird, und die „Convergencia Democratica", vor allem PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei, die der „sozialistischen Internationale" angeschlossen ist) und Christdemokraten, seit einiger Zeit offenbar aber auch die links von der PC stehenden Gruppen ORT und MCE.

Die Revisionisten haben mehrfach „Spaltungsversuche" der Sozialisten kritisiert, auf die von westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien, vor allem der SPD, starker Druck ausgeübt werde, um ein Bündnis zwischen „Junta" und „Convergencia" zu verhindern („ND", 4./5.10.). Dies erscheint durchaus plausibel, wenn man die Politik der „Sozialistischen Internationale" gegenüber Portugal zum Vergleich heranzieht (verschweigt aber die spalterische Politik der PC selber gegenüber der revolutionären Linken). Die „FAZ" (15.10.) berichtet auch von „Schwierigkeiten" innerhalb der „Junta" selbst. Vor diesem Hintergrund müssen die derzeitigen „Annäherungsversuche" zwischen „Junta" und „Convergencia" gesehen werden.

Beide Gruppierungen haben eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie sich zur Schaffung eines „breiten demokratisch organisierten Bündnisses" verpflichten (Westberliner „Extradienst", 10.10.). Eine Ablösung des Regimes soll auf gewaltlosem Weg erreicht werden. Danach soll eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform entscheiden (wobei PC-Chef Carrillo offenbar sogar dazu bereit wäre, über eine Monarchie abstimmen zu lassen! – „Spiegel", 6.10.). Eine Abgrenzung vom „individuellen Terrorismus" darf nicht fehlen.

PC-Chef Carrillo („*Keiner kann mich daran hindern, auf einer internationalen kommunistischen Konferenz das Recht des Genossen Dubcek zu verteidigen, frei seine Meinung in Prag auszusprechen*" – „FAZ",7.10.) ist nicht erst mit seiner öffentlichen Distanzierung von seinen portugiesischen Parteigenossen als Rechtsaußen des revisionistischen Lagers hervorgetreten.

Carrillo will eine friedliche Ablösung des Faschismus. Dazu strebt er ein Bündnis mit den Sozialdemokraten an, das ein „positives Echo bei den Streitkräften" hervorrufen soll. Zweifellos steht hinter dieser Politik die Hoffnung, Unterstützung in der westeuropäischen Bourgeoisie zu finden. Angesichts der gegenwärtigen faschistischen Terrorwelle und den offensichtlichen Bürgerkriegsvorbereitungen des Franco-Regimes muß diese Politik abenteuerlich erscheinen. Mehr noch: Die faschistische Bewegung in Spanien ist wesentlich stärker und besser organisiert als seinerzeit in Portugal oder Griechenland. Um so dringender ist es notwendig, daß sich die spanische Arbeiterklasse auf einen revolutionären bewaffneten Sturz der Diktatur vorbereitet – gerade um sich vor einem Blutbad zu schützen.



Weitere Todesstrafen verhindern !

Wie „Lotta Continua" am 4.10. berichtete, stehen neue Prozesse gegen elf Führer und Militante von ETA unmittelbar bevor („LC" bezieht sich dabei auf eine Pressekonferenz der Familien der Angeklagten). Dabei muß erneut mit Todesurteilen und weiteren Ermordungen gerechnet werden. Unter den Genossen sind:

– Juan Miguel Goiburu Mendizabal „Goiherri" vom Exekutivkomitee der ETA;
– Antonio Gonzales Terron „Geizka", dem ein Anschlag auf einen Folterspezialisten der Guardia Civil zur Last gelegt wird;

der ETA;
– Antonio Gonzales Terron „Geizka", dem ein Anschlag auf einen Folterspezialisten der Guardia Civil zur Last gelegt wird;

– Felix Eguia Intxarrauga, Mitglied der ETA seit 1971, bei seiner Festnahme am 31.7. verwundet worden;
– Emilio Goitia Bariz „Joseba", verhaftet, als er sich in Galizien um eine Zusammenarbeit mit galizischen Patrioten bemühte;
– Francisco Xavier „Mario", nach einem Feuergefecht festgenommen, bei dem ein anderer Militanter der ETA gefallen war; der Teilnahme an der Erschießung mehrerer Folterknechte der Guardia Civil beschuldigt;
– Mariano Azque, dem derselbe Vorwurf gemacht wird;
– Pedro Ignacio Perez Beotegui („Wilson"), den die Polizei für das „militärische Haupt" der ETA und Organisator des Attentats auf Carrero Blanco hält, sowie
– José Ignacio Mugika Arregi „Ezkerra", der am 19.9. verhaftet wurde und Folterungen der Polizei ausgesetzt ist. Ezkerra ist ein Führer der baskischen Jugendbewegung und wird von der Polizei als „Inlandschef" der ETA angesehen.

Nachdem die geplanten Schnellverfahren („Sumarisimo") gegen die Genossen zunächst verschoben wurden, meldete die „SZ" am 13.10., daß einige der Angeklagten von der Militärjustiz dem „Sondergericht für öffentliche Ordnung" überstellt und vorübergehend freigelassen worden wären. Vier Genossen, darunter Mugika Arregi, bleiben jedoch wegen „Mordverdachts" unter Militäranklage, allerdings nicht im Schnellverfahren. **Dies ist ein erster Erfolg der in- und ausländischen Protestbewegung gegen das Franco-Regime – allerdings durchaus keine Garantie zur Verhinderung weiterer Morde. Vielmehr fordern die Ultrarechten des Regimes das Blut der Genossen. Daher tragen alle Antifaschisten und Antiimperialisten die Verpflichtung, in ihrer Anklage gegen die Franco-Diktatur nicht nachzulassen und alles in ihren Kräften stehende zu unternehmen, um das Leben der Genossen zu retten.** •

Internationale Proteste gegen das Franco-Regime

Überall in der Welt taten Demokraten und Antifaschisten in massenhaften Aktionen ihre Empörung über die Todesstrafen und das verbrecherische Franco-Regime kund. Selbst die Regierungen fast aller EG-Länder sahen sich aufgrund dieses Drucks gezwungen, ihre Botschafter zeitweise aus Madrid abzuziehen. Auch der Beschluß, zu dem sich die europäischen Gewerkschaftsführungen „durchgerungen" hatten, den 2.10. zu einem Aktionstag gegen den spanischen Faschismus auszurufen (so kniff sich die DGB-Führung zwei Schweigeminuten ausgerechnet in der Mittagspause ab ...) wurde von den Werktätigen genutzt, um die Forderung nach Spaniens Freiheit zu erheben. Dabei konnte der von den Gewerkschaftsführern geplante minimale Rahmen oftmals durchbrochen werden. In der BRD war der Protest insbesondere Teil der in dieser Zeit organisierten Portugal-Solidaritätswoche.



Angel Otaegui (ETA)



Jose Humberto Baena Alonso (FRAP)



Ramon Garcia Sanz (FRAP)



Jose Luis Sanchez Bravo Sollas (FRAP)



Juan Paredes Manot (ETA)

Die fünf vom Franco-Regime ermordeten Antifaschisten

Der Kampf geht weiter

Kurz vor seiner Hinrichtung schrieb Juan Paredes „Txiki" folgende Botschaft, die aus dem Gefängnis herausgeschmuggelt werden konnte (Text nach „Extradienst", 3.1o.75):

„1970 wurde durch den Kampf des baskischen Volkes und aller Völker Spaniens das Leben der in Burgos verurteilten ETA-Revolutionäre dem Zugriff des Franquismus entrissen. Seitdem sind viele Jahre vergangen, Jahre der Unterdrückung und der Leiden, die dem baskischen Volk zugefügt wurden, das seine Söhne durch Francos Kugeln fallen sieht. Doch der Kampf geht weiter und wird weitergehen bis wir unser Ziel erreicht, ein freies und sozialistisches ‚Euzkadi' (Baskenland in der Baskensprache), das das einzige Mittel zur Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist.

Der Kampf wird hart sein, doch das letzte Wort wird das Volk haben. Heute tritt der Franquismus erneut weltweit in den Vordergrund durch die Todesurteile, die gegen ETA-Mitglieder und andere Revolutionäre verhängt wurden. Der Kampf des baskischen Volkes und aller Völker der Welt tritt wie 1970 wieder in den Vordergrund.

Mit dieser Botschaft will ich erneut die Unterdrückung des baski-

und aller Völker der Welt tritt wie 1970 wieder in den Vordergrund.

Mit dieser Botschaft will ich erneut die Unterdrückung des baski-

schen Volkes und aller Völker Spaniens durch das Franco-Regime bezeugen. Es ist unbegreiflich, daß eine Handvoll skrupelloser Männer das Leben eines ganzen Volkes in der Hand hält, Revolutionäre durch ihre Polizei und ihre Gerichte ermordet, nur weil sie für ihre Freiheit kämpfen. Das Volk und die Solidarität aller Völker der Welt werden das letzte Wort haben. So soll es sein. Ich würde gern eine längere und ausführlichere Botschaft schreiben, doch ist es mir unmöglich, ich habe weder genug Papier, noch andere Mittel.

Es lebe die Solidarität der unterdrückten Völker! Es lebe das freie Euzkadi!" •



Lissabon – Antifaschisten bei der Arbeit. Die spanische Botschaft wurde gestürmt, ausgeräumt und das Inventar verbrannt. Übrigens erschienen auch revolutionäre Feuerwehrleute „rechtzeitig", um ein Löschen des Brandes „fachmännisch" zu verhindern.

Hier spricht der Revisionist

– Auszüge aus einem Spiegel-Interview mit S. Carrillo, Führer der „KP" Spaniens –

1. Bekenntnis zur EG

„CARRILLO: Natürlich wird Spanien sich zu Europa bekennen.
SPIEGEL: Auch zur kapitalistischen EG?
CARRILLO: In die müssen wir sogar schnell rein, damit sie sozialistisch wird."

2. Eine Monarchie würde ich akzeptieren

wird."

2. Eine Monarchie würde ich akzeptieren

„SPIEGEL: Aber im Prinzip sind Sie nicht gegen die Monarchie?
CARRILLO: Wenn das spanische Volk sich in einer wirklich freien Wahl für sie ausspräche, würde ich sie akzeptieren."

3. Ich bin nicht nur ein Revisionist, ...

„SPIEGEL: Heißt das, die KP Spaniens hat endgültig auf die Diktatur des Proletariats und die Vormacht der einzigen Partei verzichtet?
CARRILLO: Da können Sie ganz sicher sein. Das ist Bestandteil unseres verabschiedeten Parteiprogramms."

4. ... sondern Sozialdemokrat!

„SPIEGEL: Worin unterscheiden Sie

4. ... sondern Sozialdemokrat!

„SPIEGEL: Worin unterscheiden Sie

sich dann von den Sozialisten?
CARRILLO: Ach, wissen Sie, zwischen uns und den spanischen Sozialisten gibt es eigentlich keinen großen Unterschied." •

OLE ? Nein: Ojeh !

Immer an der Seite Francos

Während in Madrid, Barcelona und Burgos die Todesschüsse fielen, verhandelte Kissinger in Washington mit dem spanischen Außenminister über die Verlängerung des Abkommens über amerikanische Luft- und Flottenstützpunkte in Spanien. Anfang Oktober war man sich einig: Die USA dürfen ihre Militärbasen für weitere fünf Jahre benutzen. Sie revanchieren sich mit einem Geschenk von 70 Mio. und einem Kredit von 600 Mio. Dollar an das Regime.

Mit diesen Geldern wird die spanische Regierung von den USA Waffen, insbesondere moderne Bomber, beziehen. Die amerikanische Regierung hob die Bedeutung (des faschistischen) Spaniens für das „westliche Sicherheitssystem" hervor. Die US-Imperialisten, für die Portugal ebenso wie Italien als „Unsicherheitsfaktor" gilt, sind die entscheidende Stütze der spanischen Ultrarechten, ohne die der spanische Faschismus längst auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet wäre. •

Salvadore Dali: Hofmaler Francos!

S. Dali ist vielen als Maler „surrealistischer" Bilder bekannt; z.B. Bilder, in denen Uhren wie weiche Pfannkuchen über einer Mauer hängen, oder Bilder, auf denen zerfetzte menschliche Körperteile sich noch gegenseitig mit Messer und Gabel traktieren.

Auf Ausstellungen und in der Schule wird Dali als ein „Hauptvertreter des Surrealismus", „Genie" und „bedeutendster zeitgenössischer spanischer Maler neben Picasso" beweihräuchert.

Der beigefügte Zeitungsausschnitt beweist, um was für eine Art „Genie" es sich hier handelt: um eines der heruntergekommensten Exemplare von Franco-Anhängern, das man sich denken kann!

> **Dali über Franco**
>
> *„Ein wunderbares Wesen"*
>
> Der spanische Maler Salvator Dali ist mit der Entwicklung der Lage im heutigen Spanien zufrieden. Der im spanischen Cadaques lebende Surrealist erklärte sich aus Anlaß des Jahrestages der Machtergreifung General Francos am Donnerstag mit der Politik des Caudillo vollkommen einverstanden und stellte fest, die massiven Proteste in aller Welt gegen die Hinrichtung der fünf spanischen Separatisten hätten das Staatsoberhaupt „in einem Augenblick um dreißig Jahre verjüngt".
>
> „Franco ist ein wunderbares Wesen. Er hat heute das gesamte spanische Volk hinter sich", sagte der Künstler. Die massive patriotische Demonstration in Madrid habe zudem gezeigt, daß die Monarchie im Lande mit überwältigendem Erfolg eingeführt werden kann und Spanien dann in der Welt „einzigartig dastehen" werde, da es im Lande in einigen Monaten keinen Terrorismus mehr gebe. Dali: „Die werden liquidiert werden wie Ratten." AFP
>
> „FAZ", 3.10.75

Pablo Picasso – von der bürgerlichen Kulturobrigkeit auch gerne als „Genie" gehätschelt – ist fortschrittlichen Menschen vor allem durch das Bild „Guernica" bekannt. Mit diesem Bild prangerte er das Wüten der „Legion Condor" an, die während des spanischen Bürgerkrieges im Auftrage Hitlers die Franco-Truppen unterstützte. Die „Legion Condor" war eine Bomber-Flotte, die u.a. die kleine spanische Stadt Guernica vollkommen in Schutt und Asche legte. So probte der Hitlerfaschismus schon vor dem 2. Weltkrieg, was dann an Rotterdam, Warschau u.v.a. ‚vollstreckt' wurde: der systematische Terror- und Vernichtungsfeldzug gegen „minderwertige" Völker! Picassos Bild ist also keine „Anklage gegen die Unmenschlichkeit schlechthin", sondern hat eine ganz klar antifaschistische Aussage. Picasso mußte auch seit Errichtung der Franco-Diktatur im Exil in Frankreich leben, wegen seiner eindeutig antifaschistischen Haltung!

Auf Dali dagegen, der sich heute im Blut der ermordeten spanischen Genossen suhlt, passen die Worte, die Ernst Busch gesungen hat:

„FÜR DIESES GETIER
KEINE EHRLICHEN FLINTEN,
DEN STRICK UND EINEN TRITT
– VON HINTEN!" •

Ein Genosse aus Hamburg/Pinneberg

England:

Proteste gegen die Hinrichtungen in Spanien

Mehrere Hundert Menschen hatten sich am Wochenende nach der Hinrichtung antifaschistischer Widerstandskämpfer durch die Franco-Faschisten in **London** vor der spanischen Botschaft versammelt. Eine Delegation gab eine Protestnote ab. Parolen und Transparente drückten die Em-



Londoner Bullen gehen gegen antifaschistische Demonstranten vor der spanischen Botschaft vor

pörung der Demonstranten aus. Wie die Londoner Polizei den antifaschistischen Protest „unterstützt“, läßt sich auf dem Bild erkennen ...

Die Gewerkschaft der **Lokomotivführer** machte ein Rundschreiben, in dem „größtmögliche Unterstützung“ der internationalen Protestaktionen von den lokalen Organisationen gefordert wird.

Ebenso forderten die **Transportarbeitergewerkschaft** und die der **Eisenbahner** ihre Mitglieder dazu auf, den Boykott spanischer Waren zu unterstützen.

In **Hull** begannen die Docker am 3.10. mit dem Boykott von Schiffen von und nach Spanien. Es war im Gespräch, den Boykott über die vorgeschlagenen 48 Stunden hinaus zu verlängern.

In **Southampton** wurde die schwedische Fähre „Patricia“, die von Bilbao kam, nicht entladen. Genauso in **Swansea** das Motorschiff Pumarin nicht, das 1.700 Tonnen Stahlseile aus Spanien brachte.

Die Arbeiter des Flughafens in **Glasgow** entschieden sich dafür, alle Flüge der spanischen Fluglinien zu boykottieren. Darüberhinaus beschloß der Zweig der Transportarbeitergewerkschaft, in dem die **Flughafenarbeiter der British Airways** organisiert sind, den Boykott der Flüge der British Airways nach Spanien auszudehnen und solange aufrechtzuerhalten, bis aus der Route London-Gibraltar die Zwischenlandung in Madrid gestrichen wird.

In **Cardiff** wurde dem spanischen Konsul ein Protestschreiben übergeben, das von den „councillors“ (gewählte Stadträte) von Cardiff und Rhondda und mehreren „führenden“ Gewerkschaftern unterschrieben war.

Dies ist nur eine unvollständige Übersicht über die Protestaktionen der englischen Arbeiter gegen den Franco-Faschismus. ●

Englandkommission,
KB/Gruppe Hamburg

Spanien-Solidarität in Rotterdam

Am 2. Oktober fand in Rotterdam eine große Schülerdemonstration statt, zu der zwei Tage zuvor ein Ko-

durch die Innenstadt fand eine Abschlußkundgebung statt, an der sich noch ca. 2.000 Schüler betei-

Spanien-Solidarität in Rotterdam

Am 2. Oktober fand in Rotterdam eine große Schülerdemonstration statt, zu der zwei Tage zuvor ein Ko-
mitee aus Vertretern verschiedener linker Organisationen aufgerufen hatte. Unterstützt wurde die Aktion auch von der sozialdemokratischen Regierungspartei PvdA, der pazifistischen PSP und der Gewerkschaft NVV. Am Vortage der Demo beschloß die Stadtverwaltung, den Schülern der weiterführenden Schulen für die Teilnahme an der Demo frei zu geben (!).

Am Donnerstag um 11 Uhr formierte sich auf dem Doelenplein im Zentrum der Stadt ein Demonstrationszug von 4 – 5.000 Schülern mit Transparenten wie „Franco – Mörder“, „Boykottiert Spanien“, „Solidarität mit dem revolutionären Kampf des spanischen Volkes“.

Nach einem Marsch durch überwiegend von Ausländern bewohnte Straßen ging es zur spanischen Botschaft, wo eigentlich die beiden Schweigeminuten abgehalten werden sollten, statt dessen kam es jedoch zu lautstarken Protesten und Sprechchören. Meistgerufene Parole war „Hun Strijd – Onze Strijd, Internationale Solidariteit“ (Ihr Kampf – Unser Kampf, Internationale Solidarität) und „Franco – Mörder“. Der mitmarschierende Bürgermeister hatte alle Mühe, beschwichtigend auf die Schüler einzuwirken.

Nach einem weiteren Marsch durch die Innenstadt fand eine Abschlußkundgebung statt, an der sich noch ca. 2.000 Schüler betei-ligten. Sprecher des aufrufenden Komitees, unter ihnen ein baskischer und ein spanischer Kollege, sowie ein Mitglied der CPN (Revisionisten) und einer örtlichen kommunistischen Gruppe prangerten scharf die Verbrechen des Franco-Regimes an, forderten unter großem Beifall „Tod dem Faschismus“ und betonten insbesondere die Notwendigkeit, über diese Demonstration hinaus eine langfristige Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes zu entwickeln.

Boykott spanischer Schiffe

Im Hafen von Rotterdam lag am selben Tage nur ein spanisches Schiff – drei weitere hatten, wie uns ein holländischer Genosse erzählte, schon vorsorglich vor Rotterdam abgedreht. Dieses Schiff wurde, ebenso wie eins im Amsterdamer Hafen, nicht entladen.

Eine Aktionseinheit aus zwei fortschrittlichen Haferarbeitergewerkschaften und mehreren linken Gruppen hatte in den letzten Tagen den Boykott vorbereitet und will diesen möglichst auf unbestimmte Zeit ausdehnen. ●

Holland-Kommission
KB/ Gruppe Bremerhaven

Göttingen:

Demonstration gegen Todesurteile

Rund 800 fortschrittliche Menschen demonstrierten am 2. Oktober gegen die Todesurteile, die der Franco-Faschismus in Spanien gegen fünf Antifaschisten vollstreckt hatte. Aufgerufen hatten folgende Organisationen: KAG, IK/KHB, KBW, KSB, SB, GIM, AStA Uni, Juso-HSG, LHV.

Unter den Losungen:
„Freiheit für die Völker Spaniens!“
„Nieder mit der Franco-Diktatur!“
„Franco hör' gut zu, der nächste der bist du!“
„Keine Unterstützung der Franco-Diktatur durch die Bundesregierung!“
„Freiheit für alle politischen Gefangenen!“

zogen die Demonstranten durch die Stadt.

Im direkten Anschluß an die Demonstration wurde von den oben genannten Organisationen eine Informations- und Diskussionsveranstaltung durchgeführt, die von ca. 350 Menschen besucht wurde.

Ein Schlag ins Gesicht für alle Antifaschisten war weiterhin das braune Geschmiere „Viva Franco“ von hiesigen Faschisten, die sich zum ersten Mal seit längerem wieder frech erhoben. Inzwischen lauten die Parolen wieder „Nieder mit Franco!“, die Antwort der Göttinger Antifaschisten! ●

KAG Göttingen

100 Tage „neue Ordnung" in Indien

Disziplin – groß geschrieben!

Seit nunmehr gut hundert Tagen herrscht die Regierung Indira Gandhis in Indien mit Ausnahmegesetzen. Nach den anfänglichen spektakulären Unterdrückungsmaßnahmen (Aufhebung sämtlicher von der Verfassung garantierter Grundrechte, Massenverhaftungen, einer vorübergehenden Nachrichtensperre und der allgemeinen Pressezensur) werden die hauptsächlichen Aspekte der als „neue Ordnung" deklarierten Herrschaftsform sichtbar: es geht der indischen Großbourgeoisie – und der sie vertretenden Congress-Partei – darum, die kapitalistische Entwicklung Indiens zu forcieren, die reaktionären feudalistischen Strukturen in der Landwirtschaft wenigstens teilweise zu beseitigen – Mittel zum Zweck soll der sowohl ideologisch als auch mit Hilfe der Ausnahmegesetze angestrebte „ B u r g f r i e d e n " zwischen Kapital und Arbeit sein!

Erste „Erfolge" bei diesem Bemühen sind unverkennbar:

Die drei Gewerkschaftsdachverbände AITUC (der revisionistischen CPI nahestehend), INTUC (Congress) und Hindu Mazdoor Sabha (congressnahe) einigten sich mit den Kapitalisten *„des privaten Sektors"* auf den Verzicht von Arbeitskämpfen, also auf einen ausnahmslosen Arbeitsfrieden („FR", 31.7.).

In der Folge habe die *„auf Produktionssteigerung ausgerichtete Regierungspolitik...vorderhand aber einmal eine erstaunliche Arbeitsdisziplin bewirkt..."*, meinte die „NZZ" bereits am 4.10. und zitierte einen Sprecher der indischen Notenbank, der meinte, man könne wieder von einem *„Gefühl der Neuorientierung"* sprechen.

So *„erscheint das Heer der öffentlichen Bediensteten...entgegen früherer Praxis nicht nur pünktlich in den Büros, sondern auch die Akten werden flinker bearbeitet. Entscheidungen werden rascher getroffen – und das bei einer bewußt betriebenen Einschränkung der Überstunden, die den Angestellten zuvor in erster Linie zu zusätzlichem Salär verhalfen (!)..."* (ebenda). Es ist kaum

rer Praxis nicht nur pünktlich in den Büros, sondern auch die Akten werden flinker bearbeitet. Entscheidungen werden rascher getroffen – und das bei einer bewußt betriebenen Einschränkung der Überstunden, die den Angestellten zuvor in erster Linie zu zusätzlichem Salär verhalfen (!)..." (ebenda). Es ist kaum
anzunehmen, daß dieser „Sinneswandel" wirklich etwas mit größerer Freude an der Arbeit zu tun hat. Die Tatsache, daß jetzt verstärkt Stechuhren in den Betrieben eingeführt werden, läßt dagegen auf einen stärkeren Druck schließen, der auf die werktätige Bevölkerung insgesamt ausgeübt wird.

Auch die Einführung der Prohibition (Alkoholverbot) muß als Maßnahme zur noch stärkeren Disziplinierung der Arbeiter und Bauern gewertet werden.

Nach einem *„Stufenplan zur völligen Austrocknung Indiens"* wird als erster Schritt *„das Trinken in Hotels, Restaurants, Klubs und bei öffentlichen Veranstaltungen untersagt. Schankstuben in der Nähe von Fabriken müssen schließen, die Alkoholhersteller dürfen für ihre Produkte nicht länger werben,und Trunkenheit im Dienst soll schwer bestraft werden... die puritanischen Lehren des Mahatma Gandhi sollen nach dem Willen der Regierung wieder großgeschrieben werden..."* (ebenda).

Mit der demagogischen Überschrift *„Die Armen müssen fühlen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt"*, erschien im „Horizont" (38/75) ein Interview mit Indira Gandhi. Daraus geht u.a. hervor, daß sich die Inder **„Schlaffheit und Weichheit" nicht länger leisten könnten!**

Der indische Werktätige habe danach zu streben, *„in der eigenen Arbeit höchste Leistungen zu erreichen"*. Er habe es als das Wichtigste im Leben anzusehen, *„seinem Land und dessen Verbesserung ergeben zu sein"*. Jede Schicht habe in diesem Prozeß *„ihre besondere Aufgabe, es gibt jedoch auch Aufgaben, die vor uns allen stehen"*. Die Gandhi bezeichnete die Streiks als eines der Hauptübel vor dem Ausnahmezustand. *„Jede Schicht glaubte, alles nur für sich bekommen zu müssen, ohne Rücksicht auf die Arbeitslosen und die Ärmsten und ohne sich Gedanken über den Schaden zu machen, der für die Nation (!) entstehen würde"*.

Der Gandhi-Regierung scheint sehr wohl klar zu sein, daß sie den „Klassenfrieden" nicht so ohne weiteres – d.h. mit „friedlichen" Mitteln – herstellen kann. Neben der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes wird darum von der Congress-Partei verstärkt am Aufbau von neuen „Ordnungs"-Kräften gearbeitet.

Zu diesem Zweck hat der Congress-Chef Borooah schon Ende Juli *„in Delhi 500 Mitglieder der Congress-Jugend zu Hilfspolizisten mit der Aufgabe der Preiskontrolle und Schwarzhändlerjagd ernannt. Bis Januar sollen lt. Borooah 20.000 jugendliche Hilfspolizisten in Delhi eingesetzt werden (!)..."*

„Indira-Gandhi-Brigaden genannte Schutzstaffeln werden bereits in mehreren Bundesstaaten eingesetzt" („FR", 2.8.). Es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß diese „Schutzstaffeln" über die o.g. Aufgaben hinaus auch für die Aufrechterhaltung der allgemeinen „Disziplin" Sorge tragen werden. Im übrigen ist – außer der Tatsache, daß mittlerweile Tausende von Menschen inhaftiert sind – Opponenten der Regierungspolitik in Aussicht gestellt worden, bis zu einem Jahr ohne Angabe von Gründen in Haft genommen zu werden (dies ist ein vier Jahre altes Gesetz, das noch immer in Kraft ist!) (nach „FAZ", vom 16.9.75).

Der harte Kurs, der zuerst gegen die gesamte Opposition angewandt wurde, ist offenbar gegenüber den Rechten gelockert worden. Wurden die rechten Hauptparteien „Jana Sangh", „Swatantra" und „Congo" von vornherein schon nicht verboten, so zeichnet sich jetzt ab, daß den Rechten insgesamt wieder ein größerer Spielraum gewährt wird. So wurde jüngst ein *„Treffen der Bürger für Demokratie-Bewegung toleriert, deren Präsident der parteilose Oppositionsführer Jayaprakash Narayan ist"* („FAZ", 1.10.75), der – inzwischen wohl wieder auf freiem Fuß – die Hauptfigur in der Bewegung gegen die Gandhi-Regierung vor dem Ausnahmezustand war!!!

Wie berichtet wird, hat sich diese Bewegung aber den neuen Bedingungen angepaßt und macht zur Zeit keine offene Front gegen die Regierung. Indessen werden aber die Schläge gegen links mit unver-

figur in der Bewegung gegen die Gandhi-Regierung vor dem Ausnahmezustand war!!!

Wie berichtet wird, hat sich diese Bewegung aber den neuen Bedingungen angepaßt und macht zur Zeit keine offene Front gegen die Regierung. Indessen werden aber die Schläge gegen links mit unver-

minderter Härte fortgeführt: **„In Westbengalen, der Wiege kommunistischer Revolutionäre, wurden die Vereinigung für den Schutz demokratischer Rechte und die fortschrittliche Gewerkschaft verboten. Dem Chefminister des Staates zufolge waren diese Organisationen an Naxaliten-Aktivitäten beteiligt" („All India Radio", 21.8.75). Die Naxaliten sind eine als marxistisch-leninistisch zu bezeichnende Organisation von Landarbeitern und Angehörigen der Intelligenz und Industriearbeiterschaft in den Städten. Diese Organisation wurde anläßlich des Ausnahmezustandes ebenfalls verboten!**

Das „20 - Punkte - Programm"

Bereits am 1. Juli hat die indische Regierung ein sogenanntes „20 - Punkte - Programm" bekanntgegeben, das in erster Linie auf die Beseitigung der reaktionären – die Entfaltung der Produktivkräfte behindernden! – feudalistischen Strukturen in der Landwirtschaft zielt und den Ärmsten unter den zig-Millionen Armen eine Besserung ihrer Lage verspricht.

Versprochen wird in dem Programm vor allem:

- **wirksam und rasch die Gesetze über den höchstzulässigen Grundbesitz in allen Staaten anzuwenden und den überschüssigen Boden an die Landlosen zu verteilen;**
- **einen sozial gerechtfertigten Mindestlohn für Landarbeiter festzusetzen;**
- **Wohngrundstücke für Landarbeiter bereitzustellen und sie vor Vertreibungen zu schützen;**
- **die Schuldknechtschaft – d.h. praktisch die Leibeigenschaft – abzuschaffen;**
- **die Verschuldung auf dem Lande zu beseitigen und arme Bauern aus den Händen wuchernder Geldverleiher zu befreien!**

Ferner werden darin Maßnahmen beschlossen:

Fortsetzung Seite 29

- **die Verschuldung auf dem Lande zu beseitigen und arme Bauern aus den Händen wuchernder Geldverleiher zu befreien!**

Ferner werden darin Maßnahmen beschlossen:

Fortsetzung Seite 29

KBW zu Angola
Ein Skandal!!

Mit einem sage und schreibe anderthalb Seiten langen Artikel, versucht der KBW in seiner „KVZ" vom 2.10. 75 seine skandalöse Haltung zu den Auseinandersetzungen in Angola zu rechtfertigen. Neue Argumente bringt er leider nicht. Woher sollten sie auch kommen?

Die Frage, um die es seit Monaten geht, heißt: Sollen wir die MPLA unterstützen oder sollen wir gegenüber den Auseinandersetzungen in Angola uns „neutral" verhalten („Gleichbehandlung der drei Befreiungsbewegungen") und dabei mit einer Polemik gegen die sowjetische Waffenhilfe für die MPLA indirekt auch diese selbst angreifen? Der KBW nimmt letztere Haltung ein.

Die „KVZ" wirft uns demagogisch vor, wir würden uns mit der Unterstützung der MPLA als **„Weltschiedsrichter zwischen Befreiungsbewegungen"** aufspielen. W i r würden die FNLA und die UNITA als proimperialistisch „d e n u n z i e r e n". W i r würden FNLA und UNITA zu Feinden des angolanischen Volkes erklären. W i r würden **„mit Greuelfotos (!) und Hetztiraden (!!) gegen zwei der Befreiungsbewegungen vom Leder ziehen"**.

Es muß den „KVZ"-Schreibern wohl sehr schwer fallen, ausnahmsweise einmal n i c h t die Wahrheit zu verdrehen. Wer imstande ist zu lesen, kann feststellen, daß die von uns im ARBEITERKAMPF veröffentlichten „Greuelfotos und Hetztiraden" Nachdrucke aus einer Zeitung der MPLA („Vitoria Certa", Zentralorgan der MPLA, 12.7.75) waren, in der die barbarischen Verbrechen der vom KBW sogenannten „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA angeprangert wurden. Nicht w i r haben uns die Kennzeichnung der FNLA und UNITA als pro-imperialistische Kräfte irgendwie aus den Fingern gesaugt, sondern das ist die Einschätzung der Genossen von der MPLA über diese „Befreiungsbewegungen". Das verschweigt der KBW stets, da er andernfalls offen gegen die MPLA Stellung nehmen müßte, was er bisher zu vermeiden versucht.

Wir unterstützen die Position der Genossen der MPLA. Wenn dies „Weltschiedsrichter"tum bedeutet, dann müßten Kommunisten wohl auch z.B. zu den Kämpfen zwischen Faschisten und Palästinensern sowie linken Organisationen im Libanon schweigen. Der KBW hat solche Bedenken normalerweise nicht, unterstützt er doch z.B. sogar innerhalb des palästinensischen Widerstands schon seit langem total einseitig die FDLP von Hawatmeh.

schon seit langem total einseitig die FDLP von Hawatmeh.

Wessen Position unterstützt der KBW aber in Angola? Darüber schweigt er aus leicht durchschaubaren Gründen. Stattdessen beschwört er die „drei Befreiungsbewegungen", sie müßten doch endlich begreifen, daß sie bloß von den „Supermächten" gegeneinander aufgehetzt werden und sollten sich hübsch manierlich miteinander vertragen und gemeinsam gegen die „Supermächte" kämpfen. Und dies in einer Situation erbittertster Kämpfe in allen Teilen des Landes!! Wenn das kein „Weltschiedsrichter"tum ist, und ein gottsjämmerliches noch dazu!

Zur Rechtfertigung beruft sich die „KVZ" immer wieder auf die OAU (Organisation afrikanischer Staaten), die auch dafür eintreten, daß *„die inneren Zwistigkeiten in Angola bereinigt werden"* (lt. „KVZ").

Nun ist die OAU sicher eine respektable Organisation, wenn es darum geht, sie gegen Angriffe des Imperialismus zu verteidigen. Als Kommunisten wissen wir aber andererseits auch, daß dieses Gremium vor allem von den Vertretern der afrikanischen B o u r g e o i s i e beherrscht wird, von denen überdies viele in enger Abhängigkeit zum Imperialismus stehen. Jedenfalls kann die OAU für Kommunisten keine „höchste Autorität" sein. Schließlich hat sich die OAU auch mehrheitlich gegen den Ausschluß Israels aus der UNO ausgesprochen, ohne daß wir dies als gut und richtig zu akzeptieren brauchen.

Im Übrigen schweigt der KBW darüber, daß die FRELIMO Mosambiks und die PAIGC Guinea-Bissaos klar die MPLA unterstützen, ebenso wie u.a. die VR Kongo/Brazzaville (siehe AK 67, S. 9).

Außerdem macht es immer noch einen gewaltigen Unterschied, ob die OAU sich konkret um eine Einstellung der bewaffneten Kämpfe in Angola bemüht, oder ob der KBW vom Heidelberger Schloß aus dem angolanischen Volk Appelle zur Bildung einer „Einheitsfront" zuzurufen versucht.

Der KBW verwechselt nämlich, zu allen seinen übrigen Dummheiten und Frechheiten, auch noch beharrlich zwei Dinge: Das eine ist eine Einstellung der bewaffneten Kämpfe zwischen MPLA einerseits, FNLA und UNITA andererseits. Hierzu hat auch die MPLA zahlreiche Versuche unternommen (siehe die vielen Abkommen, die regelmäßig von FNLA-UNITA gebrochen wurden) und hierum bemühen sich verschiedenste afrikanische Staaten. Ganz etwas anderes ist es aber, zwischen MPLA einerseits, FNLA und UNITA andererseits eine „E i n h e i t s f r o n t" herstellen zu wollen, wie es der KBW unermüdlich predigt. Hierfür bestehen keinerlei Voraussetzungen und es gibt unseres Wissens auch niemanden, der so etwas versucht (außer dem KBW!).

In Vietnam, um einen Vergleich zu nehmen, hat sich die FNL immer wieder um einen Waffenstillstand mit der Thieu-Bande bemüht. Niemand ist aber, nicht einmal der KBW, auf den beknackten Einfall gekommen, die FNL müßte mit der Thieu-Bande eine „Einheitsfront" bilden.

Wenn der KBW behauptet, zwischen den „drei Befreiungsbewegungen" sei heute – im Kampf gegen den Imperialismus – „tatsächlich **Einheit möglich**" und „**nötig**", so tritt er schlicht als Prediger von eigenen Gnaden auf. Zumindest MPLA und FNLA haben stets erklärt, daß die Gegensätze zwischen ihnen absolut unversöhnlich sind, da sie genau entgegengesetzte Ziele vertreten: **Die MPLA kämpft für die Errichtung einer Volksdemokratie, die FNLA will dies um jeden Preis verhindern.**

Und hinter ihnen her trabt verzweifelt der KBW und will sie darüber aufklären, daß dieser Unterschied doch heute gar nicht wesentlich sei. Sie sollten sich lieber auf das Gemeinsame im Kampf gegen den Imperialismus besinnen und endlich mal eine „Einheitsfront" bilden.

In der „KVZ" vom 2. Oktober verbreitet sich der KBW ausführlich über das, was e r für die **„Aufgaben der Revolution in Angola"** hält: Die Arbeiterklasse soll eine „antiimperialistische Einheitsfront" mit der Bourgeoisie bilden. *„Sind also die Imperialisten bestrebt, die Widersprüche im*

geoisie bilden. „Sind also die Imperialisten bestrebt, die Widersprüche im

Volk (!) *Angolas in antagonistische zu verwandeln, so ist es die Aufgabe der Revolutionäre, diese Widersprüche so zu behandeln, daß alle Kräfte auf den Kampf gegen den Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte* (!) *konzentriert werden können, um, wenn* (!) *dieser Gegner geschlagen ist, die Revolution erfolgreich fortzusetzen"* („KVZ").

Man muß es noch einmal sagen: Der KBW stützt sich hier nicht im geringsten auf die Analyse und die Strategie und Taktik i r g e n d e i n e r der drei Bewegungen in Angola, sondern bloß auf sein Bücherwissen, daß die „Einheitsfront" doch her muß, verflixt noch mal!

Heute ist in Angola bereits in voller Schärfe o b j e k t i v der Kampf um die zukünftige Gesellschaftsform Angolas entbrannt. Der KBW aber predigt pausenlos seine s u b j e k t i v e Meinung, daß dieser Kampf noch gar nicht auf der Tagesordnung steht, daß das angolanische Volk ihn bittschön auf später verschieben soll, um erst mal die „Supermächte" zu schlagen. Den „KVZ"-Redakteuren kann man bescheinigen, daß sie noch nicht einmal die Anfangsgründe des dialektischen Materialismus kapiert haben, sondern tief in der idealistischen Epoche steckengeblieben sind.

Immerhin gesteht die „KVZ" ein, daß es in Angola einen Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat gibt, wenn sie auch *„bestreitet, daß dieser Widerspruch in bezug auf die Aufgabe der Befreiung des Landes vom Imperialismus ein antagonistischer ist"*. Die „KVZ" weigert sich aber offenbar immer noch, die von ihr zugegebene Existenz dieses Widerspruches irgendwie mit den konkreten Kämpfen zwischen MPLA einerseits, FNLA und UNITA andererseits, in Verbindung zu bringen und entsprechend klassenmäßig Stellung zu nehmen.

Stattdessen ereifert sich die „KVZ" schwatzschweifig, daß wir die angolanischen Bauern vergessen hätten, weil wir in AK 66 schrieben: *„Hier ringen – wenn auch noch in ‚unterentwickelten Formen' – Bourgeoisie und Proletariat um die Macht"*. – *„Das ist das Wesen trotzkistischer Politik"*, die Bauern zu vergessen, tobt die „KVZ".

Die „KVZ" hat es damit in gewohnt gekonnter Manier wieder einmal fertiggebracht, sich an einer Frage festzubeißen, um die es überhaupt nicht geht, und sich damit um die zur Diskussion stehende Frage herumzudrücken. Bei dem Artikel in AK 66 ging es nicht im geringsten darum, irgendeine Klassenanalyse zu geben oder über die konkreten Formen politischer Macht in Angola zu spekulieren, sondern schlicht darum, diesen Konflikt weg von den lächerlichen „Stammesstreitigkeiten" zu bringen und ihn einzuordnen in das weltweite Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Hier die Bauern ins Spiel zu bringen, ist gerade so gescheit, als ob jemand sich um eine Diskussion zur Frage der Diktatur des Proletariats herumdrücken will, indem er bemängelt, daß dabei die Bauern nicht erwähnt sind.

Die Sache ist leider so, daß der KBW nicht klassenmäßig zu den Auseinandersetzungen Stellung nehmen will, daß er nicht parteilich Stellung nehmen will, sondern sich die angebliche **„Gleichbehandlung"** der „drei Befreiungsbewegungen" durch die VR China zum Vorbild genommen hat. Der KBW weigert sich, zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften in Angola zu unterscheiden. Dem „KVZ"-Schreiber ist sogar noch folgender Scherz eingefallen: Wenn man UNITA und FNLA für faschistische Truppen des Imperialismus hält (was insbesondere die MPLA tut!!!), dann beleidigt

man damit jene „Teile des angolanischen Volkes, die diesen Bewegungen

man damit jene *„Teile des angolanischen Volkes, die diesen Bewegungen folgen"*. Also hätte man wahrscheinlich nicht einmal die NSDAP als faschistisch bezeichnen dürfen, um ihre Millionen Wähler nicht zu beleidigen. Abgesehen davon, ist die Annahme unrealistisch, daß das Volk in den von FNLA und UNITA kontrollierten Gebieten insgesamt f r e i w i l l i g diesen Bewegungen folgen würde. Man denke nur an die Kontroll- und Rekrutierungsmethoden der Thieu-Bande in Südvietnam!

Was die „Neutralität der VR China" angeht, die in der „KVZ" nochmals gepriesen wird, so haben wir dazu in früheren AKs schon das Wesentliche gesagt. Nur noch zwei Anmerkungen:

1. Selbst w e n n man der Meinung wäre, daß in Angola zwischen den drei Organisationen ein Waffenstillstand oder sogar eine Einheitsfront wünschenswert und möglich ist, wäre das noch kein Grund, nicht parteilich die fortschrittlichen Kräfte zu unterstützten und stattdessen eine Haltung der „Gleichbehandlung" einnehmen.
2. Die VR China hat faktisch nicht die Haltung der „Gleichbehandlung" eingenommen, sondern einseitig die FNLA unterstützt, die im wesentlichen mit chinesischen Waffen ausgerüstet und von chinesischen Militärs ausgebildet ist. Obwohl diese Tatsache auch von FNLA-Sprechern bestätigt ist (vergl. z.B. AK 67, S. 9), hat sich der KBW bis heute dazu nicht geäußert, sondern behauptet verbissen, die VR China verhalte sich „neutral".

Wenn der KBW aber aus der bloßen Tatsache sowjetischer Unterstützung für eine Befreiungsbewegung oder für einen Staat eine **„Einheit mit dem Sozialimperialismus"** machen will, dann ist das offene Demagogie und ein kaum verhüllter Angriff nicht nur auf die MPLA, sondern auch auf die PAIGC Guinea-Bissaos, auf die FRELIMO Mosambiks, auf den palästinensischen Widerstand, auf das Volk Vietnams, auf zahlreiche antiimperialistische arabische und afrikanische Staaten usw. Denn sie alle erhalten sowjetische Unterstützung. Daß eine solche Unterstützung „objektiv möglich" ist, kann nur von Leuten bestritten werden, die ihre politische Blindenbrille an den Ohren festgenagelt haben.

Tatsächlich ist es so, daß der KBW eine Zusammenarbeit d o r t bestreitet, wo sie ganz offensichtlich s t a t t f i n d e t (z.B. zwischen Befreiungsbewegungen und Sowjetunion), und sie dort herbeipredigen will, wo sie nach Meinung aller Beteiligten völlig unmöglich ist, nämlichen zwischen MPLA einerseits, imperialistischen Marionetten-Truppen von FNLA-UNITA andererseits.

Und es fragt sich, ob der KBW diese schräge Sicht der Dinge nur auf Angola anwenden will!? Oder zukünftig auch auf andere „Konflikte", wo die eine Seite von der Sowjetunion unterstützt wird?

Auf der anderen Seite wird der



Sowjetunion vorgeworfen, daß sie die MPLA unterstützt. Die chine-

Sowjetunion vorgeworfen, daß sie die MPLA unterstützt. Die chinesische Presse hat ja inzwischen sogar den „Sozialimperialismus" zum Hauptverantwortlichen der Kämpfe in Angola deklariert.

In der „KVZ" vom 2.10.75 liest sich das dann so: *„Politisch führt ihn* (den KB – Anm. AK) *dies dahin, dort keine Einheit zu sehen und zu wollen, wo sie objektiv möglich ist, nämlich innerhalb der angolanischen Nation, und dort sie zu suchen und zu unterstützten, wo sie objektiv unmöglich ist: nämlich mit dem russischen Sozialimperialismus"*.

Wer lesen kann und will, kann sich davon überzeugen, daß im ARBEITERKAMPF keinerlei Rede von einer E i n h e i t mit dem „Sozialimperialismus" war. Wohl aber

wurde dort festgestellt, daß die MPLA sowjetische Unterstützung

wurde dort f e s t g e s t e l l t, daß die MPLA sowjetische Unterstützung erhält, also vom Widerspruch zwischen den beiden „Supermächten" profitiert. Das ist gut und nicht schlecht!

Daß in der westdeutschen Linken (!!) überhaupt die Frage der Stellungnahme zu den Kämpfen in Angola und die Unterstützung der MPLA umstritten sein kann, ist schon ein Skandal ersten Ranges! Daß in einem Konflikt, wo sich die eine Seite – FNLA-UNITA – ganz offen antikommunistisch äußert und sich mit Imperialismus und internationaler Reaktion verbrüdert, überhaupt der G e d a n k e an eine „Gleichbehandlung" durch die Linken (?!) aufkommen kann, ist ebenso ein Skandal!!

Dieser Skandal zeigt in abschreckender Deutlichkeit, welche Verwirrung kleinbürgerlicher Antikommunismus und blinde Nachbeterei der chinesischen Außenpolitik in den Köpfen angerichtet haben. In Zukunft sollten wir uns über nichts mehr wundern. Wenn der KBW als nächstes auf den Einfall käme, seine verbale Unterstützung für die PAIGC und FRELIMO einzustellen, weil diese die MPLA unterstützen und freundschaftliche Beziehungen zum „Sozialimperialismus" haben, wäre das nicht verwunderlich, sondern bloß konsequent. Und danach ist vielleicht in der „KVZ" ein guter Rat an die Palästinenser fällig, sie sollten gefälligst mit Israel eine „Einheitsfront gegen die Supermächte" bilden und die Befreiung Palästinas erstmal verschieben.

Beleidigen wir damit den KBW? Übertreiben wir? Man wird sehen! ●

An die Adresse von KBW, VR China etc.

Der KBW hält hartnäckig an der Behauptung fest, daß es sich bei den Kämpfen in Angola um einen Konflikt zwischen „drei Befreiungsorganisationen" handle, der „von außen" (vor allem von der Sowjetunion) „geschürt" werde. Der KBW verschweigt dabei jedoch wohlweislich den Standpunkt der MPLA zum Konflikt. Folgende Ausführungen des Genossen Arménio Ferreira, Mitglied des Koordinations-Gremiums der MPLA für Europa, können wohl sinngemäß als an die Adresse des KBW und der von ihm nachgebeteten chinesischen Aussenpolitik gerichtet angesehen werden (zit. nach „O Sêculo", 4.10.75):

„Zu behaupten, daß es in Angola drei Befreiungsbewegungen gebe, bedeutet, daß man gerade die wahre Ursache des Kampfes, der sich in Angola abspielt, nicht verstehen will ... Wir sind eine breite antiimperialistische und antikapitalistische Einheitsfront. Wir wollen eine neue Gesellschaft errichten, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die anderen Bewegungen, mit ihrer beschränkten Sicht, sind Verteidiger und Agenten des Imperialismus, sind eindeutig Konterrevolutionäre, die das Ziel haben, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fortzusetzen.

Die Differenzen zwischen den drei Bewegungen entspringen dem tiefen antagonistischen Widerspruch, der uns trennt. Irgendeine Versöhnung zwischen uns und der FNLA und UNITA ist völlig unmöglich". ●

Angola:

Entscheidende Wochen bis zum 11. November

„Die Unabhängigkeitsfeiern werden sehr still werden, aber sie werden stattfinden, selbst wenn die Hauptstadt an diesem Tag (11. November) bombardiert werden sollte ..."

In dieser Aussage des MPLA-Sprechers Lois Almeida (nach „Guardian", 25.9.) spiegelt sich gleichzeitig die Sicherheit und Stärke der MPLA und das Wissen um einen bevorstehenden allseitigen Angriff der Konterrevolution auf die befreiten Gebiete (nach wie vor 12 von 16 Provinzen) wider.

Die letzten Wochen haben erneut bestätigt, daß die Entscheidung über die Zukunft Angolas nur im bewaffneten Kampf fällt, d.h. eine „Einigung" zwischen MPLA und den Truppen des Imperialismus (FNLA und UNITA) ausgeschlossen ist. FNLA-Führer Holden Roberto *„hat aufs neue geschworen, vor dem 11.11. Luanda einzunehmen, koste es, was es wolle ... Die Bomben suchen sich ihre Opfer nicht aus"* (Interview Robertos mit der portugiesischen Zeitschrift „Expresso"; nach



MPLA Demonstration

„Afrique-Asie", 6.10.75).

MPLA Demonstration

„Afrique-Asie", 6.10.75).

Robertos „rechte Hand" Pinnock ergänzt: **„Die FNLA wird nicht zögern ... alles niederzuwalzen, die Bevölkerung auszurotten ... und mit brutaler Gewalt die Anstrengungen der MPLA zunichte zu machen"** (ebenda).

Zur Umsetzung dieser Pläne ist die FNLA in den letzten Wochen enorm aufgerüstet worden, besonders mit einer eigenen Luftwaffe (vergl. hierzu AK 67). Gleichzeitig wird die FNLA immer massiver mit dem Einsatz zairischer regulärer Truppen (in FNLA-Uniformen) unterstützt. Starke zairische Truppenverbände stehen in der nord-angolanischen Provinz Luanda zur Invasion bereit (laut MPLA-Kommunique, nach O Seculo, 16.9.). Am 14.10. gab die MPLA die Tötung von weiteren 26 zairischen Söldhern bekannt. Bei Samba-Cuja (300 km nord-östlich von Luanda) steht die MPLA mit 200 zairischen Soldaten im Kampf! („Guardian", 15.10.). Dort, wo die zairischen Truppen nicht hinkommen, stellen sich süd-afrikanische Söldner an die Seite der FNLA!

Selbst OAU-Präsident Amin – sonst eher ein Freund des zairischen Faschisten Mobuto – mußte den Zusammenschluß der FNLA mit südafrikanischen Söldnern im Südwesten Angolas zugeben und öffentlich kritisieren („O Seculo", 3.10.).

Der am 10.10. in Angola eingetroffenen OAU-Delegation wurden von der MPLA zahlreiche ausländische Söldner vorgeführt, die vor ihrer Gefangennahme in Diensten von UNITA und FNLA gestanden hatten (vergl. „Guardian", 15.10.).

Nicht minder fieberhaft rüstet die mit der FNLA verbündete UNITA auf, um die Unabhängigkeit Angolas unter Führung der MPLA zu verhindern. Am 24.9. gab UNITA-Chef Savimbi bekannt, daß eine große Waffenlieferung *„von westlichen Demokratien"* an die UNITA ergangen ist. *„Wir sind besser ausgerüstet als noch vor drei Wochen, es wird große militärische Veränderungen geben"*. („Le Monde", 27.9.).

Die Herkunft der Waffen konnte zwischenzeitlich von der MPLA ermittelt werden. Sie wurden von Frankreich (!) bei der belgischen „Firma" Fal gekauft und über Sambia (!) und Südafrika nach Otangola geschleust (MPLA-Kommunique, zitiert nach „Guardian", 25.9.).

Angesichts dieser Tatsache und der früheren Erfahrung hat die MPLA mehrfach bekräftigt, daß es mit den Organisationen des Imperialismus keine Einigung geben kann. MPLA-Präsident, Genosse Neto: *„Die Angolaner werden jeder imperialistischen Invasion Widerstand leisten ... Der Feind kann aus Europa im Flugzeug kommen, er kann aus Südafrika kommen, er kann Bomben auf unser Land werfen. Aber daß dieser Feind nicht denkt, die Angolaner würden sich unterwerfen, denn die Angolaner werden widerstehen. Die Geschichte*

anderer Völker der Welt, die den

anderer Völker der Welt, die den Kampf geführt haben, zeigt, daß ein entschlossenes Volk unbesiegbar ist ... Man sagt, an diesem Tag (11.11.) gäbe es eine Katastrophe, den Zusammenbruch. Man spricht von Bombardierungen, Invasion oder Revolution. Wir, die MPLA, haben keine Angst. Die Offensivkraft des Feindes ist nicht so groß, wie sie dargestellt wird. Der Feind schafft ein Klima des Terrors, um uns zu beeinflussen, aber wir haben genügend Kraft, um ihm zu widerstehen. ... Wir werden nichts gewinnen, wenn wir der UNITA oder der FNLA irgendwelche Zugeständnisse machen, wir haben schon die Erfahrung gemacht, daß das zu keinem Erfolg führt" („O Seculo", vom 26.9.).

Auf Grundlage dieser Einschätzung nahm die MPLA auch nicht offiziell an der von OAU-Präsident Amin einberufenen „Einigungskonferenz" am 30.9. in Kampala teil. Amin (als Vertreter der reaktionären Fraktion der OAU) hatte erneut vorgeschlagen, *„dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten durch einen Waffenstillstand und der Entsendung von OAU Friedenstruppen"*.

Mit gleicher Intention bereist momentan eine OAU-Delegation Angola. Sie wurde bei ihrer Ankunft in Luanda von einer Massendemonstration empfangen, die unter den Parolen stand: *„Unabhängigkeit ja – Vereinigung nein!"*

Und *„MPLA – der Sieg ist gewiß!"* (vergl. „Le Monde", 12./13. 10.).

Bei den stattfindenden Gesprächen wiederholte Präsident Neto die Forderung nach Übergabe der Macht in die Hände der MPLA am 11. November und die feste Haltung der MPLA in dieser Frage: **„Es kann keinen Kompromiß mit Kolonialismus und Imperialismus geben"** (vergl. „SZ", 14.10.).

Internationalisierung des Konflikts

Die „Internationalisierung des Konflikts", d.h. die geplante Entsendung sog. „Friedenstruppen" wird nach wie vor von einigen afrikanischen Staaten (Uganda, Zaire!!) und insbesondere von der portugiesischen Reaktion betrieben. Angesichts der weitgehenden Dominanz der MPLA und der möglichen Zusammensetzung einer „Friedenstruppe" wäre eine „Internationalisierung" eine glatte Unterstützung der Konterrevolution (vergl. hierzu ausführlich AK 67).

Als Erfolg der MPLA und der progressiven afrikanischen Staaten muß gewertet werden, daß die OAU ein Eingreifen der UNO abgelehnt hat.

Auch gegen die Pläne einer „OAU-Friedenstruppe" haben fortschrittliche afrikanische Staaten Stellung bezogen und ihre Solidarität mit der MPLA bekräftigt. Dies gilt z.B. für Algerien und Kongo-Brazaville (vergl. „O Seculo", 23.9. und 25.9.). So scheint von dieser Seite die Gefahr einer „Internationalisierung" etwas gemildert.

Allerdings wird das „Angola-Problem" mit Sicherheit von der portugiesischen Reaktion vor die UNO gebracht. Zwar hat Portugal sich mehrfach bereit erklärt, der Forderung der MPLA nachzukommen und alle Truppen bis zum 11.11. aus Angola abzuziehen, dies wird aber nicht verbunden sein mit der formalen Machtübergabe an die MPLA.

Der portugiesische Hochkommissar Cardoso erklärte hierzu wörtlich: *„Wir werden die Macht keiner einzelnen Partei oder Bewegung übergeben. Wenn die erforderlichen Bedingungen am Tag der Unabhängigkeit nicht erfüllt sind, werde ich hier sitzen bleiben ... während die ganze Geschichte in die Hände der Vereinten Nationen gelegt wird."* („Süddt. Z.", 3.10.). Der portugiesische Außenminister Antunes will nur dann die UNO nicht einschalten, wenn bis zum 11. November eine „Regierung der Nationalen Einheit" gebildet wird.

Sollte es zu einer Diskussion in der UNO kommen, so wird es die Aufgabe aller revolutionären und fortschrittlichen Staaten sein, sich auf die Seite der MPLA und gegen ausländische Interventionen zu stellen!

auf die Seite der MPLA und gegen ausländische Interventionen zu stellen!

Angola vor der Spaltung?

Es kann davon ausgegangen werden, daß bis zum „Unabhängigkeitstag" (11.11.75) nicht das gesamte Angola befreit sein wird, andererseits die Marionettenorganisation des Imperialismus trotz ihrer enormen Aufrüstung die Erfolge des Volkes und der MPLA nicht zunichte machen können. Sowohl MPLA als auch die vereinigte Konterrevolution von FNLA/UNITA haben einseitige Unabhängigkeitserklärungen angekündigt (siehe „SZ", 10.10.). Weit über den 11. November hinaus wird der bewaffnete Kampf um die Volksmacht weitergehen. Eine Teilung des Landes scheint auf dem Weg zur vollständigen Befreiung Angolas eine vom Imperialismus verursachte unausweichliche Etappe darzustellen, wenn auch heute der konkrete Grenzverlauf noch nicht absehbar ist. (So ist z.B. das von der UNITA besetzte Gebiet um Nova Lisboa völlig eingeschlossen und separat nicht lebensfähig; andererseits ist die befreite Enklave Cabinda von den übrigen von der MPLA kontrollierten Gebieten isoliert).

Ein Militanter der MPLA hat kürzlich die mögliche Zukunft Angolas so eingeschätzt: **„Angola, das ist unser Vietnam ... Zuerst wird es eine militärische Teilung des Landes geben, dann werden wir die Einheit wiederherstellen"** („Le Monde", 25.9.).

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Peking Rundschau" zu Angola

Mit der Wahrheit nicht so pingelig

Die chinesische Diplomatie ist z.Z. sehr bestrebt, ihre bekannte skandalöse Haltung zu den Kämpfen in Angola möglichst weit zu verbreiten.

Dies spiegelt sich auch darin wieder, daß die „Peking Rundschau" in den letzten Monaten immer wieder Artikel zu Angola veröffentlicht. In diesen Artikeln wird versucht, dem Leser durch Verschweigen und durch ständiges Wiederholen von Lügen ein total verfälschtes Bild von der Situation in Angola zu vermitteln. Hier für einige Beispiele aus der letzten Zeit:

● Aus PR 36/75 erfährt der Leser, daß es zwischen den *„drei Befreiungsbewegungen"* Angolas *„aus regionalen, aus Stammes- und historischen Gründen Differenzen"* gebe. Das ist a l l e s! Nichts erfährt der Leser also über die p o l i t i s c h e n Hintergründe dieses Konflikts, über die veröffentlichten Standpunkte der drei Organisationen zu dem Konflikt.

Indem die PR einen eindeutig p o l i t i s c h e n Konflikt auf die Ebene von „Stammesgegensätzen" herunterspielt, verhöhnt sie im Grunde das angolanische Volk. Indem die PR die erklärten Standpunkte a l l e r drei Organisationen verschweigt und sich über sie hinwegsetzt – die nämlich a l l e den Widerspruch zwischen ihnen als p o l i t i s c h e n betrachten! – macht die PR sich geradezu zum Vormund des angolanischen Volkes.

Ob es der KP Chinas wohl gefallen hätte, wenn während des chinesischen Bürgerkriegs irgendwer im Ausland behauptet hätte, bei dem Konflikt zwischen der KP China und der Kuomintang handle es sich in Wirklichkeit bloß um regionale und historische Streitigkeiten und Stammesgegensätze. . .?!

● Die PR behauptet, die drei Organisationen hätten jahrelang *„gemeinsam gegen den Feind gekämpft"* (PR 39/75), und erst in diesem Jahr sei es zum Konflikt gekommen. Das ist doppelt falsch. Zum einen haben UNITA-FNLA zu keiner Zeit einen wirksamen Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus geführt. Zum zweiten und vor allem kann aber von einem jahrelangen g e m e i n s a m e n Kampf überhaupt keine Rede sein. Der Konflikt UNITA/FNLA einerseits, MPLA andererseits ist viele Jahre alt. UNITA/FNLA haben stehts ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der MPLA gesehen.

● Die PR behauptet: *„Der Bürgerkrieg in Angola wurde einzig und allein von den sowjetischen Revisionisten geschürt"* (PR 39/75). Das sollte vielleicht dem KBW zu denken

krieg in Angola wurde einzig und allein von den sowjetischen Revisionisten geschürt" (PR 39/75). Das sollte vielleicht dem KBW zu denken

geben, der bisher bloß behauptet, der Konflikt in Angola würde von „b e i d e n Supermächten" geschürt.

Objektiv macht sich die PR damit den Standpunkt der antikommunistischen FNLA voll zu eigen, so sehr sie ansonsten auch von „Unparteilichkeit" und „Gleichbehandlung der drei Befreiungsbewegungen" reden mag. Dieser Standpunkt der PR ist untrennbar verknüpft mit der Leugnung objektiver politischer Widersprüche in Angola und mit dem totalen Verschweigen der Standpunkte der MPLA.

● Die PR behauptet, die Sowjetunion habe **„in großer Zahl Militärpersonal nach Angola" entsandt „das als Befehlshaber militärischer Operationen direkt in den Bürgerkrieg eingreift"** (PR 39/75). In PR 36/75 konnte man immerhin noch den U r s p r u n g dieser Behauptung wiederfinden, nämlich Aussagen eines FNLA-Führers!!

Es gibt bisher keinen Beweis für die Teilnahme sowjetischer Militärs an den Kämpfen noch überhaupt für ihre Anwesenheit in Angola. FNLA/UNITA haben noch keinen sowjetischen Gefangenen präsentieren können. Wohl aber hat die MPLA der Öffentlichkeit zahlreiche „weiße" Söldner vorstellen können, die bei Kämpfen mit FNLA/UNITA gefangen genommen wurden.

● Die PR zitiert immer wieder die bürgerliche Presse sowie die FNLA über die sowjetische Waffenhilfe für die MPLA. K e i n Wort ist dagegen in der PR über die Bewaffnung der FNLA/UNITA zu finden, die ja auch nicht gerade mit Bambus-Speeren kämpfen. Noch nach jüngsten Aussagen eines FNLA-Vertreters kommt die militärische Ausrüstung der FNLA in erster Linie aus der VR China! (Interview in der reaktionären portugiesischen Zeitung „Tempo", 18.9.75). Von irgendeiner militärischen oder sonstigen Unterstützung imperialistischer Länder für FNLA/UNITA ist in der PR natürlich auch nichts zu lesen.

● Die PR behauptet, die VR China stände den „drei Befreiungsbewegungen" gleichermaßen *„stets unparteiisch und freundschaftlich"* gegenüber (PR 39/75). Auch das stimmt nicht. Die PR bezieht in Wirklichkeit voll den Standpunkt von FNLA/UNITA, was die Polemik gegen die sowjetische Hilfe für die MPLA angeht. Umgekehrt hat die PR noch niemals eine Äußerung der MPLA gegen die imperialistische Unterstützung für FNLA/UNITA wiedergegeben. In der Konsequenz läuft diese einseitige Parteinahme darauf hinaus, daß die e i n e Seite des Konflikts, die MPLA, militärisch entwaffnet werden soll.

Die vorgebliche „Unparteilichkeit" der chinesischen Diplomatie ist also reine Heuchelei. In Wirklichkeit verbündet sie sich, getreu der Devise, „Sozialimperialismus ist Hauptfeind" tatsächlich mit reaktionären und proimperialistischen Bewegungen und schadet dem Kampf antiimperia-

„Sozialimperialismus ist Hauptfeind" tatsächlich mit reaktionären und proimperialistischen Bewegungen und schadet dem Kampf antiimperia-

listischer Bewegungen, sofern diese von der Sowjetunion unterstützt werden. Diese Haltung führt aber letztlich nur dazu, daß diese Bewegungen stärker dem Einfluß des Revisionismus ausgeliefert werden, und die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der VR China in der Dritten Welt schwinden. ●

Kinder mit Gewehren?



Wehrertüchtigung in Angola

„Die Welt", 8.10.1975

Die bürgerliche Presse zerreißt sich das Maul darüber, daß Mitglieder der Jugendorganisation der MPLA im Fußballstadion von Luanda mit Holzgewehren an einer Parade der FAPLA (militärischer Arm der MPLA) teilnahmen:

Die „Hamburger Morgenpost" beklagt sich darüber, daß *„die marxistische MPLA alle Männer unter Waffen stellen will..."* (wenn diese Frauenfeinde wüßten, daß längst große Teile der angolanischen ausgebeuteten Frauen die Waffen gegen Kolonialismus und Imperialismus ergriffen haben....).

Die „Welt" meldet, daß *„die Holzgewehre täuschen. Die MPLA ist mit modernen Waffen ausgerüstet."*

Tatsache ist doch, daß die FNLA mit der UNITA zusammen die Bewohner ganzer Dörfer samt Frauen und Kindern umgebracht haben. Das ist der Grund, warum auch Kinder den Umgang mit Waffen lernen müssen. – Um zu überleben.

„Die Bomben haben auch keine Rücksicht darauf genommen, daß ich erst zehn bin", das war die Antwort eines zehnjährigen Jungen aus der DRV auf die Frage, warum er beim Bunkerbau helfe und nicht wie die anderen Kinder spiele. ●

Ein Chemiegenosse
des KB/Gruppe Hamburg

Na also: „KPD" auch im Libanon auf dem rechten Weg!

Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die „Vaterlandsverteidiger" und sonstigen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik ihre schrägen Standpunkte zu Angola demnächst auch auf die Kämpfe im Libanon übertragen könnten. Also auch im Libanon Gleichsetzung der Palästinenser und der Linken mit der faschistischen „Falange"-Partei („rivalisierende Befreiungsbewegungen"), Politik der „Gleichbehandlung", Aufrufe zur „Einheit" etc.

Daß dies keineswegs übertrieben war, deutet sich bereits in der „Roten Fahne" der „KPD" vom 1.10.75 an: *„Gerade im Libanon, wo die Positionen der USA-Imperialisten wanken, betreiben die Sozialimperialisten ihre Wühlarbeit. Ihre Agenten, von KGB-Subjekten bis zu ihrer Agentur, der KP Libanons, haben sich in die Front der libanesischen fortschrittlichen und patriotischen Kräfte eingeschlichen, um diese Bewegung, die sich gegen die vom USA-Imperialismus und Zionismus geförderten Falangefaschisten richtet, vor den Karren der sozialimperialistischen Hegemoniebestrebungen zu spannen.*

Das erneute Ausbrechen der Kämpfe nach dem Abschluß des Sinai-Abkommens sowie die Meldungen über verstärktes Auftauchen russischer Waffen (!!!!) und auch die Enttarnung von KGB-Agenten (?!) in Beirut zeigen, daß es sich bei diesen Kämpfen nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen Faschisten und fortschrittlichen Kräften im Libanon handelt, sondern daß es die beiden imperialistischen Supermächte sind, die diese Kämpfe vorantreiben wollen, um die Vorherrschaft über dieses Land zu erringen".

Diese Ausführungen haben sicher noch einige „Schwächen": Es wird zugegeben, daß die Falange faschistisch und pro-imperialistisch ist, und daß es sich a u c h um eine Auseinandersetzung mit fortschrittlichen Kräften handelt. Aber das ist kein Grund zur Sorge: Auch an ihre Haltung zu Angola hat sich die „KPD" ja erst allmählich „ranarbeiten" müssen, und sie wird wohl auch im Libanon noch die Kurve kriegen.

Immerhin greift die „Rote Fahne" bereits ganz offen die Tatsache an, daß sich die fortschrittlichen Kräfte im Libanon sowjetischer Unterstützung bedienen. Besonders hübsch der Hinweis auf das **„verstärkte Auftauchen sowjetischer Waffen"**. Da die Sowjetunion, wie allgemein bekannt, dem palästinensischen Widerstand Waffen liefert, ist es logisch, daß diese Waffen auch im Libanon „auftauchen", nämlich bei den palästinensischen Befreiungsorganisationen, in den Lagern etc. Wenn diese Waffen jetzt tatsächlich v e r s t ä r k t „auftauchen", dann möglicherweise deshalb, weil die Sowjetunion ihre Unterstützung für die PLO und den Widerstand verstärkt hat. Dies wäre sicher nicht aus „edlen Motiven" geschehen, sondern vor allem deshalb, weil Ägypten – das „Pferd", auf das die Sowjetunion im Nahen Osten bisher in erster Linie setzte – immer offensichtlicher die Annäherung an den Imperialismus betreibt.

Unabhängig von den M o t i v e n der Sowjetunion ist aber deren Hilfe für den palästinensischen Widerstand n ü t z l i c h, und es ist gut, daß die Palästinenser die Widersprüche USA–Sowjetunion in dieser Weise für ihren Kampf nutzen können.

Eine Polemik g e g e n das „verstärkte Auftauchen sowjetischer Waffen" in der Hand der Palästinenser und der libanesischen Linken stellt deshalb einen kaum noch verhüllten Angriff auf die fortschrittlichen Kräfte im Nahen Osten dar.

Das ist nichts anderes, als die konsequente Fortführung der Polemik gegen die sowjetische Hilfe für die MPLA in Angola.

Wir werden noch erleben – und sicher braucht es dazu gar nicht mehr lange – wie die „Vaterlandsverteidiger" ganz offen als Feind aller antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und Staaten auftreten, sofern diese mit der Sowjetunion in irgendeiner Form zusammenarbeiten. Welche Haltung wird dabei der KBW einnehmen, dessen Standpunkt zu Angola ja bereits mit dem der „Vaterlandsverteidiger" völlig identisch ist? ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Libanesische Freiheitskämpferinnen. Die „Rote Fahne" empört sich über das „verstärkte Auftauchen sowjetischer Waffen".

Tschad

Die Entführung von Madame Claustre – ein Agententhriller

Durch die französische (aber auch durch die westdeutsche) Presse geisterte in den letzten Wochen eine gigantisch aufgemachte Entführungsstory. Eine angeblich ganz und gar harmlose Archäologin, Francoise Claustre, wird seit nunmehr 1 1/2 Jahren im Tschad von „Rebellen" festgehalten. Höchstes Ausmaß erreichten die Lettern der Schlagzeilen, als angeblich am 23.9. ihre Erschießung angekündigt worden war, falls die Bedingungen der „Rebellen" nicht erfüllt würden. Madame Claustre lebt immer noch, die Artikel werden merklich kürzer und bei genauem Studium der Presse kommen erstaunliche Tatsachen ans Licht: die allseitige Verstrickung des französischen Geheimdienstes in diese Affäre; er hat offenbar etwas sehr kostbares abzuschirmen – Uran! Der im folgenden geschilderte Widerspruch zwischen rassistisch aufgemachter Sensationsstory und den – erst im Ansatz enthüllten – Machenschaften des französischen Imperialismus im Tschad zeigt erneut die Funktion des bürgerlichen Lumpenjournalismus: die Realität zu verschleiern.





Hinter der rührseligen Entführungsstory stehen die Machenschaften des französischen Geheimdienstes SDEC

Zur Hintergrundinformation empfehlen wir **DIE INTERNATIONALE** Nr. 14 „Tschad – Tausch der Marionetten", wo die umfassende politische und militärische Abhängigkeit der ehemals französischen Kolonie vom „Mutterland" geschildert wird.

Die offizielle Lesart

Amtliche Version, die bereits mehrere Frauenorganisationen und verschiedene „Persönlichkeiten" zu erregtem Protest veranlaßt hat: Am 21. April 1974, also vor rund 18 Monaten, wurde Francoise Claustre, Archäologin, Frau eines französischen Beamten im Tschad, von „Rebellen" im Tibesti-Gebirge im Norden des Tschad entführt und ist seitdem in ihrer Gewalt. In der BRD wurde dieses Ereignis bekannt, weil der Arzt Dr. Staewen, Neffe des früheren Bundespräsidenten Heinemann, gleichzeitig gekidnapt und seine Frau erschossen wurde. Während dieser bereits nach zwei Monaten gegen zwei Mio. DM von der Bundesregierung ausgelöst wurde, sitzt Madame Claustre immer noch im Tibesti-Gebirge, mit ihr ein früherer Mitarbeiter ihres Mannes und seit zwei Monaten ungefähr auch ihr Mann selbst. Er hatte „verzweifelt versucht, auf eigene Faust, seine Frau zu retten", da die französische Regierung „durch Untätigkeit, Schlamperei, Feigheit und Verlogenheit" (so Madame selbst in einem Film, den Journalisten in ihrem Versteck drehten (!) und der im französischen Fernsehen ausgestrahlt wurde) bisher nichts ausrichten konnte. Der zweiten Geisel, Marc Combe, gelang es, im Mai '75 zu fliehen.

Im August '75, nachdem er gerade auch Monsieur Claustre gefangengenommen hatte, meldete „Rebellenführer" Hissen Habré endlich seine Forderungen an: Er will vier Millionen Francs in bar und sechs Millionen in Waffen. Ist die Forderung bis zum 23.9. nicht erfüllt, würde Madame erschossen.

Die französische Regierung ist angeblich sofort bereit, das Lösegeld zu zahlen, die Waffen allerdings will sie nicht liefern – das würde „ihrer gesamten friedlichen Afrikapolitik widersprechen" (!!). So verstreicht das Ultimatum, ohne daß etwas geschieht. Madame und Monsieur Claustre sitzen weiter im Tibesti-Gebirge, der französische Spießbürger ist weiter sehr erregt – inzwischen gibt es gar ein Komitee zur Befreiung von Madame, Demonstrationen zu ihrer Unterstützung haben stattgefunden – und auch der Bundesbürger wurde mit Gruselstories in „Stern", „Morgenpost" und „Bild" über das Schicksal der armen Geisel informiert. Bis zum Erbrechen wurde die französische und westdeutsche Leserschaft mit den innersten Gefühlen der verzweifelten Madame Claustre kurz vor ihrer Hinrichtung gefüttert – allein (als Frau!) mit einer Horde afrikanischer Buschrebellen, hilflos, aus einer zivilisierten Welt stammend, den schwarzen Barbaren gegenüber ... Und ihr armer Mann, der sich furchtlos den Rebellen ausliefert, nur um bei seiner geliebten Frau zu sein ...

Soweit die bürgerliche Berichterstattung.

An einer anderen Darstellung hat offenbar weder die Regierung im Tschad noch die französische Regierung ein Interesse. Aus dem Tschad wurden seit Ende August acht Journalisten ausgewiesen, in Paris wurde ein Reporter dreimal von der Polizei verhört, und man nahm ihm seine Aufzeichnungen ab.

Doch nun zu den Realitäten und Hintergründen.

Die „Geiseln"

Monsieur Claustre, offiziell französischer Beamter im Tschad, war (oder ist) Chef des französischen Geheimdienstes (laut „Extra-Dienst", 7.10.75). Seine „Behörde", die „Mission zur Verwaltungsreform", wurde 1969 gegründet, kurz nachdem der Tschad-Diktatur Tombalbaye französische Truppen zur Bekämpfung der Opposition anforderte und natürlich bereitwillig bekam. Die „Mission" wurde zur Unterstützung der militärischen Operationen, genauer gesagt der Massaker, die die französischen Truppen unter der Opposition anrichteten, geschaffen. Diese Opposition hatte sich 1966 in der Frolinat zusammengeschlossen und seitdem den bewaffneten Kampf gegen das Tombalbaye-Regime geführt.

Und **Madame Claustre**? Angeblich Archäologin auf der Suche nach Überbleibseln aus dem „Eisenzeitalter", hat sie offenbar ein viel edleres Metall entdeckt: Uran – notwendig für die Erzeugung von Atomenergie („Extra-Dienst", 7.10.).

In diesem Licht werden einige Ungereimtheiten klarer: Seit April '74 ist sie „gefangen", warum erinnert man sich erst im August '75 wieder an sie? Der „Stern" Nr. 39 schreibt: *„Sie hat in der Zwischenzeit die Nomadenkinder unterrichtet, manchmal sogar ihrer archäologischen Arbeit außerhalb des Camps nachgehen dürfen"*. Aha.

Äußerst merkwürdig ist auch, daß drei Tage nach der „Entführung" ein französisches Flugzeug Fallschirmspringer in der Nähe absetzte, die die Landung von französischen Armeeflugzeugen vorbereiten sollten. Angeblich sollten diese „militärisches Material" für Stellungen der Regierungsarmee liefern. Seit mehreren Wochen wird von einem ständigen Starten und Landen französischer Armeeflugzeuge in diesem Gebiet berichtet. So berichtete „Le Monde" am 26.9.75 von einem Kommuniqué des Obersten Militärrat des Tschad: *„Vier Mirage der französischen Armee, von einem Versorgungsflugzeug begleitet, haben eine C 47 der Luftwaffe des Tschad in gefährlicher Weise bedroht, die sich auf einem Aufklärungsflug befand, und das taten sie, um eine französische C 47 zu schützen, die sich am Boden auf einer Landebahn befand, die die Rebellen in Mougra hergerichtet haben".*

Ebenso schillernd ist die Person des **Marc Combe**, der zweiten Geisel, der sich am 24.5.75 angeblich selbst „befreite" („Stern": *„Als die bestürzten Bewacher ihre Gewehre endlich schußklar haben, ist Combe bereits hinter einem Felsvorsprung verschwunden"*). Als gelernter Schreiner wird er im Tschad zum „Techniker", der im Auftrag der „Mission" (also dem Geheimdienst von Claustre) Brunnen grub und Schulen bzw. in der „Le Monde"-Version Straßen baute.

Der „Entführer"

Der „Rebellenentführer" Hissen Habré hat bis 1970 in Frankreich studiert, Jura und politische Wissenschaft. In den Tschad zurückgekehrt, wurde er „Verwaltungsbeamter". Claustre und Habré kennen sich seit dieser Zeit! Habre wurde 1971 auf Empfehlung Claustres (!!) vom Tombalbaye in das Tubu-Rebellengebiet im Tibesti-Gebirge geschickt, um eine von der Frolinat abgefallene Rebelleneinheit mit der Zentralregierung zu verbünden. Angeblich verbrüderte sich jedoch Habré mit den Rebellen, wurde sogar ihr Anführer.

Sollte der französische Geheimdienstchef tatsächlich so einen unsicheren Kandidaten mit so einer wichtigen Aufgabe – Spaltung der Opposition – betrauen? Der Präsident der Frolinat, Dr. Abba Siddick, jedenfalls distanziert sich energisch

von Habré und weist auf seine Geheimdiensttätigkeit hin („Afrique-Asie", 6.10.75).

Ist es denkbar, daß dieser Intellektuelle, dessen hervorragende Erziehung und feine Manieren von der französischen Presse stets besonders hervorgehoben werden, jahrelang „Rebellen" angeführt hat, die angeblich von Überfällen auf Karawanen leben?

Noch mehr Geheimdienst

Der Unterhändler, der sich im Juni '74 angeblich um die Freilassung von Madame bemühte, ist ausgerechnet Piere Galopin, „*Vizechef von Tombalbayes berüchtigtem Geheimdienst* (vom französischen aufgebaut und angeleitet), *der zahlreiche Rebellen verhaftet und gefoltert hatte*" („Stern"). Sicher ein einmaliger Vorgang, daß ein früherer Geheimdienstmann sich freiwillig in die Hände von Rebellen begibt!

Er wurde angeblich nach zehn Monaten Gefangenschaft Anfang April '75 von den Rebellen hingerichtet – natürlich gibt es keine Leiche!

Was geschah überhaupt im April '75? „Le Monde" schreibt am 23.9.75: „*Der SDEC* (französische Geheimdienst) *wurde überhaupt im Tschad schwer geprüft. Dem tragischen Tod des Kommandanten Galopin muß der des Kapitän Gelinot hinzugefügt werden, niedergeschossen, ebenso wie zwei andere Offiziere des französischen Geheimdienstes, die aber nur schwer verletzt wurden. Anfang April '75 im Zivilgefängnis von N'Djamena* (Hauptstadt des Tschad). *An dem Tag schaffte es ein Gefangener, Verwandter von Hissen Habré, eine Wache zu überwältigen und drang, eine Maschinenpistole in der Hand, in das Zimmer ein, in dem die drei Offiziere sich aufhielten, das normalerweise zu Verhören benutzt wird. Er schoß aus nächster Nähe auf sie. Man weiß nicht, was aus diesem revoltierenden Gefangenen geworden ist, aber man weiß dafür, daß Monsieur Tombalbaye, der einige Tage später selbst erschossen wurde, die Angelegenheit persönlich in die Hand nahm und daß der Kommandant der Polizei des Tschad ins Gefängnis geworfen wurde*".

Tombalbaye wurde also wenige Tage später getötet – an seine Stelle trat kurz darauf Felix Malloum, früherer Generalstabschef Tombalbayes, dann mit ihm überworfen und selbst im Knast gelandet. (Sein Name stand übrigens an erster Stelle einer Liste mit Namen politischer Gefangener, deren Freilassung Habré 1974 gefordert hatte.)

Resumee

Die einzelnen Tatsachen lassen noch keine Schlußfolgerungen über die konkreten politischen Hintergründe dieser Ereignisse zu. „Geiselnahme" von Geheimdienstlern durch Geheimdienstler, neuentdeckte Uranvorkommen, der Sturz des alten Kompradoren Tombalbaye, der kürzlich von den neuen Machthabern geforderte Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad, die Einschätzung der Frolinat, daß der „Rebell" Habré in Wirklichkeit von den französischen Imperialisten in den Regierungssattel gehievt werden soll (siehe „Afrique-Asie" Nr. 93) – dies alles läßt sich noch nicht schlüssig zu einem Gesamtbild zusammenfassen. (Wir hoffen hier vor allem auf weitere Nachforschungen und Enthüllungen der afrikanischen und französischen Anti-Imperialisten.)

Fest steht allerdings schon heute, daß sich hinter der rührseligen Geschichte von der armen Entführten nichts anderes verbirgt als die Machenschaften des französischen Geheimdienstes zur Absicherung der neokolonialistischen Ausbeutung des Tschad durch den französischen Imperialismus. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Mosambik

Zimbabwe:

Kollaborateure der Rassisten formieren sich



Der Präsident der ZANU – Genosse Sithole – wird 1969 in Handschellen von den weißen Faschisten abgeführt. Heute lebt er erzwungenermaßen im Exil.

Nachdem die „Verfassungsgespräche" zwischen den weißen Faschisten und der Widerstandsorganisation ANC gescheitert waren, weil die Faschisten nicht bereit waren, auch nur ansatzweise auf die berechtigten Forderungen des Volkes einzugehen, wurde der ANC gespalten (siehe auch AK 67).

Die Spalter sind die Führer der ZAPU. Sie gaben der Erpressung der Faschisten nach und erklärten sich bereit, auf rhodesischem Gebiet weiterzuverhandeln:

- „Da hier die anderen ANC-Vertreter verhaftet würden (die von ZANU und FROLIZI) könnte die ZAPU hier dann im Alleingang verhandeln!" (AK 67).

Gleichzeitig kamen Geheimabsprachen ans Tageslicht, in denen zwischen Smith (dem Faschisten-Staatschef) und der ZAPU eine Übereinkunft zu einer späteren Regierungsbildung getroffen wurde:

„*Ziel dieser Übereinkunft sei es, Nkomo* (Chef der ZAPU) *als schwarzen Ministerpräsidenten und den*

„*Ziel dieser Übereinkunft sei es, Nkomo* (Chef der ZAPU) *als schwarzen Ministerpräsidenten und den*

derzeitigen Informationsminister de Kock als weißen Vizeregierungschef zu etablieren" („FAZ", 26.9.75).

Aufgrund dieser verräterischen Politik wurde die ZAPU aus dem ANC ausgeschlossen!

Auf Initiative des Ober-Kollaborateurs Nkomo fand dann ein Kongreß des „Inland-ANC" in Salisbury statt.

Vor 5.500 Anhängern erklärte Nkomo dann am 28.9.1975 diesen ANC als „*den einzig legalen und ließ sich auch gleich zu dessen Präsidenten wählen*" („The Guardian", 2.9.1975). Ein Vertreter der ZANU vor dem Spalterkongreß:

- „,...es ist ausgemacht, daß Nkomo sofort die Gründung einer neuen politischen Organisation verkündet, die durch Smith anerkannt würde.." (AK 67).

Ebenso stellten wir im AK 67 fest, daß dann die Organisation geschaffen wäre, die die Aufgabe hätte, im Interesse der Imperialisten und Faschisten die ausgebeutete Mehrheit in ein „neues" System zu integrieren, indem eine Beteiligung an der Macht vorgetäuscht würde.

Diese Politik wird nun offen betrieben:

„*Die weißen Rhodesier wollen jetzt schon sicherstellen, daß ein Afrikaner* ihrer *Wahl einst die Regierungsgeschäfte in Salisbury übernehmen wird. Die Hoffnung der Weißen stützt sich auf Joshua Nkomo ....*" *und weiter:*

„*Der Regierungschef (Smith) möchte die Rechnung ohne die ANC-Rivalen von Nkomo machen..., der als gemäßigster Vertreter unter den Negerpolitikern Rhodesiens gilt (!!)*" („SZ", 9.10.75).

Selbst die bürgerliche Presse stellt heute fest, daß die „gemäßigte" ZAPU-Führung bereit sein wird, die Interessen des um seine Befreiung kämpfenden Volkes von Zimbabwe zu verraten, um eingesetzt zu werden als Handlanger der Faschisten und Imperialisten!

ZANU stellt dazu fest:

- „,....*die Antwort wird ein noch intensiverer bewaffneter Kampf sein, bis die vollständige Befreiung mit dem Gewehr erreicht ist*" (AK 67).

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Gespannt sein darf der Leser allerdings, welche neue Form des Eiertanzens vom KBW nun kreiert werden wird, um die „Spaltung des Volkes" in Zimbabwe zu beweinen.

Bisher hat die KVZ in ihrer Berichterstattung (korrekterweise!) nur die ZANU zu Wort kommen lassen. Ebenso gibt es eine gewisse Zusammenarbeit mit dem Europa-Sprecher der ZANU.

Sollte sich jedoch eine ähnliche Haltung wie zum Befreiungskampf der MPLA in Angola durchsetzen, so werden wir wohl bald erfahren, daß die „Imperialisten jedweder

der MPLA in Angola durchsetzen, so werden wir wohl bald erfahren, daß die „Imperialisten jedweder

Coleur" Schuld an dem Debakel sind und daß „das Volk" sich schnellstens wieder vereinigen muß.

Dazu MPLA-Führer, Genosse Neto: „Es kann keinen Kompromiß mit Imperialismus und Kolonialismus geben" („SZ", 14.10.75). ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mosambik

A Luta Continua – Der Kampf geht weiter!

Wir dokumentieren hiermit den Kampf der FRELIMO Mosambiks gegen opportunistische Kräfte in den eigenen Reihen, der verbunden ist mit einer Erziehungskampagne der Massen zur Wachsamkeit gegen die Gefahren von Bürokratismus und Privilegien!

Wie auch in der bürgerlichen Presse berichtet wurde, entließ bzw. suspendierte die FRELIMO alleine aus der FPLM, der Volksarmee, 30 hohe Kader.

Mosambik wurde am 26. Juni dieses Jahres unabhängige Volksrepublik. Damit ist Mosambik der zweite Staat Afrikas (nach Guinea-Bissao), in dem der Aufbau des Sozialismus begonnen hat.

Nach zehnjährigem Volkskrieg gelang es dem Volk Mosambiks, unter der Führung der FRELIMO die Freiheit zu erreichen.

Die ideologische Ausrichtung der FRELIMO war ein wesentlicher Diskussionspunkt der ersten Nationalversammlung der Distriktkomitees vom Februar dieses Jahres. Die Versammlung gab zum Schluß ihrer Arbeit folgende Empfehlungen:

a) ZUR INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT
alle Völker unterstützen, die gegen die Unterdrückung und den internationalen Imperialismus kämpfen, besonders die Völker in Zimbabwe (Südrhodesien), Namibia (Südwestafrika) und Südafrika;

b) ZUR POLITISCHEN ORGANISATION DER MASSEN
die Dynamisierungsgruppen im Hinblick auf den Schutz der politischen Linie der FRELIMO und auf das wirksame Funktionieren dieser Gruppen müssen sich bewußt in die revolutionäre Disziplin der Partei integrieren, damit sie so die fortschreitende Bewußtwerdung der Massen zur Übernahme der Volksmacht und der wirtschaftlichen Macht für eine völlige Unabhängigkeit besser analysieren können;

c) ZUR REVOLUTIONÄREN WACHSAMKEIT
sie verfeinern und schärfen gegenüber allen Machenschaften chen Sabotage der Reaktionäre, damit so die Losung erfüllt wird und als Ergänzung zu den legislativen Maßnahmen der Übergangsregierung;

d) ZUR EMANZIPATION DER FRAU
alle Frauen Mosambiks im Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung engagieren und ermutigen, denn SIE ist die treibende Kraft, die den ganzen Prozeß ihrer Emanzipation in der Revolution vorantreibt.

e) ZUR MOSAMBIKANISCHEN KULTUR
Kommissionen schaffen, die alle kulturellen Äußerungen des Landes aufgreifen und studieren, auf der Grundlage des Lebens unseres Volkes vor und während der Kolonialherrschaft, während des Untergrundkampfes, während des bewaffneten Kampfes zur nationalen Befreiung, der Zerschlagung des Kolonialismus und den Erfahrungen, die bis jetzt gewonnen wurden.
Den kulturellen Austausch auf nationaler und internationaler Ebene verstärken.

(Entnommen einer Extranummer der FRELIMO-Zeitschrift „Tempo")

Über die Umsetzung dieser zentralen Aufgaben werden wir weiter berichten. Bereits in der nächsten INTERNATIONALE gehen wir ausführlicher auf die aktuelle Entwicklung Mosambiks ein. ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

IMPRESSUM



Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.500
Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

BRD-Südafrika

Atomare Zusammenarbeit unter der Hand

Anfang Oktober mußte General Rall, ehemaliger Inspekteur der Luftwaffe und jetziger Vertreter der BRD beim Militärausschuß der NATO, „freiwillig" in den vorzeitigen Ruhestand treten. Rall wurde den „höheren" Interessen des BRD-Imperialismus geopfert. Allzu viel Mitleid sollte man allerdings mit ihm nicht haben, da es ihm im „Ruhestand" gewiß nicht eben schlecht gehen wird. Wie der „Spiegel" berichtet, konnte Ralls Vorgesetzter, Kriegsminister Leber, SPD, nur durch eine direkte Intervention von Kanzler Schmidt von der Idee abgebracht werden, dem scheidenden „verdienten Mitarbeiter" wenigstens zum Abschied noch mit dem „Großen Zapfenstreich" aufzuspielen.

Was war geschehen? Trotz verschiedener Geheimhaltungsmaßnahmen (u.a. Angabe eines falschen Namens) war es aufgekommen, daß der General im Oktober 1974 drei Wochen kreuz und quer durch die rassistische „Republik" Südafrika (RSA) gereist war. Rall war mit Generälen der RSA zusammengetroffen, hatte einem persönlichen Vortrag des Chefs des „Verteidigungsstabs" der RSA über die „strategische Bedeutung" der RSA „für den Westen" lauschen können, hatte militärische Anlagen besichtigt und schließlich auch dem südafrikanischen Atomforschungszentrum Pelindaba einen Besuch abgestattet.

Nach Bekanntwerden dieser Reise behauptete Kriegsminister Leber – der für den eventuellen „Ernstfall" ständig über den jeweiligen Aufenthaltsort seiner Generäle informiert ist! – er habe von nichts gewußt.

Rall habe, so Leber und die offizielle Version der Bundesregierung, auch bloß eine „Privatreise" gemacht, um nämlich in der RSA einen „alten Kriegskameraden" zu besuchen – nach dem Rall offenbar lange suchen mußte, da er bei dieser Gelegenheit durch verschiedene militärische Anlagen und ein Atom-Zentrum pilgern mußte...

Nach einer Information der südafrikanischen Oppositionsbewegung ANC ist dieser „alte Kriegskamerad", Kurt Dahlmann, übrigens ein bekannter Nazi, Chefredakteur der rechtsgerichteten „Allgemeinen Zeitung" in Namibia (Südwestafrika), 1974 auch Gastgeber zweier NPD-Funktionäre (lt. „FR", 6.10.75).

Daß die Reise Ralls nicht bloß dem „alten Kriegskameraden" gegolten hatte, wurde u.a. von der Illustrierten „Stern" 41/75 enthüllt. Der „Stern" veröffentlichte Briefe des Bonner Botschafters der RSA, Donald Bell Sole, lt. „Spiegel" 41/75 „Chefvermittler" eines „**Netz enger Kontakte**" BRD-RSA; seine Botschaft ist lt. „Spiegel" „*eine höchst effiziente Ausforschungs- und Kontaktstelle*".

Schon 1972 hatte sich Sole lt. „Stern" um eine Reise Ralls in die RSA bemüht, „*nicht nur wegen seiner Position im Oberkommando der Bundeswehr, sondern weil er möglicherweise seinem Vorgänger Steinhoff im Oberkommando der NATO in Brüssel nachfolgen wird*" (Sole).

Der schließliche Besuch Ralls 1974 sollte, so Sole, „*nicht die geringste öffentliche Aufmerksamkeit erregen*"; Rall sei „*nach außen hin auf Privatbesuch*". Dem Minister Leber sei „**jedoch klar, daß es sich bei dem Besuch um mehr handelt als dies. Aber genau deswegen könnte es schwere Rückschläge in Deutschland und möglicherweise auch in der Nato geben, wenn etwas herauskommen sollte**". Rall sei Gast der Streitkräfte der RSA gewesen, Minister Leber habe „*für die Reise seinen Segen*" gegeben, „*aber das sollte man natürlich nicht weitersagen*" (Sole lt. „Stern").

Da die Bundesregierung nach außen bemüht ist, jede Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Rassisten-Regime zu vertuschen, mußte Rall als Bauer im Spiel geopfert werden. Denn hier geht es um „Höheres" als um die Karriere eines Militärs – ums Geschäft und um imperialistische Großmachtpolitik. Rall hatte soviel „Offiziersehre", seine Vorgesetzten nicht bloßzustellen und an dem Märchen von der „Privatreise" festzuhalten. Eine saftige Pension und sicher noch weitere Vergünstigungen von interessierter Seite winken dafür dem General als „Ehrenpreis", um ihm den „freiwilligen" Ruhestand zu versüßen.



Die „Deutschland" bei einem offiziellen Besuch in Südafrika



Leber im Schützengraben für den BRD-Imperialismus

Leber im Schützengraben für den BRD-Imperialismus

Rall – eine „Spitze des Eisbergs"

„In der Tat", schreibt der „Spiegel" 41/75, „steht die offiziell geübte Distanz zur Regierung in Pretoria in seltsamem Gegensatz zum Netz enger Kontakte bundesdeutscher Wissenschaftler und Militärs zu ihren südafrikanischen Kollegen"

Die Oppositions- und Befreiungsbewegungen von Südafrika und Namibia, ANC und SWAPO, enthüllten verschiedene Aspekte der allseitigen Zusammenarbeit BRD-RSA:

- Mit westdeutscher Hilfe wurde in der Nähe des großen Flottenstützpunktes Simonstown ein computer-gesteuertes Nachrichten- und Kontroll-System eingerichtet, dessen Reichweite bis Nordafrika, zur südamerikanischen Küste und Indien reichen soll. Simonstown war bis vor kurzem ein britischer Stützpunkt; obwohl Großbritannien offiziell diesen Vertrag aufgekündigt hat, baut die RSA Simonstown zügig aus – insbesondere die USA und Frankreich sind als neue Interessenten an dem Stützpunkt im Gespräch. Offenbar hat aber auch der BRD-Imperialismus einen Finger in der Torte.

Das Computer-System wurde von AEG, Siemens und MAN gebaut und geliefert („Extra-Dienst", 43/IX). Zur Betreuung wurden drei frühere „Spezialisten" der Bundeswehr nach Südafrika geschickt („FR", 8.10.1975).

Der „Spiegel" schreibt, daß den RSA-Rassisten in der BRD „**entgegen offizieller Bonner Leseart fast alle Türen offenstanden**". So die Türen zum Kernforschungszentrum in Karlsruhe oder zu dem mit Geheim-Aufträgen befaßten Rüstungs-Konzern Messerschmidt-Bölkow (Kriegsflugzeuge, Raketen etc.). „*Besonders aber die Bundeswehr ist gern zu Diensten, wenn die Kameraden aus Südafrika einen Wunsch äußern*" („Spiegel", 41/75).

Wie der „Spiegel" dazu bemerkt, geschieht dieses Entgegenkommen der Bundeswehr „*in Übereinstimmung mit ihren Waffenbrüdern aus dem nordatlantischen Bündnis, vor allem mit den Engländern und Franzosen, die enge Kontakte zu den Streitkräften der Südafrikanischen Republik pflegen*".

Die NATO-Militärs schätzen die „strategische Rolle" der RSA sehr hoch ein – um das südafrikanische „Kap der Guten Hoffnung" führt immer noch einer der wichtigsten Seewege zur Versorgung Westeuropas, insbesondere mit Erdöl; daneben führt noch einer der wichtigsten Seewege zur Versorgung Westeuropas, insbesondere mit Erdöl; daneben steht das Interesse, die RSA nach dem „Fall" Mosambiks und bald auch Angolas als wichtigstes imperialistisches „Bollwerk" auf dem afrikanischen Kontinent zu erhalten; schließlich spielen auch die Bodenschätze der RSA eine Rolle – insbesondere das U r a n, an das die BRD-Imperialisten die Erfüllung ihrer kühnsten Träume von einer „eigenen Atomwaffe" knüpfen.

Alle Imperialisten sind jedoch gezwungen, den veränderten Kräfteverhältnissen insoweit Rechnung zu tragen, daß sie ihre Zusammenarbeit mit der RSA so „diskret" wie möglich abwickeln. Die jungen afrikanischen Nationalstaaten sollen mit einigen „anti-rassistischen" Redensarten der Imperialisten abgespeist werden, weil sich die Imperialisten wegen ihrer Beziehungen zur RSA doch nicht die Tür zu den anderen afrikanischen Märkten und Rohstoffquellen zuschlagen wollen. So sah sich unlängst gar der französische Präsident Giscard d' Estaing veranlaßt, auf seiner Afrika-Reise anzukündigen, daß Frankreich seine Waffenhilfe für die RSA weitgehend einstellen wolle.

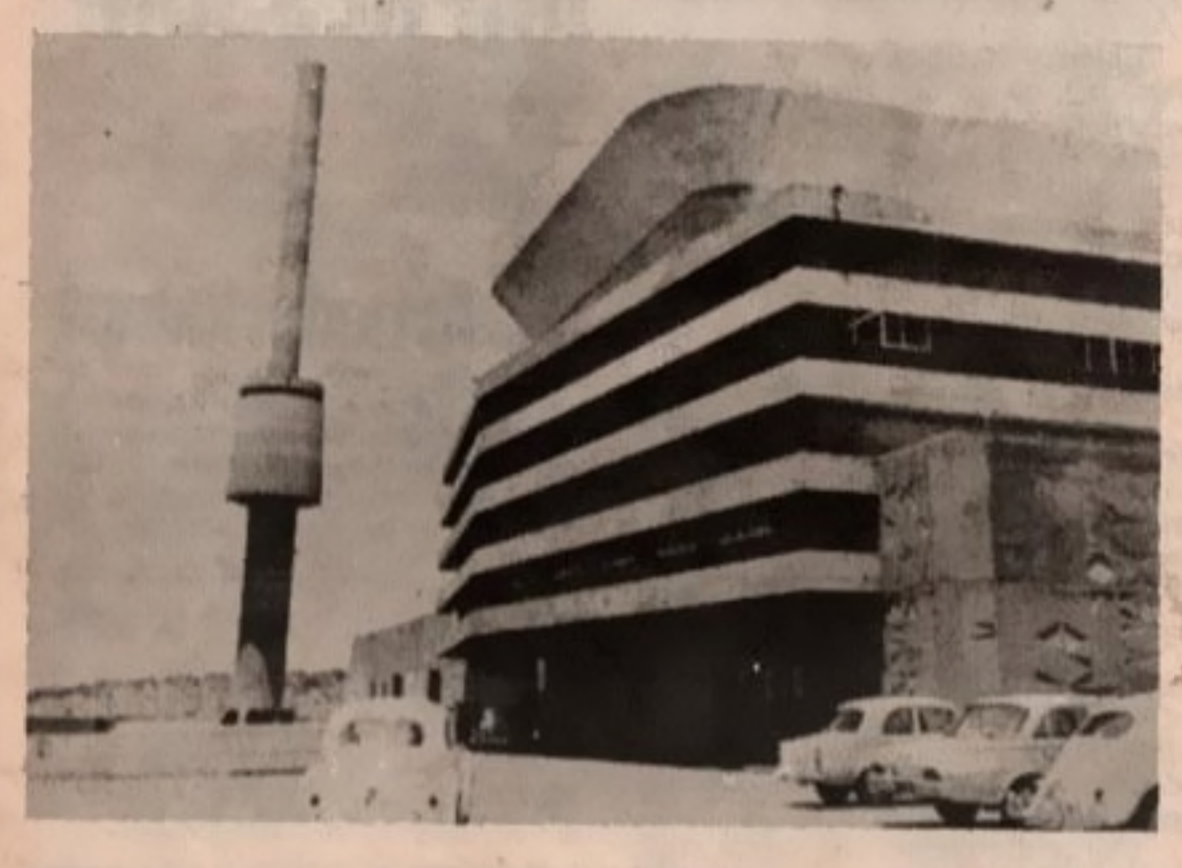
Hinter dieser Kulisse spielt sich ein umso heftigeres Ringen der Imperialisten um die besten Positionen bei der Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Rassisten-Regime und bei der Ausplünderung der RSA ab.

Atomare Zusammenarbeit BRD – RSA

Eine von der ANC vorgelegte Dokumentation über die „nukleare Verschwörung" BRD - RSA wurde von der Bundesregierung zunächst mit dem Dementi beantwortet, „*daß es keine nukleare Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Südafrikas gebe*" – das seien „*abwegige Spekulationen*" („FR", 27.9.75).

In der Dokumentation der ANC wird erklärt, „*die geplante Urananreicherungsanlage*" (die man braucht, um aus Natururan Kernbrennstoff für Atomreaktoren zu gewinnen, und die bei größerer Dimensionierung oder langwieriger Anreicherungsarbeit auch für die Herstellung von Kernspaltungsmaterial für Atombomben verwendet werden kann – Anm. AK) „*in Pelindaba werde mit Unterstützung westdeutscher Firmen nach dem Prinzip des Trenndüsenverfahrens* *lindaba werde mit Unterstützung westdeutscher Firmen nach dem Prinzip des Trenndüsenverfahrens* *errichtet*"((„FR", 27.9.75).

Im Jahre 1974 wurde zwischen der RSA und der westdeutschen STEAG ein Vertrag über den Bau abgeschlossen („horizont", 20/74 und „Extra-Dienst", 78/IX). Bei der MAN Nürnberg seien Kompressoren bestellt worden (ANC-Dokumentation). „*Ohne Mühe konnte die Botschaft* (der RSA – Anm. AK) *zwischen 1969 und 1974 zahlreichen Atomwissenschaftlern ihres Landes Ausbildungsmöglichkeiten bei der Gesellschaft für Kernforschung (GfK) in Karlsruhe beschaffen; immer wieder bereisten die Spitzen der südafrikanischen Atomforschung die BRD... Stets*



Atomwaffen mit BRD-Hilfe



Militär-LKW vor der Verschiffung nach Südafrika in Bremerhaven

hatten die Reisenden... die gleichen Ziele: neben der Karlsruher GfK die Essener Steinkohlen-Elektrizität AG Steag" („Spiegel", 41/75).

Es ging also um die Entwicklung des Trenndüsenverfahrens! *„Im April dieses Jahres stellten sie dann ein eigenes Anreicherungsverfahren vor, das der westdeutschen Erfindung verdächtig ähnlich ist"* („Spiegel", s.o.).

51% der STEAG-Aktien liegen bei der Ruhrkohle-AG, von der 40% in der Hand von Bundesunternehmen sind; die GfK gehört Bonn gar zu 90% („Spiegel", s.o.). Offiziell weiß die Bundesregierung auch hiervon nichts – **„es gebe zwischen ihr und Südafrika keinerlei atomare Kooperation"** (lt. „Spiegel", s.o.). Dazu zitiert der „Spiegel" einen Brief von Staatssekretär Rohwedder vom 5. Mai 1975 an den Vizepräsidenten der Atomenergie-Behörde der RSA. Da heißt es: *„Es wäre schön, wenn es zu einer langfristigen und für beide Seiten (!) fruchtbaren Zusammenarbeit auf Ihrem Gebiet oder überhaupt in der friedlichen(?) Nutzung der Kernenergie zwischen uns kommen könnte"*.

Nichtsdestotrotz „dementierte" die Bundesregierung sogar die Berichte (u.a. des „Spiegels") über die Zusammenarbeit der GfK Karlsruhe mit der RSA („SZ", 9.10.75).



„Pensionär" Rall

Inzwischen hat die westdeutsche Kraftwerksunion (KWU) einen Antrag auf eine staatliche Export-Bürgschaft für die Lieferung eines Kernkraftwerks nach Südafrika gestellt, und zwar bereits im Frühjahr. Trotzdem erklärte Regierungssprecher Bölling noch Anfang Oktober, davon sei ihm nichts bekannt; erst einige Tage später mußte er sich dann berichtigen. Auch die Regierung der RSA hatte zunächst die Zusammenarbeit mit der BRD auf atomarem Gebiet noch *„energisch in Abrede*

RSA hatte zunächst die Zusammenarbeit mit der BRD auf atomarem Gebiet noch *„energisch in Abrede*

gestellt" („FAZ" und „SZ", 9.10.75).

Bundesforschungsminister Matthöfer sprach sich offen für die Genehmigung des Exports des Kraftwerks in die RSA aus („SZ", 9.10.75); FDP-Wirtschaftsexperte Graf Lambsdorff hält die Lieferung für *„selbstverständlich"*, denn sonst könnte *„die deutsche Industrie sich beerdigen lassen"* („FAZ", 14.10.75).

In der „FAZ" wurde kommentiert, die Bundesregierung müßte dafür sorgen, daß sie dem BRD-Großkapital, das *„gegen härteste internationale Konkurrenz anzutreten hat"*, dieses atomare *„Mammutgeschäft"* ermöglicht, das *„möglicherweise das erste einer ganzen Serie"* (!!) sein könne („FAZ", 6.10.75).

Im Gegenzug deckt die BRD z.B. 40% ihres jährlichen Bedarfs an Natururan aus der RSA („SZ", 7.10.75). Zur Vertiefung der schamvoll verleugneten engen Zusammenarbeit wird eine Delegation des Kapitalistenverbandes BDI vom 31.10. bis 8.11. die RSA besuchen und u.a. – in den Spuren des „Privatreisenden" General Rall – das Atomzentrum von Palindaba besichtigen.

Schon haben südafrikanische Regierungsstellen die Meldung des ANC bestätigt, daß Südafrika bald zum Bau einer Atombombe in der Lage sein könnte; die RSA hat auch den „Atomwaffensperrvertrag" nicht unterzeichnet.

Über die Zusammenarbeit mit dem Rassisten-Regime der RSA dem Traum eigener Atomwaffen näher zu kommen, gehört schon lange zu den längerfristigen Zielen des BRD-Imperialismus, für die sich insbesondere CSU-Boß Strauß immer wieder offen stark gemacht hat. ●

Afrika-Kommission, Antimilitarismus-Kommission (KB/Gruppe Hamburg) und AK-Redaktion

BRD-Imperialismus will Rüstungsexport weiter steigern!



„Leopard"-Montage bei Rheinmetall



Flak-Panzer „Gepard"

Gegenwärtig werden auf Drängen der westdeutschen Rüstungsmonopole von der SPD/FDP-Regierung Erleichterungen für den Kriegswaffenexport „überprüft". Eine für September angesetzte Sitzung, auf der darüber entschieden werden sollte, wurde vorerst vertagt, da Bundeskanzler Schmidt angeblich *„auf Schwierigkeiten innerhalb seiner Partei gestoßen"* sei. („Welt", 20.9.75). Tatsächlich dürfte eine Liberalisierung des Kriegswaffenexportgesetzes, das den Rüstungskonzernen Exporte in der Vergangenheit zumindestens erschwerte, nur noch eine Frage der Zeit sein. Damit wird auch auf diesem militärischen Sektor der Expansion des BRD-Imperialismus der Weg politisch geebnet.

Daß trotz Vertagung die entsprechenden Entscheidungen längst gefällt sind, wurde bereits einige Tage zuvor durch die Presse bestätigt: *„Die Bundesregierung will sehr vorsichtig eine weniger restriktive Rüstungsexportpolitik als bisher einleiten"*. Die getroffenen Entscheidungen *„dürften* (allerdings) *kaum spektakulärer Art sein, aber als Ganzes (!) gesehen und auf die weitere Zukunft (!) betrachtet einer Liberalisierung des Rüstungsexports gleichkommen."* („FAZ", 16.9.75).





MBB-Agent F.J. Strauß bei seinem Gesinnungsfreund Mobuto (Zaire), der an westdeutschen Waffen interessiert ist.

„Spektakulär" allerdings dürften diese Maßnahmen nur deshalb nicht sein, weil offensichtlich nicht geplant ist, das seit 1961 geltende Kriegswaffenkontrollgesetz, das den Rüstungsexport genehmigungspflichtig macht, abzuschaffen. Es ist vielmehr geplant, diese Genehmigungspflicht „lockerer" von „Fall zu Fall" anzuwenden.

Dabei geht es vor allem darum, dem Export in sogenannte „Spannungsgebiete", der in der Vergangenheit offiziell verboten war (was die Konzerne allerdings nicht daran hinderte, unter Umgehung dieser Bestimmungen, dennoch in diese Gebiete zu exportieren) den Weg freizumachen.

„Im Bundesverteidigungsministerium vertritt man die Ansicht, daß die grundsätzliche Bestimmung, Waffen nicht in ‚Spannungsgebiete' zu liefern, gelockert werden sollte, daß künftig von Fall zu Fall über die Nützlichkeit einer solchen Lieferung entschieden werden sollte" („Handelsblatt", 16.9.75).

Die entsprechende Rechtfertigung wurde von der Militaristenzeitung „Wehrtechnik – vereinigt mit Wehr (!) und Wirtschaft" damit geliefert, *„daß eine Generation* (?!) *das Ruder in die Hand zu nehmen im Begriff ist, die keinerlei Schuldgefühle aus dem letzten Weltkrieg hegen und folglich auch keinerlei Benachteiligung im Kräftespiel des internationalen Marktes erkennen mag"* (7/75, zitiert nach ami 8/75).

Natürlich hat der westdeutsche Imperialismus zu keinem Zeitpunkt „Schuldgefühle aus dem letzten Weltkrieg" mit sich herumgetragen – entscheidend ist vielmehr, daß die Imperialisten nunmehr die Zeit gekommen sehen, erneut und in aller Offenheit an die „großdeutsche Tradition" der alten Rüstungsmagnaten vom Schlage Krupp anzuknüpfen und die Welt mit „deutschen" Waffen zu beglücken.

(Schon 1913 schrieb Karl Liebknecht, *„daß diese* (deutschen) *Rüstungslieferanten ganz systematisch ihre Lieferungen nach dem Ausland geben, überall hin, gleichviel, wo nur am besten bezahlt wird, gleichviel, ob später die Waffen, die dorthin geliefert werden, gegen die deutsche Armee benutzt werden"* – Werke Band 6, S. 260).

Nachdem die Rüstungsmonopole in mehreren „Denkschriften" immer wieder die Liberalisierung gefordert hatten, um einen ungehinderten Zugang zum Weltmarkt zu bekommen, sind es heute gerade die Sozialdemokraten, die die letzten Hindernisse beiseite räumen.

Der SPD-Abgeordnete Herrmann Schmidt kritisiert, daß „wir" ohnehin die *„einzigen sind, die überhöhte (!) moralische Bedenken haben ... Unsere Maßstäbe für den Waffenexport sind überzogen, wir müssen sie ändern."* („Spiegel", 15.9.75)

„Sicherung der Arbeitsplätze"?

Ein ganz perfides Argument wird sowohl von den Konzernen als auch von der Industrie mit der angeblichen „Sicherung der Arbeitsplätze" ins Spiel gebracht. Eine Ausweitung des Exports sei notwendig, denn *„wenn man Rüstungskapazitäten aufbaut, kann man sie nicht auf- und zudrehen wie einen Wasserhahn, es muß vielmehr ein gleichmäßiger Strom laufen"* – so läßt der „Spiegel" einen Vertreter der Rüstungsmonopole zu Wort kommen (15.9.1975).

Die Rüstungsindustrie droht inzwischen offen mit Entlassungen, um die Liberalisierung durchzusetzen: *„Bei anhaltender restriktiver Handhabung der Ausfuhrbestimmungen durch den Bundessicherheitsrat könnten Arbeitsplätze verloren gehen."* („Süddeutsche Zeitung", 10.9.75)

Die Zeitung „Wehr und Wirtschaft" fordert deshalb unverblümt unter dem Motto „Stabilität durch Export" die *„Aufgabe der restriktiven Haltung ... bei der Erteilung von Exportgenehmigungen für militärische Projekte bzw. für den Export in Spannungsgebiete"* (!), denn der Waffenexport sei eine *„volkswirtschaftliche Notwendigkeit"* (zitiert nach „ami").

Daß es sich bei den „Sorgen" der Rüstungsindustrie um die Arbeitsplätze um eine reine Zweckheuchelei handelt, zeigt allein schon die Tatsache, daß gerade auch die Rüstungskonzerne munter die Betriebe durchrationalisieren und entlassen:

- **Krauss-Maffei: Abbau der Belegschaft um 10 % (ca. 650), Kurzarbeit;**
- **MTU – 1974 wurden 400 Arbeitsplätze gestrichen, im ersten Halbjahr 1975 200, Kurzarbeit ist angekündigt;**
- **Dornier – 200 Entlassungen und Kurzarbeit ist angekündigt;**
- **MBB – 1000 Entlassungen, möglicherweise Kurzarbeit in zwei Werken.** (alle Angaben nach „UZ", 15.9.75)

In Wirklichkeit geht es bei den Forderungen nach Ausweitung des Exports um die Ausweitung des Einflusses der BRD-Rüstungsmonopole auf dem internationalen Waffenmarkt. Hierbei geht es vor allem um den sich ständig ausweitenden Markt und die ständig steigende Nachfrage bei den Erdölländern im Nahen Osten.

Die Bundesregierung erklärte zu der geplanten Liberalisierung, daß man Länder wie *„Spanien, Brasilien und Iran nicht mehr zu den Spannungs-*

der geplanten Liberalisierung, daß man Länder wie *„Spanien, Brasilien und Iran nicht mehr zu den Spannungs-*

gebieten zählen könne." („Spiegel", 15.9.75) Gerade hier erwarten die Rüstungshersteller die großen und lukrativen Aufträge.

Denn allein der Iran bestellte im Jahre 1974 Kriegsmaterial im Werte von 3,8 Mrd. Dollar in den USA. Saudi-Arabien wird bis 1980 über 25 Mrd. Dollar (!) in die Aufrüstung des Landes stecken. („Spiegel", 15.9.)

An diesen großen Geschäften verlangen die BRD-Konzerne nun ihren Anteil. Denn solange die Exportbeschränkungen bestehen, so argumentieren sie, werden ihnen diese Aufträge weggeschnappt.

So ging den westdeutschen Panzerbauern von Krauss-Maffai ein großes Geschäft durch die Lappen, als der Bundessicherheitsrat einem Exportantrag auf Lieferung von 800 Leopard-Panzern an den Iran die Zustimmung verweigerte. Der Schah bestellte daraufhin den englischen „Chieftain". Ein Auftrag in der Höhe von 2 Mrd. Mark!

Und diese „Verluste" können noch weiter steigen – so befürchten die westdeutschen Waffenschmiede. Die Interessenten für westdeutsche Waffen stehen nämlich Schlange:

- Südafrika, Indien, Israel, der Iran und einige arabische und südamerikanische Staaten wollen U-Boote (Klasse 206) der Rheinstahl-Nordseewerke in Emden und der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel kaufen;
- Südafrika wünscht sich Minensucher der Werft Abeking-Rasmus-

Fortsetzung Seite 16

Fortsetzung Seite 16



BRD-Rüstungsexport

Fortsetzung von Seite 16

sen in Lemwerder; aus Lateinamerika und dem Mittleren Osten liegen bei der Bremer Lürssen-Werft Anfragen für Schnellboote vor;

- mit Panzer- und Tieffliegerabwehrraketen könnten MBB und sein französischer Partner „Aerospatiale" Geschäfte mit Brasilien, der Schweiz, Südafrika, Rhodesien, Syrien und in Schwarzafrika machen;
- vor kurzem hat Saudi-Arabien sein Interesse bekundet, den Schützenpanzer „Marder" der Firma Krauss-Maffai zu kaufen. Geplante Stückzahl: 300. („Spiegel", 15.9.)

Hauptinteressenten sind also die faschistischen Regimes in Brasilien, Spanien, dem Iran, Rhodesien usw. Es qualifiziert die sozialdemokratische Regierung, daß sie diese Länder nicht mehr als „Spannungsgebiete" ansieht.



Kampfpanzer „Leopard 2"

Gesteigerte Expansion des BRD-Imperialismus

Es wäre allerdings völlig verfehlt, in der beabsichtigten Liberalisierung der Rüstungsexporte allein die wirtschaftliche Seite (auf dem Rüstungsmarkt sind wohl die höchsten Profitraten zu erzielen) zu sehen. Vielmehr kommt gerade bei der forcierten rüstungswirtschaftlichen Expansion des BRD-Imperialismus sein gesteigerter Drang nach Einfluß und Herrschaft in der Welt zum Ausdruck.

Einerseits übernimmt er hier stärker ordnungspolitische Aufgaben, die bisher allein von den US-Imperialisten getragen wurden. In diesem Zusammenhang wird von der Bundesregierung auf die „*wachsende Bedeutung und Varantwortung der BRD im nordatlantischen Bündnis*" verwiesen, dessen „Wirkungsbereich" bekanntlich längst über den westeuropäischen Kontinent in den gesamten Mittelmeerraum und den Nahen und Mittleren Osten ausgeweitet wurde.

Die Forcierung des Rüstungsexports dient diesen Zielen. Die Zeitung „Wehr und Wirtschaft" schrieb dazu in bemerkenswerter Offenheit: „*Wenn wir (!)ein Interesse haben an der Industrialisierung, am reibungslosen Fluß von Öl und Gas, dann haben wir auch ein außenpolitisches Interesse an der Stabilität in diesem Raum.*"

Andererseits geht es aber auch um die Stärkung des eigenen Einflusses des BRD-Imperialismus in diesen Regionen, in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Mächten. Diesen Punkt meinte Helmut Schmidt, als er in einer Rede vor 135 Generalstabsoffizieren sagte, daß es wegen der „*Exportkeuschheit*" zu „*Verstimmungen über die Deutschen in manchen Ländern gekommen*" sei und sich „*die deutsche Zurückhaltung bei Waffenexporten eher gegen die Interessen des Landes gerichtet hat*". (zitiert nach „ami")

Denn in der Tat ist der Waffenexport eines der wesentlichsten Mittel zur Sicherung des Einflusses des Imperialismus in den von ihm abhängigen Ländern. Allein durch die Lieferung von Ersatzteilen oder neuen Waffen hat er ein wesentliches Druckmittel in der Hand.

Wenn also hier von einem „guten deutschen Ansehen" die Rede ist, das durch „Exportkeuschheit" gestört werde, so verbirgt sich dahinter nichts anderes als die Tatsache, daß der BRD-Imperialismus bislang auf diesem Sektor imperialistischer Einflußnahme den anderen Ländern gegenüber im Hintertreffen ist.

Daß der BRD-Imperialismus in der kommenden Zeit – allen friedfertigen Beteuerungen zum Trotz – mehr zum direkten Gegner der um Befreiung kämpfenden Völker wird, zeigt auch schon die Liste der Länder, die in kommenden Zeiten die bevorzugten Ziele des westdeutschen Rüstungsexportes werden – Spanien, Iran, Südafrika, Brasilien, Rhodesien. Dies sind auch schon heute wesentliche Ziele westdeutschen Kapitalexportes und sollen künftig die Stützen in der Strategie des westdeutschen Imperialismus werden. •

Ein Genosse der HDW-Arbeiterzelle und Metallkomitee, KB/Gruppe Hamburg

NATO modernisiert und erweitert konventionelle Streitkräfte in Europa

Zwei Faktoren, nämlich die politisch-militärische Analyse des letzten Nahostkrieges und die Niederlage des US-Imperialismus in Indochina, spielten und spielen eine entscheidende Rolle bei der Neuformulierung und Umorientierung der Nato-Strategie. Minister Leber erläuterte diese Politik in einer Rede vor dem reaktionären Reservistenverband dahingehend, daß das „amerikanische Engagement" in Europa immer „intensiver" werde und daß „im Lichte der nuklearen Parität der interkontinentalen Vernichtungswaffen beider Großmächte ...die konventionellen Streitkräfte Europas wachsende Bedeutung gewönnen" (nach FAZ, 6.10.75).

Das verstärkte amerikanische Engagement in Westeuropa drückt sich u.a. in der Verlegung von zwei zusätzlichen US-Brigaden in die BRD aus; amerikanische Versorgungseinheiten in der BRD werden durch westdeutsche „Zivilisten" ersetzt.

Der zweite Punkt der Umorientierung der imperialistischen Militärstrategie zielt auf eine verstärkte Um- und Aufrüstung der konventionellen Streitkräfte ab; damit soll die Nato künftig auch konventionell – ohne Einsatz von Atomwaffen – den Streitkräften des Warschauer Paktes überlegen sein. Die Folge ist eine Stärkung des imperialistischen Aggressionspotentials insgesamt. Zur Rolle der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa wird im ersten Teil des Artikels US-General Davison zu Wort kommen. Im zweiten Teil wird auf die verstärkte konventionelle Aufrüstung sowohl der USA als auch der BRD eingegangen.

„Mit der 7. US-Armee muß in Europa gerechnet werden"

Unter diesem Motto gab der zum 30. Juni ausgeschiedene Oberbefehlshaber des amerikanischen Heeres in Europa, Viersternegeneral und Bundesverdienstkreuzträger, Davison, der Zeitschrift „Sicherheitspolitik heute" (1/75) ein Interview. In diesem Interview wird noch einmal deutlich, wie die US-Imperialisten ihr militärisches Engagement nach dem verlorenen Vietnamkrieg in Westeuropa verstärkt haben (in AK 63 haben wir diese Seite der sogen. „Nach-Vietnam-Politik" des US-Imperialismus genauer untersucht).

Davison erklärte dazu: „*Die Probleme, die ich bei meiner Ankunft im Juni in Europa vorfand, standen hauptsächlich im Zusammenhang mit den amerikanischen Verpflichtungen in Vietnam. Die Komplexe lagen in zwei Bereichen:*

1. Die amerikanischen Heereseinheiten in Europa waren damals eine Personalnachschubbasis für Vietnam. Daraus resultierend entstand eine beträchtliche Personalturbulenz, eine größe Unruhe unter den Soldaten durch den ständigen Wechsel. Die Kompaniechefs wurden alle vier bis sechs Monate ausgetauscht, ja, das gesamte Personal einer Kompanie konnte innerhalb von zehn Monaten wechseln. Darüber hinaus waren die meisten Kompaniechefs Leutnants, frischgebackene Leutnants. 1965 war die Stärke des Heeres 850 000 Mann, im Jahr 1970 war die Kopfstärke bereits auf eineinhalb Millionen angestiegen. Diese Verstärkung wurde nun in der schlechtmöglichsten Weise vorgenommen. Man nahm uns hier ständig die erfahrenen Führungskräfte fort. So hatte man dann in einem Bataillon hinsichtlich der Führung praktisch nichts als einen erfahrenen Bataillonskommandeur und junge Leutnants.

2. Es gab finanzielle Engpässe. Weil die meisten Soldaten nach Vietnam gingen, war in Europa nicht genügend Geld zur Verfügung, um die erforderliche Ausbildung vorzunehmen. Zur Ausbildung braucht man ja Geld – für Treibstoff, Munition, Ersatzteile usw. Dieses Geld war nur begrenzt vorhanden. Aus all diesen genannten Gründen war die Kampfbereitschaft der amerikanischen Armee in Europa beeinträchtigt. Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß dies alles hinter uns liegt(!!!!). Die 7. Armee ist jetzt eine kampfbereite Berufsarmee(!), mit der gerechnet werden muß".

Neben „genügend Geld" und einer „kampfbereiten Berufsarmee" in Europa, werden gleichzeitig die Kampfeinheiten erhöht: „die amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik sollen auf ihrem logistischen Sektor um 18.000 gekürzt werden...darum kommen zwei Brigaden in die Bundesrepublik" (Sicherheitspolitik heute).

Dazu erklärte Davison:

„*In manchen Zeitungen war nun zu lesen, unsere Logistikeinheiten seien überbesetzt. Das stimmt jedoch nicht. Das Verhältnis zwischen Versorgungs- und Kampfeinheiten ist vielmehr sehr ausgewogen, es ist fein ausbalanciert. Wenn wir nun unsere Versorgungseinheiten reduzieren, dann muß dies irgendwie kompensiert werden. Wir müssen Zivilisten einstellen*".

D.h. die Versorgungseinheiten werden überhaupt nicht verringert, sondern nur durch westdeutsche „Zivilisten" ersetzt. Wieviele das sein werden, wollte Davison noch nicht sagen. Weiterhin braucht die US-Armee für die neuen Einheiten neue Garnisonen:

„*Wir haben in den letzten vier Jahren aus Sparsamkeitsgründen unsere Garnisonen in Deutschland reduziert... Bei den vor uns liegenden Aufgaben brauchen wir aber wieder neuen Raum*" *(Davison)*.

„*Weiter muß gesagt werden, daß der Unterhalt von Kampfeinheiten teurer ist als der von Versorgungseinheiten. Man braucht mehr Geld für Treibstoff, Munition usw., um die Kampfbereitschaft zu erhalten*".

Auf die Frage, ob dies bedeute, „*daß der Devisenausgleich, den die Bundesrepublik im Zusammenhang mit den amerikanischen Truppen, die in Deutschland stationiert sind, leistet, erhöht werden muß*", erklärte Davison:

„*Nein. Die Ausgleichsleistungen beziehen sich nicht auf die Kampfbereitschaft unserer Truppe. Sie beziehen sich zum Beispiel auf die Verbesserung von Gebäuden und Installationen, die wir benutzen*" (die allerdings ebenso wie die Zahl der eingestellten „Zivilisten" steigen – Anm. der Red.). „*Sonst könnte ja der Vorwurf erhoben werden, daß die amerikanischen Soldaten in Europa Söldnertruppen wären*". Der Schein, daß die BRD nur „indirekt" die Kosten verstärkten US-Engagements mitträgt, wird also gewahrt.

Gleichzeitig wird die Kampfbereitschaft der US-Truppen durch eine sechsmonatige Rotation erhöht, die bei einem Teil der Truppe vorgenommen wird.

„*Das bedeutet, daß die Soldaten, die nach Europa kommen, jeweils mit den veränderten Bedingungen vertraut gemacht werden müssen, mit den Verteidigungsplänen*".

Gleichzeitig werden die Truppen mit der Situation in der BRD vertraut gemacht: „*Wir tun ja viel, um die sogenannte ‚Kulturlücke' zu schließen, wenn ein Soldat neu in die Bundesrepublik kommt*", so Davison. Die Rotation muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß jederzeit ein große Anzahl US-Truppen in die BRD eingeflogen werden können, die dann eben schon mit ihren Aufgaben „vertraut" gemacht worden sind. Auch das Einfliegen dieser Truppen wird ständig geübt: so wurden bei der NATO-Übung „Reforger 74" 12.000 US-Soldaten für eine 56tägige Übung mit ihrer Bewaffnung aus den USA im „Air-Lift-Verfahren" in die BRD eingeflogen. Das bedeutet, daß die Kampfstärke der US-Truppen jederzeit erheblich gesteigert werden kann.

Wichtig ist dabei noch, daß zumindest eine US-Brigade im norddeutschen Raum (Lüneburg) stationiert werden soll. Dazu hieß es in der „FAZ" vom 19.9.75: „*Zum ersten Mal soll die Übung ‚Reforger' in diesem Jahr auch in Norddeutschland stattfinden. Das teilte das amerikanische Verteidigungsministerium in Washington mit. Dieses Gebiet gilt als die wahrscheinlichste Angriffsrichtung im Falle einer sowjetischen Invasion Westeuropas*".

Die USA planen dabei nach einer Meldung der „New York Times", daß drei Marine-Divisionen als Eingreifreserve bei einem Krieg in Westeuropa umgerüstet werden sollen. „*Die für Europa vorgesehene Division werde daher...zusätzlich Panzer, schwere Artillerie und Schützenpanzerungen erhalten*". (nach: „extra-Dienst", 26.8.75).



US-Kriegsminister Schlesinger

Tatsächlich treiben die USA die Modernisierung und Umrüstung ihrer konventionellen Streitkräfte im großen Stil und im Eiltempo voran:

- die Anzahl der Kampfpanzer soll von 8 000 auf 13 500 erhöht werden – dazu entwickeln die USA einen neun Kampfpanzer „XM-1";
- die Anzahl der Schützenpanzer soll von 11 500 auf 16 000 erhöht werden – auch hier ist ein neuer Typ in der Entwicklung (MICV);
- auch bei den Panzerabwehr-Raketen findet man enorme Steigerungsraten: „*Die im letzten Haushaltsjahr von 12.000 auf 30.000 Flugkörper im Jahr gesteigerte Panzerabwehrlenkwaffe TOW soll bis Ende 1976 aufrecht erhalten werden...Die Produktion der leichteren Panzerabwehr-Lenkwaffe DRAGON soll von zur Zeit 8 800 auf etwa 42 000 (!!!) pro Jahr im Haushaltsjahr 1977 gesteigert werden*" (Wehrtechnik, 5/75);
- ferner soll die Anzahl der Kampfhubschrauber erhöht werden – auch hier planen die USA Moderniesierungen (nach: Wehrtechnik, 5/75). Dieser kleine Ausschnitt sollte genügen, um zu zeigen, wie sehr sich die USA um ihre „Partner" kümmern!

Die Anstrengungen des BRD-Imperialismus hinsichtlich einer weiteren Aufrüstung stehen denen der USA in nichts nach. In dem Aufsatz „Die sicherheitspolitische und militärstrategische Zukunft der NATO", von Klaus-Dieter Schwarz (abgedruckt in „Sicherheitspolitik heute", 2/1975) werden die militärstrategischen Konzeptionen der Nato dargelegt, nach denen die westdeutsche Bourgeoisie ihre Streitkräfte aus- und umrüstet. Der Autor beschäftigt sich zunächst mit der Frage des Einsatzes taktischer Atomwaffen in einem vermeintlichen Krieg auf europäischem Boden. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß „*konventionelle Streitkräfte . . . heute nicht mehr die Rolle eines Auslösemechanismus für die nukleare Eskalation spielen wollen (können) gegenüber einer Macht, die über dieselben Nuklearoptionen verfügt wie der Verteidiger . . . Aber jede nukleare Macht befindet sich in einem politischen Konflikt, mit einer anderen gleichwertigen nuklearen Macht automatisch in einem Krisennachteil, wenn es über unterlegene*

konventionelle Streitkräfte verfügt. Wenn Abschreckung eine Angelegenheit des Vergleichs von Risiken ist und diese Risiken in einem stabilen Abschreckungsverhältnis nicht mehr wahrgemacht werden können, dann ist diese Angelegenheit eine Angelegenheit der konventionellen Streitkräfte geworden. Oder anders gesagt: Wenn die nukleare Abschreckung auf allen Ebenen stabil geworden ist, beruht die Glaubwürdigkeit der Abschreckung wesentlich auf der Fähigkeit zur konventionellen Abschreckung. In den Worten Schlesingers: 'Abschreckung kann nicht an die Stelle der Verteidigung treten und umgekehrt'. Diese simple Wahrheit tritt besonders in einer Krise zutage, wenn man feststellt, daß die für die Abschreckung vorgesehenen Streitkräfte plötzlich jeder Glaubwürdigkeit entbehren". Zu deutsch heißt das, daß die USA und die anderen Nato-Staaten (insbesondere die BRD) ihre „Glaubwürdigkeit" in der Stärke der konventionellen Streitkräfte künftig drastisch erhöhen werden. Die USA haben schon zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre taktischen Atomwaffen nicht „konventionellisieren", sondern im Bereich der „Abschreckung" halten wollen. So sind z.B. Pläne des Einsatzes sog. „sauberer" Atomwaffen, den „mininuces", fallengelassen worden. Damit ist klar, daß die derzeitigen Rüstungsanstrengungen der Imperialisten darauf abzielen, einen Krieg gegen Länder des RgW auch unterhalb der nuklearen Schwelle mit einiger Aussicht auf „Erfolg" zu führen! In einem Vortrag von US-Kriegsminister Schlesinger, im Februar 1975, legte dieser die amerikanische „Verteidigungskonzeption" dar: *„Entscheidend neu ist die ... Neuinterpretation der Rolle konventioneller Streitkräfte. Ihr Auftrag ist die konventionelle Abschreckung."*

Das Konzept der „konventionellen Abschreckung" enthält nach Schlesinger drei Schwerpunkte:

„1. leistungsfähige Mobilisierungs- und Nachschubsysteme,
2. die Fähigkeit für einen gleich zm Anfang entscheidenden Abwehrerfolg,
3. die Möglichkeit, einen konventionellen Krieg über einen unbegrenzten Zeitraum zu führen" (Nach: „Sicherheitspolitik heute").

Die konkreten Auswirkungen der veränderten Strategie

1. *„Unumgänglich erscheint eine stärkere Ausschöpfung des Reservistenpotentials, die Kaderung von Teilen der Landstreitkräfte und der Ausbau eines funktionierenden Ausbildungs- und Mobilisierungssystems, um dem Warschauer Pakt binnen Tagen eine abschreckende Zahl modern ausgerüsteter Verbände entgegenstellen zu können. Ferner die Erhöhung der Kampfkraft der ,big-lift'-Streitkräfte"* („Sicherheitspolitik heute"). Hierbei schickt sich die BRD an, diesen Punkt zu erfüllen: die sog. „Wehrstrukturreform" sieht ausdrücklich eine Erhöhung der Zahl der Reservistenübungen vor!

2. *„Den entscheidenden Beitrag werden die Europäer selbst zu leisten haben, wobei ihnen die vom Pentagon ins Auge gefaßte Reorganisation der in oder für Europa bereitgestellten amerikanischen Truppen als Strukturmodell dienen kann"* („Sicherheitspolitik heute"). Auch in diesem Punkt ist die Bundeswehr bereits mitgezogen: die neue „Wehrstruktur" beinhaltet die Aufstockung der bisher 33 auf 36 Brigaden. Diese Verbände sind Kaderverbände und binnen 24 Stunden voll einsatzbereit!

Die Reorganisation der Streitkräfte vollzieht sich auch in anderen Nato-Staaten. Als US-Kriegsminister Schlesinger die westeuropäischen Länder besuchte, vermerkte die „FAZ": *„Die westeuropäischen Länder, insbesondere die BRD, spürten in den letzten Monaten frischen Wind aus Washington"* („FAZ", 28.9.75). Alsbald kündigte Staatspräsident Leone den *„Umbau des italienischen Heeres durch den dieses kleiner, aber schlagkräftiger gemacht werden soll"*, an. Andere Nato-Länder dürften bald folgen.

3. *„Aber entscheidend ist nicht die Masse, sondern sind Technologie und Taktik, derer sie sich bedient"* („Sicherheitspolitik heute", 2/1975). Die Erhöhung der Schlagkraft der konventionellen Streitkräfte und ihre Umorganisierung auf kleinere, schlagkräftigere Verbände beinhaltet einen Schwerpunkt. Dazu gibt der Militarist Schwarz in „Sicherheitspolitik heute" an: *„Das Hauptproblem der Nato stellt gegenwärtig noch die Schwierigkeit dar, genügend Panzerabwehrwaffen gegen einen zum Durchbruch massierten Panzerangriff zu konzentrieren ... Die moderne Entwicklung der Panzerabwehr-Lenkrakete dürfte bald für viele taktische Aufgaben zu wirksameren und vor allem billigeren Lösungen führen als die Beschaffung zusätzlicher Panzer".* Damit zieht Schwarz eine imperialistische „Lehre" aus dem letzten Nahost-Krieg, wo die zionistische Armee den arabischen Staaten nach der Anzahl der Panzer deutlich unterlegen war, dies aber durch Panzerabwehr- und Luftabwehrraketen wieder wettmachte.

Infolgedessen konzentriert sich die imperialistische Rüstungsindustrie auch auf dieses Gebiet: allein in der „Euro-Group" (ein europäischer Pfeiler der Nato, der Belgien, die BRD, Griechenland, Türkei, Luxemburg, Holland, Dänemark, Italien und Norwegen angehören; hier werden vor allem Absprachen hinsichtlich einer „Standardisierung der Waffensysteme „getroffen) – stehen folgende Rüstungsvorhaben an:

- eine Feld- und eine Panzerhaubitze, an der die BRD, Großbritannien und Italien beteiligt sind;
- ein Artillerie-Raketensystem RS 80, das weit in die Tiefe des „Gegners" hineinreichen soll und Stützpunkte von Panzern zerschlagen soll;
- die Luft-Luft-Rakete „Viper", an der die BRD und Norwegen beteiligt sind. Sie soll auch für den MRCA verwendet werden;
- die Modernisierung der Flugabwehr-Rakete „Hawk" und der Boden-Luft-Rakete „Lance".

Allein in der Bundeswehr werden folgende Anstrengungen unternommen:

- die Jägerbataillone werden mit den Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" ausgestattet;
- die Luftlandepanzerkompanien werden mit der amerikanischen Lenkrakete „Tow" ausgerüstet;
- es wird an der Entwicklung von Panzerstreuminen und Mehrfachraketenwerfern gearbeitet, die ganze Panzerbrigaden zerschlagen können;
- die Kampfpanzer (Leopard) erhalten größere Geschütze und Kanonen;
- das MRCA soll für Aufklärung, Luftnahunterstützung des Heeres und Bekämpfung feindlicher Luftstreitkräfte dienen – MRCA ist Tag und Nacht, bei jedem Wetter, einsatzbereit.

Das westeuropäische „Paradestück" ist die Panzerabwehrrakete „Roland", eine Gemeinschaftsproduktion Frankreichs und der BRD, an der selbst die USA interessiert sind (sämtliche Angaben stammen aus dem „Weißbuch 1973/74" der Bundesregierung).



Die berühmt-berüchtigten „Ledernacken" beim ersten gemeinsamen BRD/US-Manöver in Norddeutschland

Ein Blick in die Zukunft . . .

Militarist Schwarz schwärmt in „Sicherheitspolitik heute": *„Der Einsatz von „präzisen Bomben" im Vietnamkrieg hat eine Art Revolution in der gesamten konventionellen Waffentechnologie in Gang gesetzt. Bekannt geworden sind die sogenannten „smart bombs", die, aus der Luft eingesetzt und per Laser, Infrarot oder Fernsehen gesteuert, eine Punktzielgenauigkeit von weniger als 1 m erreichen und gegenüber üblichen Bomben die Wirkung gegen harte Ziele (Panzer) hundertfach (!) übertreffen. Die neue Zieltechnologie erlaubt größere Reichweiten...".*

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese Mörderwaffen auch auf westeuropäischen Boden stehen werden. Sie machen die gesteigerte Aggressivität des Imperialismus insgesamt noch einmal deutlich. ●

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Weg zu einer „neuen Weltwirtschaftsordnung"?

Schon seit längerem fordern die Länder der „3.Welt" eine grundlegende Änderung ihrer wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den "Industriestaaten" (auch die RGW-Länder werden hierzu gerechnet, unterstützen aber die „3.Welt" in ihren Forderungen gegen die Imperialisten). Öffentlich wurden diese Forderungen erstmals von der „Gruppe der 77" („Entwicklungsländer", heute sind es bereits über 100) auf einer Konferenz der UNO-Unterorganisation UNCTAD in Santiago 1972 vorgetragen. Sie wurden in der Folgezeit auf einer Reihe internationaler Konferenzen, vor allem der „Vereinten Nationen" (UNO) aufgenommen, detailliert und ausformuliert.

Ausgangspunkt dieser Bemühungen der „Entwicklungsländer" ist die Erkenntnis und Erfahrung, bei der gegenwärtigen Struktur der Weltwirtschaft die bestehenden und stetig schärfer werdenden Probleme der Unterentwicklung, der Industrialisierung, des Hungers und der Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten nicht lösen zu können. Das System der „freien Marktwirtschaft auf internationaler Ebene" hat in der Vergangenheit hinreichend unter Beweis gestellt, daß es nicht in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, sondern daß es sogar diese Probleme der Länder der „3.Welt" weiter verschärft und ihrer Entwicklung direkt entgegensteht.

„Es hat sich als unmöglich erwiesen, im Rahmen der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung eine gleichmäßige und ausgeglichene Entwicklung der internationalen Gemeinschaft (? !) zu erreichen. In einem System, welches zu einer Zeit geschaffen wurde, als die meisten Entwicklungsländer noch nicht einmal als unabhängige Staaten existierten und welches die Ungleichheit verewigt, vertieft sich die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern weiterhin" („Weltrohstoffkonferenz" der UNO, April/Mai 74).

Die Imperialisten sahen sich angesichts dieser gerechten Forderungen der „Entwicklungsländer" an ihrem „Lebensnerv" (dem „Recht", die Völker unbeschränkt auspressen zu können) getroffen und zeterten von „Machtrausch der rohstoffproduzierenden Länder", von „Erpressung" und „Radaupolitik", ein Ton, der allerdings in dem Maße „gemäßigter" wurde, wie die meisten Staaten der „3.Welt" selbst wieder von ihren Forderungen Abstriche machten.

Wir wollen in diesem Artikel die Auseinandersetzung zwischen den „Entwicklungsländern" und den Imperialisten darstellen und die Frage prüfen, ob es „der 3.Welt" (als Block) überhaupt gelingen kann, die herrschende imperialistische Weltwirtschaftsordnung zu überwinden und an ihre Stelle eine „gerechtere" zu setzen.

Die den Völkern der „3.Welt" aufgezwungene kapitalistische Weltwirtschafts„ordnung" hat die Lage der breiten Massen dieser Länder ständig verschlechtert und sie in einen Zustand des Elends, der Hungerkatastrophen und des Fehlens auch nur der geringsten menschenwürdigen Lebensbedingungen versetzt. Für Hunderte von Millionen Menschen in diesen Ländern gibt es nicht einmal primitivste Behausungen und Arbeitsplätze. Jährlich sterben Millionen von Menschen infolge ungenügender Ernährung und leben noch mehr Menschen ständig, als eine der Folgen der chronischen Unterernährung, in einem Dämmerzustand zwischen Leben und Tod. Die Wirtschaft dieser Länder ist zumeist völlig von den Imperialisten abhängig, eine nationale Industrie hat sich kaum entwickelt und könnte sich auch gar nicht auf dem Weltmarkt gegen die Übermacht der imperialistischen Monopole durchsetzen.

Das Bruttoinlandprodukt der „Entwicklungsländer", die rund 70% der Weltbevölkerung stellen, betrug 1972 236 Dollar pro Kopf und Jahr während das der kapitalistischen Industriestaaten bei 3263 lag (IPW-Berichte, 8/75, S.75). Dabei ist noch zu bedenken, daß auch die an der Bevölkerung kleinen aber an Einnahmen reichen Scheichtümer wie Kuweit oder Saudi-Arabien in der Statistik unter „Entwicklungsländer" geführt werden. Nach Schätzung der „Weltbank" müssen rund 500 Millionen Menschen in der „3.Welt" mit einem Jahreseinkommen von 50 Dollar (!) auskommen („HB", 25.8.75).

Für die imperialistischen Staaten sind diese Länder noch heute vor allem Lieferanten billiger Rohstoffe bzw. Standorte für die Industrieproduktion auf niedriger Stufe, um billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Für 20 Entwicklungsländer liegt der Anteil der Rohstoffe am Gesamtexport zwischen 25 und 99% (IPW-Berichte 8/75).

Während die kapitalistischen Industriestaaten ihren Anteil am Welthandel ständig erhöhten, ging der der „Entwicklungsländer" entsprechend zurück. Betrug ihr Anteil am Weltexport 1955 noch 33,7%, so ist er bis 1973 auf 17,3% (!!) gesunken (IPW-Berichte).

Entsprechend steigen auch die Defizite der „3.Welt" im Warenverkehr mit den imperialistischen Staaten: Nach Schätzungen der UNCTAD (einer Organisation der UNO) wird das Defizit der „Entwicklungsländer" sich 1975 auf 33 Mrd. Dollar belaufen, während es noch ein Jahr zuvor bei 26,1 Mrd. Dollar lag (wobei auch hier offensichtlich die Ölstaaten mitgerechnet werden, die gegenwärtig noch Überschüsse von schätzungsweise 50 Mrd. Dollar jährlich besitzen; die tatsächliche Bilanz vieler Staaten sieht also weit schlimmer aus, als es diese Zahlen zum Ausdruck bringen). Viele Staaten der „3.Welt" stehen wegen dieser Situation vor dem totalen Staatsbankrott.



Satte Imperialisten.....

Eine Folge dieser Entwicklung ist die rasant wachsende Verschuldung der „Entwicklungsländer" gegenüber den imperialistischen Staaten, die schon heute riesige Ausmaße angenommen hat (gegenwärtig 120 Mrd. Dollar). Viele dieser Länder nehmen nur deshalb noch weitere Kredite auf, um die Zinsen für frühere Kredite (Schulden an die Imperialisten) bezahlen zu können.

Die Ausplünderung der Völker der „3.Welt" durch die imperialistischen Staaten wird besonders anschaulich an der Bewegung der Kapitalien, die in diese Länder überwiesen und später wieder von den imperialistischen Konzernen und Staaten (als Profite) zurücktransferiert werden: Im Zeitraum von 1965 bis 1970 betrug die Summe des Kapitalflusses in die „Entwicklungsländer" Afrikas, Asiens und Lateinamerikas 8,1 Mrd. Dollar, der Kapitalabfluß jedoch 27,0 Mrd. Dollar (!). Allein die US-Monopole investierten von 1969 bis 1973 9,1 Mrd. Dollar, während aber im selben Zeitraum der Profitrückfluß 19,4 Mrd. Dollar ausmachte („IPW-Berichte", 8/75). Das beantwortet klar die Frage, wer hier wen „entwickelt".

Die staatliche „Entwicklungshilfe", von den Imperialisten gern als selbstlose Opfergabe apostrophiert, betrug noch 1960 rund 0,6% des Bruttosozialprodukts der „Industriestaaten" (RGW mitgerechnet); 1975 waren es nur noch 0,3% und die Weltbank rechnet bis 1980 mit einem Rückgang auf ganze 0,22% („Die Zeit", 5.9.75). Von der Bundesregierung wurden für die Zukunft in der mittelfristigen Finanzplanung 0,25% angesetzt. Selbst die VR China, die heute noch im Vergleich zu den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten aufgrund ihres industriellen und technologischen Standes zu den „Entwicklungsländern" zuzurechnen ist, gibt 0,3% für Entwicklungshilfe aus, allerdings zu völlig anderen Konditionen als die Imperialisten (bei-

Fortsetzung Seite 18



...leben von der Ausbeutung unterdrückter Völker

Auf dem Weg ...

Fortsetzung von Seite 17

spielsweise keine oder sehr niedrige Zinsen für die Kredite). Die UdSSR und die übrigen RGW-Länder stellen 0,19 bzw. 0,16% zur Verfügung (nach „Die Zeit", 5.9.75).

Zum Schluß noch einige Zahlen über die Landwirtschaft und Nahrungsmittelsituation der „Dritten Welt", da dieser Bereich, als Grundlage für die Industrialisierung dieser Länder am deutlichsten Auskunft über deren Stand gibt: Die Landwirtschaft dieser Staaten ist dermaßen unterentwickelt, daß 64% (!) des Nahrungsmittelverbrauchs importiert werden müssen, ohne daß dadurch der reale Bedarf (siehe die Hungerkatastrophen) gedeckt oder auch nur annähernd das bestehende Niveau der kapitalistischen Staaten erreicht würde. So betrug 1970 der Pro-Kopf-Verbrauch an Weizen in den kapitalistischen Industrieländern 84 kg, in den „Entwicklungsländern" dagegen nur 40 kg. Bei Milch und Milchprodukten war das Verhältnis noch weitaus krasser: 254 kg zu 45 kg.

Die überaus schlechte finanzielle Situation der „Entwicklungsländer" wird noch zusätzlich dadurch verschärft, daß in den vergangenen Jahren zwar die Preise für Rohstoffe gefallen sind, die für Nahrungsmittel dagegen, die hauptsächlich von kapitalistischen Staaten wie den USA oder Kanada hergestellt werden, stetig im Preis gestiegen sind.

Die Forderungen der „Entwicklungsländer"

Dieser Zustand der „unterentwikkelten Länder" ist keineswegs der „Unfähigkeit" der Völker oder Faktoren wie der angeblichen Überbevölkerung, der „anderen Mentalität" („die leben von der Hand in den Mund", keine „Vorratshaltung" usw.) zuzuschreiben.

Dieser Zustand ist vielmehr eine direkte Folge des imperialistischen Weltsystems, das eine eigenständige nationale Entwicklung dieser Länder mit allen („friedlichen" und unfriedlichen) Mitteln verhindert hat. In diesem System hat die „Dritte Welt" nur den Platz einer gewaltigen Reserve als Rohstofflieferant und (in eingeschränktem Maße) als Absatzmarkt und Standort lohnintensiver Industrien der imperialistischen Metropolen.

Die Forderungen der Staaten der „Dritten Welt" nach einer „gerechteren" Weltwirtschaftsordnung spiegeln die Erkenntnis dieser Zusammenhänge der betroffenen Regierungen wider – eine Einsicht, die natürlich auch reaktionäre Regimes gewinnen können. Auf der 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Algier (September 1973) wurde das uneingeschränkte Recht jedes Landes auf Souveränität über seine Bodenschätze, das Recht auf Verstaatlichung imperialistischer Konzerne *„in Einklang mit den nationalen Gesetzen"* und das Recht auf Gründung von Rohstoffkartellen nach dem Vorbild der OPEC-(Öl)Staaten gefordert.

Auf der 6. UN-Sondervollversammlung (Dezember 1974) wurde gegen die Stimmen der Imperialisten die „Charta der Rechte und Pflichten der Staaten" verabschiedet. Es wird eine *„neue internationale Wirtschaftsordnung (gefordert), die auf Gerechtigkeit, Interdependenz* (gegenseitige Abhängigkeit – d. Red.), *gemeinsamen (? !) Interessen und Zusammenarbeit (? !) zwischen allen Staaten, unabhängig von ihrem wirtschaftlichem und sozialem System, basiert"* („Welt", 14.12.74).

U.a. wurde die Preisindexierung der Rohstoffe an die Preise der Industriewaren gefordert. Die Rohstoffpreise, die seit Jahrzehnten tendenziell fallen (wovon die Staaten der „Dritten Welt" am meisten betroffen sind) sollen an die (steigende) Entwicklung der Industriepreise gekoppelt werden. Anfang 1975 forderten 60 Staaten der „Dritten Welt" auf einer Konferenz in Algier, den derzeitigen Anteil der „Entwicklungsländer" an der Weltindustrieproduktion von 7% (!) – der Anteil der afrikanischen Länder beträgt sogar nur 0,5% (!) – bis zum Jahr 2000 auf 20 bis 25% zu erhöhen. *„An die entwickelten Nationen* (die imperialistischen Staaten – d. Red.) *wird appelliert (!!), eine neue weltwirtschaftliche Ordnung zu schaffen und die finanzielle und technische Hilfe zu erhöhen. Die gegenwärtige Ordnung sei ‚ungerecht und unfair'"* („SZ", 20.2.75).

Im Februar 1975 wurde auf der Sitzung der UNCTAD in Genf ein „integriertes Rohstoffprogramm" für die „Dritte Welt" gefordert. Dieses Programm sieht die Schaffung von Vorratslagern für achtzehn wichtige, in der „Dritten Welt" produzierte Rohstoffe vor, zu deren Finanzierung ein Fond errichtet wird, um die hohen Erlöseinbußen der Entwicklungsländer durch Angebots-, Nachfrage- und Preisschwankungen auszugleichen. Ferner sollten Möglichkeiten zum Kapitalexport (!) zum Aufbau von Industrien durch die imperialistischen Staaten verbessert werden.

Zusammenfassend beinhalten also die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung:

- **Volle Souveränität über Bodenschätze und Industrie (Verstaatlichungen);**
- **Zusammenschluß der Rohstoffproduzenten in Erzeugerkartellen, um einen „gerechten" Preis für die Naturschätze von den Imperialisten zu erhalten;**
- **Preisindexierung der Rohstoffe an die Industriewaren;**
- **Eingriff einer (zu schaffenden) internationalen Organisation, um das „freie Spiel" von Angebot und Nachfrage und die damit verbundenen hohen Erlöseinbußen auszuschalten;**
- **stärkere Zusammenarbeit mit den Imperialisten bei der Industrialisierung durch Technologie- und Kapitalexport.**

Welche Erfolge haben die „Entwicklungsländer" tatsächlich erreicht?

Die Imperialisten stellten sich von Anfang an konsequent und hartnäckig gegen die meisten Forderungen der „Dritten Welt" und stimmten gegen die Resolutionen bzw. enthielten sich (aus „optischen Gründen") der Stimme. Insbesondere sprachen sie sich gegen die Bildung eines „integrierten Rohstoffprogramms", gegen die Preisindexierung, die Bildung von Rohstoffkartellen und das Recht auf Verstaatlichung kapitalistischer Monopole nach Landesrecht (also nicht nach dem internationalen „Völkerrecht", das hohe Entschädigungen für die Imperialisten vorsieht) aus. Wenn auch mit geringen taktischen Unterschieden, die allerdings nicht den Inhalt (!) der Positionen berührten, standen die EG- und US-Imperialisten gegen die „Entwicklungsländer" in einer Front zusammen und verteidigten „ihr Recht" auf die Ausbeutung der „Dritten Welt". Die „taktischen Differenzen" der Imperialisten bestanden zumeist nur darin, daß sich die US-Imperialisten offen und schroff gegen die Forderungen der „Dritten Welt" aussprachen und bei den Abstimmungen gegen die Resolutionen stimmten, die EG-Imperialisten sich teilweise der Stimme enthielten, um bei Ablehnung der „radikalen Forderungen nach Umverteilung der Reichtümer" dennoch ihre „Kooperationsbereitschaft" zum Ausdruck zu bringen.

Angesichts dieser Haltung hat sich die Position der „Entwicklungsländer" gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten weiter verschlechtert und es ist ihnen in der Tat in keinem einzigen Fall gelungen, auch nur eine ihrer Forderungen gegen die Imperialisten durchzusetzen.

Diese Schwächeposition der „Dritten Welt" zeigte sich deutlich auf der „Energiekonferenz" im April dieses Jahres in Paris und auf der diesjährigen 7. UN-Sondervollversammlung im September in New York, in deren Mittelpunkt die Beratungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung standen.

Die „Energiekonferenz", an der die USA, Japan und die EG-Staaten, die Ölerzeugerländer (Saudi-Arabien, Algerien, Iran und Venezuela) und als Vertreter (!) der „Entwicklungsländer" Brasilien (!), Zaire (!!) und Indien teilnahmen, sollte die Vorbereitungen für eine erweiterte Konferenz mit 20 bis 30 Staaten treffen. Nach den Forderungen der Imperialisten sollte sie nur Themen der gesicherten Ölzufuhr *„zu angemessenen Preisen"* („SZ", 4.4.75), langfristige Liefergarantien usw. behandeln.

Die OPEC-(Öl)Staaten, und hier besonders Algerien, waren jedoch nur zu Verhandlungen über Öl bereit, wenn gleichzeitig über die Errichtung einer „neuen" Weltwirtschaftsordnung verhandelt würde. Eine Koppelung der Verhandlungen über Erdöl und die Forderungen der Rohstoffländer hätte das Gewicht der „Entwicklungsländer" gegenüber den Imperialisten erheblich erhöht.

Die Imperialisten ließen daraufhin, nachdem sie sich mit alleinigen Verhandlungen über Erdöl nicht durchsetzen konnten, die Verhandlungen platzen. Die Imperialisten *„wollten sich nicht"* – wie die „FAZ" zum Schei-

zen konnten, die Verhandlungen platzen. Die Imperialisten *„wollten sich nicht"* – wie die „FAZ" zum Schei-

tern der Konferenz schreibt – *„in uferlose Diskussionen (!) über eine neue Weltwirtschaftsordnung zerren (!)"* und sich nicht *„unter dem Druck des Öls . . . die Erhöhung und Fixierung* (an die Industriewaren – d. Red.) *möglichst vieler Rohstoffpreise aufzwingen"* lassen (17.4.75). Auch auf der 7. UN-Sondervollversammlung in New York konnten die „Entwicklungsländer" ihre Forderungen nicht durchsetzen. Ganz im Gegenteil wurden hier zentrale Forderungen von den „Entwicklungsländern" (z.B. die Indexierung der Rohstoffpreise an die Industriewarenpreise) fallengelassen („Welt", 12.9.75). Die Schlußresolution, die nicht durch Abstimmung (!), sondern durch „allgemeinen Konsens" aller (!) vertretenen Staaten angenommen wurde, enthält so auch nur Empfehlungen an Unterorganisationen der UNO *„die Marktstrukturen für solche Rohstoffe . . . die für den Export der Entwicklungsländer von Interesse sind"* zu verbessern, u.a. *„sollten (dazu) auch Entscheidungen bezüglich eines integrierten Rohstoffprogramms gehören"* („FAZ", 23.9.75). **Es sind dies also reine Absichtserklärungen, die rechtlich gesehen in keinem Fall verbindlich sind und an den bestehenden Problemen absolut nichts ändern.** Dieser Erfolg der Imperialisten spiegelt sich auch deutlich in den Kommentaren der bürgerlichen Presse wider: Die Versammlung ist *„nicht mit einem von der Mehrheit der Länder aus der Dritten Welt diktierten umstürzlerischen (!) Programm für eine ‚neue Weltwirtschaftsordnung' zu Ende gegangen, sondern mit einem vernünftigen Kompromiß, der einen* **Erfolg der Industrieländer** *darstellt"* („SZ", 17.9.75).

„In der Schlußresolution bleibt der Grundsatz der Marktwirtschaft (! – also der alten, kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, die für das Elend und die Unterentwicklung verantwortlich ist – d. Red.) *im wesentlichen unangetastet. Das Dokument enthält keine bindenden Verpflichtungen der westlichen Industriestaaten, die Entwicklungsländer in größerem Umfang als bisher an ihrem Wohlstand (!!!) teilhaben zu lassen"* („SZ", 17.9.75).

„Der übrige Streit um eine ‚neue Weltwirtschaftsordnung' ist vorerst mehr theoretischer Art, denn mit dem Auftrag, verschiedene Modelle zu prüfen (!), ist noch nichts darüber ausgesagt, wie (!) diese Prüfung ausgeht" („SZ", 25.9.75). Dennoch ließen es sich die Imperialisten der USA und der EG nicht nehmen, *„einige Vorbehalte zu Protokoll zu geben"* („FAZ", 17.9.75).

Die 7. UN-Sondervollversammlung hat nicht nur den „Entwicklungsländern" nichts gebracht, sondern, was nur notdürftig hinter papierenen „Absichtserklärungen" verdeckt werden kann, sie weiter von der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen gegen die Imperialisten entfernt.

Die Gründe hierfür sollen im näch-

kann, sie weiter von der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen gegen die Imperialisten entfernt.

Die Gründe hierfür sollen im näch-

sten Abschnitt untersucht werden.

Faktoren für das Scheitern

Der Imperialismus hat in der Vergangenheit mit seiner militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Macht die Länder der „Dritten Welt" durchdrungen, er hat die Naturressourcen und die wesentlichen Industriezweige in Besitz genommen und den Weltmarkt für die Produkte dieser Länder in der Hand weniger imperialistischer Konzerne monopolisiert. Er hat die verschiedenartigsten Formen der Abhängigkeit dieser Länder geschaffen und sie *„in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt"* (Lenin). Auf dieser Grundlage hat er verhindert, daß sich in diesen Staaten, nachdem sie formal in die politische Unabhängigkeit entlassen wurden, ein nationales Industriekapital entwickelte. Selbst heute, nachdem die überwiegende Mehrheit der Nationen bereits über zwei Jahrzehnte politisch unabhängig ist, kann von der Bildung nationaler Kapitalien zum Aufbau einer eigenen kapitalistischen Wirtschaft, die unabhängig vom Imperialismus ist, keine Rede sein. Zu den wenigen Ausnahmen gehören hier – und auch das nur mit Einschränkungen – Staaten wie der Iran und Brasilien, denen in ihren Regionen bestimmte imperialistische Ordnungsfunktionen („Wächter am Golf") zugeschrieben wurden und vielleicht Algerien, das seine Wirtschaft dem Zugang der Imperialisten weitestgehend versperrt hat.

Gegenüber früheren Phasen des Imperialismus, bemüht er sich heute, diese Abhängigkeiten mit „verfeinerten" Methoden der Einwirkung aufrechtzuerhalten („Entwicklungshilfe", Militärhilfe, Ausbildungshilfe, Geheimdienste, „joint ventures", d.h. Gründung gemeinsamer Konzerne mit bestimmten „Entwicklungsländern" usw.).

„Das Finanzkapital ist eine so gewaltige, man darf wohl sagen, ent-



scheidende Macht in allen ökonomischen und in allen internationalen Beziehungen, daß es sich sogar Staaten unterwerfen kann und tatsächlich auch unterwirft, die volle politische Unabhängigkeit genießen" (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus).

Wir haben dieses Lenin-Zitat angeführt, um zu unterstreichen, daß der Imperialismus in den Auseinandersetzungen mit der „Dritten Welt" um eine neue Weltwirtschaftsordnung von realen Machtpositionen, die er sich in der Vergangenheit aufgebaut hat, ausgehen kann.

Demgegenüber beschränkten sich die Versuche der „Entwicklungsländer", die bestehenden Abhängigkeiten vom Imperialismus zu beseitigen, zumeist auf Verhandlungen (!) und moralische Appelle (Verpflichtungen aus der Kolonialzeit usw.). Letztlich wurde auf eine freiwillige Einschränkung der „gewaltigen Macht des Finanzkapitals" durch die Imperialisten selbst gehofft. Der Imperialismus hat jedoch noch niemals freiwillig seine Positionen gegenüber den Staaten und Völkern aufgegeben. Auf internationalen Konferenzen können nie Schlachten gegen den Imperialismus gewonnen werden; dort kann nur das tatsächlich existierende Kräfteverhältnis in Form von Verträgen festgehalten werden.

Das gilt insbesondere für die „Vereinten Nationen", die *„eine Echokammer, kein Entscheidungsgremium sind . . . Im übrigen ist ihre* (UNO – d. Red.) *Funktion die eines Barometers: Es zeigt den Luftdruck an, aber es macht nicht das Wetter; registriert Veränderungen, doch bewirkt sie nichts; kündigt Gewitter an, vermag sie jedoch nicht zu verjagen"* („Die Zeit", 5.9.75).

Deutlicher als in der UNO, wo ja in der Tat die Imperialisten in allen wichtigen Fragen eine Abstimmungsniederlage nach der anderen „einstekken" müssen (was allerdings überhaupt nichts bewirkt), zeigte sich das tatsächliche Kräfteverhältnis auf der „Energiekonferenz". Hier gelang es den „Entwicklungsländern" nicht, ihre Position der gekoppelten Verhandlungen um Öl- und Rohstofffragen, die die Position der „Dritten Welt" verstärkt hätte, durchzusetzen. Die Imperialisten waren stark genug, dies durch das Scheitern der Konferenz zu durchkreuzen.

Ein weiterer entscheidender Faktor für das Scheitern der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung liegt darin, daß es unter den „Entwicklungsländern" selbst die verschiedenartigsten Interessenlagen gibt, die durch den Grad der Abhängigkeit vom Imperialismus und von den eigenen nationalen Interessen bestimmt werden. Von einem einheitlichen Block „der Entwicklungsländer" oder der „Dritten Welt" zu sprechen – wie dies in den Spalten der bürgerlichen Presse geschieht – ist absolut irreführend. Diesen Block gibt es nicht und kann es auch gar nicht geben.

Denn die „Entwicklungsländer" selbst setzen sich aus fortschrittlichen, nationalistischen Regimes wie beispielsweise Algerien oder dem Irak auf der einen Seite (die allerdings klar in der Minderheit sind) und reaktionären und faschistischen Staaten wie Brasilien (das selbst in jüngster Zeit seine Expansion nach außen gesteigert hat) oder dem Imperialisten-Knecht Mobuto aus Zaire zusammen (diese beiden Staaten sollten auf der „Energiekonferenz" die „Dritte Welt" gegenüber dem Imperialismus vertreten !!). Die Interessenlage der herrschenden Klassen dieser Staaten bildet absolut keine Basis für einen konsequenten Kampf gegen den Imperialismus um nationale Unabhängigkeit. Die „Halbherzigkeit" dieses „Kampfes gegen den Imperialismus" wird auch, neben den allgemeinen Beteuerungen zur „gemeinsamen Zusammenarbeit" mit den Imperialisten, besonders in der Forderung nach verstärktem Kapital- und Technologieexport aus den entwickelten kapitalistischen Staaten in die „Dritte Welt" deutlich. Gerade dieser Export ist ja für die Monopole nicht nur eine reine Frage des Handelns (um möglichst viel Profit für sich und „Entwicklung" für die „Dritte Welt" zu erzielen), sondern er ist eine Politik des Imperialismus, um Einflußgebiete zu durchdringen und Abhängigkeiten zu errichten.

Diesen grundlegenden Zusammenhang, den gerade die Länder der „Dritten Welt" in brutalster Weise erleben, zu „übersehen", heißt nichts anderes als der imperialistischen Ausplünderung weiterhin die Tür offenzuhalten.

Ein weiterer Faktor, der die Position der Imperialisten in der Rohstofffrage stärkt, ist die Tatsache, daß zwar einzelne imperialistische Staaten (BRD, EG) stark von äußerer Rohstoffzufuhr abhängig sind, diese Abhängigkeit aber nicht für das gesamte imperialistische Weltsystem besteht.

58% der Weltbergbauproduktion kommen allein aus nur sechs Staaten, davon 30% aus den USA, Kanada, Australien und Südafrika, die restlichen 28% werden in der UdSSR und der VR China gefördert. Von den 122 „Entwicklungsländern" verfügen nur 74 überhaupt über eine Bergbauproduktion und von diesen haben wiederum nur 26 Länder einen mehr als dreizehnprozentigen Anteil an der Weltproduktion einzelner Rohstoffe. Die wesentlichen rohstoffproduzierenden „Entwicklungsländer" sind Brasilien (!), Indien, Chile (!), Peru, Mexiko, Indonesien, die Phillippinen, Bolivien (!), Sambia und Zaire (!), darunter also „aufrechte Kämpfer gegen den Imperialismus" (nach „SZ", 7.4.75 und „FAZ", 8.4.75).

Befriedigt schrieb die „FAZ" dazu: *„Die Bildung neuer Produzentenkartelle der Entwicklungsländer nach dem Vorbild der OPEC ist bei fast allen mineralischen Rohstoffen unwahrscheinlich."*

Dies wird durch alle bisherigen Erfahrungen mit Erzeugerkartellen der „Entwicklungsländer" (mit Ausnahme des Erdöls, aber selbst hier gibt es bereits starke gegenteilige Entwicklungen) bestätigt. Vor allem wird die aktuelle Bildung neuer Kartelle durch die weltweite imperialistische Krise erschwert, die durch den Nachfragerückgang den allgemeinen Trend zum Fall der Rohstoffpreise (bei gleichzeitig steigenden Preisen für Industrieprodukte und Nahrungsmittel) weiter verstärkt.

So haben zwar die vier in der CIPEC zusammengeschlossenen Kupferproduzenten Chile, Peru, Sambia und Zaire bereits im vergangenen Jahr ihre Produktion um 10% gedrosselt, was aber *„bestenfalls eine Geste zur Preisbeeinflussung"* war: Die Preise waren von 1.400 Pfund auf 600 Pfund je Tonne gesunken („SZ", 21.11.74). Zu Anfang des Jahres wurde die Produktion abermals um 5% gesenkt, ohne daß bis heute der Preisverfall gestoppt wäre („FAZ", 11.10.75).

Angesichts dieser Entwicklung konnten die Imperialisten schon zu Anfang des Jahres befriedigt registrieren, daß der *„auf verschiedenen Rohstoffmärkten eingetretene Preisverfall und die Rezession in wichtigen Industrieländern . . . bei verschiedenen Entwicklungsländern die Erkenntnis gefördert (hat), daß sie ihre Interessen und Ziele nicht gegen die Industrieländer durchsetzen können"* („FAZ", 21.2.75).

Zufrieden war man auch darüber, daß sich auf der 7. UN-Sondervollversammlung der *„Beginn eines neuen Dialogs zwischen den Entwicklungsländern und den westlichen Industrienationen anzudeuten scheint . . . (und) die Länder der Dritten Welt ein größeres Verständnis (? !) für die ökonomischen Realitäten"* zeigen („FAZ", 4.9.75). Dieser „beginnende Dialog" wird allerdings aufgrund der herrschenden „ökonomischen Realitäten" in allen wesentlichen Punkten in einem Diktat der Imperialisten enden.

Die Rohstoffe können, wenn auch in begrenztem Maß, eine Waffe in den Händen der „Dritten Welt" gegen den Imperialismus sein. Mit ihnen allein als Druckmittel können sich diese Länder allerdings nicht vom Imperialismus befreien, denn er ist nicht total auf sie angewiesen und diese Waffe wird schon in Zeiten imperialistischer Krisen weitgehend stumpf.

Entscheidend für das Erreichen der Unabhängigkeit der „Dritten Welt" vom imperialistischen System ist, daß insgesamt radikal mit dem Imperialismus gebrochen wird und nicht mit der linken Hand die volle Souveränität über die Bodenschätze gefordert wird, um mit der rechten durch den geforderten stärkeren Kapitalexport den imperialistischen Monopolen das Tor zur Ausplünderung der „Dritten Welt" noch weiter aufzustoßen. Dieser konsequente antiimperialistische Kampf kann allerdings nicht unter der Führung der herrschenden Klassen der meisten „Entwicklungsländer" gewonnen werden, sondern nur unter der Führung der Volksmassen und der Arbeiterklasse. Die herrschenden Klassen sind zumeist viel zu schwach entwickelt, durch tausend Fäden selbst an der Erhaltung des imperialistischen Systems gebunden und interessiert (was ja nicht ausschließt, daß sie bestimmte Auswirkungen und Zustände des Systems kritisieren) und von der Furcht vor den eigenen Volksmassen beseelt, als daß sie radikal mit dem Imperialismus brechen könnten.

Die volle Souveränität über alle Bodenschätze und andere Reichtümer der „Dritten Welt" zu erkämpfen und sie für die endgültige Beseitigung der Unterentwicklung nutzbar zu machen, das wird dem Kampf und dem Sieg der antiimperialistischen Volksmassen dieser Länder überlassen bleiben. ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Die Giftküche des US-Imperialismus

In den Forschungslaboratorien der US-Behörden, der Streitkräfte und des Geheimdienstes CIA wurde und wird unentwegt an der Entwicklung bestialischer chemischer und bakteriologischer Waffen gearbeitet.
Wie der CIA-Direktor Colby im September vor einem „Untersuchungs"-ausschuß des Senats selbst zugab, besitzt die CIA *„die verschiedensten todbringenden Giftstoffe, lähmende Gifte, narkotihaluzinogene Rauschgifte, pflanzenvernichtende Stoffe"* („Die Tat", 27.9.75).

U.a. entwickelten „Wissenschaftler" der CIA das Kobragift und das aus Schalentieren gewonnene Saxitoxin, die beide in geringster Konzentration einen Menschen sofort töten, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen.

Inzwischen wurde dem Sentas-Ausschuß eine ebenfalls von der CIA entwickelte Pistole mit Zielfernrohr vorgeführt. Diese Spezialwaffe ermöglicht es, ein Opfer über eine Distanz bis zu 35 Meter lautlos zu treffen, wobei die in Gift getränkten Pfeile der Pistole nach dem Aufschlag keine Spuren hinterlassen, so daß nicht auf die Todesursache geschlossen werden kann. Eine Mischung aus beiden Giften, die in ihrer Kombination in Sekundenschnelle den Tod eines Menschen durch Atemlähmung herbeiführt, wurde bereits 1960 bei dem Piloten des US-Spionageflugzeuges U-2 entdeckt, der über der UdSSR abgeschossen wurde. Die Giftpfeile konnten aus einem Füllfederhalter abgeschossen werden. („Die Tat").

Offensichtlich in enger Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst hat das US-Ministerium für „Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt" (diesen Namen dürfte es sich nur zur Tarnung zugelegt haben) zumindest in den Jahren von 1954 bis 1968 Experimente mit dem Rauschgift LSD an 2500 Gefangenen (!), Geisteskranken (!) und bezahlten Freiwilligen durchgeführt. Zusätzlich wurden mehrere Millionen Dollar an über 30 (!) Universitäten für weitere Experimente zur Verfügung gestellt („FR", 29.7.75).

Daß diese Versuche erst jetzt in Zusammenhang mit den CIA-Enthüllungen bekannt wurden, läßt klare Rückschlüsse auf die damit verfolgten Ziele zu. Wie ebenfalls erst jetzt bekannt wurde, ist bei ähnlichen Experimenten der CIA mindestens eines der ahnungslosen (!) Opfer in den Selbstmord getrieben worden.

Aber die CIA hat es bei derartigen „Versuchen" nicht bewenden lassen: Wie der amerikanische Psychiater Monroe Russel aussagte, sei das Rauschgift LSD bereits 1948 im Nahostkrieg und 1956 bei den konterrevolutionären Ereignissen in Ungarn eingesetzt worden. Er selbst habe in den fünfziger und sechziger Jahren ein von den US-Streitkräften unterstütztes Programm zur Untersuchung Halluzinationen erregender Gase geleitet („horizont", 34/75).

An der Entwicklung derartiger bestialischer Waffen wird heute weiter fieberhaft gearbeitet. So wird u.a. in den Forschungslaboratorien der US-Armee eine Nervengas-Bombe gebaut, die bei Zündung zwei harmlose Substanzen zu einem todbringenden Gas vereinigt, das durch Lungen, Haut, Augen usw. aufgenommen wird. Ein anderes Projekt ist die Entwicklung eines Gases, das durch Eindringen und Beeinflussung des Nervensystems riesige Menschenmassen völlig willenlos macht (nach „Welt", 16.6.75).

Ähnliche Gase werden bereits heute von der US-Polizei bei Demonstrationen eingesetzt.

Trotzdem die Produktion und die Anwendung dieser teuflischen Waffen durch die Genfer Konvention völkerrechtlich verboten ist, wird die im Stillen Ozean liegende Johnston-Koralleninsel von den US-Imperialisten in jüngster Zeit zur größten Lagerstätte chemischer und bakteriologischer Waffen ausgebaut. Nach einem Bericht der amerikanischen Zeitung „New York Daily News" wird diese Insel allmählich zum *„gefährlichsten Ort auf dem Erdball"*.

In 43 Spezialbunkern lagern mit tödlichen Kampfstoffen gefüllte Bomben und Geschosse, wobei es sich vorwiegend um Nervenkampfstoffe handelt, die auf das zentrale Nervensystem einwirken. Nach der Niederlage des US-Imperialismus in Indochina sind zusätzlich 25 000 Fässer mit dem giftigen Herbizid-Kampfstoff „Agent Orange" aus Südvietnam auf die Insel gebracht worden (nach „Neues Deutschland", 4.10.75).

Das zeigt noch einmal deutlich, daß die angeblichen Anordnungen des damaligen Präsidenten Nixon zur Vernichtung der CIA-Gifte in Wirklichkeit eine gewaltige Schmierenkomödie ist, die lediglich die Öffentlichkeit beruhigen soll. Auch wenn Ford heute diese Anweisung für die Öffentlichkeit wiederholen sollte, wird weiter nach dem Grundsatz gehandelt: „Dem Geheimdienst ist alles erlaubt, er darf sich nur nicht dabei erwischen lassen." ●

Metallkomitee/ KB-Gruppe Hamburg



Heute werden sie von den Imperialisten und der Bourgeoisie des eigenen Landes ausgeplündert und unterdrückt – erst wenn die Arbeiter die Herrschaft ihrer Klasse errichtet haben, wird es eine „neue Wirtschaftsordnung" geben!

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 6o

H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022854

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
öffentl. Bürostunde:
mittwochs 14 – 18.3o Uhr

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 – 19.00 Uhr

Hamburg:
ARBEITERKAMPF
Literatur-Vertrieb + Büro
2 Hamburg 6
Susannenstraße 41
Tel.: 040/439 38 15

Hannover:
Buchladen E. Thälmann
z. Hd. KB
3 Hannover
Grotestraße 13

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg:
P. Wurzbacher
2410 Mölln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomasiusstraße 2
Freitag, 16 – 19 Uhr

Redaktion und Verlag:
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Zum Vertrag des BRD-Imperialismus mit der VR Polen:

Ein schäbiges Almosen!

Am Rande des KSZE-Gipfels haben sich Kanzler Schmidt und sein polnischer „Amtskollege" Gierek auf einen Vertrag geeinigt, der Polen einen Ausgleich seiner Rentenansprüche in Höhe von 1,3 Mrd. DM sowie einen Kredit über 1 Mrd. DM mit einer Laufzeit von 25 Jahren (bei 2,5% Zinsen) einräumt, und dafür im Gegenzug die Genehmigung der Ausreise von insgesamt 125.000 „deutschstämmigen" Polen innerhalb der nächsten vier Jahre verlangt !

Die westdeutsche Reaktion – allen voran die CDU/CSU – hat in scharfer Form das Abkommen angegriffen. Fraktionsführer Carstens behauptete dreist, die Bundesregierung habe mit den jüngsten Vereinbarungen „zum zweiten Male"(nach dem Warschauer Vertrag von 1970) für die Aussiedelung der „deutschstämmigen" Polen einen Preis gezahlt, und warf überdies der polnischen Regierung noch eine „erpresserische Haltung" vor („Welt", 4.8.75).

Der CDU-Mann Todenhöfer – ein Freund von „Entwicklungshilfe" für die faschistische Junta in Chile – griff den Polen-Kredit allerdings als *„Entwicklungshilfe in die falsche Richtung"* an („Mopo", 4.8.75) und stellte die demagogische Frage, wie wohl „...*die deutschen Arbeitnehmer reagieren..., die einerseits den Zerfall ihrer sozialen Sicherheit erleben müssen, andererseits aber sähen, daß für ‚kommunistische Arbeitnehmer' immer noch genügend Geld in der Bonner Staatskasse liege* (!!)..." („FAZ", 4.8.75).

Heuchlerisch tut Todenhöfer hier so, als würde der Kredit den „kommunistischen Arbeitnehmern" in Polen zugute kommen, während tatsächlich eben damit – genau wie mit dem „Zerfall der sozialen Sicherheit" (!) – einzig die Profitinteressen des westdeutschen Kapitals mit den aus der Tasche der Werktätigen gezogenen Steuermilliarden finanziert werden!

So ist in der Präambel des BRD-Polen Vertrages festgelegt, daß der Kredit für „...*die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die industrielle Kooperation zwischen beiden Ländern...*" verwandt werden soll – er ist damit *„de facto liefergebunden"*... (Regierungssprecher Grünewaldt auf eine Anfrage der „FAZ", 5.8.75).

Vor diesem Hintergrund wird erst die Infamie der bürgerlichen Presse der BRD deutlich, die vielfach den Kredit als ein „Geschenk an Polen" etc. angegriffen hat – er ist wohl eher ein von den westdeutschen Werktätigen bezahltes Geschenk an das westdeutsche Kapital !!

Der CSU-Politiker Wittmann griff insbesondere die als Pauschale an die polnische Regierung vereinbarte Rentenzahlung in Höhe von 1,3 Mrd. DM an. Die *„in Polen lebenden Deutschen"* müßten ungeachtet des Abkommens aufgefordert werden, *„im freien Teil Deutschlands Klage auf Zahlung entsprechender Renten zu erheben* (!) ", da nicht sichergestellt sei, daß die Rentenansprüche bei einer Zahlung an die polnische Regierung auch im angemessenen Maßstab befriedigt würden ! („HA", 6.8.75).

Wittmann gipfelte in dem Ausfall: *„Die Bundesregierung muß sich Betrug an diesen Menschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße, sowie eine eklatante Verletzung der ihr obliegenden Schutzpflicht*(!!) *vorwerfen lassen"* (ebenda).

Tatsächlich – und daran knüpft dieses CSU-Revanchistenschwein sehr geschickt-demagogisch an – ist die Höhe der westdeutschen Zahlung an Polen, gemessen an den berechtigten Ansprüchen des polnischen Volkes, nicht mehr als ein schlechter Scherz!

Dies gilt vor allem, wenn man bedenkt, daß gerade die zentrale, jahrelang mit Recht erhobene Forderung nach einer angemessenen westdeutschen Entschädigung für die am polnischen Volk begangenen Verbrechen des Hitler-Faschismus in den jüngsten Verhandlungen auf „ausdrücklichen Wunsch" des BRD-Imperialismus ausgespart worden sind, und damit letztlich in „beiderseitigen Einvernehmen" klammheimlich zu Grabe getragen wurde !!

Um diese Niedertracht des BRD-Imperialismus im richtigem Lichte zu sehen, sei hier kurz daran erinnert, daß die faschistischen Mordbanden Hitlers im Auftrage des deutschen Kapitals gleich zu Beginn des zweiten imperialistischen Weltkrieges Polen plündernd, mordend und vergewaltigend überrannten, daß sie den „Warschauer Aufstand", den Versuch des polnischen Volkes, sich gegen die Okkupation durch das faschistische „Großdeutschland" zur Wehr zu setzen, in einem Blutbad ertränkten, daß sie insbesondere an der jüdischen Bevölkerung Polens einen bisher in der Geschichte nicht gekannten Terror verübten, der mit dem Namen Auschwitz unvergeßlich in die Herzen aller Antifaschisten eingebrannt ist, daß sie Millionen polnischer Menschen zur Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegsindustrie nach Deutschland verschleppt haben u. v. m.

Die polnische Nachrichtenagentur PAP hat noch im Frühjahr '75 die Gesamtkosten des polnischen Staates allein für die medizinische Versorgung der KZ-Opfer, (von einer Entschädigung gar nicht zu reden!) sowie für die bisher vom westdeutschen Staat verweigerten Rentenzahlungen, mit ca. 13 Milliarden DM (!!!) beziffert !

Die nicht zu übersehende Diskrepanz zwischen dem Vereinbarten und den polnischen Ansprüchen war es wohl auch, die die polnische Regierung bei der Veröffentlichung der ausgehandelten Bedingungen des Vertrages zunächst zögern ließ, um schließlich doch wieder in gewohnter „Entspannungsmanier" davon zu zu reden, daß mit *„diesem bedeutenden (?) Abkommen ... ein Kapitel der Vergangenheit abgeschlossen (? !) und gleichzeitig im Geist von Helsinki ein neues und auf die Zukunft gerichtetes Kapitel begonnen"* worden sei (Zentralorgan der PVAP, „Tribuna Ludu"). Sind beim Zustandekommen des BRD-Polen-Vertrages natürlich in erster Linie die erpresserischen und skrupellosen Praktiken des BRD-Imperialismus anzuprangern, so sind doch keinesfalls die revisionistischen Führer von jeglicher Schuld an diesem Betrug am polnischen Volk freizusprechen. Daß hier nämlich der BRD-Imperialismus so billig davongekommen ist und sich zu allem Überfluß auch noch mit der Forderung nach Ausreise der 125.000 „deutschstämmigen" Polen durchsetzen konnte, verdankt er vor allem dem Umstand, daß die polnischen Revisionisten das Land mit ihrer „neuen Wirtschaftspolitik" in eine haltlose Verschuldung getrieben haben, so daß sie schließlich, angesichts drohender Devisenknappheit, in die paar Mark „Ausgleich" mehr oder weniger einwilligen mußten.

Die wachsende ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus ist der Hintergrund des jüngsten politischen Bankrotts ...

Der mit Polen vereinbarte Milliarden-Kredit hat eine Laufzeit von 25 Jahren und ist zu einem Zinssatz von 2,5 % abgeschlossen worden. Die Differenz dieses günstigen Satzes zu den tatsächlichen Zinsen am Kapitalmarkt von durchschnittlich 9 % wird aus Steuergeldern finanziert, was während der Laufzeit des Kredites die Höhe von einer weiteren Milliarde erreicht. Der Kredit, der ab 1975 in 3 Jahresraten gezahlt wird, wird selbstverständlich „ ... *der deutschen Wirtschaft nicht ... vollständig entzogen. Polen bezahlt mit dem Geld seine Einkäufe bei deutschen Firmen, wodurch die Exporterlöse steigen und Gewinne entstehen"* („Welt", 6.8.75). Die polnischen Revisionisten haben nicht nur die Absicht, den Kredit derartig zu verwenden, sie haben es verbindlich mit dem BRD-Imperialismus vereinbart. Nach diesen Vereinbarungen kann Polen „ ... *das Geld sowohl zum Abbau der Auslandsverschuldung als auch zu einer weiteren Erhöhung der Importe verwenden. Angesichts der wirtschaftlichen Pläne Polens, die auch in Zukunft ein rasches Wachstum der Industrie vorgeben, bestehen aber kaum Zweifel, daß die Summe grundsätzlich für weitere Einfuhren (!!) zur Verfügung gestellt wird"* („HB", 26.8.75).

Die Kapitalisten können sich mit diesen Prognosen tatsächlich ziemlich sicher sein: „ ... *zu groß* (als daß die polnischen Banken den westdeutschen Kredit lediglich zum Abbau der Verschuldung gegenüber der BRD verwenden – Red.) *ist der Bedarf der polnischen Wirtschaft an Maschinen, Ausrüstungen und Know how ...., um das Entstehen von Investitionsruinen zu vermeiden, muß daher auch in diesem Bereich auf forcierte Importe zurückgegriffen werden"* („HB", 26.8.75).

Die seit 1971 betriebene Politik des „beschleunigten Wirtschaftswachstums" – eine (typisch revisionistische!) „Konsequenz" aus den Arbeiterkämpfen von 1970 – hat die polnische Wirtschaft massiv in Abhängigkeit von westlichen Zulieferungen gebracht, zu einer stark negativen Handelsbilanz mit dem kapitalistischen Ausland, sowie 1975 deutlich absehbar zu einer ernsten Verknappung der Devisen geführt.

Inzwischen hat die polnische Regierung beschlossen, bis zum Ende des 3. Quartals 1975 keine neuen Investitionen zu tätigen, *„da die bereits beschlossenen Investitionen die Realisierungsmöglichkeiten des Landes überschreiten"* („HB", 13.8.75). Im Rahmen der „neuen" Wirtschaftspolitik haben sich die polnischen Revisionisten das ehrgeizige Ziel gesteckt, bis 1975 ca. 50 % aller 1970/71 vorhandenen Maschinen auszutauschen und haben zu diesem Zweck bisher Anlagen im Wert von 3,5 Mrd. US-Dollar erstanden.

Vertragspartner Genscher, Olszowski

„Die von Gierek gleichzeitig initiierte ‚Politik der offenen Tür' erlaubte es, einen beachtlichen Teil der benötigten Maschinen gegen Devisen im Westen zu kaufen, was nicht zuletzt den hohen Verschuldungsgrad der Volksrepublik Polen im westlichen Ausland erklärt" („HB", 26.5.75).

Das inzwischen auf diese Weise zustandegekommene Investitionsvolumen ist um ca. 25 % größer als für das laufende Planjahrfünft ursprünglich geplant!

Diese Politik hat wesentlich zu einer sehr geringen Wachstumsrate des polnischen Exports beigetragen. Polen hat – wie alle RGW-Länder – eine stark negative Handelsbilanz mit dem kapitalistischen Ausland. Darüber hinaus rangiert Polens Export-Wachstum aber noch hinter dem der SU, Ungarns, Rumäniens und sogar Jugoslawiens!

Während die Importe Polens 1971/74 um 18,5% stiegen, erreichte der Export nur eine Steigerung von 9,3 % („BfA/NfA", 21.7.75). Der in diese Zahlen miteinbezogene relativ ausgeglichene Handel mit dem RGW wirkt bei dieser Diskrepanz noch nivellierend.

Polen sah sich aufgrund dieser Entwicklung gezwungen, den Handel mit der BRD (größter West-„Partner" – zweitgrößter überhaupt!) 1975 zu drosseln. Er ist im ersten Halbjahr um 14,1 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (8.8.75, „Welt"). Das Volumen des Handels Polens mit der BRD betrug schon 1973 3,853 Mrd. DM, wobei die BRD einen Überschuß von 1,419 Mrd. DM verzeichnen konnte. 1974 nun stieg das Handelsvolumen erneut sprunghaft an, erreichte 5,0 Mrd. DM und darüber hinaus einen überproportional mitgewachsenen Überschuß der BRD in Höhe von 2,2 Mrd. DM – fast genau die Summe, die in dem jüngsten Vertrag BRD-Polen als „Ausgleichszahlungen" bzw. Kredit der BRD vereinbart wurde („HB", 26.8.75).

Die kürzlich erfolgte Drosselung des Handels mit der BRD ist nun keineswegs etwa Ergebnis einer Rückbesinnung der polnischen Revisionisten auf die Prinzipien sozialistischer Wirtschaft. Es ist eher so, daß die polnischen Führer – gerade wohl aufgrund der jüngsten Erfahrungen mit der erpresserischen Wirkung ökonomischer Abhängigkeit vom Imperialismus, die bei der Aushandelung des „Ausgleichs"-Almosens mit der BRD gesammelt wurden! – eine noch größere „ ... *Lücke im Handel mit der Bundesrepublik ... für gefährlich halten"* („HB", 26.8.75). Die – wieder einmal typische! – „Konsequenz" der polnischen Revisionisten daraus: Umorientierung auf Zulieferungen aus anderen westlichen Ländern! Und das, obwohl die polnische Handelsbilanz mit diesen Ländern auch schon ein Defizit von insgesamt 5,8 Mrd. DM aufweist!

Ein erster Ergebnis dieser „Umorientierung" sind die inzwischen vereinbarten hohen liefergebundenen Kredite einer Reihe westlicher Länder, so vor allem Frankreichs mit 700 Millionen Franc (!) und der USA mit umgerechnet ca. 600 Millionen DM! Der Handel zwischen Polen und den USA, der 1974 ein Volumen von 1,6 Mrd. DM hatte, wird in diesem Jahr auf ca. 2,5 Mrd. DM zunehmen und soll sich bis 1980 noch einmal verdoppeln („HB", 11.9. und 26.8.75).

Nach diesem „Blick durch die polnische Wirtschaft" (entsprechend betitelte Beilagen veröffentlichen die polnischen Revisionisten nur zu gern in der westdeutschen Kapitalistenzeitung „Handelsblatt"!!) bedarf es u.E. keiner weiteren Anstrengungen, die wirklichen Motive der polnischen Revisionisten für den Vertrag mit den BRD-Imperialisten nachzuweisen!

Sie haben, um die durch ihre prokapitalistische Politik festgefahrene Wirtschaft fur eine kurze Zeit wieder „flott" zu machen, die berechtigten Ansprüche des polnischen Volkes an den BRD-Imperialismus fur ein Butterbrot verkauft. Das alles für ein paar Mark, bei denen es sich nach eigener Einschätzung „...*nur um eine Fitness-Spritze für eine bestimmte Übergangsperiode handeln kann."* („HB", 26. 8.75), die überdies, wie wir gesehen haben, nicht einmal zur Verringerung der bisher gewachsenen Abhängigkeit vom Imperialismus verwandt werden wird, sondern diese durch weitere Importe noch forciert! Die Lasten dieser Politik muß – wie sollte es anders sein – allein das polnische Volk tragen. So wird es nach Aussagen des polnischen Außenhandelsministers Stanislaw Dlugosz „...*mit Lebenshaltungskosten, (die) in Zukunft um jährlich 2 - 3 % steigen werden..."* („HB", 12.9.75) zu rechnen haben, wird mit der Erhöhung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Senkung der sozialen Investitionen, eben den von den Revisionisten der RGW sattsam bekannten Maßnahmen, weiter zur Kasse gebeten werden. Wir können nur hoffen, daß die polnische Arbeiterklasse sich rechtzeitig der Tatsache entsinnt, daß es die Arbeiterkämpfe von 1970 waren, die seither die Preise „eingefroren" ließen, und daß sie bei „Korrektur" dieser Praxis durch die revisionistischen Führer entschlossen den Ratschlag befolgen werden, den Radio Tirana im Frühjahr dieses Jahres ausgestrahlt hat:

„Wenn sie euch die eingefrorenen Preise auftauen, dann friert ihnen die Fabriken ein!"

Die Sache mit der Aussiedlung – ein übles Geschäft!

Gemeinsam mit den oben behandelten finanziellen Vereinbarungen wurde ausgehandelt, daß die VR Polen im „Gegenzug" während der nächsten 4 Jahre der ungeheuren Menge von 125.000 deutschstämmigen „Ausreisewilligen" die Umsiedlung gestattet. Von 1950 bis zum Jahresende 1970 (Warschauer Vertrag) sind im „Durchgangslager Friedland" insgesamt schon 410. 256 Personen aus der VR Polen eingetroffen („FAZ", 18.4.75), von '70 bis heute dann noch einmal über 60.000!

'Mit den noch kommenden 125 000 Menschen geht die Zahl derjenigen, die der BRD-Imperialismus aus Polen „heim ins Reich" geholt hat, weit über eine halbe Million Menschen hinaus.

Der BRD-Imperialismus hat Zeit seines Bestehens, neben den revanchistischen Forderungen nach Rückgabe der „verlorenen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße", eine massive Propaganda für die Aussiedlung getrieben, die innenpolitisch Teil der antikommunistischen Verhetzung war („Befreiung vom kommunistischen Joch" etc.) und außenpolitisch zur Diskreditierung der RGW-Länder beitragen sollte.

Leider hat es die westdeutsche kommunistische und fortschrittliche Bewegung bis auf den heutigen Tag nicht im genügenden Maße verstanden, der revanchistischen Hetze der westdeutschen Bourgeoisie wirksam entgegenzuwirken, und in der Bevölkerung eine positive Einstellung zum polnischen Volk und ein Bewußtsein über das Ausmaß der Verbrechen des Hitler-Faschismus zu schaffen, so daß immer noch die widerwärtige Hetze, die jüngst wieder enorm eskaliert wurde, in breiten Kreisen Gehör findet.

Allerdings hat der BRD-Imperialismus bei aller dokumentierten „Volksverbundenheit" für die „Brüder und Schwestern jenseits des eisernen Vorhangs" selbstverständlich nicht seine aus der Zeit des Hitlerfaschismus herrührenden finanziellen Verpflichtungen gegenüber diesen Menschen erfüllt. So wurde ein auf das „Dritte Reich" zurückgehender Versicherungsanspruch zwar „anerkannt", aber nicht ausgezahlt, wenn er jenseits des heutigen Gebietes der BRD erworben wurde. („FR", 7.8.75).

Ebenso wie dem BRD-Imperialismus jede Mark für die „vom Kommunismus gepeinigten Deutschen" in Polen zuviel war, so ist ihm natürlich das Schicksal dieser Menschen, wenn sie seinem Ruf gefolgt sind und das „deutsche Vaterland" wieder betreten haben, gleichfalls egal. Was zählt, ist nur der anhaltende „Flüchtlingsstrom", die ‚stolzen' Bilanzen, der Propaganda-Effekt etc.

Da ist es dann auch kein Wunder, wenn inzwischen rund 5.000 Polen Rückreise-Anträge gestellt haben und die polnische Botschaft für die nahe Zukunft mit 10 % Rücksiedlern rechnet! Man kann sich ausmalen, wie groß etwa die reale Zahl der Rückreisewilligen ist, die nur keinen Antrag mehr stellen, weil sie resigniert haben, oder weil sie nicht das ganze Theater noch einmal durchmachen wollen ...

„Der goldene Westen hat nicht gehalten, wovon sie im fernen Polen träumten. Sie fühlen sich verraten und verkauft. Sie fühlen sich als Menschen zweiter Klasse ..." („WdA" 15.8.75) ... Und sie fühlen sich nicht nur so ...

Heute, so ließ kürzlich selbst der Vorsitzende des Hamburger FDP-Ausschusses fur Sozialpolitik, Josef Czerwionka, sehr richtig verlauten, „...*seien die Voraussetzungen für eine befriedigende Integration der Umsiedler noch ungünstiger als 1971, weil sich Haushaltslage und Arbeitsmarktsituation verschlechtert haben"* („HA",

Seitens der polnischen Revisionisten nun ist die Zusage zur Ausreise der 125.000 vor dem Hintergrund des Gesagten als ein beschämender Bankrott vor dem Imperialismus zu bewerten, der eben seinerseits diese Angelegenheit zur weiteren Diskreditierung nicht nur Polens, sondern des Sozialismus überhaupt benutzt.

Die polnischen Revisionisten entledigen sich damit eines unbequemen Erbes von ehemals faschistisch verseuchten und später revanchistisch aufgehetzten Menschen, die mit ihrem blinden Vertrauen dem Imperialismus ausgeliefert werden.

Das Zweite, was die polnischen Revisionisten aber zu dieser Praxis veranlaßt hat, ist eben der „Geist von Helsinki", ist ihr Bestreben, „Probleme der Vergangenheit" (ganz genau wie z.B. das „Berlin-Problem"!) zuzukleistern, zugunsten einer neuen „Ära" der lukrativen Zusammenarbeit mit dem Imperialismus, wobei das größte ‚Verbrechen' eben darin besteht, daß der Imperialismus zur Täuschung des eigenen Volkes mit Attributen wie „entspannungsbereit", „friedlich", „realistisch" etc. salonfähig gemacht wird. ■

RGW-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Die „Deutsche Welle" – aggressivstes außenpolitisches Funksprachrohr des BRD-Imperialismus

Im April dieses Jahres legten Vertreter der Bundesregierung einen Plan vor, der unter der Begründung von Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen eine Zusammenlegung der „Auslandsprogramme für Osteuropa" der beiden bundeseigenen Kölner Propagandasender „Deutschlandfunk" und „Deutsche Welle" vorsieht, und „*daß die Deutsche Welle demnächst ihre Sendungen nach Polen, Ungarn und die CSSR einstellt, während der Deutschlandfunk auf seine Programme für Rumänien und Jugoslawien verzichten soll*" („Handelsblatt", 10.4.75).

Einher ging eine Erhöhung des Bundeszuschusses für den „Deutschlandfunk" durch die Bundesregierung um rund 7 Mio. DM.

Sofort erhob sich massiver Protest aus der „Deutschen Welle", und alle Reaktionäre um die CDU/CSU sowie Springers antikommunistische Kampfgazette „Die Welt" und die Kapitalistenorgane „Handelsblatt" und „FAZ" entfachten eine antikommunistische Stimmungsmache gegen diesen Plan und gegen den „Deutschlandfunk", dessen Rundfunkrat mehrheitlich von Vertretern aus SPD, FDP und DGB gebildet wird.

„*Indes geht es bei der Auseinandersetzung um die beiden Rundfunkanstalten nicht mehr ausschließlich um die Finanzproblematik. Insider mutmaßen sogar, daß die Sozialliberalen neuerdings nur deshalb den Look der Sparsamkeit tragen, weil sie ihre politische Schwäche gegenüber massiven Pressionen aus dem Ostblock sonst nicht bemänteln könnten.*

Beobachter . . . schließen nicht aus, daß die intensivierten Bemühungen um die Verlagerung bestimmter Auslandsprogramme von der Deutschen Welle auf den in Ostblocksendungen wesentlich zahmeren Deutschlandfunk ein erster Schritt des Entgegenkommens gegenüber der Sowjetunion sein könnten" („Handelsblatt", 10.4.75).

Der aus der Tschechoslowakei getürmte Faschist, Schachmeister Ludek Pachman, machte sich zum „Sprecher der osteuropäischen Hörer":

Er appellierte an die Verantwortlichen der beiden Sender, die für die Länder Osteuropas bestimmten Sendungen nicht einzustellen. Das begründete er „*. . . mit den Interessen der Hörer in Osteuropa, die selbst stumm bleiben müssen. Sie hören nach seiner Darstellung vornehmlich die ,Deutsche Welle' und ,Radio Freies Europa' ,in wahrer Sehnsucht nach wahrer Information'. ,Beide Rundfunkstationen werden, obwohl sie als einzige westliche Sender stark gestört*

die ,Deutsche Welle' und ,Radio Freies Europa' ,in wahrer Sehnsucht nach wahrer Information'. ,Beide Rundfunkstationen werden, obwohl sie als einzige westliche Sender stark gestört

werden, bevorzugt als Unterrichtsmittel genutzt . . . Das besondere Interesse Osteuropas gerade an Sendungen der ,Deutschen Welle' erklärte er mit dem besonderen gesetzlichen Auftrag des Senders" („FAZ" vom 9.9.75).

In der Ausgabe der „epd/Kirche und Rundfunk Nr. 65" vom 13.9.75 wird berichtet, daß „*die Deutsche Welle ihre für Hörer in der CSSR bestimmten Sendungen keineswegs einstellen (wird). Es geht einzig darum, daß die Redaktionen von Deutschlandfunk und Deutsche Welle kooperieren und daß der Deutschlandfunk für die CSSR-Sendungen redaktionel zuständig ist. Durchzuhören ist bei den Protestlern allerdings auch der Unterton, daß die DW schärfer antikommunistisch vorgehe als der DLG*".

„Deutsche Welle" – antikommunistische Speerspitze nach Osten

Mit diesem Bericht kommt „Kirche und Funk" dem Kern der Sache sehr nahe:

Schon seit längerer Zeit unternehmen die reaktionären und faschistischen Kreise um die CDU/CSU Versuche, die Programmgestaltung des „DLF", der mehrheitlich von SPD, FDP und DGB kontrolliert wird, auf einen noch härteren antikommunistischen Kurs als bisher zu steuern. So wurde schon 1971 von den CDU-Mitgliedern des Verwaltungsrates versucht, den damaligen SPD-Intendanten Stephan Thomas zu stürzen und durch einen Mann „ihres Vertrauens", Franz Thediek, zu ersetzen.

Mit der Kampagne gegen den „DLF" setzen sich die Versuche der CDU/CSU fort, in allen Bereichen des Rundfunks und des Fernsehens die eigene Machtübernahme vorzubereiten und die gemäßigte sozialliberale Konzeption der „Neuen Ostpolitik" durch ihre eigene, aggressive antikommunistische Linie zu ersetzen.

Unterstützt wird die CDU/CSU dabei gerade in der jetzigen Kampagne um den „DLF" von der schon seit Beginn ihrer Gründung unter Kontrolle der CDU/CSU stehenden „Deutschen Welle", die von den BRD-Imperialisten eine spezielle Aufgabe erhalten hatte.

Das im Zeichen des „kalten Krieges" stehende Gesetz aus dem Jahre 1953 nennt folgenden Auftrag:

„*Zur Veranstaltung von Rundfunksendungen für das Ausland wird eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Namen ,Deutsche Welle' errichtet. Die Sendungen sollen den Rundfunkteilnehmern im Ausland ein umfassendes Bild des politischen Lebens in Deutschland vermitteln und ihnen die deutsche Auffassung zu wichtigen Fragen darstellen und erläutern*".

Die „Deutsche Welle" verfügt heute über zehn 100-kW-Sender, die von

und ihnen die deutsche Auffassung zu wichtigen Fragen darstellen und erläutern".

Die „Deutsche Welle" verfügt heute über zehn 100-kW-Sender, die von

der Bundespost in Jülich bei Köln betrieben werden. Eine zweite Sendeanlage, die im Endausbau zwölf 500-kW-Sender haben wird, wurde 1972 im Wertachtal bei Mindelheim in Bayern in Betrieb genommen. Im Zuge des weiteren Ausbaus wurde ein Netz von Relaisstationen ausgebaut. Die erste davon besteht seit 1965 in Kigali (Ruanda), die zweite, deren Sendungen nach Osteuropa gerichet sind, wurde in Sines (Portugal) errichtet. Weitere Stationen sind auf Malta, im karibischen Raum und in Asien geplant.

Hauptangriffsziel der „DW" sind aber die RGW-Länder. Johannes Groß, ehemaliger Chefredakteur der „DW" und einer der übelsten Springer-Schreiberlinge (CDU), formulierte den „Sendeauftrag" so:

„*Wir halten es für unsere Verpflichtung, diese Informationslükken auszufüllen . . . wenn wir in Staaten senden, die kein freies Informationssystem haben, man denke da vor allem an Griechenland und die kommunistisch beherrschten Staaten. Da liefern wir nicht nur ein Programm, das sich rein auf die Darstellung der BRD beschränkt. . . Wir zögern auch nicht, unseren russischen Hörern Texte zugänglich zu machen – etwa Solschenizyn –, die in der Sowjetunion nicht publiziert werden dürfen . . .* " („Welt" vom 15.11.71).

Mit täglich 89 Programmstunden in 33 Sprachen hat die „DW" die Propaganda des BRD-Imperialismus in alle Welt zu verbreiten; im besonderen unterstützt sie alle konterrevolutionären und faschistischen Kräfte in den Ländern des Warschauer Pakts.

Zu diesem Zweck werden die Hetzsendungen vorzugsweise durch faschistische „Emigranten" aufbereitet. Daß über die „Deutsche Welle" auch die Untergrundarbeit der BRD-Geheimdienste in den RGW-Ländern abgewickelt wird, ist ein offenes Geheimnis. Wird doch die „DW" ebenso wie die Geheimdienste vom Bundes-Innenministerium finanziert. Allein 1974 waren es rund 140 Mio. DM („Spiegel", 41/75).

Programmleiter für die Zersetzungsarbeit in den RGW-Ländern ist der CDU-Mann Botho Kirsch, gleichzeitig Ost-Kommentator des erzreaktionären „Rheinischen Merkur".

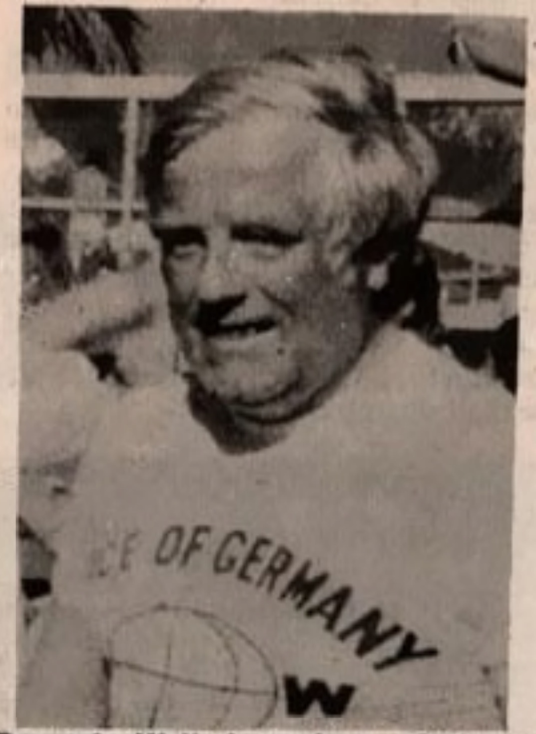
Wie die inhaltliche Gestaltung einer Woche im Programm gegen die Sowjetunion aussieht, beschreibt der „Spiegel":

„*Von 41 Beiträgen im Kirsch-Repertoire befaßten sich sieben mit den angeblichen Kriegsvorbereitungen des Kremls, acht mit Moskaus Außenpolitik, 17 (!) mit der Dissidentenbewegung – und nur ein einziger mit dem politischen Leben in der Bonner Republik: der Steiner-Affäre*" („Spiegel", 41/75).

„Deutsche Welle" – enge Zusammenarbeit mit den griechischen Faschisten

„Deutsche Welle" – enge Zusammenarbeit mit den griechischen Faschisten

Zu den faschistischen Regimes hat die „DW" ebenfalls die besten Beziehungen. Durch einen ehemaligen griechischen „DW"-Mitarbeiter wurde nach dem Sturz der faschistischen Junta in Athen enthüllt, daß während einer Athen-Reise 1972 der Intendant der „DW", Walter Steigner (SPD), Kontakte mit dem damaligen Staatssekretär für Presse und Information der Junta, Stamatopoulos, geknüpft habe.



Deutsche-Welle-Intendant Steigner: enge Verbindungen zu griechischen Faschisten

„*In einer Presseerklärung . . . stellt die ,Deutsche Welle' fest, daß Steigner seine Athen-Reise im Einvernehmen mit Rundfunk- und Verwaltungsrat angetreten habe das Auswärtige Amt sei informiert gewesen*" („FR" vom 22.8.75).

Bei diesen Gesprächen wurden zwischen der „DW" und den griechischen Faschisten Vereinbarungen getroffen, die der von SPD und DGB herausgegebene „Funk Report" veröffentlichte:

„*Der direkte Kontakt zwischen der „DW" und den zuständigen Persönlichkeiten für Rundfunkfragen in Athen soll fortgeführt werden.*

. . . Bei direkten Kontakten kann die Geheimhaltung der Gespräche vereinbart werden.

. . . Ab 1. Oktober 1972 wird die „DW" in ihren Sendungen lediglich von der ,griechischen Regierung' sprechen.

. . . Die „DW" wird jegliche Falschmeldung (?) dementieren. Der Vorschlag für das Dementi soll durch direkten Kontakt erfolgen.

. . . Die „DW" gibt der griechischen Regierung die Möglichkeit, ihre Stellungnahmen zu den Sendungen der „DW" zuzuschicken, die dann ausgestrahlt werden.

. . . Sendungen, die von der „DW" in griechischer Sprache ausgestrahlt werden, stehen sofort in Abschrift bzw. auf Tonband der griechischen

. . . Sendungen, die von der „DW" in griechischer Sprache ausgestrahlt werden, stehen sofort in Abschrift bzw. auf Tonband der griechischen

Regierung oder der griechischen Botschaft zu Verfügung" (gekürzter Auszug aus „FR", 22.8.75).

Nach diesen geradezu freundschaftlichen Vereinbarungen konnte ein Kumpan des faschistischen Staatssekretärs, Manolakis, seinen Obristen glaubhaft versichern, daß die „*Bemühungen von Herrn Steigner um eine Verbesserung der griechischen Sendung aufrichtig*" seien („FR", 22.8.75).

Manolakis arbeitet heute als Auslandskorrespondent für das ZDF!!

In der „Deutschen Welle" kein Platz für „Liberale"

Seit 1953, dem Gründungsjahr der „DW", hat der BRD-Imperialismus sämtliche verantwortlichen Positionen mit „zuverlässigen" Reaktionären und Faschisten aus CDU/CSU und SPD besetzt.

Diese Truppe wacht sorgfältig darüber, daß sich keine „unsichere" Person in die „DW" einschleicht. Ihre jüngste „Schutzaktion" starteten diese Vögel im Zusammenhang mit der anstehenden Neubesetzung des Chefredakteurs, nachdem der Faschist Johannes Groß (CDU) turnusmäßig diesen Posten räumen mußte.

Nach einer Vereinbarung der drei großen bürgerlichen Parteien kam es diesmal der FDP zu, eine Person für den ab 1. Oktober auszufüllenden Posten des Chefredakteurs zu benennen. Die FDP schlug ihren Sympathisanten, den rechtsliberalen ZDF-Korrespondenten Gustav Trampe, vor.

Sofort trat die „DW"-Mafia in Aktion: War CDU-Mann Groß als Chefredakteur noch zweiter Mann hinter dem Intendanten Steigner und in seinen Entscheidungen offiziell nur diesem verantwortlich, wurde dieser Spielraum dem „liberalen" Trampe sofort abgeschnitten.

- Zweiter Mann hinter dem Intendanten und dessen Stellvertreter wurde der CDU-nahe Abteilungsleiter Kultur, von Chmielewski.
- Stellvertretender Chefredakteur wurde der Leiter des Zentraldienstes Politik, Franz Herre von der CSU, der gleichzeitig zum Verantwortlichen aller Wortsendungen bestimmt wurde.
- Selbst der persönliche Referent Trampes war von der Mafia schon festgelegt worden.

Mit diesen Aktionen hat die CDU/CSU die „DW" noch vollkommener in ihre Hand bekommen. FDP-Mann Trampe trat seinen Posten nicht an. Damit war der Weg frei, den Chefredakteurposten auch diesmal wieder mit einem CDU-Mann zu besetzen.

Seit dem 1. Oktober sitzt dort der vormalige Chef des Westberliner Büros des ZDF, Hans Dieter Jaene (CDU).

Auf dem außenpolitischen Sektor des Rundfunks haben CDU/CSU nun bis auf den Deutschlandfunk er-

(CDU).

Auf dem außenpolitischen Sektor des Rundfunks haben CDU/CSU nun bis auf den Deutschlandfunk er-

reicht, was sie auch auf dem innenpolitischen Sektor schrittweise betreiben: Die Machtübernahme bei Rundfunk und Fernsehen! ●

Druck-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Nobelpreis für Antikommunisten Sacharow

Mit der diesjährigen Verleihung des Friedens-Nobelpreises an den sowjetischen „Regimekritiker" Sacharow ist zum zweitenmal, nach der Literaturpreis-Verleihung an Solschenizyn, ein politisches Spektakel zur Anheizung antikommunistischer, reaktionärer Hetze veranstaltet worden.

Von Solschenizyn ist inzwischen bekannt, wes Ungeistes Kind er ist (vgl. AK 64). Nachdem er selbst für die US-Regierung allzu kompromittierende Sprüche bei seiner US-Reise verbreitet hatte, so daß ihn Ford nicht empfing, findet er hierzulande seine besten Presse-Freunde (außer bei Springer) bei den Neofaschisten.

Die „Deutsche Wochenzeitung" (von Thadden & Co.) bestätigt den Hetzereien des „*berühmten Mannes*" schlicht „*historische Bedeutung*", weshalb sie sich vornimmt:„*Und es wird notwendig sein, seine Werte immer wieder zu verbreiten, damit die s c h l a f e n d e n Mehrheiten der noch freien Völker wach werden . . .*" („DWZ", 25.7.75)

Solschenizyn selbst weiß sehr wohl, mit wem er sich einläßt. So ist er inzwischen nicht mehr bereit, „gewissen Organen" der Presse in der „freien Welt" Auskunft zu geben, da er sich von ihnen „bösartig verfolgt" fühlt. Eine ihm genehme Presse ist dagegen Freys Neofaschistenblatt „National-Zeitung", der er am 15.8. ein ganzseitiges Interview gewährte – Thema:„Tod dem Kommunismus!"

Der Kreis um Solschenizyn, Maximov und anderen UdSSR-Emigranten hat sich nunmehr im „Exil" eingerichtet – mit Hilfe finanzkräftiger Freunde wie Springer, der z.B. über den Ullstein-Verlag die Zeitschrift „Kontinent" (Autoren: Solschenizyn & Co.) verlegt (eine russische Ausgabe wird von Maximow gemacht und von Darmstadt aus vertrieben). Inzwischen ist der erste strahlende Lack jedoch ab, d.h. die Verbindungen zu den übelsten Reaktionären a la Springer und ZDF-Löwenthal und den Neonazis sind offensichtlich.

Der jetzt preisgekrönte Sacharow wird demgegenüber zum „Frei-Denker" und „Liberalen" erklärt („Spiegel", 42/75). Sacharow fordert die „*Privatisierung der Betriebe (außer Schwerindustrie, Bahn und Post), der Landwirtschaft, der Schulen* (!) *und Arztpraxen, auch Streikrecht und Abschaffung der Zensur. Und: Schon in fünf Jahren soll ein Mehrparteiensystem eingeführt werden.*" („Spiegel", 42/75)

Sacharow stellt sich damit an die



Spitze der i n n e r sowjetischen, antikommunistischen Reaktionär-Opposition, deren andere Wortführer – Solschenizyn, Maximow usw. – ihr Geschäft im Ausland betreiben. Daß sie nicht eine kurzlebige, spontane Gruppierung darstellen, macht Sacharow selbst deutlich, der bereits 1968 in einem Memorandum – „*Gedanken über den Fortschritt, die friedliche Koexistenz und geistige Freiheit*" – seine Grundforderungen anmeldete.

Seitdem hat er in zunehmend schärfer werdenden Tönen die „*Gefahr des sowjetischen Totalitarismus*" („Guardian", 25.8.75) propagiert und „*den Westen zu größerer Härte*" aufgefordert („Welt", 29.7.75). Von der bürgerlichen Presse gierig aufgegriffen, verbreitete er sich wortreich über „*Opfer einer korrupten juristischen Maschinerie*" in der Sowjetunion („Welt", 29.7.75).

Gleichzeitig verurteilte er die USA dafür, daß sie den „Rückzug aus Indochina" angetreten hatten. Den Sieg der indochinesischen Völker über die imperialistischen US-Krieger kommentierte der „Friedenspreisträger" als „*schreckliche Indochina-Lehre*". Ähnlich bezog er für die Faschisten-Clique in Chile Stellung („UZ", 13. Okt. 75).

Der Faschistenfreund Solschenizyn und der „Liberale" Sacharow nehmen sich also nicht viel. Solschenizyn sagt über Sacharow:„*Ich bin glücklich, sagen zu können, daß ich heute in viel mehr Fragen mit ihm eine Übereinstimmung erzielt habe, als das noch vor sechs Jahren der Fall war . . .; ich möchte nur die wichtigsten davon nennen (wobei ich mich der Formulierungen Sacharows bediene): Das Scheitern des Sozialismus in Rußland ist . . . aus dem Wesen des Sozialismus selbst (herzuleiten); Ablehnung . . . der offenen oder geheimen Unterstützung von Unruhen in der ganzen Welt; ,Trennung des Marxismus vom Staat'; Aufhebung der Vormundschaft über Osteuropa; Ablehnung des gewaltsamen Festhaltens der nationalen Republiken in der Union. Freilassung politischer Häftlinge; Toleranz in der Ideologie . . .*" („Kontinent", 2/74)

Die „Regimekritiker"-Kampagne in den bürgerlichen Veröffentlichungen nimmt zunehmend den Charakter eines neuen, ideologischen „Ostlandfeldzuges" an, der die Verharmlosung von Nationalismus und Faschismus im „freien Westen" absichern soll. So feiert die Springer-Presse (wieder einmal voran) Sacharow als „*das letzte helle Licht in der Finsternis*" und nennt die Preisverleihung eine „*Ermutigung, den Kampf für die Freiheit des Geistes fortzusetzen.*" („Hamburger Abendblatt", 10.10.75)

Der politisch blinde Schriftsteller Heinrich Böll, schon seinem Nobelpreisträger-Kollegen Solschenizyn freundschaftlich verbunden, findet die Preisverleihung auch einfach „*großartig*" („FR", 11.10.75). (In Schweden dagegen kritisierte die bürgerliche Zeitung „Svenska Dagbladet" die Verleihung als „unfaßbar" – nach „Spiegel" 42/75)

Sacharow will den Preis – 370.000 Mark in seinem Kampf um die „Menschenrechte" antikommunistischen „politischen Häftlingen" zukommen lassen („Hamburger Abendblatt" 10.10.75). In der Emigranten-Zeitschrift „Kontinent", 2/74, berichtet eine ehemalige Insassin eines sowjetischen Straflagers:„*Unter den Häftlingen befanden sich einige Anhängerinnen des Nationalsozialismus und zahlreiche Gläubige . . . Ihr Bestreben war aber auch, die Anhänger Lenins umzustimmen, denn Lenin, sagten sie, sei ein Jude gewesen. . . . In den Straflagern herrschte selbstverständlich Arbeitspflicht – auch für die Frauen. . . . Es gab aber auch solche* (Frauen), *die sich überhaupt weigerten zu arbeiten – zu ihnen zählten vor allem die Gläubigen, fünf oder sechs Frauen. Sie lehnten die Arbeit aus religiösen Motiven ab; sie wollten auf keinen Fall für den Antichrist arbeiten.*" ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Kohl-Besuch in der UdSSR:

Ein Kanzlerkandidat profiliert sich!

Nachdem der CDU-Rechte Kohl in der Vergangenheit bereits die VR China bereiste, suchte er nun, inzwischen zum Kanzlerkandidaten der westdeutschen Reaktion gekürt, die Sowjetunion heim. Nach seinen eigenen Worten, *„um mit den Verantwortlichen Politikern der SU die Haltung der deutschen Opposition zu innen- und außenpolitischen Problemen zu besprechen"* („Hamburger Abendblatt", 20.9.75).

Bei seiner Ankunft in Moskau erklärte Kohl, *„er wolle als Kanzlerkandidat die Visitenkarte der Opposition abgeben"* („Hamburger Abendblatt", 23.9.75) und erinnerte gleichzeitig an den Besuch Adenauers vor 20 Jahren in Moskau. Dieser Besuch fand seinerzeit während des Höhepunkts des sogenannten „Kalten Krieges" und der damit verbundenen antikommunistischen Hetze statt. Er bereitete den Aufbau der Bundeswehr als Maßnahme gegen die „Kriegsgefahr aus dem Osten" vor – alles in allem also schon die „rechte" Tradition, auf die Kohl sich da bezieht.

Kohl trat seinen Besuch *„als einer der Verantwortlichen der deutschen Politik"* an und *„zu den Zielen dieser Reise gehört, sich auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorzubereiten"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.10.75).

Der Besuch fand im übrigen auf Einladung des Ministerpräsidenten einer russischen Unionsrepublik, Michail Solomenzew statt. Außerdem haben Gespräche mit dem stellvertretenden Außenminister Kusnezow und Ministerpräsident Kossygin stattgefunden.

Gespräche „offenherzig und lehrreich"!

Am 24.9.75 traf Kohl mit M. Solomenzew zusammen; am nächsten Tag berichtete die „Prawda" von **„offenherziger und sachlicher Gesprächsatmosphäre"**. Nachdem Kohl in dem folgenden Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Kusnezow die SU vor der „Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten" gewarnt hatte, versicherte Kusnezow, dieses Gespräch sei *„sehr freimütig und lehrreich gewesen"* („FAZ", 25.9.75).

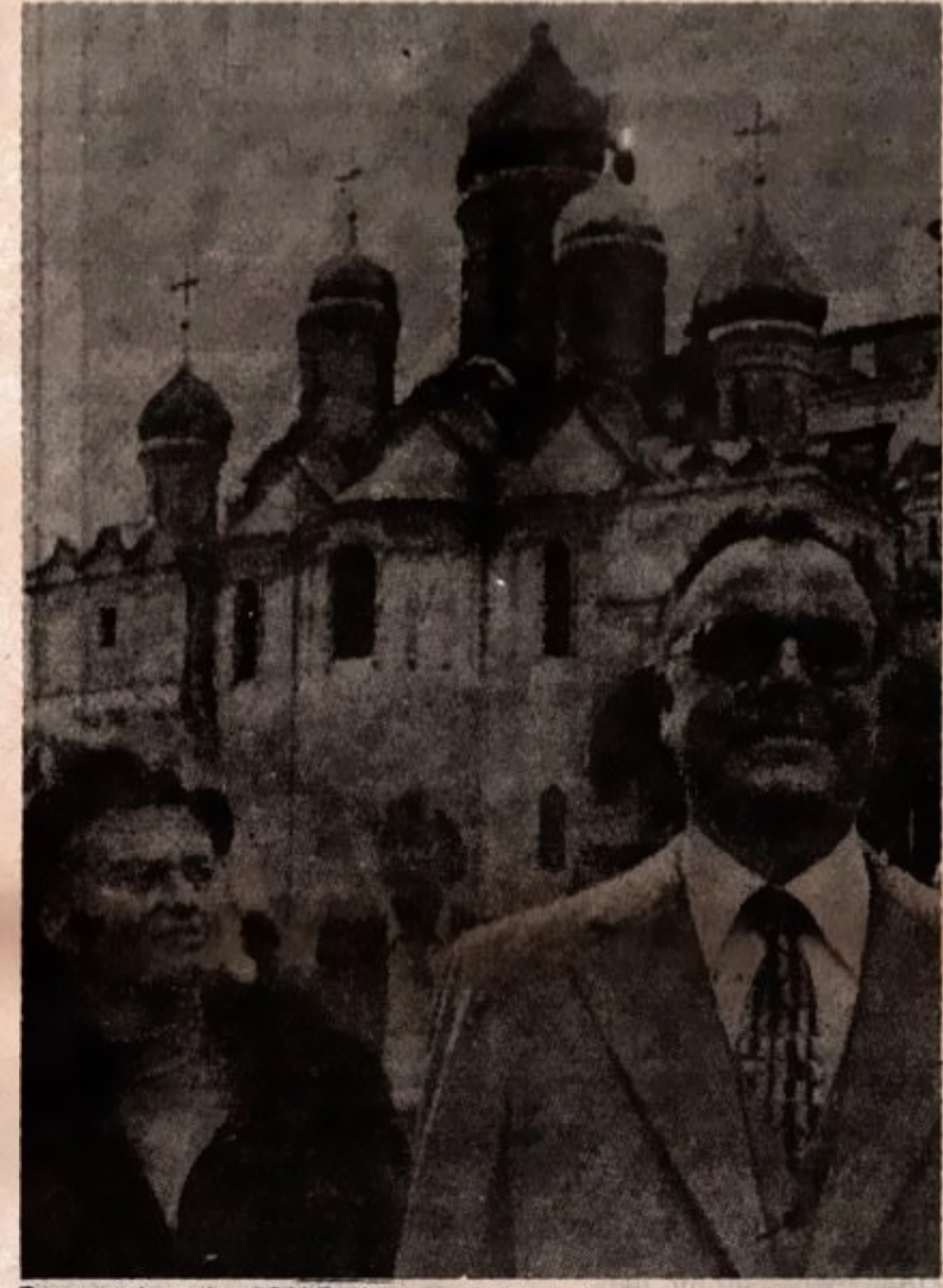
Selbst auf die revanchistischen Äußerungen über die *„Wiedervereinigung Deutschlands"*, die Kohl gegenüber seinen Gesprächspartnern so umschrieb: „.... *die schwärende Wunde der deutschen Teilung dereinst dadurch zu beseitigen, daß man die DDR an eine europäische"* (vom

dadurch zu beseitigen, daß man die DDR an eine europäische" (vom

westdeutschen Imperialismus beherrschte, Anm. d. Red.) *„Föderation heranführt"* („Süddeutsche Zeitung",30.9.75), wußte der sowjetische Außenminister Gromyko lediglich ausweichend zu sagen: *„Ich habe ihnen aufmerksam zugehört und habe etwas gelernt"*. Diese „Lernbegierigkeit" gegenüber der aggressiven, expansiven Außenpolitik des BRD-Imperialismus ist es dann auch, die Kohl nach Beendigung der Reise mit den Worten lobte: *„Wir sind als Realisten nach Moskau gefahren und haben dort auch Realisten getroffen"* („FAZ", 2.10.75). Im folgenden begrüßte Kohl, daß sich die SU was die innenpolitischen Verhältnisse der BRD angeht, *„selbstverständlich auf Veränderungsmöglichkeiten einstellt"* („FAZ", 2.10.75).

Kohls Provokation – und der Kniefall der SU-Revisionisten ...

Während des Besuchs von Kohl veröffentlichte die „Prawda" einen Artikel, in dem sie richtigerweise Strauß als **„Anführer des rechtsextremen Lagers in der BRD"** bezeichnete. Mit scharfer Kritik wandte sich die „Prawda" gegen Strauß, weil er offen mit den Faschisten anderer Länder zusammenarbeite und die treibende Kraft der Kriegshetze innerhalb Europas darstellt.



Der westdeutsche CDU-Reaktionär Kohl im Kreml – er hatte gut lachen!

Der westdeutsche CDU-Reaktionär Kohl im Kreml – er hatte gut lachen!

Die westdeutsche Presse forderte daraufhin von Kohl eine „harte Haltung" zur Unterstützung von Strauß. Kohl selbst reagierte scharf und frech. Er brach seine Gespräche ab und „drohte" mit Abreise, wenn nicht eine entsprechende „Klarstellung" von offizieller Seite erfolge.

Und die Revisionisten fielen um! Das „Hamburger Abendblatt" berichtete am 27.9.75: *„Elf Stunden später lenkte Moskau ein"*. Nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Solomenzew zeigte Kohl sich „befriedigt" und erklärte: *„Solomenzew habe nicht die Absicht auf dieses Niveau* (der „Prawda", d. Red.) *herabzusteigen!"*

Strauß dankte Kohl für die „Standfestigkeit" und die „sozialliberalen" Genscher und SPD-Regierungssprecher Bölling schlossen sich an („HA", 27.9.75).

Dem Kniefall der Revisionisten setzte Ministerpräsident Kossygin höchstpersönlich die Krone auf, als er sich beim Abflug Kohls freundlich nach dem „Wohlbefinden" von Strauß erkundigte.

Was nun Herr Kohl in Moskau im einzelnen alles mit den SU-Revisionisten besprochen hat, das hat er bislang natürlich außer seinen Parteifreunden niemandem auf die Nase gebunden. Jedenfalls ist seinen bekanntgewordenen Äußerungen eindeutig zu entnehmen, daß sich seine, und damit die Erwartungen der westdeutschen Reaktion, erfüllt haben. Die Sowjetrevisionisten sind bereit, auch unter einer etwaigen CDU/CSU-Regierung mit dem BRD-Kapital weiterhin lukrativ zusammenzuarbeiten, was Kohl bei seiner Rückkehr in die BRD noch einmal mit den Worten verdeutlichte: „... Bei den Gesprächen (hat) es von sowjetischer Seite keinen Versuch gegeben, zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien zu unterscheiden" („FAZ", 2.10.75). ●

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Italien:

Riesenbetrug der Faschisten

In Rom wurde Mitte September ein kolossaler Bankbetrug der Faschisten aufgedeckt. Innerhalb von zwei Jahren hat eine Gruppe von Faschisten mindestens drei Milliarden Lire (über zehn Mio. DM) ergaunert. Es wurden gegen 20 Faschisten Haftbefehle erlassen, sechs davon wurden bisher vollstreckt.

Mit Hilfe von einigen Bankangestellten hatten die Faschisten ein einfaches System für ihre Unterschlagungsaktion entwickelt: Sie hatten Konten ermittelt, auf denen hohe Geldbeträge waren, von denen aber wenig abgehoben wurde. Die Bankbeamten gaben ihren Komplizen Formulare mit den Unterschriften der Kontoinhaber. Auf diese Weise konnten die Faschisten bequem Scheckhefte fälschen und das Geld von den Konten einziehen. Dieses Geld wurde zu einem Teil für Spekulationen und andere Geldgeschäfte verwendet. Trotz der Anzeigen von Kontoinhabern wurden die faschistischen Betrüger über zwei Jahre lang nicht gefaßt und konnten unbehelligt ihren schmutzigen Geschäften nachgehen.

In diesen Riesenbetrug sind eine Reihe prominenter Faschisten verwickelt. Faschisten, deren Namen auch im Zusammenhang mit dem Blutbad von Mailand und von Brescia auftauchen.

Da ist **Serafino di Luia**, ein bekannter Schläger der faschistischen Gruppe „Lotta di popolo" („Volkskampf"). Di Luia hat Anfang der 60-er Jahre die faschistische Organisation „Avanguardia Nazionale" mitgegründet. Er war einer der führenden Leute bei faschistischen Bombenanschlägen und ist in mehrere Putschversuche verwickelt. Vor mehr als einem Jahr ist er wegen des Bombenanschlag in der Mailänder Landwirtschaftsbank 1969 (16 Tote) angezeigt worden; bis heute haben die Behörden noch keine Ermittlungen angestellt. Di Luia ist ein typisches Beispiel dafür, wie bekannte Faschisten, deren zahlreiche Provokationen von linken Zeitungen immer wieder enthüllt wurden, trotzdem unbehelligt bleiben. Bis heute ist di Luia auf freiem Fuß.

Weitere bekannte Faschisten, die in den Bankbetrug verwickelt sind, sind Giancarlo Esposti, Sergio Stefano, Emanuelle Triggiani, Savino d' Amato und Mario Cappuccini.

no, Emanuelle Triggiani, Savino d' Amato und Mario Cappuccini.

Esposti, ebenfalls am Mailänder Blutbad beteiligt, war ein hoher faschistischer Funktionär, in zahlreiche Betrugsgeschäfte, Waffen- und Rauschgifthandel verwickelt. Er wurde 1974 erschossen, als die Polizei ein Faschistenlager in den Abruzzen aushob.

Sergio Stefano ist ein Bruder des bekannteren Bruno Stefano, der zu einem Faschistenkommando gehörte, das 1972 Sprengstoff über die Schweizer Grenze schmuggelte. Er wurde im Zusammenhang mit der Erschießung des Mailänder Polizeikommissars Calabresi festgenommen, dann aber wieder auf freien Fuß gelassen. Bruno Stefano und die anderen Mitglieder des Faschi fälschten Pässe von **Mario Capuccini**, gegen den jetzt auch ein Haftbefehl ausgestellt wurde.

Savino d'Amato ist als Mitglied eines militanten Faschistentrupps, die ihre Übungen in den Abruzzen abhalten, bekannt.

Emanuele Triggiani ist wie di Luia ehemaliger hoher Bankangestellter, Funktionär der faschistischen „Gewerkschaft" CISNAL, Abteilung Banken.

Mit Ausnahme Triggianis sitzen bis heute nur „kleine Fische" hinter Gittern; die bekannten Faschisten haben sich – rechtzeitig informiert – aus dem Staub gemacht.

Zu den Ermittlungen, die von der Staatsanwaltschaft über den faschistischen Bankbetrug angestellt werden, schrieb „Lotta Continua" bereits am 21.9., daß Prominente schon nicht mehr erwähnt werden, die Untersuchungen insgesamt versanden. Und dies ist vielleicht auch im Interesse einiger angeblich „Betrogener". So enthüllt Lotta Continua, daß der Direktor einer pharmazeutischen Fabrik, die um einige Millionen erleichtert wurde, ein bekannter Faschist ist...

MSI-Kandidat schmuggelt Geld und Juwelen

Ein weiteres Beispiel für die schmutzigen Geschäfte der Faschisten, die nur allzu selten ans Tageslicht gelangen: Gegen den Mailänder Rechtsanwalt Silvio Bonazza wurde ein Haftbefehl erlassen, da er erwiesenermaßen lange Zeit „schmutzige" Millionen in die Schweiz gebracht, also Devisen geschmuggelt hatte. Als Komplizen Bonazzas werden der Ingenieur Vittorio Casadei und der Nachtclubbesitzer Niccolo Sebastiani genannt. Bonazza, der bislang nicht gefaßt wurde, hat bei verschiedenen Gemeinde- und Provinzwahlen für die MSI kandidiert, war aber nicht gewählt worden. Gegen ihn, Casadei und Sebastiani ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft wegen illegaler Geldschiebungen sowie Handel mit gestohlenen Juwelen und Antiquitäten.

mit gestohlenen Juwelen und Antiquitäten.

In Sebastianis Nachtclub hatte die Polizei die Juwelen gefunden, die dem Industriellen Lucchini gestohlen worden waren. (Kurze Zeit danach wurde übrigens dessen Sohn entführt, für den Lucchino ein Lösegeld von sieben Milliarden Lire zahlte.) In einem Tresor von Bonazza fand die Polizei Diamanten und Goldbarren von großem Wert.

Der Fall Bonazza gibt einen weiteren Einblick, wie der faschistische Terror in Italien finanziert wird. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Italien:

Faschist Almirante für amerikanische Intervention

Der Führer der italienischen Faschisten (MSI), Almirante, besuchte kürzlich die USA und führte Gespräche mit amerikanischen Politikern, u.a. mit dem „Berater des Weißen Hauses für europäische Angelegenheiten", Clift. Dabei kam folgendes heraus:

„Alle stimmten darüber überein, daß die schwierige Lage der Nato in der Türkei und in Griechenland, die Probleme Protugals und Spaniens, die heikle Lage im Nahen Osten, die kommunistische Gefahr in Italien noch ernster macht", schrieb die „FAZ". Almirante fügte hinzu:

„Wenn Italien fällt, fällt das Mittelmeer, und die Funktion des atlantischen Bündnisses ist praktisch beendet."

Ferner berichtete Almirante, daß die USA eine Art *„wirtschaftliches Hilfsprogramm für die Länder, die von der kommunistischen Gefahr bedroht sind und sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden"* entwickeln – eine Art „zweiter Marshall-Plan". Der Berater von US-Präsident Ford, Clift, habe wörtlich gesagt: *„Die Beteiligung von Kommunisten an der Regierung eines Nato-Landes ist ein Unsinn"*.

Auf die Frage, ob die USA im Falle einer „kommunistischen" Regierung in Italien intervenieren würden, sagte Almirante später: *„Der Atlantikpakt legt die Verpflichtung der vertragsschließenden Parteien zu gegenseitigem Beistand fest, wodurch die USA verpflichtet sind, im Fall von politischen oder militärischen Pressionen, die die Unabhängigkeit von Nato-Ländern bedrohen, einzugreifen."*

(Alle Zitate aus „FAZ", 6.10.75). ●

Antimilitarismus-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Japan-USA:

Ein aggressives Bündnis !

Am 30.9.75 brach der japanische Kaiser Hirohito mit der Kaiserin Nagako und einem offiziellen Gefolge von 21 Personen zu einem fünfzehntägigen Staatsbesuch in die Vereinigten Staaten von Amerika auf. 86.000 Polizisten wurden in Japan und den USA zusammen aufgeboten, um das Herrscherpaar zu „schützen"! Nach der Ankunft auf dem Flugplatz von Williamsburg im Bundesstaat Virginia sind auf der Reise des Tenno über Washington, New York, Chikago, San Franzisko, Los Angeles, San Diego und Honolulu Gespräche mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger geplant, in denen u. a. die neue Lage in Südostasien eine Rolle spielen wird. In Japan haben heftige Angriffe der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition die politische Bedeutung der Tenno-Reise verdeutlicht. Besonders verweist die japanische Opposition hierbei auf die Gefahr, die von der Wiederaufwertung der politischen Funktion des Kaisers ausgehen kann.

Die Rolle des Tenno im System der Imperialisten

Vor dem Zusammenbruch des japanischen Imperialismus 1945 war der Tenno wichtigster Bestandteil des Systems, das die japanische Bourgeoisie zur Absicherung ihrer Herrschaft und zur Unterdrückung des japanischen Volkes geschaffen hatte. Der Tenno sonnte sich im Glanz eines von Gott gesandten Oberhauptes der großen Volksfamilie, der Erhabenheit eines göttlichen Kaisers, dem jeder einzelne bis zu seinem Tod absoluten Gehorsam schuldete. Es war ein Gehorsam, der in seiner Blindheit dazu führte, daß die Dschungel der im Zweiten Weltkrieg vom japanischen Faschismus brutal geknechteten Länder heute noch Gestalten ausspeien, die bis zum letzten Atemzug für ihren Kaiser zu foltern und zu morden bereit waren. Der Tenno war auch oberster Priester der Shinto-Religion, die den japanischen Imperialismus in den Mittelpunkt des Weltgeschehens stellt.

So hieß es: „Die acht Ecken der Welt unter einem Dach vereinigen". Dieses Dach sollte Japan sein. Nach dem Zusammenbruch des japanischen Imperialismus 1945 wurde der Kaiser gemäß der Nachkriegsverfassung nur noch als Symbol der Nation mit rein repräsentativen Verpflichtungen begriffen. Wie auch früher die japanischen Feudalclans in Krisenzeiten immer die Person des Kaisers besonders herausstrichen und versuchten, der Bevölkerung unbedingten Gehorsam gegenüber dieser Person einzuhämmern, dient auch heute vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krise und dem sich zuspitzenden Konkurrenzkampf mit anderen imperialistischen Mächten um Einflußgebiete, Absatzmärkte und Rohstoffquellen die Wiederaufwertung der politischen Funktion des Kaisers diesem Ziel.

Die sich vertiefende Kluft zwischen Bourgeoisie und Arbeitern, Bauern und Fischern, auf deren Rücken die Krise ausgetragen wird, soll gekittet, die sich verschärfenden Klassenkämpfe sollen eingedämmt werden. Das Volk soll sich wieder um einen von Gott gesandten Kaiser scharen und sich erneut blind vor den Karren der Imperialisten spannen lassen.

Politik der japanischen Imperialisten: Verstärktes Wiederaufrüsten

Hat die Wiederaufwertung der Person des Tenno hauptsächlich die Funktion, die japanische „Nation" im Sinne der Imperialisten zu „einigen", ist die außenpolitische Komponente der Mission im Zusammenhang mit der nach dem Fall Kambodschas und Vietnams neu entstandenen Situation im südostasiatischen Raum zu sehen.



Gegen das aggressive Bündnis mit den USA kommt es in Japan immer wieder zu Protesten – hier in Yc:.osuka

Am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York erklärte der SEATO-Ministerrat, die „South East Asia Treaty Organisation" werde als veraltet betrachtet und sich innerhalb der nächsten zwei Jahre auflösen. Der SEATO-Pakt zwischen USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Thailand und den Philippinen, gegründet am 8.9.54 in der philippinischen Hauptstadt Manila, gegen „kommunistische Infiltration" der Region, war von vornherein nicht mehr als ein juristischer Vorwand für die Präsenz der USA in Südostasien. Vor dem Hintergrund des Scheiterns der US-Aggression in Indochina scheint dieser Schritt eine logische Folge der Niederlage der Imperialisten.

In Wirklichkeit ist jedoch von einem Rückzug und einer Auflösung von imperialistischen Paktsystemen nicht die Rede. Daß der Imperialismus, vor allem der der USA und Japans, nichts von seiner Aggressivität eingebüßt hat, im Gegenteil diese noch beträchtlich steigert, zeigt die Aufwertung zweier anderer Pakte, des Anzugs-Pakts, 1951 zwischen USA, Australien und Neuseeland geschlossen, und der „Association of South East Asian Nations" (Asean), bestehend zwischen Insonesien, Thailand, Philippinen, Malaysia und Singapur. Indonesiens Außenminister Malik hat sogar den Vorschlag gemacht, durch eine neue Vereinigung die Asean-Länder mit dem Südpazifik zu verpflechten. Er regte ein Bündnis zwischen Japan, Indonesien, Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea an.

Bei den Bestrebungen der Imperialisten, sich nach den Niederlagen in Vietnam und Kambodscha neu zu formieren, spielen die Japaner eine hervorragende Rolle. Kein Land der Welt hat eine so schnelle militärische Expansion durchgemacht wie Japan seit 1957. Betrug der erste Fünfjahresplan zum Aufbau der Verteidigung noch 19 Mrd. Dollar, waren es 1962 schon 36 Mrd. Dollar. Der dritte Fünfjahresplan stieg auf 66 Mrd. Dollar, der vierte schnellte hoch auf 154 Mrd. Dollar. Heute halten die japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräfte" nach den Streitkräften der USA, UdSSR, Chinas, Großbritanniens und Frankreichs mit denen der BRD Platz Nr. sechs. Ein Überblick über die Stärke der SVS Ende 1974 verdeutlicht dies:

Bodenstreitkräfte:
Truppenstärke: 180.000, Reserven: 39.000, Bataillone: 5, Divisionen: 13, Hawk-Raketen-Bataillone: 6

Kriegsmarine:
Truppenstärke: 40.000, Schiffstonnage: 168.000, Flaggschiffgruppen: 4, Minensuchgruppen: 2, U-Booteinheiten: 2, Fliegergruppen: 5, Lokale Einheiten: 5

Luftwaffe:
Truppenstärke: 45.000, Flugzeuge: 911, Kampfgeschwader: 14, Aufklärungseinheiten: 1, Transporteinheiten: 2, Luftkontrollgruppen: 5, Nike Raketengruppen: 5

Die kriegsstärkste Kampfgruppe der SVS-Bodenstreitkräfte, die zweite Division aus Hokkaido, übt seit einiger Zeit den Kampf in kalten Gebieten. Solche Manöver machen klar, wie ernst es den Imperialisten mit ihren offenen Kriegsdrohungen gegen Nordkorea ist. Südkorea und Taiwan werden sogar schon öffentlich zur Selbstverteidigungszone gerechnet. All dies geschieht in Absprache und mit Unterstützung der USA.

So wurde bei dem Besuch Kissingers und Fords im November 1974 bei dem damaligen Ministerpräsidenten Kakuei Tanaka ein gemeinsames Kommunique herausgegeben, in dem es unter anderem hieß, es *„solle eine neue Ära der Partnerschaft beginnen"*.

Von dieser „Partnerschaft" des US-Imperialismus mit dem wiederentstandenen japanischen Imperialismus und Militarismus gehen heute die größten Gefahren für die Völker Asiens aus. ●

Japan-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Italien:

Ermittlungen gegen Putschisten

Drei faschistische Putschversuche der letzten fünf Jahre sollen ein gerichtliches Nachspiel haben. Im September forderte die Staatsanwaltschaft in Rom Anklageerhebung gegen 84 Personen. 49 Ermittlungsverfahren wurden eingestellt.

Die 500 Seiten starke Anklageschrift des Staatsanwalts Vitalone bezieht sich vor allem auf einen Putschversuch unter Führung des Altfaschischten Borghese im Dezember 1970 (s. dazu auch AK 51, S. 5). Die bürgerliche Presse hatte über diesen Putsch stets den Eindruck zu erwecken versucht, es habe sich dabei um eine „Operettenszene" ohne politisches Gewicht gehandelt. Der Umsturzplan, über den nur wenige Details bekannt geworden sind, sah u.a. die Besetzung mehrerer Ministerien sowie Rundfunk- und Fernsehstationen vor. Den Faschististen sollen angeblich nur 200 bewaffnete Forstaufseher (!) und 50 bewaffnete Faschisten der Organisation „Avanguardia nazionale" zur Verfügung gestanden haben. Bevor es zur Besetzung der Gebäude kam, wurde das Unternehmen plötzlich abgeblasen.

Den Putschisten werden in der Anklageschrift bewaffneter Putschversuch, subversive Vereinigung und der Besitz von Kriegswaffen zur Last gelegt. Zwei der Hauptbeteiligten sind inzwischen tot: Valerio Borghese und Giancarlo Esposti – ersterer starb inzwischen an Altersschwäche, der andere wurde bei einer Schießerei mit der Polizei getötet.

Weitere Hauptbeschuldigte sind: der Kapitalist Remo Orlandini, Luciano Berti (ehemaliger Inspektor des Landwirtschafts- und Forstministeriums, der die 200 Forstaufseher kommandierte), der MSI–Abgeordnete und Fallschirmjäger Sandro Saccucci, der General Ugo Ricci, der Anwalt Filipo de Jorio, ehemaliger Kommunalrat der Christdemokraten (!), der Kapitalist Mario Piaggio.

Orlandini war einer der Verfasser des Putschplanes und hatte ausgezeichnete Verbindungen zum italienischen Geheimdienst, dem SID.

Gegen den MSI-Abgeordneten und Fallschirmjägeroffizier **Saccucci** laufen zur Zeit noch weitere Ermittlungsverfahren, in denen er außer der oben angeführten Verbrechen auch des Menschenraubs und Diebstahls beschuldigt wird. Ein weiterer Prozeß erwartet ihn als Mitbegründer der faschistischen Organisation „Ordine nuovo". „Ordine nuovo" ist Ende 1973 verboten worden. Es existiert allerdings inzwischen eine Nachfolgeorganisation, „Ordine nero" („Schwarze Ordung").

Der Kapitalist Mario **Piaggio** wurde im letzten August verhaftet. Er wird beschuldigt, einen weiteren Putschversuch der faschistischen „Rosa dei Venti" („Windrose") finanziert zu haben.

Von den weiteren Beschuldigten ist besonders noch Stefano delle Chiaie interessant. Delle Chiaie ist auch wegen Mittäterschaft beim Mailänder Blutbad von 1969 angeklagt. Er war Mitbegründer der faschistischen Organisation „Avanguardia nazionale" Anfang der 60-er Jahre. Er gilt auch als „geistiger Kopf" der provokatorischen Taktik der Faschisten Ende der 60er Jahre: Infiltration in die außerparlamentarische Linke und Bombenanschläge unter „anarchistischer" Firma. (Hierzu bringt unsere Broschüre „Von Pinelli zu Feltrinelli" eine Reihe von Fakten).

Die Beteiligung des SID

Die bisher wohl größte Sensation im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die faschistischen Putschversuche war die Verhaftung des ehemaligen SID-Chefs Miceli. Miceli hatte von Ende 1970 bis 1974 den italienischen Geheimdienst geleitet. Er wurde am 31.10.74 verhaftet, als die Verbindungen zwischen dem SID und den Putschisten nicht mehr zu verheimlichen waren. Die Anklage bei seiner Verhaftung lautete: „Bildung einer geheimen Vereinigung von Militärs und Zivilisten, im Zusammenwirken mit anderen, die einen bewaffneten Umsturz und die Veränderung der Regierungsform bezweckte". – Sang- und klanglos wurde Miceli einige Monate später aus der Haft entlassen. Die Anklage gegen ihn lautet jetzt nur noch auf „Begünstigung". In seiner Anklageschrift enthüllt Staatsanwalt Vitalone einige Aspekte dieser „Begünstigung". Demnach lagen Miceli bereits am 15.12. 1970, eine Woche nach dem Putschversuch, genaue Angaben über den Putsch und die Namen der Anführer vor. Am 23.12. folgten weitere Namen und Details. Miceli hat nichts davon weitergegeben. Auf Nachfragen leugnete er, daß der SID überhaupt Informationen hatte. (Tatsächlich war Miceli sogar v o r h e r schon in die Putschpläne eingeweiht!). Der Gang der Ermittlungen weist eher darauf hin, daß die tatsächlichen Hintergründe der Putschpläne weitgehend vertuscht werden. Die Verantwortlichen, die nach wie vor im Staatsapparat sitzen, kommen wieder einmal ungeschoren davon.

Eine ununterbrochene Kette von Putschversuchen

Die weiteren „Ermittlungen" (?) der Staatsanwaltschaft betreffen die praktisch ununterbrochene Kette von Putschversuchen zwischen 1970 und 1974.

Gegen Clemente Graziani (Mitbegründer von „Ordinie nuovo"), Elio Massagrande, Amos Spiazzi, Mario Piaggio, Attilio Lercari und andere wird wegen der Putschpläne der „Windrose" ermittelt. Diese Organisation hatte zwischen März 1971 und November 1973 einen bewaffneten Militärputsch geplant.

In die „Strategie des Terrors" reiht sich auch die Gruppe um den Turiner Faschisten Mario Pavia ein. Dieser faschistischen Gruppe wird vorgeworfen, sie wollte Pläne konkretisieren, die durch den Einsatz von radioaktiven Waffen (!), Attentate auf Politiker und Gewerkschafter, dem bewaffneten Eingreifen reaktionärer Militärs einen Vorwand liefern sollten.

Eine weitere faschistische Gruppe wollte durch die Entführung des Ministerpräsidenten die Auflösung des Parlaments und die Auswechselung der Regierung erzwingen.

Ein weiteres Schlaglicht auf die weitverzweigten Putschvorbereitungen wirft auch die nunmehr erfolgte Einstellung der Ermittlungen gegen Edgardo Sogno und Randolfo Pacciardi. Pacciardi ist einer der Führer von „Nuovo Republica" („Neue Republik") und sollte nach den Plänen der Verschwörer der Präsident der Regierung „nach dem Putsch" werden. Sogno ist einer der Führer der rechtsgerichteten „Liberalen" Partei (PLI), die enge Verbindungen zur christdemokratischen Rechten hat. Sogno war während des 2. Weltkrieges Kommandant einer Allierten-Einheit. Aus dieser Zeit stammen auch seine sehr herzlichen Beziehungen u.a. zum CIA. Sogno und Pacciardi gehören zum sozusagen „gut-bürgerlichen" Flügel des Putschisten-Netzes.

Ihr „Verschwinden" aus den Ermittlungen zeigt erneut, daß der Staat die Wahrheit über die Putschpläne nicht klären will, sondern im Gegenteil an ihrer Vertuschung arbeitet. ●

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

USA:

Klassenjustiz will 282 Jahre Gefängnis gegen Bürgerrechts-Kämpfer verhängen !

Das „US Supreme Court", das Oberste Gericht der USA soll in nächster Zeit entscheiden, ob gegen zehn Bürgerrechtskämpfer hohe Gefängnisstrafen verhängt werden. Die zehn, unter ihnen ein Geistlicher, sind von einem Gericht in North Carolina im Oktober '72 zu insgesamt 282 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Die Begründung für das Urteil: Die Angeklagten hätten ein Geschäft angesteckt und die Feuerwehr mit Waffengewalt am Löschen gehindert. Obwohl diese Anschuldigungen unhaltbar sind (die Verteidigung konnte dem Gericht 2.000 (!) Fehlentscheidungen nachweisen), ist eine Überprüfung dieses Urteils von mehreren Gerichten, u.a. vom höchsten Gericht des Bundesstaates North Carolina, abgelehnt worden.

Zur Vorgeschichte des Prozesses: Im Januar 1971 protestierten afroamerikanische Schüler mehrerer Oberschulen in Wilmington (50.000 Einwohner-Stadt an der Atlantikküste) gegen die Rassenpolitik der Schulbehörde und forderten die Entlassung von Rassisten unter den Lehrern sowie eine Ehrung für den ermordeten Bürgerrechtskämpfer Martin-Luther King. Daraufhin suspendierte die weiße Schulleitung mehrere dieser Schüler vom Unterricht. 1.000 Einwohner der Stadt antworteten mit einer Demonstration, mit der sie die Forderungen der Jugendlichen unterstützten. Daraufhin begann der Ku-Klux-Klan und die Rassistenorganisation „Rechte für die weiße Bevölkerung" mit ihren bewaffneten Banden die schwarze Bevölkerung tagelang zu terrorisieren. Bei diesen Überfällen wurde ein jugendlicher Schwarzer von der Polizei erschossen, ein weißer Einwohner von Unbekannten getötet und ein Lebensmittelgeschäft angesteckt.

Ein Jahr später machte ein Gericht zehn Bürgerrechtskämpfer – die sogenannten „Wilmington 10" – für die Unruhen verantwortlich und behauptete, sie hätten das Geschäft in Brand gesteckt. Nach zwei Monaten wurden die Angeklagten schuldig gesprochen und erst nach mehreren Monaten Haft gegen Kaution entlassen.

Mit den Angeklagten steht die gesamte Bürgerrechtsbewegung vor Gericht. Die Forderung nach Freiheit für die „Wilmington 10" war in den USA Inhalt von Dutzenden von Kundgebungen und Demonstrationen. Allein in Raleigh, der Hauptstadt von North Carolina, nahmen 10.000 an einem Protestmarsch teil.

Hier entwickelt sich eine ähnliche Solidaritätskampagne wie vor drei Jahren gegenüber Angela Davis.

Daß dies nicht der letzte Prozeß war, in dem Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung ohne jegliche Beweise abgeurteilt werden, dafür „sorgt" schon allein die Zusammensetzung der US-Gerichte. So sitzen im Obersten Gericht von North Carolina mindestens zwei Mitglieder des rassistischen Geheimbundes Ku-Klux-Klan. ●

Leitung Bezirk Bergedorf,
KB/Gruppe Hamburg

England: Parteitag der Labour Party



Die Labour-Führung beschließt ihren Parteitag mit dem Absingen des Liedes „The red flag is flying" („Die rote Fahne flattert") nach der Melodie „Oh Tannebaum, oh Tannebaum..."

In den ersten Oktobertagen fand in Blackpool der diesjährige Labour-Parteitag statt. Die Presse strotzte von Berichten über wilde Flügelkämpfe zwischen den „Gemäßigten", den „Linken" und den „Extremisten", und in der Tat ist manches, was sich in Blackpool abspielte, für den hiesigen, an die westdeutschen Sozialdemokraten gewöhnten Betrachter recht erstaunlich. Die Auseinandersetzungen, die sich hier zwischen der SPD und ihrer Jugendorganisation abspielen, sind in der Labour Party wesentlich schärfer und laufen quer durch die Partei bis hin zu Fraktionen im Parteivorstand und Kabinett.

So bezeichnete Tony Wedgwood Benn, Mitglied des Parteivorstandes, ehemaliger Industrieminister (wegen seiner anti-EG-Haltung abgesetzt), jetziger Energie-Minister im Kabinett Wilson, Mitglied der linkssozialistischen „Tribune-Group" (zu der ca. 80 Parlamentsabgeordnete gehören),
Wilson, Mitglied der linkssozialistischen „Tribune-Group" (zu der ca. 80 Parlamentsabgeordnete gehören),
das Privateigentum als *„Grundübel des Kapitalismus"*. Die Labour Party sei nicht dafür da, *„den Kapitalismus zu managen, sondern die Gesellschaft zu verändern"*. *„Wir sind nicht gewählt worden, nur um ein ungerechtes und ineffektives System durch eine weitere Krise zu hätscheln damit es seine Lebenskraft zurückgewinnt und denselben Leuten zurückgegeben werden kann, in deren Interesse es immer wirken wird"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.10.75 und „Guardian", 2.10.75).

Einige der fortschrittlichen Resolutionen der unteren Parteiorganisationen wurden mit knapper Mehrheit angenommen:

▶ Zur **Wohnungsbaupolitik**: Entgegen der ausdrücklichen Empfehlung des Parteivorstandes, diese Resolution lediglich „zur weiteren Erwägung" an den Parteivorstand (PV) weiterzugeben, setzten die Linken eine Abstimmung darüber durch. Die Resolution wurde angenommen. Sie kritisiert die bisherige Politik der Regierung und fordert eine sofortige Aufhebung der Kürzung der staatlichen Investitionen im Wohnungsbau. Die bisherige Politik trage nicht dazu bei, das private Hausbesitzertum abzuschaffen und das kommunale Eigentum an Wohnungen zu fördern.

▶ Zum **Gesundheitswesen**: Ebenfalls entgegen der Empfehlung des Parteivorstandes nahm der Parteitag eine Resolution an, die die völlige Abschaffung von Privatbetten in den Krankenhäusern fordert.

▶ Der rechte Labour-Führer Denis Healy, Finanzminister im Wilson Kabinett, wurde aus dem PV abgewählt und an seine Stelle Eric Heffer hineingewählt.

Die Rechten setzen sich durch

Der Hauptteil der linken Resolutionen und Anträge allerdings wurde abgelehnt. So z.B. die Forderung nach **Austritt aus der Nato**, wofür aber immerhin ein Drittel der Delegierten stimmte!

Nicht verhindern konnte der Parteivorstand allerdings die Forderung nach **Herabsetzung der „Verteidigungs"kosten**.

Abgelehnt wurde der Antrag, die sofortige Verstaatlichung der Banken und Versicherungsgesellschaften einzuleiten.

In einer entscheidenden Frage des Parteitages stimmte die Mehrheit der Linken sogar zusammen mit den Rechten: Mit großer Mehrheit billigte der Parteitag das „Antiinflationsprogramm" der Regierung – also das sechs-Pfund-Lohndiktat, nachdem dies sogar die „Linken" Foot (Arbeitsminister, Tribune-Mitglied) und Benn (Energieminister) empfohlen hatten.

SDA – rechte Sozialdemokraten formieren sich

Von der konservativen Presse und dem rechten Labour-Flügel wurden natürlich die Versuche der Labour-Linken, auf dem Parteitag sozialistische Positionen durchzusetzen, in antikommunistischer Weise verleum-
Linken, auf dem Parteitag sozialistische Positionen durchzusetzen, in antikommunistischer Weise verleum-
det.

Besonders tat sich dabei die „Social-democratic Alliance" (SDA) hervor. Diese rechten Vögel innerhalb der Labour-Party verstehen sich als „Kampftruppe" gegen die „Infiltration linksradikaler Kräfte" in die Labour Party. An die Öffentlichkeit trat die SDA vor allem in der Auseinandersetzung zwischen dem rechten Labour-Mann Prentice und seiner Wahlkreisorganisation Newham/London, die ihn im August nicht wieder als Parlamentskandidaten aufstellte, sondern dem Linken Tony Kelly den Vorzug gab (siehe AK Nr. 65). Die SDA versprach Prentice ihre Unterstützung im Kampf um sein Mandat, den er mit „allen Mitteln" gegen die „kleine nicht-repräsentative Minderheit" führen will.

Während des Labour Parteitages gab die SDA ein Papier an die Presse, überschrieben „Ostwind über Blackpool", in dem sie elf Mitglieder des 29-köpfigen Parteivorstandes **„Kontakte zur Kommunistischen Partei Englands"** (den Revisionisten) vorwirft. „Beweise" dafür sind Artikel, die einige dieser PV-Mitglieder in der Tat im „Morning Star", der Zeitung der CP, geschrieben haben, bzw. Interviews, die im „Morning Star" abgedruckt worden waren. Andere linke Labour wurden „überführt", „sozialistische Länder" besucht zu haben, einer hatte mal im Moskauer Rundfunk gesprochen usw. ...

In dem Papier heißt es dann: *„Zu unserem Bedauern scheinen Befürchtungen berechtigt, daß einige aus dem Parteivorstand mit den osteuropäischen Diktaturen sympathisieren und daß auch einige mehr mit der Kommunistischen Partei zu tun haben, als vereinbar ist mit der demokratischen und antikommunistischen Tradition von Gaitskell oder Bevan* (rechte Labour-Führer nach dem ersten Weltkrieg – AK)" („Morning Star", 29.9.75).

Aber nicht nur die SDA hatte antikommunistische Angriffe auf die Linken zu bieten. Etwas weniger plump beschwor Wilson die „Gefahr der Infiltration der Labour Party durch kleine Gruppen". *„Die Partei muß sich gegen Aktivitäten kleiner Gruppen von inflexibler Überzeugung schützen, gegen die extremen sog. Linken und in einigen Fällen gegen die extremen sog. Gemäßigten, denen ihr arroganter Dogmatismus gemeinsam ist"* („FAZ", 1.10.75).

Wilson schlug dazu vor, breit für neue Mitglieder zu werben, um eine *„Erneuerung unserer Partei als Erfordernis für die Erneuerung unseres Landes"* durchzusetzen. Er kritisierte die *„Faulheit und Apathie"* vieler Mitglieder (die viel strapazierte „schweigende Mehrheit"!), die es ermögliche, daß eine Handvoll von Extremisten ganze Wahlkreise in die Hand bekämen (gemeint war die „Verabschiedung" von Rechtsaußen Prentice durch die linke Basis in seinem Londoner Wahlkreis). Wilson appellierte an diese „schweigende Mehrheit", in Zukunft „wachsam" zu sein.

An der Seite der Konterrevolution

An der Seite der Konterrevolution

Nicht fehlen durfte auf dem Labour-Parteitag natürlich PS-Führer Soares, der sich gegenwärtig bei der westeuropäischen Sozialdemokratie und der internationalen Reaktion (z. B. beim amerikanischen Geheimdienst CIA) Geld und Anerkennung als „einzig rechtmäßiger Vertreter der Mehrheit des portugiesischen Volkes" besorgt.

Soares hielt im Namen der „Sozialistischen Internationale" eine Begrüßungsansprache. Danach verabschiedete der Parteitag „gegen nur wenige Gegenstimmen" („Süddeutsche Zeitung", 3.10.75) eine Resolution, in der die portugiesischen Streitkräfte aufgefordert werden, *„die Macht den demokratisch gewählten Vertretern des Volkes zu geben"* („Guardian", 3.10.75).

Ganz ohne Proteste unter den Linken ging das allerdings nicht über die Bühne. Die „SZ" schrieb am 3.10.75: *„Es bedurfte jedoch der ganzen Überredungskunst von Aussenminister Jim Callaghan und eines scharfen Angriffs durch ihn auf die Soares-Gegner in der Labour-Party sowie einer geschickten Konferenzstrategie, die dafür sorgte, daß Wortmeldungen zu engagierter Soares-Gegner übersehen wurden, um peinliche Augenblicke für den portugiesischen Parteiführer zu vermeiden"*. Ganz vermieden werden konnten sie allerdings nicht, wie aus dem „Guardian" vom 3.10.75 hervorgeht. So sagte der Delegierte John Quirk aus Norwood in seinem Beitrag, daß der Parteitag *„der portugiesischen Arbeiterklasse einen schlechten Dienst erweisen würde, wenn er die Resolution annähme. Er stellte Mario Soares Fragen: warum er die Aussperrung von Arbeitern aus einer Fabrik unterstützt habe? Warum er mit den ‚Tories' der PPD kollaboriere? Warum er die EG unterstütze?"* („Guardian", 3.10.75).

Ein anderer Delegierter aus Braintree, Alan James, stellte fest, daß in Portugal die *„Konterrevolution zu mobilisieren beginne"*, dies sei auch *„unvermeidlich, solange nicht das portugiesische Volk seine Revolution auf klaren Positionen der Arbeiterklasse aufbauen würde, der Wahl aller öffentlichen Bediensteten und dem Aufbau einer Arbeitermiliz als Gegenposition zur Armee"* (s.o.).

Natürlich handelte es sich hierbei um eine kleine Minderheit der Delegierten, die in Opposition zur allgemein ausgegebenen reaktionären Linie der westeuropäischen Sozialdemokratie steht. (Zahlen über das Stimmenverhältnis bei der Abstimmung über die Portugalresolution haben wir leider nicht gefunden). Bezeichnend für die noch relativ große Demokratie und Spielraum für Linke in der Labour Party ist es aber, daß solche Standpunkte auf einem Parteitag bezogen werden können – ziemlich undenkbar für die westdeutschen Verhältnisse in SPD und Gewerkschaften.

Labour Linke – falsche Perspektive

In der Labour Party gibt es, das hat auch der Parteitag wieder gezeigt, ein relativ großes Potential
In der Labour Party gibt es, das hat auch der Parteitag wieder gezeigt, ein relativ großes Potential
von linkssozialistischen Genossen, die zur Frage der Nato, EG, Protugal oder auch innenpolitischen Fragen fortschrittliche Positionen vertreten. Traditionell ist das Spektrum „zugelassener" Meinungen in der Labour-Party, aber auch in den Gewerkschaften, wesentlich breiter als in der BRD. Ausschlußverfahren auf Grund irgendwelcher Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind uns nicht bekannt. Es gab mal in den 50-er Jahren im TUC (Gewerkschaftsdachverband) einen Beschluß, daß Mitglieder der revisionistischen CP keine hohen Funktionärsposten bekleiden dürfen. Für die betrieblichen Vertrauenskörper (shop stewards) wäre eine solche Verordnung allerdings nicht durchführbar, denn diese werden ausschließlich von den Arbeitern gewählt, die sich in der Regel darum nicht kümmern würden, wie ja auch in der Regel (ca. 90%) gestreikt wird, ohne daß die Gewerkschaftsführung den Streik für „official" erklärt hat. Außerdem sind gegenwärtig mehrere hohe TUC-Funktionäre – wie z.B. der Präsident der schottischen Bergarbeiter McGahey – CP-Mitglieder. Erst neulich ist sogar das ZK-Mitglied der „CPB/ML", Reg Birch, in den TUC-Vorstand gewählt worden.

Dennoch ändern diese Tatsachen natürlich nichts daran, daß die Labour Party eine Partei der Bourgeoisie ist, d.h. nicht wirklich, wie sie es vorgibt, im Interesse der Arbeiterklasse Politik betreibt. Gerade die Erfahrungen der Arbeiter mit der Labour Party in diesem Jahr beweisen dies wieder: Im Wahlprogramm war 1974 noch versprochen worden, im Falle einer Labour-Regierung eine *„fundamentale Veränderung der englischen Gesellschaft"* zu betreiben, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen und ein Wirtschaftsprogramm durchzuführen, bei dem „die Reichen aufheulen werden vor Wut". Fakt ist heute eine Inflationsrate von offiziellen 26% und ein Lohndiktat, das die Lohnerhöhungen auf etwa zwölf Prozent beschränkt.

Die Desillusionierung darüber führt zur Resignation breiter Teile der Arbeiter, zum Abrücken von der Labour Party, entweder in die Richtung nach rechts, in die politische Untätigkeit, oder zum vorläufig geringeren Teil nach links. Um ihre Integrationskraft gerade nach links aber weiterhin aufrecht zu erhalten, wird unter den Labour-Linken die Parole ausgegeben, weiterhin „Druck von unten" zu machen, um die Führer endlich „zu einem sozialistischen Kurs zu zwingen". So schrieb Syd Bidwell, Vorsitzender der Tribune-Group im Parlament, am 29.9.75 im „Morning Star": *„Entsprechend den Grundzügen des Wahlprogramms muß eine sozialistische Politik energisch durchgesetzt werden. Der Parteitag muß sofort eine Kehrtwende weg vom gegenwärtigen Kurs, auf den die Regierung eingeschwenkt ist, hin zu einer Politik verlangen, die die Arbeitslosigkeit und Krise effektiv bekämpft und gleichzeitig deren grundlegende Ursachen in Angriff nimmt. Das heißt, der Forderung in unseren beiden letzten Wahlprogrammen nach ‚einer fundamentalen und unwiderruflichen*
der Forderung in unseren beiden letzten Wahlprogrammen nach ‚einer fundamentalen und unwiderruflichen
Verschiebung des Reichtums und der Macht zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und deren Familien', eine praktische Wendung zu geben". Danach führte Bidwell konkrete Forderungen auf, wie „Preisstop", „mehr Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser, drastische Kürzung der Ausgaben für Waffen und überseeische Militärvorhaben", „Abschaffung der sechs-Pfund-Lohnbeschränkung, Erhöhung der Renten" usw. usf.

Zum Schluß schreibt er: *„Diesmal sind wir schon zahlreicher. Diesmal gibt es überall ermutigende Anzeichen dafür, daß die Genossen in den Wahlkreisen nicht bereit sind, sich überrollen und von ihren sozialistischen Standpunkten abbringen zu lassen"*.

De facto ist es aber natürlich so, daß die Labour-Linke ideologisch ziemlich uneinheitlich ist, von linkssozialistischen über sozialistische bis hin zu trotzkistischen Standpunkten geht das Spektrum. Allen gemeinsam ist ihnen aber die Illusion, die Labour Party durch Basisarbeit „umdrehen" zu können und den Kapitalismus durch eine derart umgekrempelte Labour-Party auf friedlichem Wege über „worker's control" (Arbeiterkontrolle), Investitionslenkung und Verstaatlichung "zurückzudrängen".

Eine der wesentlichen Bedingungen für die revolutionäre Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung wird es sein, die sozialitische Linke in und an der Labour Party und vor allem in den Gewerkschaften aus diesen Illusionen zu befreien, zu beweisen, daß die Labour Party eine Partei der Bourgeoisie ist, aus der man mit noch so viel Druck keine Partei der Arbeiterklasse machen kann; zu beweisen, daß die einzige Chance der Arbeiterbewegung darin besteht, mit der sozialdemokratischen Ideologie zu brechen; daß in diesem Zusammenhang die objektive Funktion der Labour-Linken darin besteht, die Arbeiter weiter an die Sozialdemokratie zu binden und sich mit dem Kapitalismus friedfertig zu arrangieren. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frauen in Vietnam



Das vietnamesische Volk kämpfte gegen französische und US-Truppen für die Unabhängigkeit und Wiedervereinigung seines Landes, für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Angesichts einer halben Million US-Soldaten in Vietnam, des Einsatzes einer gigantischen Militärmaschinerie, giftiger Chemikalien, Millionen Tonnen Sprengstoff und Napalm konnte dieser Kampf nur siegreich sein, weil er von dem größten Teil der Bevölkerung unterstützt wurde. An diesem Befreiungskampf und an dem Aufbau der neuen Gesellschaft nahmen und nehmen auch in immer größerem Maße die vietnamesischen Frauen teil, zugleich befreiten und befreien sie sich dabei auch Schritt für Schritt von der traditionellen Unterdrückung durch den Mann.
Im folgenden soll besonders dieser Kampf um die Befreiung der vietnamesischen Frauen dargestellt werden. Die Informationen stammen aus dem Buch: „Frauen in Vietnam", herausgegeben vom Initiativkomitee für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD).

Traditionelle Unterdrückung der vietnamesischen Frau

Chinesische Feudalherren herrschten etwa ein Jahrtausend über Vietnam und machten die Lehren des Konfuzius zur vorherrschenden Ideologie. Das bedeutete für die Frau zusätzlich zur Ausbeutung durch die Feudalbourgeoisie die vollständige Unterordnung unter den Mann: Frauen wurden als das Besitztum der Männer angesehen und hatten vor allem die Aufgabe, männliche Nachkommen zu gebären. Polygamie und Kinderehe wurden vom Gesetz gebilligt, der Kauf einer Frau oder Konkubine (Nebenfrau) war billiger als der Erwerb eines Sklaven. Frauen hatten niemals das Recht, sich selbst den Ehemann zu wählen. Sie wurden stattdessen an den Meistbietenden verschachert.

Der Konfuzianismus hatte in den ärmeren Schichten allerdings sehr viel weniger Einfluß, da die Ehepartner die Unterdrückung und Ausbeutung gemeinsam tragen mußten und gemeinsam den Kampf ums Überleben führten, in dem die Frau gleiches wie der Mann leistete.

Bei dem Versuch, die Besatzer aus dem Lande zu vertreiben, gab es erste Beispiele für die Beteiligung der Frauen am Widerstandskampf. Unter Führung der Schwestern Trung gelang es für drei Jahre (etwa im Jahre 43 nach unserer Zeitrechnung) die nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen, durch einen vollständigen militärischen Sieg über die chinesischen Feudalisten.

Beginn einer organisierten Frauenbewegung

Die Periode des Feudalismus wurde abgelöst durch den französischen Kolonialismus. Deiche wurden zerstört, Dörfer überflutet, die Bevölkerung konnte nicht mehr länger von der Landwirtschaft leben und war gezwungen, zu Hungerlöhnen und bei katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Minen, Plantagen und Fabriken der Eroberer zu arbeiten.

In diesem System der ständig wachsenden Unterdrückung, Armut und Erniedrigung verschärfte sich auch die Unterdrückung der Frau: sie wurde zur Sklavin des Sklaven. Ein Mann konnte eine Konkubine oder eine Sklavin für ein paar Pfund Reis erwerben. Die Franzosen kommerzialisierten die Sexualität und zwangen Tausende von Frauen zur Prostitution.

Als 1930 unter der Führung von Ho Chi Minh die Indochinesische Kommunistische Partei gegründet wurde, wurde der Kampf für die Emanzipation der Frau zu einem entscheidenden Ziel im Kampf gegen Feudalismus und Kolonialismus erklärt: *„Die Frauen machen die Hälfte der Gesellschaft aus. Wenn die Frauen nicht frei sind, dann wird auch die Gesellschaft niemals frei sein können"* (Ho Chi Minh). Kurz darauf wurde von Frauen, die in enger Verbindung zur KP standen, die Frauenvereinigung Vietnams gegründet. Sie unterstützte die Politik der KP, konzentrierte aber in dieser eigenen Frauenorganisation alle Kräfte auf den Kampf für die Rechte der vietnamesischen Frauen. Sie versuchte hier große Teile der arbeitenden Frauen zu organisieren. Ihre wichtigsten Forderungen:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
- **Zwei Monate bezahlter Schwangerschaftsurlaub!**
- **Weg mit der erzwungenen Heirat!**
- **Weg mit der Polygamie!**
- **Beseitigung der allgemeinen Geringschätzung der Frauen!**

Diese Forderungen wurden in den nächsten Jahren auf Demonstrationen und Aufmärschen zu weitverbreiteten Parolen, unter ihnen fanden wichtige Kämpfe statt. In den Provinzen von Nghe Tinh gelang es den Bauern, die örtlichen Funktionäre des Kolonialregimes zu vertreiben und Sowjets zu bilden. Zum ersten Mal in der Geschichte Vietnams wurde dann hier auch Land an Frauen verteilt. Frauen nahmen an öffentlichen Versammlungen und an politischen Schulungskursen teil.

Als sich die Kämpfe von 1940 bis 45 zuspitzten und die Partei sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen vorbereitete, schloß sich die von der Frauenorganisation organisierte geheime „Bewegung der Frauen" der Viet Minh (der Nationalen Befreiungsfront) an. Frauen organisierten Demonstrationen gegen die hohen Steuern. Vom Hunger bedroht gingen sie mit Knüppeln und Stangen gegen ihre Peiniger an. Sie schmuggelten Waffen, agitierten unter den feindlichen Soldaten und arbeiteten als Kundschafter. Auch an den ersten bewaffneten Aktionen gegen die Franzosen nahmen Frauen teil. 1945 wurde die erste Guerilla-Einheit gebildet, die nur aus Frauen bestand.

Unterdrückung der vietnamesischen Frauen unter dem Saigoner Regime

Zwar konnten die Franzosen in der Schlacht von Dien Bien Phu entscheidend geschlagen werden – die internationale Anerkennung Vietnams als unabhängigen, souveränen Staat, freie Wahlen, all das kümmerte die US-Imperialisten nicht. Sie unterstützten den Saigoner Diktator Diem, später Thieu und errichteten ein neokolonialistisches Marionettensystem. Während im
perialisten nicht. Sie unterstützten den Saigoner Diktator Diem, später Thieu und errichteten ein neokolonialistisches Marionettensystem. Während im
Norden mit der Gründung der DRV (Demokratische Republik Vietnam) der Wiederaufbau des Landes und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung begann, ging die Unterdrückung im Süden des Landes weiter. Unter dem ständigen Terror und der Eskalation der Gewalt hatten besonders die Frauen zu leiden.

- Frauen von Widerstandskämpfern, die sich im Norden befanden, wurden zur Scheidung gezwungen; weigerten sie sich, wurden sie in Gefängnisse und Folterhäuser gesperrt. Die ständigen, barbarischsten Vergewaltigungen dürfen nicht als „bedauerliche Entgleisungen Einzelner" oder „Folgen des Krieges" angesehen werden. Sie waren vielmehr Teil einer planvollen Politik und wurden vom US-Imperialismus gezielt in die militärische Vorbereitung der Soldaten einbezogen. Da sich solche Ansprüche wie „Kampf um Demokratie" und „Verteidigung der freien Welt" für die US-Soldaten nach kurzem Aufenthalt in Vietnam schnell entlarvten, war der militärische Drill vor allem auf eine Brutalisierung ausgerichtet, auf Rassismus und Frauenfeindlichkeit.
- Durch die zunehmende Verelendung wurden viele Frauen zur Prostitution gezwungen. Auf dem Höhepunkt der Besetzung gab es 400.000 Prostituierte – fast auf jeden amerikanischen Soldaten eine Frau.
- US-Soldaten „mieteten sich Ehefrauen", die für ein monatliches Taschengeld Dienerin und Sexualpartner waren. Bei den meisten dieser „amerikanisch-vietnamesischen Ehen" handelte es sich um offene Sklaverei.
- Die Hälfte von allen politischen Gefangenen in Vietnam waren Frauen. In den Gefängnissen und Tigerkäfigen waren sie brutalsten Folterungen ausgesetzt.

Der Volkskrieg ist auch der Krieg der Frauen, weil die Beteiligung der Frauen ausschlaggebend für seinen Sieg ist

1960 wurde in Südvietnam die Nationale Befreiungsfront (FNL) gegründet, die den militärischen Widerstandskampf gegen die US-Regierung und ihre Lakaien aufnahm. Das 10-Punkte-Programm der FNL geht ausdrücklich auf die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ein. Es heißt: *„Angesichts ihrer Verdienste im Kampf gegen die US-Aggression und im nationalen Befreiungskampf muß größte Aufmerksamkeit der politischen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung der Frauen gewidmet werden... Frauen sind auf politischem, kulturellem und sozialem Gebiet gleichberechtigt."* Die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR), die am 10. Juni 1969 gegründet wurde, übernahm das Programm der FNL. Die Frauenvereinigung zur Befreiung Südvietnams (gegr. 1961) propagierte die drei „Verantwortlichkeiten" für die Frauen: Verantwortung für die Produktion, für die Familie und die Unter-
(gegr. 1961)" propagierte die drei „Verantwortlichkeiten" für die Frauen: Verantwortung für die Produktion, für die Familie und die Unter-
stützung der Front. Im Laufe dieses Kampfes haben die Frauen neue Berufe erlernt, 30 % der Kader der FNL waren Frauen. Durch diese Aufgaben begannen sie sich im starken Maße von ihrer traditionellen Unterdrückung zu befreien.

Im Volkskrieg spielt der politische Kampf eine fundamentale Rolle, weil der militärische Kampf nur durch die Unterstützung großer Teile des Volkes erfolgreich geführt werden kann. In diesem politischen Kampf, zu dem die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit gehörte, die Organisation von Protestdemonstrationen, die Agitation unter den Soldaten des Saigoner Regimes, trugen die Frauen die entscheidende Verantwortung. Die Frauen unterstützten durch ihre Arbeit militärische Aktionen, indem sie etwa von Guerilla-Einheiten ablenkten. Während *„beispielsweise eine Guerilla-Einheit eine Garnison der Saigoner Armee überrannte, protestierten Tausende von Frauen, deren Söhne und Ehemänner zum Eintritt in die Saigoner Armee gezwungen worden waren, vor dem Amtssitz des Gouverneurs."*

Fortsetzung Seite 26



Frauen übernehmen entscheidende Aufgaben in der Produktion

Frauen in Vietnam

Fortsetzung von Seite 25



Frauen schießen US-Flugzeuge ab . . .



. . . und nehmen die abgeschossenen Aggressoren gefangen

Mit großer Energie versuchten die Frauen die Kampfmoral der Saigoner Truppen zu unterminieren und die Soldaten zur Desertation zu bewegen. Jede Nacht bezogen Frauen mit Megaphonen vor den Kasernen der Saigoner Armee Stellung und agitierten. Die Desertationsrate, die 1972 sprunghaft auf 25.000 Mann pro Monat anstieg, ist nicht zuletzt auf die Arbeit der Frauen zurückzuführen.

Doch auch an dem bewaffneten Kampf beteiligten sich die Frauen. Die Guerillakämpferinnen von Chu Chi zerstörten in den ersten sechs Monaten von 1966 99 Fahrzeuge des Gegners. Die Frauen von Quang Nam durchschwammen einen Fluß, um amerikanische Truppen anzugreifen. Sie töteten 21 Yankees! In den Städten wurden von Frauen geheime Selbstverteidigungsorganisationen gegründet. Die Einheit von Hue, die aus elf Frauen bestand. hielt während der Tet-Offensive ein US-Marine-Bataillon in Schach.

In Nordvietnam gehörten nahezu alle Frauen zur Volksmiliz, die auf den Feldern, in den Fabriken und Schulen arbeiteten. *„Sobald amerikanische Flugzeuge gesichtet wurden, nahmen diese Frauen ihre Gefechtspositionen ein. Sie wurden zu Experten an Flakgeschützen, schossen Flugzeuge ab und nahmen Piloten gefangen, während sie weiter ihren Beruf ausübten oder ihre Ausbildung fortsetzten."*

In Nordvietnam waren nur wenige Frauen Mitglieder der regulären Armee, nicht weil sie unfähig wären zu kämpfen, sondern weil sie weitgehend die Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft übernahmen und für die Erziehung der Kinder sorgten. In den Kooperativen, zu denen sich die Bauern zusammenschlossen, überwanden die Frauen uralte Geschlechterrollen und lernten zu pflügen, Geräte zu reparieren und anderes.

Um sicherzustellen, daß Frauen auch in Führungspositionen arbeiteten, wurde ein Gesetz erlassen, das vorschreibt, daß eine Frau im Direktorium sitzen muß, falls die Arbeiterschaft einer Fabrik oder einer landwirtschaftlichen Kooperative zu 40 % aus Frauen besteht – besteht sie zu 70 % aus Frauen, muß der Direktor eine Frau sein!

„Der Verzicht auf die Befreiung der Frauen bedeutet den Verzicht auf die Befreiung der halben Menschheit. Das Versagen bei der Befreiung der Frauen bedeutet, daß der Aufbau des Sozialismus nur halb gelungen ist..." (Ho Chi Minh)

Auch wenn ein großer Teil der Bevölkerung eines Landes begriffen hat, daß die Wurzel für Unterdrükkung und Ausbeutung in dem System einer kapitalistischen und neokolonialistischen Gesellschaftsordnung liegt und begonnen hat, diese Ordnung zu bekämpfen und zu verändern, so ändert sich damit noch nicht automatisch die besondere Unterdrückung der Frau. Für die vietnamesische Frau war es ein mühevoller Prozeß, genügend Selbstvertrauen zu gewinnen, um diesen Kampf aufzunehmen, und ein selbständiges Leben zu führen und die traditionelle Unterdrückung zu überwinden.

Unterstützt und beschleunigt wurden diese Lernprozesse zum einen durch die materielle Verelendung des Volkes, der einen gleichberechtigten Kampf von Mann und Frau „ums Überleben" notwendig machte, durch die Teilnahme der Frauen am Volkskrieg und durch die revolutionären Organisationen, die die Gleichberechtigung der Frauen, ihre Kaderschulung und breite Organisierung als wichtiges Ziel proklamierten. Dabei stellte sich immer wieder die Schwierigkeit heraus, zugleich bei den Männern auch die patriarchalischen Vorstellungen der Männlichkeit zu überwinden. Dazu eine Vietnamesin: *„Es gibt wirklich viele männliche Kader in der FNL, die auf Lehrgängen, in großen Versammlungen und vor einer großen Zuhörerschaft in der Lage sind, sehr schöne Reden über die Gleichberechtigung der Frauen zu halten – wirklich wunderschöne Reden. Aber in Wirklichkeit verhalten sie sich zu Hause bei ihren Frauen wie Feudalherren."*

Dieses Verhalten wird durch Kritik und Selbstkritik bekämpft, dabei begreifen die Vietnamesinnen das nicht als Kampf zwischen Mann und Frau, sondern zwischen der neuen Regierung, dem neuen Gesellschaftssystem und der alten Gewohnheit. Denn die Geschichte von Jahrtausenden, in denen die Frau unterdrückt wurde, läßt sich nicht so schnell überwinden. Auch nach der Revolution müssen die Frauen weiter für ihre Gleichberechtigung kämpfen, indem sie in der Produktion arbeiten, sich an der Verwaltung und an allen Sektoren der Gesellschaft beteiligen.

In der DRV wurden zahlreiche Schritte unternommen, um diese Entwicklung voranzutreiben. So verbietet etwa die Ehegesetzgebung die Polygamie, die erzwungene Heirat, das Schlagen der Ehefrau. Frauen und Männer haben das Recht sich scheiden zu lassen, jedoch darf der Mann sich nicht von einer schwangeren Frau scheiden lassen, außer wenn sie es wünscht.

Ehe- und Familienleben bildeten von jeher den Kern der vietnamesischen Gesellschaft. Beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft müssen sie aber notwendig ihren Herrschaftscharakter verlieren. In Ausbeutergesellschaften ist die Familie auf Privatinteressen gegründet. In der feudalistischen Familie galt der Grundsatz des Gehorsams und der absoluten Unterwerfung der Frau unter den Mann; in der kapitalistischen Familie kommt zuerst das Geld. Die Familie in der sozialistischen Gesellschaft beruht auf Gleichberechtigung und wirklicher Liebe zwischen Mann und Frau. Dazu Le Duan 1974 auf dem Kongreß der Frauenvereinigung:

„Einige Genossen glauben, daß ein Revolutionär nicht über die Familie sprechen sollte, weil Familie gleichbedeutend sei mit individuellen Interessen, mit persönlichen Angelegenheiten ohne sittlichen Nutzen für die Gemeinschaft. Das ist nicht richtig. Ein wirklicher Revolutionär unterschätzt die Rolle der Familie nicht und steht ihr nicht ablehnend gegenüber, wie die Antikommunisten zu behaupten pflegen. Im Gegenteil, ein Mensch, der der sozialistischen Ideologie verpflichtet ist, ein Kämpfer, der begeistert für das Glück seines Volkes streitet, muß der Familie große Aufmerksamkeit schenken.

Unser Standpunkt in dieser Frage ist: Die Interessen und das Glück der Familie sind eingebettet in die Interessen und das Glück der Gesellschaft, und diese wiederum manifestieren sich in jedem ihrer Mitglieder, in jeder Familie."

Partei, Regierung und Massenorganisationen sorgen für die Familien: sowohl was Kleidung, Nahrung und Wohnung anbelangt und für die Erziehung der Kinder. In der DRV hat jede landwirtschaftliche Kooperative oder Fabrik gemeinsame Eßräume, es bleibt den Familien überlassen, ob sie dort oder zu Hause essen wollen.

Die Frauenvereinigungen fordern die Frauen auf, ihren Haushalt besser zu organisieren und die Arbeit auf alle Mitglieder zu verteilen. Es gibt besondere Komitees, die sich mit der Geburtenregelung befassen. Die Zahl von zwei Kindern pro Familie wird als ideal angesehen. Abtreibungen werden für alle Frauen kostenlos durchgeführt. Die Kindererziehung wird kollektiv getragen, der Aufbau von Kindertagesstätten hat Vorrang.

Obwohl die Frauen Vietnams bereits vor der Revolution große Erfolge erzielt haben, ist ihr Kampf noch nicht beendet. Ihre Beteiligung am bewaffneten Kampf bis zum vollständigen Sieg, ihre Beteiligung beim Wiederaufbau, ihr hohes politisches Bewußtsein und ihr Organisationsgrad wird auch ihren weiteren Kampf tragen. ●

Indochina-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



Betriebsrat, in dem mehrheitlich Frauen vertreten sind

Auch das gibt's: Die CIA-Szene

In Zusammenhang mit den Enthüllungen der CIA-Praktiken hat es einige, teils ins Skurile, teils ins Komische gehende Ereignisse im CIA und der bürgerlichen Presse gegeben, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Schon zu Anfang des Jahres stellte die SPD-nahe Hamburger „Morgenpost" unter der erschütternden Überschrift *„Der CIA geht die Luft aus!"*, die besorgte Frage: *„Ist der amerikanische Geheimdienst am Ende ?"* Nachdem bekanntgeworden war, daß die CIA unerlaubterweise auch im Inland spioniert habe, *„sei die Arbeitsmoral der führenden Leute in der CIA-Zentrale auf Null gesunken."* Ja, ja, das schlechte Gewissen ...

Von schierer Verzweiflung gepackt, versucht *„Präsident Ford deshalb zu retten, was noch zu retten ist"*, aber was kann der arme Mann schon alleine machen: Wie eine Sintflut *„kommen jeden Tag neue Skandale ans Licht"* (14.2.75).

Der Geheimdienstagent und *„Spion aus Leidenschaft"*, Mike Ackermann, 34, hat's da nicht mehr ausgehalten: Er kündigte seinen Job auf und gestand resigniert einem mitfühlenden „Bild"-Reporter: *„In Moskau lachen sie doch über uns. Selbst unsere Freunde haben kein Vertrauen mehr zu uns. Ich konnte unter diesen Umständen einfach nicht mehr als Agent arbeiten."* Denn- *„Einen Geheimdienst kann man doch nicht im Schaufenster betreiben"* (15.6.75). Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich halt überall ...

In ganz andere Abgründe hat's einen „Arbeitskollegen" von Ackermann gezogen: Die totale Zersetzung und Auflösung der CIA, die offensichtlich nicht einmal vor den höchsten Stellen halt macht, hat den CIA-Offizier Robert Wood zur „letzten Konsequenz" getrieben: Am 17. September, dem Tag, an dem sein Boß Colby vor einem „Untersuchungsausschuß" über die Giftwaffen der CIA berichtete, stürzte er sich beherzt aus dem 14. Stock des Arabelle-Hochhauses in München. Es konnte nur noch sein Tod festgestellt werden („Die Tat", 27.9.75). Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß einige CIA-Kollegen Robert Wood beim Erklimmen der Fensterbank geholfen haben. Derartige Unternehmungen laufen beim CIA unter dem ebenfalls inzwischen enthüllten Code *„Ende mit extremem Nachteil"*; wie Senator Cranston aus Kalifornien nicht ganz unberechtigt feststellte, eine Einlage *„schwarzen Humors"* („FR", 27.1. 1975). Nun ja, Spaß muß sein ...

Inzwischen scheint sich aber das Blatt zu wenden und gehen zumindest die CIA-Veteranen der „alten Schule" in die Offensive und der bedrohlich um sich greifenden Zersetzung des Geheimdienstes zu Leibe: In einem Motel, nahe der amerikanischen Hauptstadt, gründeten ehemalige Agenten den *„Bund der Spione"*. Spontan schlossen sich viele alte spitzelerfahrene Haudegen an; der „Bund" verfügt inzwischen über 170 eingeschriebene Mitglieder.

Laut Satzung hat dieser ehrenwerte Verein, wie der Altveteran und Vorsitzende David Philips (24 Dienstjahre, 7 Länder) berichtet, die Aufgabe, *„das Ansehen und den guten Ruf der Spione wiederherzustellen"* („Bild", 24.9.75). Bei der tiefverwurzelten Geheimdinestmentalität der Agenten eine sicherlich nicht einfache Sache. Vielleicht sollten sich diese Herren zur Unterstützung ihrer Öffentlichkeitsarbeit einmal an die Abteilung „spy and spy" des „Deutschen Mad" wenden, das sich ja bekanntlich auf diesem Gebiet recht rege betätigt. ●

Metallkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Carmen Castillo:

„Mein brennendster Wunsch ist zurückzukehren"



Wir veröffentlichen im Folgenden die Übersetzung eines Interviews, das die Genossen der französischen Zeitung „Revolution" mit Carmen Castillo gemacht und am 26. Sept. '75 publiziert haben.

Frage: *Was bedeutet es für dich, zu kämpfen?*

Antwort: *Meine persönlichen Erfahrungen haben einen etwas besonderen Charakter, da ich seit 1963 vor allem eine „Apparatsmilitantin" gewesen bin, ohne je Aufgaben der Führung einer Massenfront zu haben. Ich habe zwei Mal im Untergrund gelebt: das erste Mal unter der Frei-Regierung. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich absolut nicht das Bewußtsein einer Gefährdung, denn ich fühlte mich durch meine Familie geschützt, die der hohen Bourgeoisie angehört. Ich konnte mir nicht vorstellen, gefoltert oder ermordet zu werden (..)*

Ich möchte aber von meiner Untergrunderfahrung nach dem

Ich möchte aber von meiner Untergrunderfahrung nach dem Putsch sprechen. Und zwar erstmal, um die romantische, heroische Konzeption der Illegalität zu zerstören, die viele Leute haben. Es ist sehr wichtig, den Exotismus zu entmystifizieren.

Das Untergrundleben ist weder ein atemberaubendes, noch spektakuläres oder heldenmütiges Leben. Im Gegenteil: Es ist ein minutiös reguliertes Leben, wo das Wichtigste, die Präzision, die gut gemachte Arbeit, die Organisation ist. Das Untergrund-Kämpfen lernen heißt, es zu lernen, Risiken auf das Minimum zu begrenzen. Es bedeutet, tägliche Aufgaben ohne jeglichen Glanz wahrzunehmen. Das ist die Freude über die gut vollendete Arbeit, wenn abends der Arbeitstag zuende geht, und man sich die Zeit zum Leben, zum Musik hören, zum lieben, zum lesen nimmt.

Es ist ein sehr abgeschlossenes Leben. Man geht kaum raus. Und wenn man ausgeht, dann mit allen Antennen im Alarmzustand; es bedeutet eine immense Konzentration, eine immense Präzision und Sorgfalt. Diesen Teil der Arbeit auf der Straße machen vor allem die Frauen, die, weil sie lange weniger exponiert waren, weniger in Gefahr sind. Das ist übrigens der

allem die Frauen, die, weil sie lange weniger exponiert waren, weniger in Gefahr sind. Das ist übrigens der

Grund, warum die Männer, die im Untergrund gekämpft haben, heute in Haushaltsaufgaben Experten sind. Sie erledigen den Haushalt, sie kochen und waschen ab, weil es die Frauen sind, die ausgehen. Das hat sie oft verändert.

Ich behalte von dieser Periode, auch wenn es seltsam klingt, das Gefühl eines großen Glücks, das Gefühl einer großen Harmonie.

Jeder Tag hatte eine enorme Bedeutung. Man sah sehr wenige Menschen, und die persönlichen Verhältnisse waren völlig anders, viel intensiver, viel reichhaltiger. Vielleicht auch deswegen weil das Gefühl des gemeinsamen Kampfes, der gemeinsamen Ziele viel stärker und viel präsenter war. Ich habe nie eine solch große Einheit, den Sinn meines Lebens so stark empfunden. Eine neue Verantwortung wird von jedem getragen. Man ist dafür verantwortlich, sein Leben zu schützen, keine Risiken einzugehen, seine Arbeit zu machen, die sehr wichtig ist, auch wenn man nur Notizen schreibt, oder Sekretariats-Arbeiten macht.

Frage: *Kann man alleine leben?*

Antwort: *Das ist absolut unmöglich. Das Leben zu zweit, als Paar, ist eine Notwendigkeit. Erstens, weil man „wie jedermann" leben muß. Keiner in meinem Viertel hätte sich vorstellen können, daß Miguel, ich und meine zwei Töchter, diese junge sympathische Familie, „gefährliche Terroristen" seien. Zweitens, weil man das psychisch nicht ertragen würde. Das Paar ist faktisch eine politische Zelle. Und die Verhältnisse werden dadurch verändert, werden tiefer und intensiver.*

Frage: *Du sagst, die Frauen würden heute neue Aufgaben wahrnehmen, daß sie größere Verantwortungen tragen. Hat es auch zu einer Änderung des Stellenwertes der Genossinnen geführt?*

Antwort: *Was mich persönlich betrifft, ist es so, daß ich ein viel stärkeres Bewußtsein bekommen habe über meine Probleme als Militantin gegenüber der allgemeinen Unterdrükkung der Frauen. Dies hat sich schrittweise bei mir entwickelt, auch seitdem ich in Paris bin. Lange habe ich diese Widersprüche nur konfus irgendwie empfunden, als individuelle Kämpfe empfunden, ohne daß ich sie hätte richtig erfassen können.*

Frage: *Kannst du vielleicht Beispiele geben?*

Antwort: *Zum Zeitpunkt des Putsches haben viele Genossen auf ihre Frauen Druck ausgeübt, daß sie sich mit ihren Kindern ins Exil begeben sollen. Damit sie freie Hände haben, damit sie ungestört sind. Dies abzulehnen, war ein*

Kindern ins Exil begeben sollen. Damit sie freie Hände haben, damit sie ungestört sind. Dies abzulehnen, war ein

sehr harter und sehr entscheidender Kampf. Für viele hat es eine erste Bewußtseinsbildung bedeutet. Nämlich: Es abzulehnen, geschützt zu werden.

Frage: *Als du verhaftet wurdest, warst du schwanger. Was bedeutet es, bewußt ein Kind zu erwarten? War das nicht ein Wahnsinn?*

Antwort: *Wenn man sehr glücklich ist, wenn man das Leben mehr denn je liebt, ist es normal, ein Kind zu wollen, sich zu zweit ein Kind zu wünschen. Wir haben dies sehr bewußt gewählt, Miguel und ich. Es bedeutete, einen Haufen an materiellen Problemen zu lösen, was wir dann zu mehreren Frauen getan haben. Es war das erste Mal, daß wir uns zu mehreren, unter Frauen, organisierten. Es bedeutete auch eine brutale Wahl:*

Wenn wir verhaftet werden sollten, hieß es auch, daß wir es akzeptieren mußten, daß unsere Kinder vor unseren Augen gefoltert werden, ohne daß wir sprechen. Dies mußte diskutiert werden. Aber wir haben es vorgezogen zusammenzubleiben, unsere Kinder bei uns zu behalten, und dieses neue Kind zu erwarten, auch wenn wir dafür bezahlen müßten.

Unsere Töchter haben in diesem gemeinsamen Leben eine große Stärke und viel Gleichgewicht erreicht. Das hat es möglich gemacht (sie sind vier und fünf Jahre alt), daß sie die folgenden harten Schläge durchgestanden haben: Den Tod von Miguel, das Gefängnis, das Exil. Ich glaube, daß sie ohne dies nicht hätten widerstehen können. Sie haben es gelernt, autonom zu sein, uns bei unserer Arbeit, bei unserem Leben nicht zu stören: Sie waren schon mit zwei, drei Jahren sehr verantwortungsvoll. Sie waren gekennzeichnet durch die Situation, die Atmosphäre, den Ernst und die Wärme unseres Lebens.

Es war für mich ein sehr entscheidender Kampf, zu diesem Zeitpunkt schwanger zu sein: Ich mußte beweisen, daß es mich in keinster Weise einschränkte. Ich habe mich nie so wohl gefühlt: Ich konnte mich schlecht nicht fühlen. Ich arbeitete mehr als andere, denn aufgrund meines Zustandes hatte ich mehr Möglichkeiten.

Nach meiner Verhaftung hat mich das totale Unverständnis meiner Folterer beeindruckt: Eine Frau zu sein, ein Kind zu erwarten und eine Revolutionärin zu bleiben, das war für sie völlig unvorstellbar.

Sie folterten mich, um mich da-

tionärin zu bleiben, das war für sie völlig unvorstellbar. Sie folterten mich, um mich da-

rauf zu beschränken, nur eine Frau zu sein, damit ich keine Militantin mehr sei, weil es ihnen unerträglich war. Ich wußte, daß sie das Kind, was ich trug, umbringen würden. Aber sie konnten mir nichts, denn ich wußte dies seit dem Moment, als ich verhaftet worden war.

Frage: *Was bedeutet das Exil?*

Antwort: *Das Exil ist das schwerste. Es ist viel härter als das Untergrundleben. Weil alle individuellen Widersprüche aufbrechen, weil alle möglichen politischen Deformierungen auf einen lauern.*

Darum ist es notwendig, daß die Partei permanent darum kämpft, um aus den Exilierten an einer bestimmten Massenfront Militante zu machen. Die Front des Auslands. Es ist notwendig, sich in der politischen Realität des Landes, wo man ist, zu verwurzeln. Es ist notwendig, am Klassenkampf dieses Landes teilzunehmen, um seine ganze Kraft, seine politische Wirksamkeit zu erhalten. Um eine wirksame Unterstützung für den Kampf im Inland zu sein.

Dies wird durch die permanente Kommunikation möglich, durch die Verbindungen, die mit den Genossen im Inland aufrechterhalten werden.

Aber mein brennendster Wunsch ist, zurückzugehen. Das ist überhaupt kein Heldentum. Das ist eine Lebensnotwendigkeit. Ich kann nicht verstehen, daß Genossen, die die Möglichkeit dazu hätten, nicht zurückgehen. Das Exil bedeutet für mich aber auch besondere Widersprüche.

Für eine lateinamerikanische Frau ist es heute noch sehr schwer, anders als durch die Ehefrau- oder Mutterfunktion, ein politischer Führer zu sein. Ich habe politische Verantwortung als Carmen Castillo, Gefährtin von Miguel Enriquez. Ich leide aber darunter, immer noch darauf eingeschränkt zu werden. Hätte man den Witwer von Rosa Luxemburg auf Versammlungen auftreten lassen?

Anfangs schrieb man mir meine Reden, heute schreibe ich sie selber. Und ich werde so lange kämpfen, bis ich aufgrund meiner eigenen Fähigkeiten als revolutionäre Militantin – und nicht über die Person von Miguel – anerkannt werde.

Man muß sehen, daß dies ein sehr schwieriger Kampf ist, ein sehr komplexer. Ich habe viel Zeit gebraucht, um darüber eine klare Einschätzung zu haben. Dadurch habe ich aber ein viel schärferes Bewußtsein über meine Aufgaben als Genossin und Frau, über die Aufgaben der Frauenbefreiung bekommen.

Frage: *Untergrund, Exil ... Bedeutet der revolutionäre Kampf zu opfern?*

Antwort: *Gerade nicht! Es bedeutet, verschiedene Aufgaben in verschiedenen Perioden zu lösen. Aber es hat überhaupt nichts mit Opfer zu tun. Ein Militant, das ist erstmal jemand, der das Leben mehr als andere liebt. Diese Liebe für das Leben ist was sehr Entscheidendes. Die Freude zu leben, die Liebe, die Verhältnisse mit den anderen, die*

Leben ist was sehr Entscheidendes. Die Freude zu leben, die Liebe, die Verhältnisse mit den anderen, die

Kinder – all dies ist untrennbar verbunden mit der Freude zu kämpfen, für das Ziel, das wir erreichen wollen. Die Genossen, die wir sind, sind notwendigerweise dem Sozialismus ähnlich, den wir aufbauen wollen. •

Chiles Kriegsvorbereitungen gegen Peru

In einer der letzten Ausgaben der Untergrundzeitung des MIR, „El Rebelde", wird an Hand zahlreicher Fakten die intensive militärische Aufrüstung Chiles beschrieben. Nicht nur die bewaffneten Streitkräfte, sondern auch Polizei und Geheimdienst werden mit modernsten Waffen, Kriegsgeräten und Fahrzeugen ausgestattet. Es wird eine Infrastruktur für den Kriegsfall aufgebaut: Private Radiosender auf dem Lande werden ausgebaut, Verkehrswege überprüft und erneuert, Zivilpersonen werden in polizeiliche Aufgaben eingewiesen, zahlreiche Notstandsübungen finden statt usw. Ursache für diese Rüstungsanstrengungen ist – nach Einschätzung des MIR – die intensive Vorbereitung der faschistischen Junta auf einen Krieg mit Peru.

Peru gehört zu den Ländern, die sich für eine Isolierung der chilenischen Junta einsetzen und die z. B. über den Andenpakt ökonomischen Druck auf die Pinochet-Regierung ausüben. Die bürgerlich-nationalistische Regierung in Peru stellt zudem für die faschistischen Regierungen in Lateinamerika, wie Chile und Brasilien, aber auch für die USA, einen möglichen Unruheherd dar. Peru ist ein Land, das sich bisher noch nicht total kontrollieren läßt – Grund genug für die Imperialisten und ihre Handlanger in Lateinamerika, Möglichkeiten für ein Eingreifen zu planen.

Eine wesentliche Tatsache, die auf die Kriegsabsichten Chiles gegen Peru schließen läßt, ist das Abkommen von Charana, das Pinochet im Februar mit dem bolivianischen Präsidenten Banzer schloß. Die bolivianische Bourgeoisie hat von jeher Interesse an einem eigenen Zugang zum Pazifik. In dem Abkommen von Charana sicherte Pinochet Banzer zu, durch den Verkauf von chilenischem Territorium Bolivien diesen Zugang zum Meer zu verschaffen.

Pinochets Interesse ist dabei, sich die Neutralität bzw. sogar Unterstützung Boliviens im Falle eines Krieges zwischen Peru und Chile zu sichern. (Bolivien war vorher ein potentieller Bündnispartner Perus, weil nur durch eine Abtretung von chilenischem Territorium der Zugang zum Meer hergestellt werden kann).

Mit diesem Abkommen setzten sich Pinochet und Banzer über den Friedensvertrag, der zwischen Peru und Chile nach dem pazifischen Krieg von 1879 – 1884 geschlossen wurde, hinweg. Dieser beinhaltet, daß Chile ohne die Zustimmung Perus keinerlei Territorium an andere Länder abtreten dürfe. D. h., zu dem Abkommen zwischen Chile und Bolivien wäre die Zustimmung Perus notwendig gewesen, die aber nicht eingeholt wurde.

Der MIR schätzt ein, daß die chilenische Junta die Absicht hat, einen Krieg gegen Peru anzufangen, dies mit besonderer Unterstützung der USA, mit dem Ziel, diese nationalistische Regierung in Lateinamerika hinwegzufegen. Dafür spricht der Besuch des Heeressekretärs der USA, H. Callaway, im Juli 74 in Chile, der die chilenische Aggression gegen Peru schüren und dem Pinochet-Regime Rückendeckung geben sollte. Allerdings hat sich inzwischen gezeigt, daß die US-Imperialisten durchaus noch andere Mittel als einen militärischen Angriff zur Verfügung haben, um die peruanische Regierung „unter Kontrolle" zu bringen. Im August (die Analyse des MIR ist älter) wurde der bisherige Präsident Perus, Velasco Alvarado, in einem „unblutigen Putsch" abgesetzt, was u. a. von Pinochet ausdrücklich begrüßt wurde. Der neue Präsident Morales Bermudez gilt als „Mann des Ausgleichs", der eher bereit ist, Zugeständnisse an den Imperialismus und die lateinamerikanische Reaktion zu machen.

Sicher ist, daß die chilenische Junta die intensive Aufrüstung innenpolitisch nutzt. Durch die erweiterte Aufrüstung von Polizei und Militär wird der Unterdrückungsapparat ausgebaut und die Bevölkerung wird in die militärischen Vorbereitungen einbezogen, wobei dies mit der Kriegsgefahr von außen „legitimiert" wird.

Mit der chauvinistischen Hetze gegen Peru versucht das Regime ausserdem, von den innenpolitischen Widersprüchen abzulenken und ideologisch die Notwendigkeit der Einheit des Volkes gegen den äußeren Feind durchzusetzen.

Andererseits ist aber fraglich, ob sich die Junta einen offenen Krieg mit Peru leisten kann. In einer Situation, in der große Teile des Unterdrückungsapparates zur Niederhaltung des antifaschistischen Widerstandes gebraucht werden, könnte dies für die Junta einen tödlichen Zwei-Fronten-Krieg bedeuten. Auszuschließen ist auch nicht der Einmarsch von Pinochet-Truppen im Falle eines weitergehenden blutigen Rechtsputsches in Peru, dessen Gefahr sich durch den Putsch gegen Velasco Alvarado deutlich gezeigt hat.

Die folgenden Angaben zur Aufrüstung der Junta gegen Peru haben wir aus „El Rebelde" entnommen, ebenso die Zitate. •

Lateinamerika-Kommission / KB Gruppe Hamburg und eine Westberliner Genossin

Die Junta rüstet auf

Während das chilenische Volk unter der größten Ausbeutung, Elend, Hunger und Unterdrückung seiner Geschichte leidet, während die veranschlagten Kosten für das Gesundheitswesen, Wohnungsbau und Erziehungswesen drastisch gekürzt wurden, verschleuderte die faschistische Junta US Dollar 1.000 Mio. (!) für Waffenkauf und Truppenausbildung, um für den Aggressionskrieg mit Peru gut gerüstet zu sein.

Anhand von Informationen, die der MIR aus Offiziers- und Regierungskreisen sowie aus dem Ausland erhalten hat, konnte er eine Aufstellung über Waffenkäufe geben, die bis Ende 1974 erfolgt sind, die jedoch in keiner Weise komplett ist.

HEER:

- Mehr als 70 Panzer M-60 aus den USA (die genaue Ziffer kann höher liegen)
- eine unbestimmte Anzahl IAI-RAVA aus Israel
- ca. 100 leichte Panzer Typ AMX-13 und mittlere Panzer MX-30. Die vorhergehende Regierung hatte bereits eine Serie von Panzern gleichen Typs gekauft.
- Mehr als 20 Düsen-Hubschrauber NH aus den USA
- eine Lieferung Renault-Lastwagen
- Maschinen zur Herstellung von Munition
- eine unbestimmte Anzahl von Waffen aus Spanien
- Kanonen ohne Rückschlag, Infanterie-Waffen, Raketenwerfer, Granaten POI, Munition
- mehr als 200 japanische Jeeps, Marke Toyota
- Maschinen für die Rüstungsindustrie, die in den USA und Brasilien gekauft wurden und durch einen Kredit der „Clark International Marketing" und der „Banco de Brasil" finanziert wurden.
- Ein großes Sortiment M-16 Gewehre (AR-55) und Panzerminen aus den USA
- Funkgeräte aus Europa und Japan
- Transportwagen aus Brasilien
- Maschinen zur verbesserten und schnelleren Herstellung von Explosivstoffen (diese Fabriken befinden sich im Norden Chiles und stehen unter Militärkontrolle)
- mehr als 40 bewegliche Kanonen, 155 mm, Typ AMX-15, aus Frankreich

SEE-STREITKRÄFTE

- Zwei raketenbestückte Zerstörer, See-Luft, See-Erde, Meer-Meer, US A
- zwei Fregatten, „Leander", mit Raketen Meer-Luft, Meer-Erde, Meer-Meer, England
- zwei Truppen-Schiffe, Typ LST (USA)
- zwei Unterseeboote, Oberon, (England)
- Hubschrauber (Anzahl unbekannt), England
- U-Boot — Zerstörerraketen (England)
- Raketen, Meer-Meer, „Gabriel" (Israel)
- ein großes Sortiment Gewehre HJ-33 für die Marineinfanterie (BRD) (!!!)
- Funkgeräte (Japan und Europa)

LUFT-STREITKRÄFTE

- 24 Flugzeuge, „Hawker-Hunter" (England)
- mehr als 30 Hubschrauber SA 330 „Puma" (Frankreich)
- 24 Jagdbomber A-4-D, „Sky Hawk" (Douglas, USA)
- 24 Jagdflugzeuge F-5-E, „Tiger II", (Northrop, USA)
- 36 Flugzeuge „Cessna" T-37 und A-37-B (zum Angriff von Panzern und Konvoys, USA)
- 24 Flugzeuge, „Cessna" T-41-C (USA)
- Funkgeräte (Europa und Japan)
- Luftabwehrkanonen (Herkunftsland und Typen unbekannt)
- eine Serie Gewehre M-16 (AR-55) und Waffen für Piloten und Offiziere (USA)

POLIZEI

- Eine unbekannte Anzahl von leichten Transportfahrzeugen UR-410 (BRD)
- eine Serie Gewehre M-16 (AR-55), Maschinengewehre, Pistolen für Offiziere
- mehr als 50 schnelle Panzer, mit Artillerie bestückt, israelischer Typ
- mehr als 500 Transport- und Patrouillen-Fahrzeuge (Argentinien und Brasilien)
- Raketenwerfer und Infanterie-Waffen (Spanien)
- Angeblich soll die Polizei auch leichte Panzer bekommen haben, was jedoch noch nicht bestätigt wurde.

GEHEIMDIENST

- Transport- und Patrouillenfahrzeuge (USA)
- Maschinengewehre und Pistolen, Walter HPK (BRD)
- Funkgeräte und elektronische Ausrüstung für Spionage aus verschiedenen Ländern.

Diese Waffen wurden während der Regierungszeit Pinochets gekauft. Es muß jedoch erwähnt werden, daß auch während der Regierungszeit der UP die chilenischen bewaffneten Streitkräfte Waffenkäufe in Frankreich, BRD, England und Spanien getätigt haben. Während die USA an ihrem Wirtschaftsboykott der Regierung Allende festhielt, gewährten sie jedoch immer Kredite für Waffenkäufe und bildeten Militärs in Panama und den USA aus.

Zu diesen, eben aufgeführten Waffenausrüstungen kommen noch die Waffen dazu, die vor 1970 gekauft wurden, modernster Art sind und ebenfalls benutzt werden.

Zusammengefaßt ergibt sich für die bewaffneten Streitkräfte und den Polizeiapparat seit 1970 folgender Waffenbestand:



Gorilla-Führer Pinochet

HEER: Infanterie-Waffen für sechs Brigaden (einschließlich Kanonen ohne Rückschlag, Mörser, Transportfahrzeuge etc.); Waffen für vier motorisierte Kavallerie-Regimenter (mehr als 15 Hubschrauber, motorisierte Kanonen, Panzerfahrzeuge etc.); zwei Panzerregimente (mehr als 60 Panzer M-41); acht Artillerie-Regimente (Selbstantriebskanonen, Kanonen spanischen Ursprunos, Gebirgs-Artillerie etc.); verschiedene spezielle Einheiten von: Fallschirmjägern, Gebirgsjägern und Kommandoeinheiten etc., mit modernster Waffenausrüstung und Lufttransport.

KRIEGSFLOTTE: Drei Kreuzer, zwei U-Boote, vier Zerstörer, vier Begleit-Zerstörer, vier schnelle Torpedoboote, zwei Fregatten, vier Barkassen zum Ausladen, eine unbestimmte Anzahl von artilleriebestückten Fahrzeugen, verschiedene Patrouillenfahrzeuge, Marine-Flugzeuge mit Bomberflugzeugen, Marine-Infanterie-Einheiten mit gepanzerten Amphibien-Fahrzeugen und moderner Infanterie-Bewaffnung.

LUFT-STREITKRÄFTE: 45 Jagdbomber, 20 Bomber, 110 verschiedene Transport-Flugzeuge, 20 Hubschrauber, Luftabwehr-Artillerie, moderne Infanterie-Bewaffnung.

POLIZEI: Moderne Infanterie-Waffen für 30.000 Mann; 15 Hubschrauber; verschiedene Transport- und Spürflugzeuge; mehr als 50 schnelle Panzer.

Zur Aufrechterhaltung ihrer blutigen Unterdrückung würde der faschistischen Militärjunta ein Bruchteil dieser Waffenausrüstung genügen. Ziel und Zweck dieser beschleunigten Aufrüstung ist die Aggres-
beschleunigten Aufrüstung ist die Aggres-
sion nach außen. Nachstehender Überblick soll über die kriegerischen Absichten der Militär-Junta und gegen wen sich die Aggression richtet, Aufschluß geben.

Militarisierung der Zivilbevölkerung und Erweiterung der bewaffneten Streitkräfte

1973 zählten die bewaffneten Streitkräfte 60.000 Mann, von denen 38.000 dem Heer angehörten, 15.000 den See-Streitkräften und 7.000 den Luft-Streitkräften.

Mehr als 5.000 linke, antidiktatorische Mitglieder der bewaffneten Streitkräfte und anderer Einheiten (Polizei, Zivilpolizei, Gefängnispolizei) wurden beim Putsch 1973 ermordet, befinden sich in Haft oder sind vom Dienst suspendiert worden.

Um ihre Aggressionspläne gegen Peru verwirklichen zu können, müssen die Militäreinheiten schnell aufgestockt werden. Folgende Punkte sind dabei festzuhalten:

1. Alle Polizei-Einheiten werden militarisiert und unterstehen jetzt dem Verteidigungs-Ministerium. Sie wurden im Inneren reorganisiert, mit modernsten Waffen ausgerüstet, die bei weitem über die Erfordernisse der Polizei hinausgehen und einen eindeutigen militärischen Charakter haben. Besonders hervorstechend ist die schnelle Entwicklung von Panzer-Einheiten und Maschinengewehr-Bataillonen innerhalb der Polizei. 1973 waren die Polizei-Einheiten 30.000 Mann stark, jetzt zählen sie mehr als 45.000!

2) Wurden mehr als 10.000 ehemalige Offiziere und Unteroffiziere den bewaffneten Streitkräften wieder eingegliedert, nicht um dort Regierungsfunktionen zu erfüllen, sondern allein militärische Aufgaben; sie arbeiten dort vornehmlich als Ausbilder, um das technische Personal mit dem Umgang der neuesten Waffen vertraut zu machen.

3) Der obligatorische Militärdienst wurde von einem auf zwei Jahre ausgedehnt. 1974 wurden 20.000 Jugendliche zum Militärdienst eingezogen, in diesem Jahr liegt die Zahl bei weitem höher. Außerdem werden Zivilpersonen mit technischen Qualifikationen, die bisher noch nicht ihren Militärdienst abgeleistet haben, aus verschiedenen Orten des Landes eingezogen, um sie militärisch auszubilden, was jeder bisherigen Gewohnheit widerspricht.

4) Sowohl die FACH (bewaffnete chilenische Streitkräfte), die See- und Luft-Streitkräfte und die Zivil-Polizei entwickeln den weiblichen Militärdienst. So wurde 1974 beim Heer der „Weibliche Ersatz-Militärdienst für das Heer" (SAFE) ins Leben gerufen. Dort werden Frauen zu Offizieren und Unteroffizieren ausgebildet, die dann — 1976, wenn der Militärdienst für Frauen obligatorisch (!!) sein wird — als Ausbilderinnen dieser neuen Einheiten arbeiten werden.

5) Die Kurse für Offiziers- und Unteroffiziersanwärter, für Berufssoldaten, Matrosen und Polizisten, wurden inzwischen auf ein vier- bis fünffaches vergrößert. Gegenwärtig führt die Marine einen Schnellkurs für mehr als 1.000 Mann durch, um sie mit dem Umgang ihrer neuerworbenen Schiffe vertraut zu machen. Die FACH schickte 200 Offiziere und Unteroffiziere in die USA, um sie dort für die neuen Flugzeuge „Cessna" ausbilden zu lassen. Ferner wurden französische und amerikanische Techniker nach Chile geholt, um das Heer der FACH für die neuerworbenen Panzer und Hubschrauber auszubilden.

Gegenwärtig zählt die FACH mehr als 120.000 berufsmäßige Militärs. Dazu kommen noch ca. 50.000 Rekruten, die ihren Militärdienst leisten.

1973 beliefen sich die Ausgaben für das Militär auf US Dollar 170 Mio., heute haben sich diese Ausgaben verdoppelt (!). In dieser Summe sind jedoch die Ausgaben für Waffenkäufe und die zahlreichen Baustellen der Infrastruktur, die für die
gaben für Waffenkäufe und die zahlreichen
Baustellen der Infrastruktur, die für die
Invasion Perus bestimmt sind, noch nicht enthalten.

Diese horrenden Militärausgaben sind vor dem Hintergrund des größten Massenelends, Hunger, Arbeitslosigkeit (20 — 25 %), einer Inflationsrate von 6.000 — 9.000 % und der blutigsten Unterdrückung in der Geschichte Lateinamerikas zu sehen. Die von Pinochet und Konsorten zu Hilfe gerufenen „Chicagoboys" Halberger und Friedman, die dem wirtschaftlichen Chaos Chiles ein Ende bereiten sollen, verordneten als erste Maßnahme eine drastische Verkürzung der Steuerausgaben, was angesichts dieser militärischen Paranoia einfach ein glatter Hohn ist.

Militarisierung der Zivilbevölkerung

Zur Unterstützung ihrer Aggressionspläne ziehen die chilenischen Faschisten jetzt systematisch die Zivilbevölkerung heran. Auf Befehl des Gesundheitsministeriums schickt der Nationale Gesundheitsdienst (SNS) chirurgische Ausrüstung in den Norden des Landes; ferner wurden mehrere Krankenhäuser Santiagos angewiesen, medizinisches Personal zum Abtransport in dieses Gebiet bereitzustellen.

Regierung und Bewaffnete Streitkräfte erteilen der Zivil-Luftfahrt Sonderkurse im Fallschirmspringen und Fliegen ohne Motor.

Die „Clubs der Radiobastler" erhalten von der Regierung neu importierte Geräte und Sonderschulung im Umfang mit Funkgeräten auf dem Land und in den Bergen.

Das neu gegründete Transport-Ministerium unter militärischer Leitung hat die Aufgabe, die Verkehrsverbindungen und den Ziviltransport zu kontrollieren und arbeitet Pläne über deren Verfügbarkeit im Kriegsfall aus.

Desweiteren führen die verschiedenen Geheimdienste unter militärischem Gesichtspunkt eine Untersuchung der verschiedenen strategisch wichtigen Industriebetriebe durch.

Verschiedene Zivilpersonen werden seit kurzem in Regierungsgeschäfte eingeweiht und werden im Unterdrückungsapparat der Polizei ausgebildet. Auf diese Weise wird das Personal, das jetzt diese Funktionen innehat, für rein militärische Aufgaben freigestellt. Dabei greifen die Gorillas mit Vorliebe auf die reaktionärsten Teile des Volkes zurück. Vorreiter ist dabei die faschistische Bewegung „Vaterland und Freiheit" (Patria y Libertad) und Mitglieder der „Nationalen Partei". Der Plan sieht vor, die repressiven Funktionen zuerst von dem neuen Zivilpersonal in den Provinzen ausüben zu lassen, um dann allmählich bis in die Großstädte vorzudringen. Die reaktionärsten Elemente wurden bereits in parapolizeilichen Gruppen zusammengefaßt, die vom Heer ausgebildet werden und im Kriegsfall mit Peru von der Regierung voll bewaffnet werden, damit auch dann die blutige Unterdrückung im Inneren Chiles gewährleistet ist.

Um die Militärs, die heute noch Regierungsaufgaben erfüllen, für die Kriegsvorbereitungen freistellen zu können, wird die Militär-Diktatur von ziviler Seite von einer reaktionären politischen Bewegung unterstützt, unter der Leitung der blutrünstigsten Politiker und Genossenschaftsführer, die dann „Vertrauensleute" zur Übernahme der Regierungsgeschäfte bereitstellen.

Unter dem Deckmantel des „Katastrophenschutzes" werden an Schulen, Fabriken und anderen öffentlichen Gebäuden Alarmanlagen installiert. Ferner liegen Pläne zur Evakuierung von öffentlichen Gebäuden sowie verschiedener Fabriken mit wichtigen militärischen Ausrüstungen vor. Es wurden bereits Notstandsübungen in verschiedenen Provinzen durchgeführt; die bekannteste dabei war die in der Provinz von Cóncepcion.

Propagandistisch wird diese militärische Kampagne durch eine chauvinistische Hetze sondergleichen untermauert, wobei an die ruhmreichen Siege über Bolivien und Peru (1884!, AK) erinnert wird. Die Jugendlichen werden aufgefordert, sich dem Militär anzuschließen, um das Vaterland zu verteidigen, Schüler und Studenten werden von Militäreinheiten eingeladen. Alles mit dem Ziel, den ideologischen Nährboden für den Überfall auf Peru zu schaffen, wobei die offenen Kriegsgelüste auf das Nachbarland immer schön verschleiert werden.

Die Basis der Aggression

Die expansionistischen Pläne der Militär-Junta werden durch die systematische Militarisierung der geographisch wichtigen Punkte, die an Peru grenzen, voll bestätigt.

So wurde die Zone zwischen Iquique und Arica zum Sammelpunkt der kriegerischen Vorbereitungen erklärt und soll gleichzeitig als Ausgangspunkt und Nachschubort für den Überfall auf Peru dienen.

In dieser Zone, die die Form eines Dreiecks hat und zwischen der Panamerikanischen Straße und dem Pazifischen Ozean liegt (Iquique, Sapiga und Pidagua sind die wichtigsten Begrenzungspunkte) wurde eine starke Militärkonzentration festgestellt. Im Gebiet von Huara bis Pisagua herrscht totales Transitverbot, 60 km von Iquique werden ein Militärlager mit mehr als 150 Häusern für Offiziere, Baracken für die Truppe, ein Supermarkt, ein Kino und ein riesiges Lazarett gebaut. Gegenwärtig befindet sich in dieser Zone eine Garnison mit 500 Mann, und das in einem Gebiet, in dem niemals vorher Militär stationiert war. Pisagua wurde in einen für die Zivilbevölkerung abgesperrten Militärhafen verwandelt.

Der Ort selbst wurde in zwei verschiedene Zonen unterteilt, wobei die eine für die Einwohner frei zugänglich ist und die andere, an den Hafen grenzende, unter strengster Kontrolle steht. Diese Zone ist wiederum in verschiedene Sektoren unterteilt, wobei die eine für Militärpersonal zugägnlich ist, die andere nur für Militärs mit einem Spezialausweis. In diesem Gebiet wurden 122 Gebäude, die als Baracken dienen, errichtet. Sie wurden von Gefangenen eines Konzentrationslagers, das vor kurzem verlegt wurde, gebaut. Das alte Gefängnis von Pisagua wurde in ein Waffen- und Munitionsdepot umgewandelt. Alle diese Bauten, sowie die des Militärhafens, wurden unter der Leitung eines deutschen Militärexperten (!!!) gebaut.

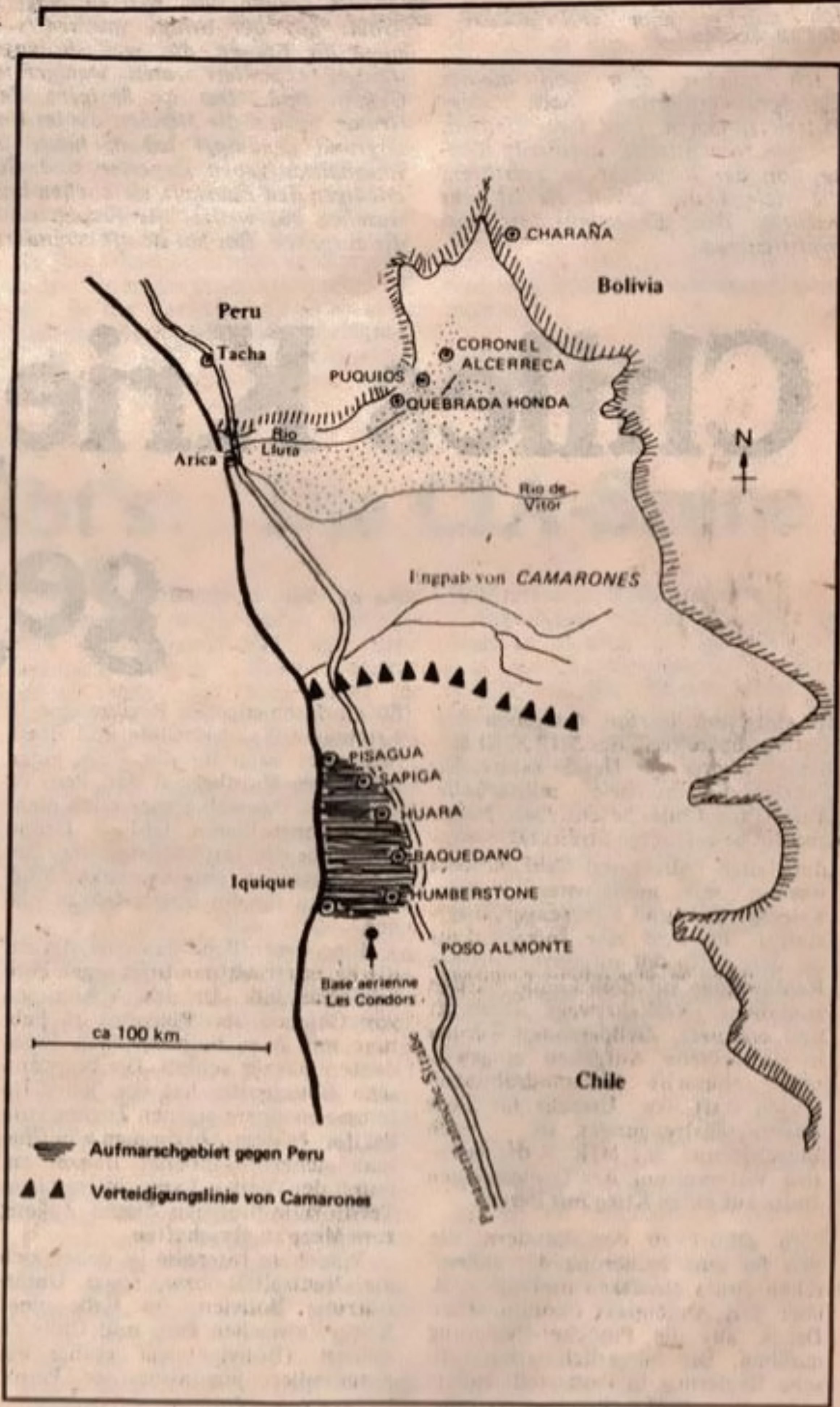
Ein weiteres Indiz für die Aggressionspläne der Gorillas sind die zahlreichen Verbindungs-Straßen, die in diesem Gebiet neu gebaut wurden, die keinerlei wirtschaftlichen Nutzen bieten und für jeglichen Verkehr gesperrt sind.

Das „Ministerium für Hygienische Einrichtungen" baut mit einer riesigen Reserve armee Wasser- und Heizstoffdepots, die zwischen Bergen und Salpeterkuchen versteckt sind, so daß sie aus der Luft unsichtbar sind. Die Schuttberge des Salpeterbüros Mapocho wurden in Waffendepots umgewandelt.

Die Verteidigungslinie

Der Engpaß von Camarones (Quebrada de Camarones) wurde zur Verteidigungslinie erklärt. Es werden Brunnen mit einem Durchmesser von 4 m und einer

Fortsetzung Seite 29



Fortsetzung von Seite 28

Chile: Kriegsvorbereitungen

Tiefe von 2 m angelegt. Große Flächen werden aufgeforstet. Diese Zone soll nicht als Kampffront dienen, sondern mehr als Verteidigungslinie im Falle eines peruanischen Gegenangriffs.

Die militärische Konzentration an der Angriffsbasis

Sämtliche Militäreinheiten, die in Iquique stationiert sind (es sind 6 Regimenter), sollen bis September an die Angriffsbasis versetzt werden.

„Unsere Partei (der MIR, AK) hat den Beweis, daß bereits seit Ende letzten Jahres regelmäßig während der Sperrstunden Militärkonvoys von Santiago nach Norden fahren, die Truppen, Waffen und sogar Panzer transportieren. Die gleichen Beobachtungen wurden in Städten im Zentrum und Süden des Landes gemacht: dies gilt für die Hubschrauber-Basis des Heeres in Temuco, für die Panzereinheiten von Punto Arenas, für motorisierte Kavallerie von Valdivia und Cóncepcion und die Artillerie von Linares. Im März wurde eine Reihe von Panzern im Hafen von Pisagua entladen. Hauptmann Ramón Larrain, dieser Mörder und Folterknecht (er war Chef des KZ für politische Gefangene in Pisagua und ist nunmehr Befehlshaber der VI. Division), gab bei der Entladung der Panzer folgenden Kommentar: ‚diese kleinen Spielzeuge werden die Peruaner schön überraschen...' "

Die Vorbereitung der Aggression

Obwohl zwischen Chile und Peru „sehr herzliche" Beziehungen herrschen, „Freundschaftsbesuche" zwischen den Militärs beider Länder ausgetauscht werden, ein Olivenbaum als Friedenssymbol an der chilenisch-peruanischen Grenze gepflanzt wurde, bleiben die wahren Absichten der faschistischen Junta nicht verborgen.

Bezeichnend ist die zunehmende propagandistische Kampagne, in der behauptet wird, daß Peru mit Hilfe der Sowjet-Union gewaltig aufrüste, Militärbasen an der Grenze errichtet hätte, eine größere Anzahl von Flugzeugen und Panzern gekauft und die Seestreitkräfte erweitert habe. Das chilenische Volk wird permanent vor einer drohenden peruanischen Aggression gewarnt, die (wie könnte es anders sein) vom „Internationalen Kommunismus" angezettelt werde.

Um ihre eigenen Aggressionspläne zu legitimieren, wird unter der chilenischen Bevölkerung das erforderliche Klima geschaffen, das den Überfall auf das Nachbarland rechtfertigen soll. Aus Regierungskreisen sickern immer wieder alarmierende Nachrichten einer „unabwendbaren Kriegsgefahr" durch, von der Notwendigkeit einer „Kriegswirtschaft" und daß sich das Volk bereithalten müsse, „das Vaterland zu verteidigen."

Die Koordinierung der internationalen Propaganda-Kampagne übertrug Pinochet der ultra-reaktionären Zeitung „El Mer-
Propaganda-Kampagne übertrug Pinochet der ultra-reaktionären Zeitung „El Mer-
curio", die mit ihrem Einfluß in der Internationalen Journalisten-Vereinigung und der gesamten Presse der südamerikanischen Oligarchie die oppositionelle peruanische Großbourgeoisie zu Wort kommen läßt und somit die reaktionäre Subversion gegen die peruanische Regierung schürt.

Die faschistische Bewegung „Vaterland und Freiheit", subventioniert durch die chilenische Regierung, ausgebildet vom Geheimdienst der Bewaffneten Streitkräfte, unterstützt von nordamerikanischen und brasilianischen Offizieren, startete eine Offensive, die darin besteht, in die reaktionärsten peruanischen Offizierskreise einzudringen (insbesondere Marine, Polizei und Sektoren der Oligarchie), um dort ihre Zersetzungsarbeit zu leisten. Unterstützt wird diese faschistische Bewegung (sie war auch in Chile 1973 eine der treibenden Kräfte zum Sturz der Regierung Allende) von ihren Schwesterorganisationen in Brasilien, Paraguay, Argentinien und Bolivien. Sie bildet subversive Kommandogruppen und Provokateure aus und ist für die im Frühsommer dieses Jahres stattgefundenen Unruhen in Lima und für den Aufstand der peruanischen Polizei verantwortlich.

Ein weiteres Betätigungsfeld für Pinochets Geheimagenten ist der wirtschaftliche Sektor des Anden-Marktes. Als Industrielle oder Kaufleute getarnt, verschaffen sie sich Zugang zu peruanischen Industriellenkreisen, wo sie ihre Wühltätigkeit gegen die peruanische Militärregierung betreiben.

Es ist bezeichnend, daß die von den chilenischen Gorillas angezettelte Kampagne, die die Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der peruanischen Bourgeoisie vorwärtstreibt, Hand in Hand mit der Militarisierung des chilenisch-peruanischen Grenzgebietes geht. Unter strengster militärischer Bewachung werden Bauarbeiten an der chilenisch-peruanischen Grenze durchgeführt, und zwar nach Nazi-Muster von neu gegründeten Strafkolonien für „gewöhnliche Delinquenten, die durch ihre Arbeit wieder „rehabilitiert" werden können.

Ein Luftgeschwader (Hawker-Hunter) der Bewaffneten Streitkräfte unternimmt rund um die Uhr Jagdflüge in diesem Grenzgebiet und dringt dabei vorsätzlich in peruanisches Territorium ein, um das Gebiet zu erkunden. Ebenso dringen Offiziere der Marine – in Fischerbooten getarnt – in peruanische Gewässer ein. ●

A los companeros del Kommunistischer Bund.

Estimados companeros:

En el segundo año de resistencia a la dictadura gorila en Chile, agradecemos a ustedes el apoyo solidario que han dado a la resistencia chilena y a nuestro partido.

Dentro de la campaña de solidaridad que ustedes han desarrollado, fue también de fundamental importancia el apoyo material de 88.000 DM que vuestra movilización logró.

Con saludos fraternales

Claudia Martin

Claudia Martin.

Representante del M.I.R en B.R.D.

Septiembre, 1975.

Adresse des MIR

An die Genossen des Kommunistischen Bundes

Liebe Genossen,

im zweiten Jahr des Widerstands gegen die Gorilla-Diktatur in Chile danken wir euch für die solidarische Unterstützung, die ihr dem chilenischen Widerstand und unserer Partei gegeben habt.

Innerhalb der Solidaritäts-Kampagne, die ihr durchgeführt habt, war auch die materielle Hilfe von DM 88.000,-, die eure Mobilisierung erbracht hat, von wesentlicher Bedeutung.

Mit brüderlichen Grüßen
Claudia Martin
Vertreterin des MIR in der BRD
September 1975

England:

Seemannsgewerkschaft beschließt Chile-Boykott

Ohne Gegenstimmen forderte der Vorstand der englischen Seemannsgewerkschaft NUS seine Mitglieder am 17.9. zum Boykott von Chile-Transporten auf. Gleichzeitig bat er die Transportarbeitergewerkschaft TGWU um Unterstützung durch die Docker.

Ob dieser beispielhafte Beschluß auch durchgeführt wird, läßt sich noch nicht sagen. Der Reedereiverband beweinte natürlich postwendend, daß *„politische Überlegungen gewöhnliche Handelstätigkeiten beeinflussen dürfen* (!)", außerdem würde ja ein einseitiger Boykott durch Verlagerung auf ausländische Flotten wirkungslos sein. Ein Hinweis auf die Gefährdung der Arbeitsplätze fehlte auch nicht. Die „liberale" Zeitung „Guardian" mußte natürlich ihre „Unparteilichkeit" beweisen, indem sie ausführlich zwei arbeitslose Kollegen zitierte, die nun befürchteten, noch länger arbeitslos zu bleiben. Breit wurde darüber berichtet, daß Arbeiter gefordert haben sollen, den Beschluß rückgängig zu machen, weil Seeleute „unpolitisch" sein sollten.

Politisches Klassenbewußtsein zeigten Kollegen aus Newcastle/South-Shields, die die Maßnahme ausdrücklich begrüßten, „weil Chile ein faschistisches Land ist, in dem die Arbeiter unterdrückt werden". (Nach „Guardian", 18./19. und 23.9.75) ●

England-Komission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 9

100 Tage „neue Ordnung" in Indien
Disziplin – groß geschrieben!

- zur Preisbindung der wichtigsten Konsumgüter und ihrer besseren Verteilung;
- zur Verbesserung der künstlichen Bewässerung;
- zur „Konfiszierung unrechtmäßig erworbenen Eigentums" (also gegen Schmuggler und Steuerhinterzieher);
- Zentralisierung des Straßentransports,
- sowie „Ausdehnung der Berufsausbildung" mit der Auflage an die Kapitalisten, minderbemittelten Bevölkerungsgruppen den Vorrang zu geben (lt. „Horizont", 41/75).

Daß die Gandhi-Regierung diese Versprechen so einlösen wird, ist mehr als unwahrscheinlich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur daran, daß die Congress-Partei ihren überwältigenden Wahlerfolg von 1971 mit der Parole *„Garibi Hatao!" („Weg mit der Armut!")* gewonnen hat, während sich die Lage der werktätigen Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft seither tatsächlich verschlechtert und die Zahl der Arbeitslosen noch mehr zugenommen hat!

„Soziale Maßnahmen" werden von Regierungsseite wohl nur insoweit durchgeführt werden, wie das der Entwicklung des Kapitalismus in Indien dienlich ist und von der bürgerlichen Klasse für notwendig gehalten wird.

Der „Optimismus" in der indischen Großbourgeoisie, der in den letzten Wochen wiederholt gerade im Zusammenhang mit dem „20 - Punkte - Programm" der Regierung geäußert wurde, erklärt sich aus der Gewißheit, daß die Gandhi-Regierung kaum „übers Ziel hinaus" gehen dürfte!

Nach Meinung *„der gewöhnlich kritisch urteilenden Zentralbank"* Indiens sei seit der Verhängung des Ausnahmezustandes eine *„Abkehr von jahrelanger Stagnation"* festzustellen und *„für 1975/76 eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von 5 - 6 %"* ziemlich sicher. *„...Die deutliche Wiederbelebung des Kapitalmarktes* (!)" könne als Beweis dafür gelten, daß *„die Privatindustrie neuen Mut* (!) *geschöpft und ihren ‚Investitionsstreik' aufgegeben"* habe („Neue Zürcher Zeitung", 4.10.75).

Die revisionistische CPI – ein „linkes" Anhängsel der Regierungspartei!

Hatten die indischen Revisionisten schon den Ausnahmezustand als „antiimperialistischen" Akt gefeiert, so unterstützten sie danach noch konsequenter die arbeiter- und bauernfeindlichen Maßnahmen und wurden direkt „anschmiegsam", um nicht Gefahr zu laufen, den Kreis der von der Gandhi-Regierung geächteten Linken zu bereichern.

„Die indischen Kommunisten schätzten auf ihrer jüngsten Nationalratstagung ein, ein neuer Patriotismus (!) erhebe sich unter den Werktätigen, motiviert von der Erkenntnis, daß die Freiheit der Nation (?!) in Gefahr ist und verteidigt werden muß, inspiriert von dem Gefühl, an der Schwelle eines demokratischen Aufschwungs (!!!) zu stehen." Dies erschien unter den vielsagenden Überschriften *„Wechsel zu Ruhe und Ordnung"* und *„Enthusiasmus plus Disziplin"* (zit. nach „Neues Deutschland", 10.9.). Zum bereits eingangs erwähnten „Burgfrieden" der drei größten Gewerkschaften des Landes mit der Bourgeoisie meint ein Revisionist: *„Es ist das erste Mal in der Geschichte der Gewerkschaften dieses Landes, daß die Arbeitnehmer (?) damit eine geschlossene, organisierte Front bilden..."* (zit. nach „Extra-Dienst", 10.10.75).

Von diesem konterrevolutionären Unsinn ist es natürlich nicht mehr weit zu folgender Sicht der aktuellen Situation in Indien: **„Der Enthusiasmus von Arbeitern, Bauern, Angestellten aus den Mittelschichten schlägt sich in zunehmendem Streben nach Disziplin (!) und höherer Effektivität in Produktion (!!!) und Verwaltung nieder. Offizielle Mitteilungen unterstreichen, daß es seit dem Ausnahmezustand keine Arbeitsunterbrechungen mehr in der nationalen Industrie gab (!!!)"** (CPI-Generalsekretär Rao, zit. nach „ND", 10.9.).

Der Klassenkampf findet nach Meinung der indischen Revisionisten offenbar nur noch auf dem Lande statt. Denn: *„Der Nationalrat der KP Indiens hat die Parteimitglieder aufgefordert, im ganzen Land eine Bewegung des Landproletariats und der armen Bauern für die Lösung des Programms* (gemeint ist das „20-Punkte-Programm", Anm. d. Red.) *einzuleiten. Die neue politische Lage (!) ermöglicht den Klassenkampf auf dem Lande in einer neuen Qualität"* (!!!) („Horizont", 41/75).

Daß der Klassenkampf unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes (*„neue politische Lage"*!) in Indien *„große Möglichkeiten für demokratische Veränderungen im sozialökonomischen Leben des Landes bietet (!)"* (was die CPI nach „Horizont", 41/75 ebenfalls behauptet), kann nur Leuten in den Sinn kommen, deren politische Blindheit ans Verbrecherische grenzt!

Die Quittung für diese den Interessen der werktätigen Bevölkerung entgegengesetzte Politik scheinen die Revisionisten jetzt in den eigenen Reihen zu erhalten: **Nach einer Meldung der „NZZ" vom 16.9.75 sind bereits 387 Funktionäre aus der CPI ausgetreten. Wie die „FAZ" etwas später (am 25.9.) meldete, beabsichtigen die Funktionäre offenbar, sich der Regierungspartei anzuschließen. Gleichzeitig wird von einer Linksorientierung des anderen Flügels der CPI berichtet, der vor allem an eine engere Zusammenarbeit mit der CPI (Marxisten) (der abgespaltene linke Flügel der CPI) denkt.**

Die Gandhi-Regierung denkt ihrerseits nicht daran, die Liebesbekundungen der CPI-Führer zu honorieren. „Eine erste kalte Dusche war für sie Frau Gandhis Zusage an Wirtschaft und Industrie, daß sie keine weiteren Verstaatlichungen plane, sondern im Interesse einer allgemeinen Produktionssteigerung einen pragmatischen Kurs steuern wolle" („FAZ", 16.7.). ●

Indien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Erfolgreiche Aktion von Chile-Flüchtlingen in Argentinien

Eine Gruppe von chilenischen Flüchtlingen besetzte am 8.10. in Buenos Aires das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und nahm 14 Angestellte, u.a. den Chef des Kommissariats, als Geiseln. Die Chilenen – darunter auch ein Brasilianer – die nach dem Putsch in Chile nach Argentinien geflohen waren, forderten Ausweispapiere, um aus Argentinien ausreisen zu können. In Argentinien ist die materielle und politische Lage der Flüchtlinge aus Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern unerträglich geworden:

In Buenos Aires existieren nur fünf Unterkünfte für Chile-Flüchtlinge, die von den Vereinten Nationen und den Kirchen getragen werden. Eine dieser „Unterkünfte" ist z.B. ein Haus mit 4 Etagen, 12 Wohnungen und zwei Toiletten. Dort wohnen 50 Familien – 150 Personen. Den meisten Flüchtlingen wird das Asylrecht verweigert. Sie bekommen keine Ausweispapiere und haben damit auch keine Chance auf eine Arbeitsstelle. Seit über einem Jahr ist ihnen auch die Genehmigung für Gelegenheitsarbeiten entzogen. Die Tätigkeit dieser Flüchtlinge besteht in ständigen Bittgängen zu den verschiedenen Institutionen und „Hilfsorganisationen".

In den Provinzen ist die Situation noch schlimmer als in Buenos Aires. Hunderte von Menschen müssen in Kirchen oder ähnlichen „Lagern" leben. Auch sie bekommen keine Arbeit.

Alle Flüchtlinge sind ständigen Verfolgungen und Bespitzelungen ausgesetzt. Bei Razzien und Polizeikontrollen – die in Argentinien inzwischen zum Alltag gehören – werden wahllos Chilenen verhaftet. Als Grund wird ihnen genannt, daß sie Chilenen sind. Bei argentinischen Familien, die Chile-Flüchtlinge aufgenommen hatten, wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und die Aufnahme von Chilenen verboten. Die faschistischen Banden wie die AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) räumen selbstständig auf. Sie schicken Drohbriefe und schrecken auch vor Morden nicht zurück. Diese Aktionen finden in enger Zusammenarbeit mit der argentinischen Polizei und den Geheimdiensten statt, Z.B. wurden im November 74 fünf Uruguayer entführt, die in Chile gelebt hatten und nach dem Putsch nach Argentinien geflohen waren. Ihre Leichen wurden einen Monat später in der Nähe von Montevideo / Uruguay gefunden. Wie anders als durch eine enge Zusammenarbeit der faschistischen Geheimdienste wäre es möglich, fünf Personen über die Grenze nach Uruguay zu verschleppen, um sie dort umzubringen? (Inzwischen ist eine Reihe ähnlicher Fälle bekannt geworden).

Die Besetzung des Hochkommissariats in Buenos Aires ist inzwischen erfolgreich zu Ende gegangen. Die Chilenen und der Brasilianer wurden mit einigen Angehörigen nach Algerien ausgeflogen (FAZ, 13.10.75). Diese Aktion, vor allem gegen die Unterdrückung der Flüchtlinge in Argentinien gerichtet, macht aufs Neue die Notwendigkeit des gemeinsamen internationalen Kampfes der südamerikanischen Völker deutlich.
(Infomationen z.T. aus: Argentinien-informationen Nr.3, Januar 1975) ●

Lateinamerika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Lateinamerika:

Von den Nazis gelernt: Völkermord unter dem Deckmantel der „Familienplanung"



Puerto Ricos Frauen werden geschändet, unter dem Deckmantel der Familienplanung

Der lateinamerikanische Kontinent ist reich an Rohstoffen, Bodenschätzen, landwirtschaftlichen Gütern, Wald etc. Der Kolonialismus, später der Imperialismus hat seit Jahren den Kontinent ausgebeutet und die Völker brutal unterdrückt.

In Lateinamerika fehlen derzeit 23 Mio. Wohnungen (1). Mehr als die Hälfte der Stadtbewohner ist nicht an die Kanalisation angeschlossen (1). Mehr als ein Drittel der Bevölkerung hat kein fließendes Wasser (1).

In Westeuropa leben 90 Menschen auf einem Quadratkilometer, in Lateinamerika sind es dagegen nur 12 (1). Dabei könnten in Lateinamerika bei dem großen natürlichen Reichtum viel mehr Menschen ein menschenwürdiges Dasein genießen. Bedingung dafür wäre aber das Ausschöpfen der Reichtümer und die Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse der Völker. Das widerspricht dem Wesen des Imperialismus.

Der Imperialismus hat in erster Linie das Interesse der möglichst billigen Abschöpfung der natürlichen Reichtümer. An den Menschen ist ihm dabei nur soweit gelegen, daß er eine kleine Zahl billiger Arbeitskräfte braucht, die für ihn in der Landwirtschaft oder im Bergbau diese Reichtümer produzieren.

In ARBEITERKAMPF 67 haben wir darüber berichtet, daß in Puerto Rico 34 % der Frauen (ab 14 Jahre) gegen ihren Willen sterilisiert worden sind. Diese bestialische Maßnahme ist kein isolierter Auswuchs eines wildgewordenen kolonialistischen Statthalters der USA, sondern gehört – wie wir der fortschrittlichen bolivianischen Zeitung „Bolivia" entnehmen konnten – zum Alltag der US-Bevölkerungspolitik in ganz Lateinamerika.

In den USA werden Stipendien für Ärzte vergeben, sich auf Geburtenkontrolle, Familienplanung und Sterilisierung zu spezialisieren. Führend dabei ist die USAD (hilfsgemeinschaft für entwicklungspolitische Projekte), die schon zur Zeit John F. Kennedys gegründet wurde (1). Aus einer Nachricht der bolivianischen bürgerlichen Zeitung „Presencia" vom 20.6.74 geht hervor, daß es in Bolivien Kurse über das „Vorwärtskommen in der Handhabung der Fruchtbarkeit" gibt. Geleitet werden diese Kurse von US-Spezialisten, die mit dem bolivianischen Gesundheitsministerium zusammenarbeiten.

Pfarrer und Bauern aus der Region Altiplano (bolivianisches Hochland) enthüllten, daß in einer Reihe von Kliniken Sterilisierungen durchgeführt werden, ohne Wissen der Betroffenen! (1)

Westdeutsche Institutionen sind auch an diesen kriminellen Taten beteiligt. So die „Gesundheits"-Organisation „Pro Familia", die der CENAFA (Centro national de Familia), einer Unterorganisation der nordamerikanischen USAD, finanzielle Unterstützung gewährt (1)!

Ein Sprecher der USAD drückte klipp und klar aus, was für ein Interesse der Imperialismus mit den Massensterilisierungen verfolgt:

„Es ist einfacher, hygienischer und billiger, die Guerilleros im Uterus zu töten als in der Sierra und den Städten". (1).

„Testballon" Puerto Rico

Aufgrund des besonderen Kolonial-Status eignete sich die Insel Puerto Rico sehr gut als „Testballon" für die „Bevölkerungspolitik" der Imperialisten. Versuche, die in den „zivilisierten" Ländern gesetzlich nicht erlaubt sind, konnten hier stillschweigend durchgeführt werden. Eine puertoricanische Frau berichtete: *„Es waren 600 Frauen ... Professor Clauburg leitete die Untersuchung ... Die gesündesten Frauen waren ausgesucht worden ... Es waren in erster Linie Frauen im Alter von 17 und 18 Jahren ... Sie standen in Reih und Glied einem Röntgenapparat gegenüber, alle hatten eine Platte auf dem Bauch, die Strahlen waren auf die Eierstöcke gerichtet ... In anderen Operationssälen wurden die Eierstöcke operativ entfernt." (2)* Die 34 % sterilisierten Frauen sind in offiziellen Statistiken der Kolonialregierung wiederzufinden (2). Die koloniale Regierung bemäntelt frech und demagogisch, daß die Sterilisierungen deshalb notwendig wären, um die Arbeitslosigkeit zu lindern. (In Puerto Rico sind derzeit 34 % arbeitslos, diese Zahl dürfte ständig steigen; siehe auch AK 67).

Seit 1934 (!) arbeiten nordamerikanische Behörden daran, die „Familienplanung" in Puerto Rico durchzuführen. Damals schon wurden 67 Stellen eingerichtet, die die puertoricanische Bevölkerung davon „überzeugen sollten", daß es besser sei, keine Kinder zu bekommen (2). 1951 machte die nordamerikanische „Ortho-Foundation" Versuche an puertoricanischen Frauen für einen Verhütungs-Spray (2). 1969 machte die nordamerikanische „Worcester-Foundation" Versuche für eine neue Anti-Baby-Pille (2).

Mehrere dieser Gesellschaften und Stiftungen sind unterdessen zum „Büro für Familienplanung" zusammengefaßt worden, das eng mit dem puertoricanischen Gesundheitsministerium zusammen arbeitet. Der Leiter ist der Gynäkologe Antonio A. Silva. Er forderte, auch Männer sollten zur Sterilisation herangezogen werden. Im „Sun Juan Star" (puertoricanische Tageszeitung) vom 27.2.74 sagte Silva, daß 10 Männer in der Woche sterilisiert würden. Nach seiner Meinung wäre es besser, wenn es 100 wären. Urologen sollten sich melden, um die Sterilisierungen durchzuführen. Silvas Programm ist es, die Geburtenrate in Puerto Rico auf Null zu senken.

34 % sterilisierte Frauen in Puerto Rico, das sind etwa 200.000 Frauen!!

„Diese 200.000 sterilisierten Frauen entsprechen Daten, die die koloniale Regierung in Puerto Rico selbst enthüllt hat, deren Sterilisationstätigkeit – mittels moderner und „zivilisierterer" Methoden – unter der Maske der „Familienplanung" nicht aufhört, dieselbe Bedeutung zu haben, wie die in den Konzentrationslagern der Nazis vor mehr als 20 Jahren. Der Völkermord stellt in jeder Form ein Verbrechen gegen die Menschheit dar. Und in Puerto Rico praktiziert man ihn unter der Leitung der Yankee-Imperialisten. Die Sterilisation der Frau ist eine andere Form des Völkermords: vorweggenommener Völkermord".(2)

Anmerkungen:
(1) Diese Angabe bzw. dieses Zitat ist der Zeitung „Bolivia" vom Mai 1975 entnommen
(2) Diese Angabe bzw. Zitat ist der Granma (Zentralorgan der cubanischen KP) vom 26. Mai 1974 entnommen. ●

Lateinamerika-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Bolivianische Mädchen im Armenviertel

Folterungen und Verfolgungen in Brasilien

Bei den Berichten über Pinochets Greueltaten sollte man nie vergessen, daß alle lateinamerikanischen Faschisten ein und dieselbe „Schule" absolviert haben: nämlich die brasilianische. Brasilien ist heute neben Chile wohl das Land Lateinamerikas, wo die Folterungen am „raffiniertesten" und am sadistischsten sind. Nach Angaben der Internationalen Juristenkommission (Genf) gibt in Brasilien mindestens 12.000 politische Gefangene. Vier neue Konzentrationslager wurden errichtet . . . Vor den Augen der Angehörigen werden Frauen vergewaltigt und Kinder geschlagen. Das „beliebteste" Instrument der Folterknechte ist die „pau de ara" (Papageienschaukel), die auch schon der deutsche KZ-Mörder Bogner verwendete.

Nachdem sie 150 Jahre zuvor abgeschafft worden war, wurde die Todesstrafe 1969 für „politische Delikte" wieder eingeführt. In der letzten Zeit, bzw. seit Anfang dieses Jahres hat insbesondere die verbotene revisionistische KP Brasiliens (PCB) schwere Schläge zugefügt bekommen. Innerhalb weniger Monate sind wichtige Zentren ihrer Arbeit aufgespürt worden:

- drei von acht Mitgliedern des höchsten Gremiums der PCB (Exekutivkommission) sind verhaftet worden;
- der Verantwortliche für Agitation und Propaganda, der seit 1964 im Untergrund lebt, ist ebenfalls verhaftet worden;
- ebenfalls im Januar spürten Armee und Polizei zwei illegale Druckereien in Sao Paulo und Rio auf, wo die Zeitung der PCB („Voz operaia") gedruckt wurde.

Die PCB selber spricht von einer Zahl von etwa 700 Antifaschisten, die seit Januar verhaftet und gefoltert worden sind. Verhaftungen werden gewöhnlich wie Entführungen vorgenommen: Man wird von der Straße weg verhaftet und bekommt eine Mütze über den Kopf gezogen.

Die Folterorte sind meistens bei der Armee in Rio und beim DOI in Sao Paulo. DOI (Inland-Abteilung) ist der neue Name für den OBAN (Operacao Bandeirantes), ein illegales Repressionsinstrument, das von Armeeoffizieren geleitet wird. Der Name „DOI" ist Produkt des makabren „Humors" der Offiziere: auf portugiesisch heißt es: „das tut weh".

Wenn Inhaftierte nicht reden wollen, wird ihnen meistens mit Ermordung gedroht. So gibt es in Brasiliens Folterknästen viele „Verschwundene" Im vergangenen Jahr sollen auf diese Weise 50 Genossen verschiedener Organisationen „verschwunden" sein! ●

Frankreich-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Argentinien:

Der Volkskrieg hat begonnen

Am 5. Oktober führten die Montoneros ihre bisher größte bewaffnete Aktion durch. Im Norden Argentiniens, wo bisher weder Montoneros noch PRT/ERP (Revolutionäre Arbeiterpartei und ihr bewaffneter Arm) politisch in Erscheinung getreten sind, griff eine Montonero-Einheit die Kaserne der Stadt Formosa an.

Wie der Kampf ablief, ist bisher noch nicht näher bekannt. Nach verschiedenen Meldungen der bürgerlichen Presse, die sich auf „amtliche Angaben" stützen, wurden elf Soldaten und 15 Guerilleros getötet. (Die bürgerliche Presse selbst schreibt, daß die Zahlenangaben der Regierung mit Vorsicht zu genießen sind, z.B. „FR" v.9.10.: *„Beobachter nehmen die amtlichen Zahlenangaben mit Vorsicht zur Kenntnis".*)

Ein zweites Kommando besetzte in der Zwischenzeit den Flughafen der Stadt. Dort landete eine Maschine der staatlichen Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas. Eine dritte Montonero-Einheit hatte die Maschine in ihre Gewalt gebracht und die Besatzung zur Landung auf dem Flughafen Posadas in Formosa gezwungen. Die regulären Passagiere konnten das Flugzeug verlassen, das anschließend mit den Guerilleros an Bord in die Provinz Santa Fé weiterflog und dort auf einem privaten - wahrscheinlich speziell für diese Aktion eingerichteten - Flugplatz landete. Die Montoneros konnten entkommen, weil alle Zufahrtswege zu dem Flugplatz mit Nägeln bestreut waren und die anrückenden Polizeieinheiten bei der Verfolgung aufhielten.

Nach dieser Aktion gaben die Montoneros bekannt, daß sie eine reguläre Armee aufgestellt hätten, die in Formosa ihre ersten Schläge ausgeteilt habe. *„Es gibt keinen einzigen Ort im Lande"*, heißt es weiter, *„nicht einmal in den entlegensten Garnisonen, wo die reaktionären militärischen Streitkräfte, die im Dienste des Imperialismus und der Oligarchie stehen, sich sicher fühlen können, unsere Operation hat deren Schwäche aufgezeigt"* („FAZ", 10.10. 75).

Die perfekt organisierte Aktion, die auf die Stärke und organisierte Kraft der Montoneros schließen läßt, ist der bisherige Höhepunkt einer ganzen Reihe von bewaffneten Aktionen in allen Teilen des Landes.. So kam es z.B. in Tucuman zu einem Gefecht zwischen Polizei und Mitgliedern der Revolutionären Volksarmee (ERP), bei dem - laut amtlicher Meldungen - vier Genossen getötet wurden. In Buenos Aires kam es zu einem Gefecht zwischen Polizei und Guerillaeinheiten, wobei zwei Guerilleros und zwei Polizisten getötet wurden („SZ", 9.10.75).

Über diese bewaffneten Auseinandersetzungen wird in der bürgerlichen Presse so berichtet, als seien sie isolierte Aktionen von linken und rechten Banden, die das Leben des „friedliebendenden Argentiniers" („FAZ") zerstören wollten. Damit soll ideologisch auf die blutigste Repression in Argentinien vorbereitet werden, nach dem Motto: alles ist gerechtfertigt, wenn nur endlich wieder geordnete Verhältnisse hergestellt werden.

Machtvakuum in Staat und Gesellschaft

Tatsache ist aber, daß die zunehmenden bewaffneten Aktionen Ausdruck für die ungeheure Verschärfung der Klassenkämpfe in Argentinien sind. In AK 67 haben wir einige Beispiele von Streiks und z.T. militanten Massenkämpfen der letzten Wochen gegeben. Der argenti-

nische Staatsapparat ist zur Zeit nicht in der Lage, die Massenkämpfe und die starken Angriffe von Seiten der linken Organisationen „unter Kontrolle" zu bringen. Die Instrumente der Bourgeoisie wie Polizei und Armee z.B., sind zur Zeit nicht funktionsfähig in dem Sinne, daß es ihnen gelingt, durch eine Verstärkung der Repression und massivere Einsätze die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen entscheidend zurückzuschlagen. (Wie berichtet, versucht das Militär seit Januar dieses Jahres vergeblich, die Landkompanie der ERP in Tucuman zu zerschlagen, vgl. AK 65.)

Die Antwort der Militärs: „Völlige Ausrottung des Terrors"

Das Militär bereitet sich seit einiger Zeit auf die Machtübernahme vor, versuchte aber dabei, ein direktes Eingreifen hinauszuzögern. Es will zunächst hinter den Kulissen bleiben, um seine Reihen zu stärken und die günstigsten Bedingungen für sein Eingreifen zu schaffen (vgl. DIE INTERNATIONALE-Sondernummer: „Revolutionärer Volkskrieg in Argentinien". Die Übergangsregierung unter Italo Luder, der nur für die Zeit des „Erholungsurlaubs" der Präsidentin eingesetzt war, *„hat aber weder den Peronisten, noch dem Land die erhoffte Atempause und Neuorientierung gebracht. Die Desintegration der Regierungspartei hat sich beschleunigt und macht die Regierung regierungsunfähig..."* („NZZ", 10.10.75).

In dieser Situation sind die Militärs jetzt auf den völligen Konfrontationskurs eingeschwenkt. Isabel kehrte am 16.10. zurück. Ein General klärte kurz zuvor: *„Heute ist der Tag gekommen, da man sich im Lande endgültig einig werden muß. Die einzige Antwort* (auf die Linken, AK) *ist die Sprache der Waffen. Das ist die einzig gültige Antwort ... die völlige Ausrottung dieser Geißel" („SZ", 9.10.75).*

Anfang Oktober wurden die Streitkräfte offiziell mit der *„Durchführung aller (!) zur Zerschlagung des Terrorismus notwendigen Aktionen im ganzen Land"* beauftragt („SZ", 10.10.75).

Die Präsidentin gab aus ihrem Urlaubsort eine öffentliche Erklärung ab, in der sie den Streitkräften für ihre Solidarität und Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus dankte („SZ", 10.10.75).
Alle Polizei- und Sicherheitstruppen wurden den Kommandeuren der Armee unterstellt („SZ", 9.10.75). Schon eine Woche vorher wurden ein Verteidigungsrat und ein Sicherheitsrat gebildet. Der Verteidigungsrat besteht aus dem Verteidigungsminister und den drei Stabschefs der Streitkräfte. Er bestimmt über den Einsatz von Armee und Polizei. Der Sicherheitsrat soll die politischen Entscheidungen zur Zerschlagung der Linken fassen. Er besteht aus dem Staatschef, den Ministern und ebenfalls den Befehlshabern der drei Waffengattungen. Dieser Weg der Militärs erinnert an die „Lösung" in Uruguay, wo die Generäle bereits seit über zwei Jahren die Macht ausüben, aber einen zivilen Präsidenten als „demokratische Strohpuppe" beibehalten haben. Allerdings war vor zwei Jahren in Uruguay die Arbeiterbewegung und vor allem die revolutionäre Linke längst nicht so stark wie heute in Argentinien. Ende September ist der ehemalige Präsident Hector Campora aus seinem mexikanischen Exil nach Argentinien zurückgekehrt. Campora ist Mitbegründer der Authentischen Peronistischen Partei (der politischen Partei der Montoneros), die inzwischen über einen starken Einfluß in der argentinischen Bevölkerung verfügt. Er strebt den Weg der nationalen Entwicklung Argentiniens an und will die Krise auf Kosten der Imperialisten und der argentischen Großbourgeoisie lösen. Eine solche „Lösung" kann aber nicht für längere Zeit funktionieren, wie es sich nicht zuletzt während Camporas und auch Perons Regierungszeit gezeigt hat, weil sie wegen der materiellen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse der Bourgeoisie zu teuer und wegen der politischen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu gefährlich ist. Die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung der Verbote linker Organisationen, Streik- und Demonstrationsfreiheit und antifaschistische Säuberungen in Militär und Polizei (AAA z.B.) würden zu großen Spielraum für die Entfaltung der Arbeiterbewegung bieten.

Aus diesem Grunde werden die argentinischeBourgeoisie und der Imperialismus alles daran setzen, daß der nackte Terror der Militärs das Volks niederhält und nur im äußersten Falle zu einer Öffnung der Regierung nach links bereit sein, um für einen kurzen Moment „Luft zu schöpfen" und die Arbeiterklasse durch ihren Taktikwechsel ideologisch zu verwirren.

In Argentinien hat der Volkskrieg begonnen. Wir müssen die größtmögliche Solidarität und alle Anstrengungen unternehmen, um die argentinische Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen und um dazu beizutragen, daß es den revolutionären Organisationen gelingt, die Kämpfe auf den einzigen endgültigen Ausweg, den Sozialismus, auszurichten. ●

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Plaumann und der Giftmüllskandal — oder den letzten beißen die Hunde

Seit dem 6. Oktober steht der 34-jährige Fuhrunternehmer Siegfried Plaumann vor der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Hanau, angeklagt wegen Betrugs in 35 Fällen und Verstoß gegen das Wasserhaushaltsgesetz.

Siegfried Plaumanns Job ist es, von den Industriebetrieben in Hanau und Umgebung die Produktionsabfälle, den Industriemüll, abzuholen und gegen Bezahlung für eine „ordnungsgemäße" Vernichtung oder Deponierung zu sorgen.

Seine Frachten bestanden u.a. aus Aceton, Toluol, Benzol, Äthanol, Äthylenacetat, Salzsäure und Salzschlacken – allesamt von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie als „gefährliche chemische Stoffe" deklariert.

So heißt es unter Punkt 21 zu Benzol in dem Merkblatt der Berufsgenossenschaft z.B.:

„Die Dämpfe von Benzol wirken berauschend, bei längerer Einwirkung ... krampfauslösend und tödlich. Häufiges Einatmen ... schadet der Gesundheit. Krankheitserscheinungen machen sich erst nach Wochen, Monaten, mitunter erst nach Jahren bemerkbar. Meldepflichtige Berufskrankheit Listen Nr. 4".

Diese z.T. hochexplosiven, extrem giftigen Materialien ließ Plaumann tausendtonnenweise auf den Müllkippen und in den Wäldern Hessens ablagern oder gab sie, wenn es flüssige Stoffe waren, einfach in die Kanalisation. *„Giftstoffe, die ausreichen würden, die Einwohner ganzer Großstädte zu töten"* („Frankfurter Rundschau", 7.10.).

Das Geschäft der hessischen Chemiekapitalisten mit dem Fuhrunternehmer lief so lange, bis die Fahrer Plaumanns, die die Arbeit taten, Gewissensbisse bekamen und sich an die Öffentlichkeit wandten. Die Staatsanwaltschaft schaltete sich ein und klagte Siegfried Plaumann an, seine Auftraggeber betrogen und sie um insgesamt 350.000 DM geschädigt zu haben.

Ein ungeheurer Zynismus, sich um das Vermögen der Chemiekapitalisten zu sorgen, angesichts der Tatsache, daß weite Landstriche in Hanaus Umgebung verseucht wurden! Der Verteidiger Plaumanns, Rechtsanwalt Schmidt-Leichner beklagt sich deshalb zu Recht: *„Der Prozeß wird doch nicht um Betrugsfälle, die keine sind geführt".*

Die Staatsanwaltschaft gibt achselzuckend zu, daß diese Prozeßführung *„für die Öffentlichkeit zweifellos verwirrend"* sein muß, wenn statt der Anklage auf Umweltverschmutzung die Geldverluste der Chemiekapitalisten auf den Tisch kommen.

Dieser Schlenker in der Verfahrensweise ist nicht zufällig, macht er doch erschreckend deutlich, wie es mit dem geltenden Umweltstrafrecht des bürgerlichen Staates bestellt ist. **Es gibt danach keine Handhabe gegen Verbrecher großen Stils, die die Umwelt verseuchen und die Bevölkerung gefährden.**

So ist z.B. ein Vergehen gegen § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes nur dem vorzuwerfen, dem nachgewiesen werden kann, daß gerade sein Müll ursächlich für die Verunreinigung des Grundwassers verantwortlich war und nicht irgendein anderer Müll. Angesichts der weitverbreiteten Praxis der Kapitalisten, den „billigsten" Weg der Abfallbeseitigung zu wählen, ist sowas natürlich ein hoffnungsloses Unterfangen. Der Staatsanwalt im Plaumann-Prozeß stellt auch ganz „skeptisch" die Frage:

„Wie wollen Sie beweisen, daß genau diese Tonne Müll von Plaumann gerade diese Verschmutzung im Grundwasser angerichtet hat?"

Die **Höchststrafe** für ein Vergehen gegen den § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes beträgt übrigens zwei Jahre Freiheitsentzug!

Sehr schnell vertauschen sich in diesem Prozeß die Rollen: der Verteidiger Plaumanns wird zum Ankläger, die Staatsanwaltschaft wird in die Defensive gedrängt und weiß auf die Fragen der Verteidigung keine Antwort. Bezeichnend ist auch, daß der Rechtsanwalt Plaumanns statt eines Plädoyers für seinen Mandanten dem Gericht lediglich eine Reihe von Fragen vorlegt, die es berücksichtigen soll und die in dem Satz gipfeln:

„Wer wünschte denn überhaupt eine ordnungsgemäße Beseitigung der Abfälle?"

So wird festgestellt:

- Siegfried Plaumann hatte gar keine andere Wahl, als den Giftmüll unerlaubterweise irgendwo abzuladen.
- Es gibt in Hessen keinen Lagerplatz, der für die Stoffe, die Plaumann transportierte, zuständig ist.
- Die einzige Verbrennungsanlage, die die Staatsanwaltschaft nennen konnte, darf genau diesen Giftmüll **nicht** verbrennen.
- Gegen besagte Firma der Verbrennungsanlage läuft ebenfalls ein Verfahren wegen „Müllsünden".

Statt die Chemiekapitalisten, als Verursacher der Giftstoffe, dazu zu zwingen, entsprechende Kosten für eine menschen- und naturungefährliche Beseitigung zu sorgen, greift man sich das schwächste Glied in der Kette der Umweltverschmutzer, den Transporteur, der weder etwas für die „Herstellung" der Giftstoffe, noch für die fehlenden Beseitigungsmöglichkeiten kann.

Es ist deshalb nicht von ungefähr, wenn im Prozeß *„niemand so recht mit offenen Karten spielen"* kann („FR", 7.10.): Die Kapitalisten nicht, weil sie 1. froh sind, wenn Leute wie Plaumann ihnen auf billige Art und Weise das Verbrechen an der Umwelt abnehmen und 2. weil durch eine Offenlegung aller Tatsachen herauskommen würde, daß die „Plaumannsche Lösung" der Abfallbeseitigung tagtäglich praktiziert wird. Für die Vertreter des kapitalistischen Staates kann es ebenfalls nur höchst unerwünscht gewesen sein, daß die Angestellten Plaumanns den Fall an die Öffentlichkeit brachten, sind sie doch ganz klar der Komplizenschaft mit den Kapitalisten überführt. Die bürgerliche Gesetzgebung hat zwar diverse strenge Regelungen, wenn etwa die Bevölkerung „die Landschaft verschmutzt", für die Verbrecher großen Stils, die die Natur verseuchen und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden, gibt es keine Regelung.

So wurde z.B. von der Umweltministerkonferenz beschlossen, zum Abfallbeseitigungsgesetz einen Bußgeldkatalog herauszugeben. Die Ablagerung von Matrazen, Kisten und Möbeln im Gebirge kostet danach danach bis zu 150 DM. Fortgeworfene Bierdosen, Konserven, Regenschirme, abgebrochene Skier oder Stöcke werden mit 20 DM geahndet das Wegwerfen von Plastiktüten, Taschentüchern oder Schokoladenpapier kostet zehn Mark (nach „FAZ", 10.10.).

Der Staatsanwalt mußte sich deshalb vom Verteidiger Plaumanns auf den Kopf zusagen lassen: *„Im Grunde stehen Sie doch als Vertreter der chemischen Industrie hier".*

Das Vorhaben des Rechtsanwaltes Schmidt-Leichner, die tatsächlichen Verantwortlichen, die Kapitalisten und die Behörden zu entlarven und den Prozeß zu einem Verfahren gegen sie umfunktionieren zu wollen, ist zwar anerkennenswert, es steht jedoch zu befürchten, daß in „allseitigem Einvernehmen" die Geschichte in aller Stille „gütig geregelt" wird. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Tausende Tonnen giftigen Industriemülls wurden und werden rücksichtslos auf normalen Deponien abgeladen.

CIA-„Untersuchungen" — Schmierenkomödie für die Öffentlichkeit!

Zur Beruhigung des amerikanischen Volkes und der Weltöffentlichkeit wurden zur „Untersuchung" der CIA-Verbrechen drei Kommissionen gebildet. Die erste dieser Kommissionen, bestehend aus einer Reihe zwielichter Typen unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten und Geheimdienst-„beraters" des US-Präsidenten Rockefeller, hat inzwischen abschließend festgestellt, die CIA habe *„dem 1947 erteilten Auftrag entsprochen. Grundlegende Änderungen des Statuts der CIA seien nicht notwendig"* („SZ", 8.6.75).

Die Vorsitzenden der Kommissionen des Repräsentantenhauses und des Senats erklärten übereinstimmend *„ihre Arbeit habe nicht das Ziel, den Geheimdienst zu zerstören. Vielmehr solle die CIA im Bereich der Legalität nach amerikanischen Grundsätzen (!) arbeiten"* („FAZ", 20.9.75).

Nach „amerikanischen Grundsätzen" hat die CIA ja wohl in der Vergangenheit immer gearbeitet – nämlich überall und immer und mit allen Mitteln den „american way of life" durchzusetzen.

Diese für die CIA sicherlich erfreulichen Absichtserklärungen der Kommissionsvorsitzenden hinderten den US-Präsidenten Ford dennoch nicht daran, die Arbeit eines Ausschusses kurzerhand zu stoppen und die Kommissionsmitglieder nach Hause zu schicken. Einsichtige Begründung: *„Veröffentlichung von insgesamt vier* (tatsächlich: vier – d. Red.) *‚geheimen' Wörtern"* („SZ", 15.9.75). Man darf gespannt sein, ob Ford auch den Gebrauch dieser vier Wörter in der amerikanischen Umgangssprache verbieten läßt!

Damit wird völlig deutlich gemacht, daß diese angeblichen „Untersuchungen" weiter nichts als eine Farce zur Irreführung der Öffentlichkeit sind.

Der US-Imperialismus hat auch nicht einen Augenblick daran gedacht, tatsächlich die führenden Agenten der CIA zur Verantwortung zu ziehen oder gar dem Geheimdienst einschneidende Auflagen für seine zukünftige Tätigkeit zu machen. Das wurde jüngst durch den Direktor des Geheimdienstes, Colby, persönlich bestätigt. In einem Fernsehinterview äußerte Colby, daß in Regierungskreisen Differenzen darüber bestehen, ob einige Praktiken der CIA enthüllt werden sollten. (Colby hatte bereits mehrmals vor Ausschüssen „ausgesagt"). Zu denjenigen, die konsequent alle Aussagen ablehnten, gehörten u. a. Kissinger und US-Kriegsminister Schlesinger. *„Generell bestehe (aber) Einvernehmen darüber, daß die wesentlichen Geheimnisse der CIA bewahrt werden müßten. ‚Manchmal sickern sie durch, aber ich glaube, wir waren in der Lage, die meisten dieser Geheimnisse zu wahren'"* („SZ", 8.10.75).

Colby selbst gibt also zu, daß trotz der Enthüllungen über die Verbrechen der CIA (Giftwaffen, Putsche, Inlandsspionage, Ermordung von Politikern usw. usf.), die in den letzten Monaten ans Tageslicht kamen, noch nicht einmal die „wesentlichen Geheimnisse" bekannt wurden! Angesichts der bisher bekannt gewordenen Verbrechen der CIA, die offensichtlich „gar nichts" sind im Vergleich zu den geheimgebliebenen, kann man sich kaum noch vorstellen, was sich erst hier für ein Abgrund imperialistischer Menschenverachtung auftun muß. ●

Metallkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Die Politik der Gewerkschaftsführer in der Krise:

Der totale „Burgfrieden"

In den Zeiten normaler konjunktureller Entwicklung konnten die Führer der Gewerkschaften die von ihnen betriebene Politik der „Klassenzusammenarbeit" zugunsten der Kapitalistenklasse noch weitgehend durch Verbalradikalismus und Erfolge aufgrund der Bereitschaft der Kapitalisten zu Zugeständnissen abdecken und verschleiern. Sie haben es dabei immer verstanden, ihre Politik als „Interessenvertretung" der Arbeiter und Angestellten mit Mehrheiten absegnen zu lassen. Angesichts der Forderungen der Kapitalisten nach mehr Gewinnen auf Kosten der Werktätigen durch Lohnraub und „Sparpolitik" wird die Bindung dieser Gewerkschaftsführer an den bürgerlichen Klassenstaat noch offensichtlicher. Ihre hemmungslosen Bekenntnisse zur „freien Marktwirtschaft" schließen mit ein, daß sie sich auch zu den Maßnahmen und Methoden bekennen, mit denen die Kapitalistenklasse und ihr Staat in der Krise arbeiten.

Die Übereinstimmung von Partei- (SPD) und Gewerkschaftsfunktionen sowie Mitgliedschaft in den bürgerlichen Parlamenten, sind ein Indiz für die Einbettung der Gewerkschaftspolitik in das kapitalistische System. Die Existenz einer Regierung, deren tragende Partei identisch ist mit der die Gewerkschaften beherrschenden SPD, führt dazu, daß die Führungen der DGB-Gewerkschaften heute in Worten und Taten ihre Regierungstreue betonen. Während die Werktätigen so in der Krise eines wichtigen Kampfinstruments gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – der Gewerkschaften – beraubt sind, versuchen rechte Demagogen hiervon zu profitieren. Alle möglichen rechten Splitter„gewerkschaften" und Gruppen biedern sich hierbei den Werktätigen als Alternative zu den „DGB-Bürokraten" an. Christliche Gewerkschaften oder etwa der Beamtenbund (DBB) sind in ihrer demagogischen Kritik an Sparbeschlüssen etc. wesentlich „radikaler" und „konsequenter" als etwa DGB-Führer.



Schmidt und Vetter nach der Sitzung des DGB-Bundesausschusses

Die in der Gewerkschaftsszene als „links" und „radikal" bezeichnete IG Metall hat bei der Erfüllung der Lohnraubforderungen der Kapitalisten in den anstehenden Tarifrunden den Anfang gemacht. Die Gewerkschaftsführer setzten für die Stahlindustrie eine 8%-Forderung fest, die laut IGM-Chef-Loderer „kein Ultimatum" ist („FAZ" 18.9.). Während er so von vornherein klarmacht, daß der Abschluß niedriger eingeplant ist, gab er an anderer Stelle zu verstehen, daß die Gewerkschaftsführer für die am Jahresende beginnenden Tarifverhandlungen der Metallindustrie aufgrund deren schlechterer wirtschaftlicher Lage durchaus bereit ist, hier andere (natürlich niedrigere) Forderungen zu stellen (Spiegel-Interview vom 6.10.). Die Tarifkommission für die nordrhein-westfälische Metallindustrie ist über die Lohnraubzugeständnisse noch hinausgegangen und beschloß, den erstmöglichen Kündigungstermin für das Urlaubs- und Urlaubsgeldabkommen zum Jahresende nicht wahrzunehmen. Man wolle „eine bessere Wirtschaftslage abwarten" (laut „Handelsblatt", 4.10.).

Die Sparmaßnahmen der Bundesregierung „werden grundsätzlich befürwortet" (DGB-Vorsitzender Vetter). Für den öffentlichen Dienst bekannte der für Beamtenpolitik zuständige DGB-Führer Schmidt, *„daß Wildwuchs und Ungerechtigkeiten im öffentlichen Dienst abgebaut werden müssen"* („Handelsblatt" 5.9.). Er betonte, daß *„der DGB ... keineswegs der Ansicht (ist), daß der öffentliche Dienst völlig ungeschoren bleiben sollte."* *„Prinzipiell fänden nahezu alle in der Bonner Streichliste enthaltenen Maßnahmen den Beifall (!) des DGB, sofern sie nur die Belastung gleichmäßiger verteilten (!)"* („Handelsblatt", 12.9.). Das „Gerechtigkeitsempfinden" der Gewerkschaftsführer geht soweit, daß Schmidt sich beklagt, der öffentliche Dienst würde *„weit stärker zur Ader gelassen als die Arbeitnehmer in der Wirtschaft"* (ebenda). Dieser Linie entsprechend

(ebenda). Dieser Linie entsprechend fordert die DGB-Führung, einzelne Maßnahmen zu ändern und insgesamt für Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes eine Sonderabgabe von 0,5% ihrer Löhne und Gehälter einzuführen. So wird also nichts gegen die Krisenabwälzung auf die Werktätigen und deren verstärkte Ausplünderung getan, sondern man beteiligt sich hieran durch eigene Vorschläge, die unter dem Mantel „Gerechtigkeit für alle" unterbreitet werden.

Wie weit die enge Zusammenarbeit bei der Erarbeitung, Planung und Durchführung der Krisenmaßnahmen zwischen kapitalistischen Regierungsvertretern und Gewerkschaftsführern bereits geht, zeigt die Tatsache, daß Regierungsvertreter vor und nach den Beschlüssen wiederholt Gewerkschaftsführer zur Beratung empfingen. Mit allen Mitteln versuchen diese, den Werktätigen weiszumachen, die Schmidt-Bundesregierung sei weiterhin eine „Arbeitnehmer-Regierung". Die Tatsache, daß Schmidt auf zwei USA-Reisen Gewerkschaftsführer im Reisegepäck hatte und für seine bevorstehende Reise in die VR China ebenfalls zwei DGB-Führer einlud,

ebenfalls zwei DGB-Führer einlud, ist für den Boß der DGB-Gewerkschaft HBV – Heinz Vietheer – *„der neue Stil des Bundeskanzlers"*, der *„auch im Ausland die Stimme der Arbeit (!) zur Geltung kommen lassen"* will (DGB-Organ „Welt der Arbeit", 10.10.). Hauptsorge Vietheers ist allerdings, *„daß wir um Gottes Willen nicht den Eindruck (!) erwekken dürfen, als wären wir so etwas wie eine Regierungsgewerkschaft"* (ebenda).

Während so die SPD-Regierung in allen ihren Maßnahmen massiv unterstützt wird, soll dem „Eindruck" allerdings vorgebeugt werden. Dazu dienen vor allem die in der letzten Zeit verstärkten Angriffe von DGB-Führern auf Wirtschaftsminister Friderichs von der FDP, der allerdings unverblümt und offen zu verstehen gibt, daß die Arbeiterklasse für die Ziele der Kapitalisten bluten muß. Oskar Vetter warf ihm wegen seiner Kritik an der 8%-Forderung der IGM *„Einmischung in die Tarifautonomie"* vor und bescheinigte ihm *„eine besonders gute Antenne für die Unternehmerinteressen"* („Handelsblatt, 6.10.). Loderer stellte fest, daß Friderichs *„die Sprache der Arbeitgeber*

derichs *„die Sprache der Arbeitgeber* *spricht"* und behauptet frech, daß er mit seinen Äußerungen nicht zu dieser Regierungskoalition stehe, *„die sich entschieden zur Tarifautonomie bekannt hat"* („Spiegel", 6.10.).

So richtig diese Äußerungen in Bezug auf Friderichs auch sind, so wenig ernst können sie genommen werden. Das zeigt u.a. das Verhalten derselben Gewerkschaftsführer gegenüber dem Bundeskanzler dieser Regierung, der unter anderem auch die Wirtschaftspolitik mitverantwortet und selber der entschiedenste Befürworter von Einsparungen und Lohn„zurückhaltung" ist. *„Im Gegensatz zu seinem Wirtschaftsminister Friderichs hat der Bundeskanzler sich sehr klug und überlegt verhalten und stets die Tarifautonomie betont"* (Loderer). Auf den Hinweis eines „Spiegel"-Interviewers, daß auch der Kanzler für niedrigere Löhne eintrete, weiß Loderer zu antworten: diese Äußerung *„ist zunächst einmal sehr subjektiv. So wie wir alle ihn kennen, ist dieser Ausspruch aus der Stimmung zu erklären, die er während der harten Bonner Beratungen über Sparmaßnahmen hatte"* („Spiegel", 6.10.)

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau konnte Schmidt dann ungehindert und unwidersprochen in Anwesenheit u.a. von Oskar Vetter feststellen, die *„Gewerkschaften (müßten) sich in der gegebenen Lage mit Lohnforderungen zurückhalten, um Investitionen zu ermöglichen und so die Arbeitsplätze zu sichern"* („Welt", 7.10.).

Während Loderer sich als Seelenpsychologe Schmidts betätigt und seine „Stimmung" interpretiert, decken diese Gewerkschaftsführer hierdurch die arbeiterfeindliche Politik ihrer Parteifreunde gegenüber den Arbeitern und Angestellten ab. Die Arbeitsteilung dieser Bundesregierung – SPD = sozial, FDP = liberal – wird so benutzt, um die SPD aus dem Schußfeld zu ziehen, und alle offen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der FDP in die Schuhe zu schieben, ohne daß je ein führender Sozialdemokrat in Regierung, Partei und Gewerkschaft auch nur ernsthaft den Versuch gemacht hat, die „kritisierten" Maßnahmen zu verhindern.



* Eine weiße Taube

Schmidt vor Gewerkschaftsführern: „Blut, Schweiß und Tränen"

Mitte September nahm Helmut Schmidt an einer Sitzung des höchsten DGB-Gremiums, des DGB-Bun-

desausschusses teil. Zum erstenmal nahm damit in der Geschichte des DGB ein Bundeskanzler an einer solchen Sitzung teil, wie die „Welt der Arbeit" (12.9.) mit Stolz vermerkte.

In seiner etwa einstündigen Rede stellte Schmidt unter anderem fest: „*Dies ist ganz gewiß keine Zeit, in der jeder sein eigenes Süppchen kochen kann ... Jetzt ist eine Besinnung auf das Ganze nötig ... Es war nötig, den Versicherungsbeitrag* (zur Arbeitslosenversicherung, d.Red.) *anzuheben ... Es kommt darauf an, daß das Gesamtpaket unserer Beschlüsse in sich sozial gerecht (!) bleibt. Jeder muß das ihm angemessene Opfer (!) tragen...*" Schmidt wehrt sich gegen Vorwürfe, seine Regierung hätte nichts gegen die Krise getan: „*Ich selbst habe, als die Ölpreisexplosion stattfand, damals als Finanzminister versucht, die öffentliche Meinung Deutschlands auf eine Philosophie von Blut, Schweiß und Tränen einzustimmen, weil nach meiner Auffassung eine tiefe Weltdepression bevorstand*" („Welt der Arbeit" 12.9.).

Das DGB-Führer-Organ „Welt der Arbeit" veröffentlichte diese Rede unter der Überschrift „*Vielleicht doch noch Schweiß, Blut und Tränen*"! Wie weit die Gewerkschaftsführer bereit sind, diesen Weg mitzumachen, zeigt ihr Kommentar zu Schmidts Rede, die in der Realität nichts anderes bedeutet, als daß die Arbeiterklasse schwitzen und bluten soll, denn alle Maßnahmen der Regierung betreffen nur die Werktätigen und entlasten die Kapitalisten.

Verständnisvoll heißt es: „*Niemand im Saal stimmte den Vorschlägen Helmut Schmidts uneingeschränkt zu. Aber auch niemand versagte ihm Anerkennung für den Mut (!!), unpopuläre* (nämlich arbeiterfeindliche, d.Red.) *Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts zu ergreifen... Der Kanzler beschönigte nichts... Er nahm sich viel Zeit...*" **So und ähnlich lobhudelten die Gewerkschaftsführer einem Mann, der gerade vorher sein Programm zur Ausplünderung der Werktätigen vorstellte.**

Doch es kommt noch schlimmer: „*Am ehesten Verständnis fand er für die beabsichtigte Heraufsetzung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung. Man konnte sich der Erkenntnis nicht verschließen (!!), daß diese Maßnahme als eine Solidaritätsleistung (!!) der Beschäftigten zugunsten ihrer unverschuldet* (!) (als ob da nicht die Kapitalisten und diese Regierung schuld wären, sondern gottgewolltes Schicksal, d. Red.) *arbeitslos gewordenen Kollegen gewertet werden kann.*"

gottgewolltes Schicksal, d. Red.) *arbeitslos gewordenen Kollegen gewertet werden kann.*"

Die von Schmidt angekündigten Maßnahmen werden als „*leider unausweichlich werdende*" bezeichnet, der „*Wildwuchs*" im öffentlichen Dienst „*wurde nicht bestritten*". „*Man ist auch bereit, über gewisse Opfer zu sprechen*" usw. und schließlich:

„*Als der Kanzler am Abend nach stundenlanger Diskussion Düsseldorf verließ, konnte er die Gewißheit mitnehmen, daß die Gewerkschaften trotz aller kritischen Vorbehalte und Einwendungen kein grundsätzliches Nein zu seinem Sparprogramm sagen*" (alle Zitate „WdA", 12.9.).

Hieran wird deutlich, wie weitgehend die Gewerkschaftsführer in der Krise zum totalen Burgfrieden mit der Bourgeoisie und ihrer Regierung bereit sind. Sie wollen nicht nur keinen Widerstand, sie beteiligen sich sogar mit eigenen Vorschlägen an der Ausplünderung der Werktätigen und decken diese ab.

Wenn Helmut Schmidt seine Rede mit einem Lob an die versammelten Gewerkschaftsführer beendete, so tat er dies in der Gewißheit, daß er diese als einen wichtigen Faktor in der Arbeiterklasse für die Ziele der Kapitalisten einsetzen kann:

Schmidt endete seine Rede mit den Worten: „*Unser Vorsprung vor anderen Industriegesellschaften beruht weitgehend auf unserer gewerkschaftlichen Gesamtorganisation, auf ihrer Verhaltens- und Kampfesweise und auf dem Ausmaß, in dem der staatliche Gesetzgeber diese Tatbestände respektiert und honoriert. Das bleibt so. Deswegen habe ich keine Angst, daß wir auch die vor uns liegende Durststrecke durchstehen werden. Wir sind schließlich schon mit anderen Problemen fertig geworden.*"

Für die Arbeiterklasse bedeutet dieses, daß ihr Kampfinstrument Gewerkschaften in der Krise noch weniger wert ist, so lange die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Ton angeben. Umso intensiver muß die Gewerkschaftsopposition hierum die Auseinandersetzung führen, um zu verhindern, daß die Widerstands- und Kampfkraft der Arbeiterklasse unter dem Druck der Krise weiter geschwächt wird.

KB / Gruppe Bremen •

Stahlkapitalisten wollen Krisenlasten auf Arbeiter und Angestellte abwälzen !

Seit geraumer Zeit gibt es für die Unternehmer der Stahlbranche erhebliche Absatzschwierigkeiten für ihre Produkte. Das betrifft nicht nur den europäischen, sondern auch den Weltmarkt. Nach Angaben bürgerlicher Zeitungen hat es imAugust '75 für die westdeutschen Hütten einen Rückgang von Auftragseingängen gegeben, die gegenüber dem Monat Juli um 28% oder 502.000 t niedriger lagen und sogar um 43% niedriger als die des Vorjahresmonats! Nach Angaben der „Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahlindustrie" sind diese Rückschläge auf „konjunkturelle" Ursachen zurückzuführen („Handelsblatt", 23.9.75). In der Europäischen Gemeinschaft ist die Rohstahlproduktion im August '75 gegenüber 1974 um 32,2% gesunken („Handelsblatt", 23.9.75).

Auf diese Absatzschwierigkeiten reagieren die Stahlkapitalisten mit der Ausweitung von Kurzarbeit für Arbeiter und Angestellte:

– Bei den **Stahlwerken Peine-Salzgitter** verkündeten sie: „*weitere Anpassung der Produktion an die Absatzlage und damit Kurzarbeit werden unvermeidlich sein*", und drückten den Kollegen für die Folgemonate weitere Kurzarbeit auf. 10.000 bis 12.000 Kollegen werden betroffen sein. Im letzten Jahr wurden bereits 700 Kollegen entlassen.

– **Hoesch Hüttenwerke Dormund:** Dort werden bis zum Jahresende fast alle Produktionsbereiche für zwei Wochen stillgelegt werden. Begründung: die schwierige Absatzlage. Betroffen sind 15.000 Arbeiter und Angestellte.

– **Krupp Hüttenwerke:** In den Krupp-Werken herrscht seit dem 16. Mai 75 ununterbrochen Kurzarbeit. Jetzt wurde die Periode verlängert bis zum 30.10.75. 8.000 Kollegen aus Rheinhausen und 3.000 aus Bochum sind davon betroffen.

– **Röchling-Burbach Völklingen:** Vom 21.12.75 bis 4.1.76 werden

– **Röchling-Burbach Völklingen:** Vom 21.12.75 bis 4.1.76 werden

fast sämtliche Produktionsbetriebe vollständig stillgelegt. Dadurch fallen insgesamt sechs Schichten aus. Durch einen strikten Einstellungsstopp und „natürliche" Abgänge ging die Belegschaftszahl in den Werken um 600 zurück. Zufrieden konnten die Kapitalisten denn auch feststellen, „*Personalrückgang verbunden mit Kurzarbeit und einer niedrigen Mehrarbeitsquote haben den Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr absolut nicht steigen lassen*" („Handelsblatt", 3.10.75).

Zusätzlich sind inzwischen die **Dillinger Hüttenwerke AG** dazu übergegangen, für 4000 von 6.200 Arbeitern und Angestellten Kurzarbeit anzusetzen. Bei den **Neunkirchner Eisenwerken**, die schon seit Februar kurzarbeiten, sind jetzt 5.300 von 8.600 Beschäftigten ohne vollen Lohn. „*Damit arbeiten knapp 40% aller Beschäftigten der Saar-Hütten kurz*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 7.10.75).

Hamburger Stahlwerke:
Dort haben die Kapitalisten bei den Angestellten sozusagen einen „Großversuch" gestartet: Über drei Monate lang vom 1.10.bis 31.12.75 arbeiten die Angestellten jeweils zwei Tage in der Woche nicht. Im Walzwerk wird vom 13.12.75 bis 4.1.76 kurzgearbeitet. Im Stahlwerk sieht es für die Kollegen noch düsterer aus: Kurzarbeit vom 25.10. bis 9.11.75 und vom 29.11.75 bis 4.1.76 (!).

Ausrichtung der Kapitalisten auf Tarifrunde

Neben der Erpressung aller Arbeiter und Angestellten mit Kurzarbeit haben es die Kapitalisten auch nach der Aufstellung der acht-Prozent-Forderung für die Kollegen der Stahlindustrie nicht aufgegeben, weiterhin selbst gegen diese Forderung zu hetzen. Besonders hervorgetan hat sich Hanns-Martin Schleyer, der für die Kapitalisten alles, für die Arbeiter aber nichts verlangt: „*Ein Kaufkraftverlust* (sei) *durchaus zumutbar*" ist seine Devise, und er dringt auf eine Tarifpolitik, „*die den Anstieg der Arbeitnehmerverdienste noch weiter* (!) *abbremse als in diesem Jahr. Eine Reallohnsicherung wäre in diesem Sinne schon zuviel (!)*" („Welt", 3.10.75).

Zur Frage einer Lohnpause gibt es unter den Kapitalisten und ihren Organen keinen einheitlichen Standpunkt. Während Hanns-Martin Schleyer „*das Einfrieren der Nominallöhne als unrealistisch*" („FAZ", 3.10.75) bezeichnet, empfiehlt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsfragen (RWI) eine Lohnpause als der „*gegenwärtigen Konjunkturkonstellation durchaus angemessen*" („Handelsblatt", 26.9.75). Zur Begründung heißt es: „*Wichtig sei jetzt* (!) *die Entlastung von Seiten der Lohnkosten*" (ebenda). Und: „*Eine Korrektur der in der letzten Jahren offensichtlich überzogenen Lohnentwicklung ... sei notwendig*" („Handelsblatt", 26.9.75).

Das RWI erinnert auch daran, daß „*in der Flaute von 66/67 die Gewerkschaften aus Solidarität mit den Arbeitslosen in zahlreichen Branchen vorübergehend auf Lohnerhöhungen verzichtet und damit zur Überwindung der Rezession beigetragen*" hätten („FAZ", 26.9.75). So hätten sie's auch dies Jahr wohl gern!

Franz Josef Weisweiler, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, erklärte, daß von seiner Organisation jede Art von Lohnpause abgelehnt werde. Allerdings nicht aus Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern weil sich bei einer Lohnpause „*erfahrungsgemäß ein hoher Nachholbedarf aufzustauen pflege*" („Handelsblatt", 27.9.75).

Die widersprüchlichen Standpunkte der Kapitalisten zur Lohnpause ändern natürlich nichts an der grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen ihnen, daß vor allen Dingen die Arbeiter und Angestellten in den Tarifrunden den wesentlichen Teil zur „Sanierung der Unternehmergewinne" beizutragen haben.



Ärmel aufkrempeln ... für wen ... gegen wen?

Für Weisweiler steht fest, daß der Spielraum für die Tarife der Kollegen der Stahlindustrie „*sehr eng ausfallen*" wird („Handelsblatt", 27.9.75). Die Strategie der Kapitalisten sieht dabei so aus, daß neben „*Beschäftigungsabbau, Kurzarbeit, Nichtersetzen von freigewordenen Arbeitsplätzen, vorgezogenem Urlaub und Rückgang der Beschäftigtenzahl um 10.000 bzw. 2,8%*" („Handelsblatt", 27.9.75), jetzt die Löhne der Arbeiter und Angestellten attackiert werden sollen. Das breite Spektrum arbeiterfeindlicher Maßnahmen soll ergänzt werden durch den offenen Lohnraub. Weisweiler: **„Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, daß die IG Metall ihre Lohnforderung und dazu womöglich noch weitere Urlaubsgeld-Prozente nicht voll realisieren kann"** („Handelsblatt", 27.9.75).

Stahl- und Metallkapitalisten – einig gegen die Arbeiter und Angestellten

In die Diskussion um die Tarifrunden haben jetzt auch die Metallkapitalisten eingegriffen. „*Jede Lohnerhöhung über vier Prozent* (!) *treibt die Inflation*", verkündete die „Welt" (8.10.75) in einer „Untersuchung", die unter den Unternehmern der Metallbranche durchgeführt wurde. In dieser Unverfrorenheit hatte bisher auch keiner der Stahlkapitalisten zu sprechen gewagt.

hatte bisher auch keiner der Stahlkapitalisten zu sprechen gewagt.

Dieser Position der Kapitalisten der Metallbranche wird sicherlich von der Seite ihrer „Freunde" breiteste Unterstützung gewährt werden, denn die vier Prozent sind die Lohnerhöhungen, die die Kapitalisten gewähren werden. Gesamtmetall stößt in das gleiche Horn: „*Die Lohneinkommen können nicht durch hohe Tarifforderungen, sondern nur durch Verbesserung der Beschäftigung erreicht werden*" („Welt", 8.10.75). Und „*die Arbeitnehmer müßten sich darauf einrichten, daß der volle Inflationsausgleich für 1976 nicht erreichbar sei*" („Welt", ebenda). Ein niedriger Lohnabschluß steht also für die Kapitalisten schon fest! Zusätzlich planen sie, die Zusatzforderungen der IGM-Führer abzulehnen. Für Urlaub und Urlaubsgeld gilt nach dem Willen der Kapitalisten: „*Die Explosion der tariflichen und gesetzlichen Lohnzusatzkosten zwinge zu einer Politik der Prioritäten* (!). *Dies bedeutet ein klares Stopp für alle* (!) *Zusatzleistungen*" („Handelsblatt", 3.10.75).

Mit besonderer Demagogie spielen sich die Kapitalisten auch noch zu den Interessensvertretern der einen Million Arbeitslosen und 700.000 Kurzarbeiter auf. „*Es sei sozial nicht gerechtfertigt, das gegenwärtige Lohnniveau zu Besitzstand zu erklären, wenn gleichzeitig über eine Million Arbeitslose ohne diesen Besitzstand auskommen müssen*", so Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall. („Handelsblatt', 3.10.75). Es ist schon ein ziemlicher Hammer, wenn die, die durch Rationalisierungen, Kapitalexport und Betriebsstillegungen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit **verursachen**, heute von den Arbeitern Einschränkungen beim Lebensstandard aus Solidarität mit den Arbeitslosen verlangen.

Kirchner droht auch gleich mit weiterer Arbeitslosigkeit, wenn die Arbeiter und Angestellten sich nicht dem „Wunsche" der Kapitalisten zu fügen gedenken: **„Die Beschäftigten müssen sich die Fragen vorlegen, ob sie sich bewußt sind, daß die Verteidigung dieses Besitzstandes mit ‚Zähnen und Krallen' für viele Arbeitsplätze neue Gefahren** (sprich: Entlassungen, die Red.) **bedeutet"** („Handelsblatt", 3.10.75).

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg •

Kapitulanten in Heldenpose

Wie schon im AK 67 („8% – ein glatter Hohn") bewiesen, war der Vorsitzenden der IGM, Eugen Loderer, nach der Aufstellung der 8%-Forderung freiwillig auf 6% („die ihm genügen würden") zurückgewichen. Dieser Kapitulationskurs vor dem Druck der Kapitalisten hat sich inzwischen fortgesetzt. Zwar hatte die IGM-Führung am Tag vor den ersten Tarifverhandlungen in Krefeld noch einmal die 8%-Forderung „bekräftigt", doch die Sprüche des IGM-Führers Loderer klingen reichlich hohl:

„*Wer mich kennt, weiß, daß ich als Vorsitzender einer so großen und potenten Organisation wie der IG-Metall die Interessen der Arbeitnehmer nach besten Kräften zu vertreten suche*" („Spiegel", 41/75, 6.10.75) und will eine Lohnpolitik betreiben, „*die der Rezession und der Arbeitslosigkeit Rechnung trägt*" („Spiegel", ebenda). Dabei will Loderer dann das Kunststück fertigbringen, „*daß die Arbeitnehmer am Ende des Jahres nicht schlechter dastehen als zu Jahresbeginn*" („Spiegel", ebenda). Auf den offensichtlichen Widerspruch in seinen Worten weisen ihn erst die „Spiegel"-Redakteure hin, die nämlich klarmachen, daß zur Sicherung des „Besitzstandes" mindestens eine 10%ige Lohn**erhöhung** erforderlich sei und alles was darunter abgeschlossen werde, offenen Lohn**raub** bedeute. Loderer „*will darauf nicht eingehen*" und erklärt stattdessen großmäulig: „*Es wäre eine Fehleinschätzung, anzunehmen, die Arbeitnehmer wären nicht bereit, für ihren Besitzstand zu kämpfen*" („Spiegel", ebenda). Dabei hat Loderer aber nur im Sinn, den Kapitalisten möglichst keinen Schaden zuzufügen: **„Wenn ich von Kämpfen rede, meine ich nicht nur Streiks"** („Spiegel"). Wie sehr Eugen Loderer die Interessen der Unternehmer, nicht aber die der Arbeiter und Angestellten zur Grundlage seines Handelns macht, wird deutlich, wenn er sagt: „*Ich habe nie bestritten, ... daß man (?) Betriebsergebnisse (!) braucht, um wieder investieren zu können*" („Spiegel", ebenda). Ja ist das nicht die hilfreichste Unterstützung für die Rationalisierungs- und Entlassungswelle der Kapitalisten in der Stahl- und Metallbranche, wenn der Vorsitzender der IGM ihnen noch den Freibrief dafür ausstellt, arbeiterfeindliche Politik betreiben zu können, um fette Profite einzustreichen? Wie sehr das Interesse der Arbeiter aus den Köpfen der IGM-Führer gewichen ist zugunsten der Versöhnung mit dem Kapital, zeigt sich auch an der Bewertung des Lohns: „*Wir lassen den Lohn nicht zum Buhmann machen, denn Lohn ist Einkommen. Der Lohn hat ein genau so gutes Gesicht, wie die Unternehmer es für die Gewinne beanspruchen (!)*" („Spiegel", ebenda). Das heißt doch nichts anderes, als die Löhne mit den Profiten gleichzusetzen, die die Kapitalisten ja gerade aus der Arbeitskraft der Werktätigen herauspressen.

Mit solchen Gewerkschaftsführern kann die westdeutsche Arbeiterklasse in den Tarifrunden oder in politischen Kämpfen keine Erfolge erzielen. Eine Politik in Abhängigkeit von der „sozialpartnerschaftlichen" Ideologie eines Eugen Loderers bringt allen Arbeitern und Angestellten nur mehr Niederlagen.

Daher muß es heißen:

Machen wir die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse!

Kampf dem Lohnraub!

Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!

Metallkomitee,
KB/Gruppe Hamburg •

CDU fordert weitere Beschleunigung der Faschisierung

Eine sogenannte „Grundsatzkommission" der schleswig-holsteinischen CDU wird dem bevorstehenden Landesparteitag vorschlagen, eine Initiative in Richtung Bundestag zu beschließen, *„wonach die soziale Verpflichtung der großen Interessenverbände gegenüber dem Allgemeinwohl im Grundgesetz verankert werden soll"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.10.75).

Der Textvorschlag für die Grundgesetzänderung hat folgenden Wortlaut: „Soweit Verbände und andere Vereinigungen bei ihrer Tätigkeit in den Bereich wesentlicher öffentlicher Interessen hineinwirken, sind sie verpflichtet, zugleich das Wohl der Allgemeinheit zu beachten. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz".

Dieser Vorschlag zur Grundgesetzänderung sei darauf berechnet, einer möglichen *„Unregierbarkeit des Staates"* („FAZ", ebenda) vorzubeugen. Die CDU-Strategen – darunter der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Lemke – „begründen" ihren Vorstoß mit den *„Erfahrungen"* vom Streik der Fluglotsen und ferner damit, *„daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im Jahr 1974 überzogene* (?) *Lohnerhöhungen ... und dazu noch eine Arbeitszeitverkürzung erzwungen hätte"* (nach: „FAZ", 2.10.75).

So ist es nur konsequent, daß diese Reaktionäre vor allem die – ohnehin schon stark eingeschränkte – „Tarifautonomie" im Öffentlichen Dienst durch ein Bundes-Verbandsgesetz noch weiter beschnitten sehen und für *„lebenswichtige Bereiche des Staates wie Krankenhäuser und Verkehr"* gänzlich abgeschafft sehen möchten (lt. „FAZ", ebenda).

Tarifstreitigkeiten seien in Zukunft durch *„Einschaltung der Bundesbank und des Sachverständigenrates"* zu regeln („FAZ", ebenda).

Bundesbank und des Sachverständigenrates" zu regeln („FAZ", ebenda).

Die gesamte CDU-Initiative in dieser Frage zielt eindeutig auf die Einführung (bzw. Verstärkung) faschistischer Verfassungsgrundsätze ab, denn *„die Kernidee des Faschismus ist die Lehre von der im mächtigen starken Staate vereinten Nation ohne Gesellschaftsklassen und daher auch ohne feindlich einander gegenüberstehenden Klasseninteressen. Der faschistische ‚Überstaat' ist berufen, die Produktion zu regeln, alle Gebiete des Arbeits‚rechts', die Arbeitszeit, die Lohnhöhe, die Tarife und alles, was den Arbeiter angeht, nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Dem Klassenkampf des Proletariats setzt der Faschismus die Lehre vom ‚gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Unternehmern' entgegen, das in einem ‚höheren Staatsinteresse' seine ‚moralische' Begründung erfährt. ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz!' heißt der Kernsatz des Faschismus. Wohlgemerkt, das bezieht sich nicht auf die Klasse, die ja vom Faschismus geleugnet wird, sondern auf die ‚Nation'* " (Remmele, „Schritt halten!", S. 28/29).

Natürlich haben wir heute in der BRD noch längst keine Tarifautonomie (d.h. die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Bourgeoisie und ihrem Staate) und fraglos sind die „konzertierte Aktion" und die verschiedenen „Schlichtungs"-Instanzen Ausdruck der Unterordnung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen unter das Klasseninteresse der Bourgeoisie (das sogen. „Allgemeinwohl"). Aber gerade deshalb muß der Versuch der CDU-Reaktionäre, noch einen Schritt weiter in Richtung einer Arbeitsverfassung faschistischen Typs zu gehen, als schwerer Angriff auf die Interessen der Arbeiterklasse qualifiziert und bekämpft werden! ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Flick: Milliarden verschoben – vom Staat belohnt

Der Großkonzern Flick hat am Anfang des Jahres 29% der Daimler-Benz-Aktien an die Deutsche Bank verkauft. 10% bleiben weiter in seinem Besitz. Verkaufspreis: insgesamt runde zwei Mrd. DM. Um diese bislang größte Kapitaltransaktion in der Geschichte der BRD hatte es damals ungeheuren Wirbel gegeben. Wie sich herausstellte, war er von den Beteiligten bewußt und gezielt angezettelt worden.

Wir haben schon in AK 54, 55 und 56 über diese Machenschaften berichtet. Während schon die Verhandlungen mit der Deutschen Bank liefen, hatte Flick gezielt das Gerücht ausstreuen lassen, der Schah von Persien wolle Flicks Aktienanteil kaufen. Dieses Gerücht und die Tatsache, daß kurz vorher die Quandt-Gruppe ihren 14%igen Mercedes-Aktienanteil an Kuweit verkauft hatte, nahm die gesamte bürgerliche Presse zum Anlaß, einen unbeschreiblichen chauvinistisch-rassistischen Hetzgesang gegen die arabischen Völker und Länder anzustimmen. Die Schlagzeilen reichten von: *„Ausverkauf der deutschen Wirtschaft?"* bis hin zu *„Werden wir eine arabische Kolonie?"*. Vor dem Hintergrund der Hetze gegen die ölproduzierenden Länder wurde versucht, eine kriegslüsterne Stimmung zu verbreiten. Dahinter steckten in Wirklichkeit die aggressiven Absichten des westdeutschen Imperialismus selber. Sie sollten versteckt werden hinter dem rührenden Märchen, daß die arme westdeutsche Kapitalistenklasse von den reichen Arabern aufgefressen werden solle.

Angesichts dieser massiven Hetzkampagne war es dann kein Wunder, daß Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen in Jubel ausbrachen, als Flick in Wirklichkeit nicht an den Schah, sondern an die Deutsche Bank verkaufte: **„Mercedes vor den Scheichs gerettet ... Bravo, Mercedes bleibt deutsch"** („Bild", 15.1.75).

Flick und die Deutsche Bank wurden als Nationalhelden gefeiert. Mit diesem Heiligenschein sahnt Flick kräftig ab - unterstützt von der SPD/FDP-Regierung. Die hatte nämlich schon bei Vertragsabschluß praktisch eine Zusage gegeben, daß Flick seine zwei Mrd. DM Verkaufserlös nicht - wie nach § 6 des Einkommensteuergesetzes (EStG) eigentlich notwendig - zu versteuern brauche. Ohne Klarheit zu haben, was Flick mit den Milliarden anfangen würde, deklarierte Wirtschaftsminister Friderichs kurzerhand die künftige Verwendung des Kapitals als *„volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig"*. Die bleibt aber nach § 6b EStG stuerfrei.

Einkommensverlust des Staates: ca. eine Mrd. DM.

Flick beginnt jetzt, diesen Freibrief ordentlich auszunutzen. Zuerst wurden die Besitzverhältnisse im Haus neu geregelt: Friedrich Karl Flick zahlte die Miterben des alten Flick (tot seit 1972) aus und wurde Alleininhaber. Das kostete ca. 600 Mio. DM (lt. „HB", 10.9.75). Ein zweiter Schritt wurde vor wenigen Wochen bekannt. Für 267 Mio. DM hat Flick sich in den US-amerikanischen Chemie-Konzern Grace eingekauft. Mit 10 % des Aktienkapitals ist er auf einen Schlag größter Einzelaktionär von Grace. Der Grace-Konzern macht seine Geschäfte in der ganzen Welt: Er besitzt 300 Werke und 600 Verkaufsbüros mit insgesamt 75 400 Beschäftigten in 41 Ländern - hauptsächlich der „Dritten Welt" - und machte 1974 3,5 Mrd. Dollar Umsatz (alle Zahlen nach: „HB", 25.9.75). Offiziell stellt Grace vor allem Kunstdünger und andere Agrarchemikalien her, aber auch *„Industrie- und Spezialchemikalien"* („HB", 25.9.75). Außerdem beutet der Konzern Rohstoffquellen in den USA - Öl, Kohle, Erdgas - aus.

schreiblichen chauvinistisch-rassisti- Aber die Kapitalverflechtung von Die Aussicht auf Beteiligung an

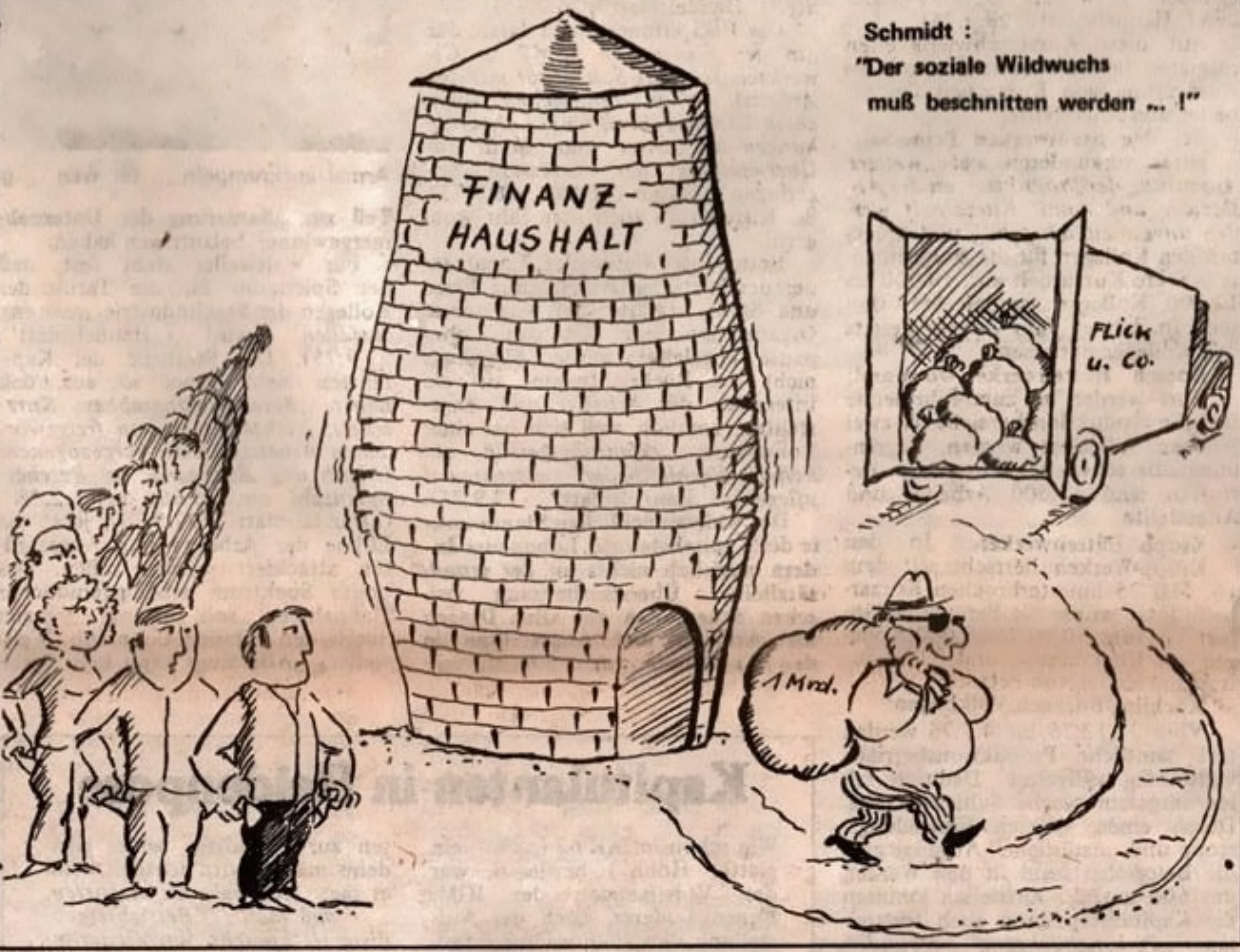
Aber die Kapitalverflechtung von Grace und Flick wird auch direkt dazu beitragen, daß Flicks imperialistischer Einfluß weltweit steigt. Das gilt offiziell besonders für die Tochtergesellschaft Dynamit-Nobel AG, die selber chemische Produkte herstellt. Die internationale Verankerung des Grace-Konzern sichert in Zukunft auch Dynamit-Nobel zusätzliche Märkte; gleichzeitig kriegt die Flick-Tochter die modernsten Produktions- (und Rationalisierungs-) methoden von den Grace-Forschungsbüros frei Haus geliefert. Der Verkauf der Daimler-Benz-Aktien ist - man sieht es - eine gezielte Maßnahme Flicks gewesen, seinen imperialistischen Arm noch weiter auszustrecken. Wahrscheinlich ist, daß diese Kapitaltransaktion nicht die letzte in absehbarer Zeit gewesen ist: Noch ist Kapital aus dem Aktienverkauf reichlich vorhanden.

Die SPD/FDP-Regierung hat mit ihrem Steuergeschenk direkt diese Ausdehnung des Konzerns subventioniert. Vergleichen wir auf der einen Seite den von Seiten des Staates massiv vorangetriebenen Abbau des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung, der zum großen Teil gerade durch Steuererhöhungen erreicht wird, und auf der anderen Seite die Möglichkeit Flicks, zwei Mrd. Gewinne steuerfrei anzulegen: Den Werktätigen wird erzählt, der Griff des Staates in ihre Taschen sei dazu da, um die Löcher in der Staatskasse zu füllen - den Großkapitalisten wird kulant mitgeteilt, ihre Kapitaltransaktionen seien „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig", deswegen verzichte man gerne auf über eine Mrd. Steuergelder.

An diesem Vorgehen wird exemplarisch deutlich, wessen Interessen es sind, die die SPD/FDP Regierung mit ihren „Spar-" und „Krisenmaßnahmen" massiv unterstützt.

Gegenüber der Offenheit, mit der die Bundesregierung in diesem Fall den Kapitalisten alles in den Rachen wirft, was die nur wollen, konnten selbst einige SPD-Bundestagsabgeordnete ihre Augen nicht ganz verschließen: Sie haben kalte Füße bekommen und fordern, daß die Regierung wenigstens ihren Blanco-Scheck zurücknehmen soll, nach dem alles „förderungswürdig" ist, was die Flick-Kapitalisten mit ihren Milliarden anfangen. Ihre Vorstellung ist eine Gesetzesänderung, bei der bei Beträgen über 16 Mio. DM die Steuerbegünstigungsvorschriften automatisch außer Kraft gesetzt werden.

Flick kann sicher sein, daß seine Investition sich rasch auszahlen wird: Mit 130,6 Mio. Dollar lag der Netto-Gewinn von Grace 1974 um 53 % (!!) höher als im Vorjahr (lt. „Weserkurier", 26.9.75). Das Geschäft mit chemischen Produkten und vor allem mit Öl ist für die Kapitalisten schließlich im Moment das Einträglichste, was sich denken läßt.



Die Aussicht auf Beteiligung an fetten Profiten geht jedoch noch weiter: Der Zugang zu Rohstoffen macht den Flick-Konzern langfristig unabhängiger von den Geschäftspraktiken der Mineralölkonzerne und vor allem den möglichen Abwehrmaßnahmen der ölproduzierenden Länder gegen ihre schrankenlose Ausbeutung durch die Imperialisten.

Doch Flick braucht vor dieser ‚Opposition' keine Angst zu haben. Die Gesetze sind nicht ohne Grund gerade auch für riesige Kapitalschiebereien gemacht worden:Beruhigt stellte ein Vertreter Flicks vor der Presse fest: Man brauche bei dieser Sachlage wohl nicht mit einem politisch *„emotionalisierten Flick-Malus"* zu rechnen (nach „HB", 10.9.75). ●

KB/Gruppe Bremen

Wo die Milliardenbeträge der Bundesanstalt für Arbeit bleiben

Die Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) von 1966 bis 1973 betrugen 7,47 Mrd. DM. Davon wurden lediglich 1,5 Mrd. DM an Arbeitslose ausgezahlt. 1,5 Mrd. DM gingen an die Kapitalisten und noch einmal 1,77 Mrd. DM gingen für Umschulungen und „Einarbeitungszuschüsse für Unternehmer" weg. Weitere 1,4 Mrd. DM stecken im BfA-Verwaltungsapparat. Der absolut größte Teil ging also an die Kapitalisten, lediglich ein fünftel wurde an die Arbeitslosen ausgezahlt!

Die gesamten Rücklagen der BfA betrugen 1973 5,46 Mrd. DM. Davon wurden kurzerhand 2,4 Mrd. zur Stützung des Bundeshaushaltes 1974 abgezogen! Weitere 2,5 Mrd. DM sind fest angelegt und sind erst nach mehreren Jahren verfügbar.

Faktisch wird also mit den Geldern der Arbeitslosenversicherung die kapitalistische Wirtschaft finanziert (Zahlen nach „Rote Robe", 3/75).

Auch lt. Gesetz ist es ausdrücklich so geregelt, daß die Kapitalisten im Namen der „Arbeitsplatzbeschaffung" irre Summen erhalten. So heißt es im § 91 des Arbeitsförderungsgesetzes (AfG): *„Die Bundesanstalt kann die Schaffung von Arbeitsplätzen nach den folgenden Vorschriften fördern (Förderung aus Mitteln der Bundesanstalt). Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen, können durch die Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Maßnahmen gefördert werden, wenn die Arbeiten sonst nicht, nicht in demselben Umfang oder erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt werden."*

Damit ist jede kapitalistische Investitionsmaßnahme gemeint, die einigermaßen „geschickt" als Arbeitsplatzbeschaffung gedreht wird. Z.B. wurden Anfang 1975 die Umorganisierungen im Harburger Hanomag-Werk als „Schaffung von 200 Arbeitsplätzen" ausgegeben. Die Sache bestand darin, daß alte Produktionsbereiche abgerissen und dafür andere aufgestellt wurden.

Gleichfalls können Betriebe Zuschüsse erhalten, wenn sie zusätzlich vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeitslose einstellen. Und zwar beträgt der Zuschuß *„mindestens sechzig von Hundert des Arbeitsentgelts, das die*

Zuschuß „mindestens sechzig von Hundert des Arbeitsentgelts, das die

zugewiesenen Arbeitnehmer für die ... geleisteten Arbeitsstunden erhalten haben" (§93 und 94, AfG). Und, die *„Bundesanstalt kann Arbeitgebern zu den Lohnkosten älterer Arbeitnehmer, die zusätzlich eingestellt und beschäftigt werden, Zuschüsse gewähren ... Die Zuschüsse sollen fünfzig von Hundert des Arbeitsentgelts nicht übersteigen"* (§ 97, AfG).

Während die Arbeiter zwangsweise überallhin verpflichtet werden können, ziehen die Kapitalisten doppelten Profit. Einmal aus den Arbeitslosen selber und zum anderen aus den ungeheuerlichen Zuschüssen. Man sieht: eine wirklich „soziale Gesetzgebung" ... ●

Arbeitslosenkommission Metall,
KB/Gruppe Hamburg

Krankenkassen kündigen Beitragserhöhungen an!

Die Führungsgremien der mit über sechs Millionen Versicherten größten westdeutschen Krankenkasse – Barmer Ersatzkasse – schlugen am 13.10.1975 der Vertreterversammlung ihrer Organisation eine Anhebung der Beitragssätze von 10,6 auf 12,1 Prozent der Einkommen vom Januar 1976 an vor. Das entspricht einer rund 14-prozentigen Erhöhung der Beiträge.

Erst zu Beginn dieses Jahres mußten die Versicherten bei der Barmer Ersatzkasse eine Beitragserhöhung von 9,9 auf 10,6 Prozent schlucken.

Es ist damit zu rechnen, daß auch die zweite große Ersatzkasse, die Deutsche Angestellten-Krankenkasse sowie alle kleineren Unternehmen bald mit Beitragserhöhungen nachziehen werden.

Gleichzeitig forderten die Krankenkassen den Bundesarbeitsminister in einem Schreiben auf, *„den Kostenanstieg im Gesundheitswesen zu bremsen"*. Für die Versicherten wird das eine weitere Einschränkung der gesundheitspolitischen Maßnahmen bedeuten. Zugleich bemühen sich die Kassen jetzt um einen umfassenden Betriebsvergleich, um die „Wirtschaftlichkeit" der Krankenhäuser festzustellen.

Bisherige Erfahrungen zeigen, daß diese „Betriebsvergleiche" stets der erste Schritt waren, um die sozialen Leistungen weiter einzuschränken und die Rationalisierungsmaßnahmen im Krankenhaus selbst schärfer anzugehen; für die Beschäftigten hieß das dann immer Steigerung der Arbeitsleistung und Entlassung von Kollegen. ●

Krankenhauszelle Altona
KB/Gruppe Hamburg

Das „10-Punkte-Programm" der IGM-Führung

Der IGM-Vorstand hat pünktlich zur Tarifrunde ein 10-Punkte-Arbeitsprogramm herausgebracht mit der Überschrift: „Die Angriffe auf die soziale Sicherung abwehren!" Dieses Programm bietet weder eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und ihrer Ursachen noch konkrete Vorschläge für die Mitglieder, wie diese Angriffe abzuwehren sind. Es soll offensichtlich dienen zur Ausrichtung der Organisation auf eine Tarifpolitik des völligen Zurückweichens, mager verbrämt mit einigen wortradikalen Sprüchen.

Gleich im ersten Punkt wird klargemacht, daß die grundsätzlichen Probleme der Arbeitslosigkeit usw. entweder der Regierung und dem Parteiengerangel zu überlassen seien oder erst in seligen Zeiten der Mitbestimmung lösbar werden. Nach solcher Logik bleiben nur die Mittel des moralischen Appells und „vernünftiger" Vorschläge übrig. So werden „*verbindliche Garantie für die Unantastbarkeit des Netzes der sozialen Sicherung sowie vorbeugende Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung*" gefordert (Punkt 1); die Erhöhung der Mehrwertsteuer „*strikt*" abgelehnt (2) In Punkt 3 wird zwar richtig festgestellt: „ *Mit der Investitionszulage wurden vielfach nicht Investitionen erweitert und damit neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern beschleunigt rationalisiert und dadurch Arbeitsplätze gefährdet*". Zwei Sätze später ist der Vorstand allerdings der Meinung, daß mit den 5,75 Milliarden DM des neuen Konjunkturprogramms den Kapitalisten noch zuwenig Geld in den Rachen geschmissen wird! Ihr Vorschlag ist, das Geld an Auflagen zu koppeln: „*z.B. Abbau von Kurzarbeit, Neueinstellung statt Mehrarbeit, Schaffung von Ausbildungsplätzen, Einhaltung von Schutzbestimmungen* (!)". Erfahrungsgemäß sind die Kapitalisten zu solchem Verhalten nicht durch Geld und gute Worte zu bewegen. **Von dem dazu nötigen beharrlichen Kampf der Arbeiter ist in dem ganzen Programm nicht die Rede.**

Nach Punkt 8 hat die IGM auch keine Kampfaufgaben, sondern ausschließlich „*Schutzfunktionen*". Nicht der Aufbau einer Kampffront aller Betroffenen wird hier propagiert, sondern das Unterkriechen unter die Rockschöße von Mutter IGM (um die „*Gefahr negativer Rückwirkungen auf Mitglieder und Beitragsstand*" abzuwenden!).

Betrachtet man nun näher, was die Gewerkschaftsführung zu tun gedenkt, findet man nur in den Punkten 4 und 1o Genaueres. In Punkt 10 werden die Betriebsräte aufgerufen, das BVG und die Tarifverträge voll auszuschöpfen und Rationalisierungen entgegenzutreten. Auch hier geht das Programm nicht in die Einzelheiten und spricht die Frage des „Wie" nicht an. In der Praxis rät die IGM-Führung ihren Betriebsräten keineswegs, Entlassungen grundsätzlich abzulehnen und mit der Belegschaft entsprechende Schritte zur Verhinderung von Kündigungen zu beraten. Stattdessen wird meistens ein „Sozialplan" ausgearbeitet, durch den die Kollegen mit Geld abgespeist und beruhigt werden sollten. Vertreten linke und kämpferische Funktionäre eine unnachgiebige Haltung gegenüber den Kapitalisten, werden sie von der IGM durchaus nicht unterstützt, sondern bekommen Funktionsentzug und Ausschlußverfahren an den Hals.

Die innergewerkschaftliche Diskussion, wie die Angriffe der Kapitalisten abzuwehren sind, wird nicht selten abgewürgt oder unterdrückt. So hat es in der IGM Hamburg seit über einem Jahr keine Funktionärsversammlung mehr gegeben. Das ist nicht nur satzungswidrig (Papier ist eben geduldig), sondern spottet auch allen Sprüchen des Programms von „*verstärkter Zusammenarbeit*" und „*praktischer Solidarität*"!

Am deutlichsten im Widerspruch zu den Taten des IGM-Vorstandes stehen die Aussagen in Punkt 4. „*Die IG Metall lehnt alle Einmischungsversuche und jede Einflussnahme von außen durch Orientierungsdaten, Lohnleitlinien und automatische Preis-Gleitklauseln entschieden ab.*" Da staunste! Wer hat denn zusammen mit Politikern und Kapitalisten in der vielgepriesenen „Konzertierten Aktion" Lohnleitlinien ausgeknobelt? „*Über die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen ist zumindest eine Sicherung des erreichten Lebensstandards anzustreben.*" Hier wird also von vorneherein auf eine tatsächliche Lohnerhöhung verzichtet. Die erste Forderung der diesjährigen Metalltarifrunde liegt uns vor: für die Arbeiterschaft in der Eisen- und Stahlindustrie wurden gefordert 8% mehr Lohn und Gehalt, 50 DM mehr für Lehrlinge und zusätzliches Urlaubsgeld. Das ist natürlich ein Hohn! Acht Prozent fangen die Teuerung von Lebensmitteln, Kleidung, Mieten und Versicherungen nicht auf.

Acht Prozent sind noch nicht einmal die im Programm geforderte Absicherung der Effektivlöhne. – Nimmt man hinzu, daß die Gewerkschaftsführer von vornherein einen „Verhandlungsspielraum" einkalkulieren (d.h. weit unterhalb der Ausgangsforderung abzuschließen bereit sind), so wird klar, daß das Signal nicht auf Reallohn e r h a l t, sondern auf Reallohn a b b a u gestellt ist.

Der an den Tarifverhandlungen in NRW teilnehmende IGM-Führer, Kurt Herb, sagte vor Journalisten, daß die Arbeiter „*ein bißchen mehr Kaufkraft*" benötigen, weil die Wirtschaft sonst auch nichts absetzen könne. Nicht die Bedürfnisse der Metaller hat er im Kopf, sondern die „notleidende Wirtschaft"!

Ist schon das vom IGM-Vorstand „*ungestört von der Außenwelt*" erstellte Programm kaum zu gebrauchen – die Praxis der IGM-Führer ist es noch weniger.

(Alle Zitate aus „Metall", 19/75, Seite 5: „Das Zehnpunkte-Arbeitsprogramm der IGM").

Metall-Komitee KB/ Gruppe Hamburg



Arbeitersolidarität ...




... und kapitalistische Geheimdiplomatie

IG Metall-Führer arbeiten mit CIA-Methoden

Auf der Tagung des „Internationalen Metallarbeiter Bundes" (IMB) am 9. Oktober in Tokio beschlossen die Führer der kapitalistischen Gewerkschaften, daß „*offizielle Beziehungen zu dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund (WGB) und seinen Industrieabteilungen unvereinbar mit der freiheitlich demokratischen Gewerkschaftspolitik des IMB*" sind („FAZ", 10.10.).

Der Präsident des IMB, Eugen Loderer – Vorsitzender der westdeutschen IG Metall – wollte damit die „grundsätzliche Haltung" des Bundes noch einmal deutlich machen, da sich in der letzten Zeit die „*Aktivitäten kommunistischer Gewerkschaften in IMB-Mitgliedsgewerkschaften verstärkt haben und diese immer mehr bemüht sind, kommunistisches Gedankengut in die demokratische Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in den Entwicklungsländern zu tragen.*" („FAZ", 10.10.).

Mit dieser scharf antikommunistischen Stoßrichtung vollzieht Loderer auf der Ebene der Gewerkschaften das, was politisch in den meisten imperialistischen Staaten, vor allem in der BRD, nach der euphorischen „Entspannungspolitik" betrieben wird: eine verschärfte Abgrenzung und antikommunistische Hetze den sozialistischen und revisionistischen Ländern gegenüber, ein deutliches Anzeichen für die Einbettung der offiziellen Gewerkschaftspolitik in die imperialistische Gesamtpolitik. Diese Abgrenzung – die ja in den BRD-Gewerkschaften ihre Anwendung durch antikommunistische „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" und Gewerkschaftsausschlüsse findet – wird gerade in der Zeit der Krise verstärkt, die die offene Zusammenarbeit der Bourgeois-Agenten mit den Imperialisten bloßlegt. Die Gewerkschaftsopposition soll noch brutaler unterdrückt werden.

Daß diese antikommunistische Strategie nicht nur in Worten und Resolutionen zum Ausdruck gebracht, sondern auch tatkräftig angewandt wird, enthüllte jener peinliche Ausrutscher finnischer Sozialdemokraten nach dem Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten: beim Grenzübertritt von Schweden nach Finnland wurden sie beim Devisenschmuggel erwischt. In ihrem Besitz befanden sich fast 250.000 Kronen (etwa) 150.000 DM), die sie illegal mitführten. **Bestimmung des Geldes: die Unterstützung der finnischen Sozialdemokraten bei den anstehenden Gewerkschaftswahlen in der Metallarbeitergewerkschaft.**

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung spricht die Gründe sehr offen aus: „*Mit dem Geld sollen Finnlands Sozialdemokraten bei ihrem Wahlkampf in der finnischen Metallgewerkschaft unterstützt werden. Diese Wahl findet im November statt und ist für die Sozialdemokraten äußerst wichtig, weil die Macht in dieser größten finnischen Gewerkschaft auf der Kippe zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten steht.*"

Der Einfluß der finnischen Sozialdemokraten vor allem in der Arbeiterklasse ist gesunken. Bei den Parlamentswahlen Ende September verloren sie Stimmen, während die Revisionisten – zweitstärkste Partei – 2 % gewannen. In der zweitgrößten Gewerkschaft – bei den Bauarbeitern – haben die Sozialdemokraten ihre Mehrheit an die Revisionisten verloren.

Der Einfluß „Moskaus" in Finnland soll dabei bekämpft werden, daher ist „*auch außerhalb Finnlands das Interesse am Ausgang der finnischen Gewerkschaftswahlen stark*" („FAZ", 9.10.).

Die antikommunistische Stoßrichtung ist also eindeutig. Die besondere Bedeutung kommt dieser Devisenschmuggelaffäre nun durch folgende Enthüllung zu: über die Hälfte des Geldes, DM 100.000 stammen vom IGM- und IMB-Vorsitzenden Eugen Loderer aus der BRD. Es scheint sogar so zu sein, daß dieses Geld aus Mitglieder-Beiträgen westdeutscher Metallarbeiter stammt, was allerdings bei der fehlenden demokratischen Kontrolle in den BRD-Gewerkschaften kaum nachzuweisen sein wird. Die IGM-Führer haben zunächst dementiert, daß das Geld überhaupt von ihnen käme („FAZ", 9.10.). Einen Tag später gab der „Metall-Pressedienst" (10.10.) zu, daß das Geld von Loderer stamme, nachdem durch die Fotokopie einer Bankquittung aus Basel/Schweiz (!!), die in Stockholm quittiert wurde, folgendes hervorging: „*Erhalten gemäß Auftrag der Genossenschaftsbank Basel, Auftraggeber Eugen Loderer*" („FAZ", 10.10.). Loderer wußte nun zu berichten, daß er „*Freunde, die einem internationa-Kreis* (ob der CIA gemeint ist?, die Red.) *angehören, angesprochen (habe), für Sozialisten in der Internationale Spenden zu geben. Diese Freunde haben 100.000 Mark dieser Spende den finnischen Sozialisten zur Verfügung gestellt*" („Metall-Pressedienst, 10.10.).

Selbst unterstellt, daß diese zwielichtige Aussage stimmt, ändert das nichts an den kriminellen Methoden, mit denen diese Gewerkschaftsführer bemüht sind, überall ihre prokapitalistische Linie in der Gewerkschaftspolitik an den Mann zu bringen. Was hier durch das Mißgeschick beim Devisenschmuggel offenbar wurde, ist nur die Spitze eines Eisberges. Die Unterstützung, Finanzierung und der Aufbau der portugiesischen Sozialdemokraten durch ihre westeuropäische Parteifreunde sind hierfür ein weiterer Beleg.

Die Methoden, derer sich hier die westdeutschen Gewerkschaftsführer bedienen, sind astrein Marke CIA.

Nachzutragen bleibt noch folgende Frage: wann endlich begreifen die „Vaterlandsverteidiger" von der „ML" und der „KPD", daß sie in den westdeutschen Gewerkschaftsführern militante Verbündete im Kampf gegen die „Sozialimperialisten" finden? Keinem anderen Zweck diente diese Transaktion Loderers. Die „KPD" hat den Sprung von der „RGO"-Politik zur „Bewahrung der Gewerkschaften vor den Agenten Breshnews" ja bereits angetreten, durch ihre Forderung, die Revisionisten rauszusäubern. Loderern dürfte kaum dagegen sein.

KB/Gruppe Bremen

Colgate-Palmolive Hamburg:

Linke Betriebsrätin fristlos gekündigt

Die Betriebsrätin Anna W., Listenführerin der Liste „Frauen", die bei der Betriebsrätewahl '75 35 % aller Stimmen erreicht hatte, wurde am 6.10. fristlos gekündigt. Ihr wurde vorgeworfen, sie habe unausgesetzt den Betriebsfrieden gestört, gegen die gesetzlich vorgeschriebene vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Kapitalisten verstoßen und die Belegschaft aufgewiegelt.

Als „Beweis" soll die regelmäßig erscheinende Betriebsratszeitung der Liste „Frauen" und ein Beitrag der Betriebsrätin auf der letzten Betriebsversammlung dienen.

Kapitalisten schüren die Angst um den Arbeitsplatz

Die fristlose Kündigung steht im Zusammenhang mit den Bemühungen der Colgate-Kapitalisten, die Belegschaft nach ihren Zielen auszurichten.

So läuft seit einiger Zeit eine scharfe Säuberungs- und Disziplinierungskampagne gegen die Kollegen.

- Kollegen werden aussortiert, die mit der ständigen Weiterentwicklung der Automatisierung und Technik nicht Schritt halten können oder die dem Tempo der vollautomatischen Maschinenanlagen nicht mehr gewachsen sind. Die Kapitalisten haben Schritt für Schritt Arbeitsplätze beseitigt, die ein langsameres Tempo, Handarbeit und Verschnaufpausen boten. Die Kollegen wurden vor die Wahl gestellt, zu gehen oder sich bei den mörderischen Arbeitsbedingungen das letzte abzuverlangen.
- Die Kapitalisten machen sorgfältig Jagd auf Kollegen mit gesundheitlichen Schäden. Unter dem Deckmantel des neuen Betriebsärztegesetzes werden die Kollegen zu Untersuchungen gebeten und nach ihren Krankheiten ausgeforscht, die ihnen dann als „Kündigungsgründe" präsentiert werden. Kollegen, die länger arbeitsunfähig waren, rät man ohne Umschweife, sich nach einem anderen Arbeitsplatz umzusehen.
- Daneben werden Verstöße gegen die Arbeitsordnung, egal welcher Art, sofort mit schriftli-

- Daneben werden Verstöße gegen die Arbeitsordnung, egal welcher Art, sofort mit schriftli-

chen Verweisen und Kündigungen beantwortet. Die häufigsten „Vergehen" sind: Unpünktlichkeit, Alkoholgenuß, unentschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit und zu hohe Fehlzeiten. Die Zahl der Kollegen, die schon eine Verwarnung haben, ist ungeheuer groß.

Es ist klar, daß diese Situation bei den meisten Kollegen zu Unsicherheit, Konkurrenzdenken und Angst um den Arbeitsplatz führt. Aus Furcht, der Nächste sein zu können, wagen viele Kollegen nicht einmal mehr, Flugblätter linker Organisationen, die vor dem Tor verteilt werden, anzunehmen. Die Kapitalisten hatten zweimal den Pförtner beauftragt, diejenigen zu fotografieren, die eins annahmen.

Ein wichtiger Punkt im Rahmen dieser Einschüchterungskampagne war es deshalb, die einzigen kritischen Stimmen, die offen auftreten, die Betriebsrätinnen der Liste „Frauen" (mit ihrer Zeitung), zum Schweigen zu bringen.

Die Geschäftsleitung leitete ihr Vorgehen gegen Anna W. durch eine Reihe schriftlicher „Verweise" wegen „unwahrer Darstellungen" in den letzten Ausgaben der Betriebszeitung der Liste „Frauen" ein. Gleichzeitig hetzte sie mit Antikommunismus in einem „An unsere Mitarbeiter" verteilten Schreiben: *„Frau W. und ihre Organisation* (gemeint ist der ‚VaG', der die presserechtliche Verantwortung für die linke Betriebszeitung übernommen hatte, AK) *wollen keine echte Lösung der Probleme, sie wollen keine Ordnung – z. B. auch keine Arbeitsordnung – denn nur aus der Unordnung und aus dem Chaos heraus können sie ihre Ziele, die politisch radikal sind, verfolgen".*

Die Einschüchterungskampagne gegen die Kollegen hat insofern Erfolg gezeigt, daß die Empörung der Kollegen über die Angriffe zwar sehr groß war, daß aber der Schritt, die Solidarität mit der entlassenen Betriebsrätin durch eine Unterschriftensammlung zu beweisen, nur von wenigen Kollegen gewagt wurde.

Gewerkschaftsführung und rechte Betriebsräte als Komplizen der Geschäftsleitung

Parallel zu den Maßregelungen der Geschäftsleitung hielt es die Betriebsratsmehrheit (DAG und rechte IG Chemie) für angebracht, sich nach jeder öffentlichen Stellungnahme der Betriebsrätin und jeder Ausgabe ihrer Zeitung durch Aushänge, Flugblätter usw. in aller Form von der linken Betriebsratspolitik zu distanzieren.

- So schuf der Betriebsrat eigens für die Linken einen „Maulkorbparagraphen" in seiner eigenen Geschäftsordnung, um eine breite Information an die Belegschaft zu unterbinden.
- So beschloß der Betriebsrat mehrheitlich am 25.9., durch ein Arbeitsgerichtsverfahren die unbequeme Linke aus ihrem Betriebsratsamt entheben zu lassen.
- So beschloß er am 6.10, sie aus allen Ausschüssen abzuberufen.
- Einer der Wortführer der Rechten auf der letzten Betriebsversammlung war der zuständige IG Chemie-Sekretär Bühler. Im Einklang mit der antikommunistischen Hetze der Geschäftsleitung „packte" er über die Liste „Frauen" „aus": *„Das ist die Betriebszelle des Kommunistischen Bundes bei Colgate, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, massiv politisch beeinflussen will".*

Rachsüchtig versuchte die Gewerkschaftsführung so, ihre Schlappe in der Betriebsrätewahl auszubügeln, bei der die offizielle IG Chemie-Liste nur ca. 100 Stimmen mehr als die Liste „Frauen" bekommen hatte und der Hauptvorstand der IG Chemie sogar den linken Frauen bescheinigen mußte, daß sie mit ihrer Kandidatur, orientiert an den Problemen der Arbeiterinnen bei Colgate, „objektiv richtig" gehandelt hätten. (Vergl. „Funktionsverbot für linke Frauenliste").

Ein Stein des Anstoßes

Ein Stein des Anstoßes

Aus den Äußerungen der Betriebsrätin Anna W. auf der letzten Betriebsversammlung:

„Wen will der Kollege Bühler mit seinen politischen Enthüllungen noch hinter dem Ofen hervorlocken? Daß wir nicht der CSU zuzurechnen sind, weiß jeder Kollege, das haben wir auch nie geleugnet."

Die linken Betriebsrätinnen stellten klar, daß die Kommunistenhetze nur betrieben wurde, um von den eigentlichen Problemen abzulenken und die Kollegen daran zu hindern, die Betriebsräte nach ihrer tatsächlichen Arbeit zu beurteilen, und um die kollegenfeindliche Haltung der „eigenen" „Arbeitnehmervertreter" zu verdecken. Und als Beweis hatten die Frauen gleich eine Reihe der übelsten Taten und Sprüche der rechten Betriebsräte auf Lager, die bei den Kollegen reichlich Empörung hervorriefen.

Wegen der Schärfe des Angriffs und der breiten Öffentlichkeit ging die Betriebsrätin Anna W. noch einmal auf das Flugblatt der Kapitalisten zum VaG ein. Sie sagte, daß die Geschäftsleitung hier ganz bewußt Unwahrheiten verbreite und die Unwissenheit der Kollegen ausnütze. Und ganz nebenbei auf die Angst vor der „gelben Gefahr" und den „kinderfressenden Kommunisten" spekuliere.

Diese Äußerungen nahmen die Colgate-Kapitalisten zum Anlaß, nach einigen Tagen dem Betriebsrat das Kündigungsbegehren für Anna W. vorzulegen. Es war keine Frage, daß der Betriebsrat mehrheitlich zustimmte – in einer geheimen Abstimmung, wie ein besonders feiger Vogel forderte!

(Über den eingeleiteten Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Kündigung werden wir im nächsten AK berichten). ●

Colgate-Betriebszelle
KB/ Gruppe Hamburg

GEW Hamburg:

Auf zur zweiten Runde !

Wie bereits im letzten AK kurz berichtet, fand am 22./23. September die erste Landesvertreterversammlung (LVV) des Hamburger Landesverbandes der Lehrergewerkschaft GEW statt. Diese 1. LVV ist durchaus nicht nach den Wünschen und Bedürfnissen der Gewerkschaftsführer zusammengesetzt – die Abschaffung der Hauptversammlung hat also in dieser Hinsicht die Erwartungen der Gewerkschaftsführer nicht erfüllt.

Nur etwa 280 bis 300 der anwesenden über 650 Delegierten gehören zum reaktionären Vorstandsblock, etwa ebensoviele Delegierte gehören zum Spektrum der Liberalen bis hin zu den „linken" Sozialdemokraten um den neuen 1. Vorsitzenden Lemke und den völlig farblosen Vertretern der DKP. Der Rest der Delegierten versteht sich als links von der DKP stehend, gehört also nach Vorstands-Sprachregelung zu den „Gewerkschaftsfeinden".

Im Zentrum der 1. LVV stand die Abstimmung über die unmittelbare Wirksamkeit der reaktionären Bundessatzung und die Wahl des neuen 1. Vorsitzenden. In beiden Punkten setzte sich der alte Vorstand selbst mit Unterstützung des Bundesvorsitzenden der GEW Frister nicht durch.

Eine Verschärfung der „Abhängigkeitsklausel" (bereits die letzte HV hatte die Bundessatzung generell anerkannt) liegt Frister und Co. vor allem deshalb am Herzen, um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse direkt vom Bundesvorstand aus praktizieren zu können. Sämtliche Anträge in dieser Richtung blieben auf der LVV jedoch weit unter der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit.

Die mit deutlicher Mehrheit erfolgte Wahl (370 Stimmen) des dem „linken" SPD-Flügel zuzurechnenden Lemke allerdings ging den GEW-Führern etwas an die Nieren. Nicht etwa daß davon eine Änderung der GEW-Politik zu erwarten wäre – im Gesamtvorstand haben die Rechten weiterhin eine solide Mehrheit und können die „Linken" jederzeit überstimmen – sondern weil Lemke gewählt wurde, nachdem er die Unvereinbarkeitsbeschlüsse abgelehnt und sich gegen Berufsverbote und die automatische Gültigkeit der Bundessatzung im Landesverband ausgesprochen hatte.

Die eindeutige Ablehnung des Vorstandskurses (der Vorstandskandidat erhielt nur 277 Stimmen) bei dieser Wahl ist es, die den Vorstand reichlich mitnahm.

dieser Wahl ist es, die den Vorstand reichlich mitnahm.

Nach der LVV: Trommelfeuer der Reaktion

Nach der LVV mußte der rechte GEW-Flügel eine weitere Schwächung hinnehmen: über 120 GEW-Mitglieder verließen erbost über die Lemke-Wahl in der ersten Woche nach der LVV den Verband. Wir können nur hoffen, daß dieses Beispiel bei den Reaktionären Schule macht.

Allerdings sind diese Austritte nicht typisch für die Politik der Reaktion in und außerhalb der GEW. Die Richtung der reaktionären Offensive gab Springer's „Welt" am 24.9.75 an: In einem Artikel über die LVV lautet die Überschrift: *„Vor ‚Bombenlegern' in der GEW gewarnt".* Weiter behauptet die „Welt", die GEW habe sich jetzt zu *„Revolutionärer Gewerkschaftsarbeit"* entschlossen und *„nur der Senat kann die Jugend noch vor politischer Indoktrination bewahren".*

Eine selbst im „soliden" sozialdemokratischen Rahmen bleibende Politik der GEW wird hier massiv angegriffen. Bemerkenswert ist dabei die Offenheit, mit der die „Welt" von der GEW ein Eintreten f ü r die Berufsverbote erwartet (nur der Senat..). Freilich, der Gegenkandidat von Lemke, Jörn Norden, hatte sich bisher durchaus in diesem Sinne profiliert: als Mitglied des Personalrats hat er entscheidend am Berufsverbot eines linken GEW-Mitglieds mitgewirkt, obgleich die Behörde diesen Kollegen verbeamten wollte!

Zweck dieses reaktionären Trommelfeuers ist es, die „linke" Sozialdemokratie um den neuen 1. Vorsitzenden Lemke nach rechts zu drängen und zu einer eindeutigen Abgrenzung gegen links zu zwingen. So schreibt der Gegenkandidat von Lemke in der „Hamburger Lehrerzeitung" 16/75:

„Sein (Lemkes) *Erfolg wird allerdings entscheidend von zwei Bedingungen abhängen: Er wird sich deutlich von den Gruppierungen auf der äußersten Linken abzugrenzen haben ... Ebenso entscheidend wird es sein, daß er sein (!) Verhältnis zur Bundesorganisation in Ordnung bringt und den Vorrang der Bundessatzung vor der Landessatzung akzeptiert und durchsetzt".*

Wie nicht anders zu erwarten, zeichnet sich die Stellungnahme des Bundes-GEW-Vorsitzenden Frister zur LVV wieder einmal durch besondere Unverschämtheit und eine erpresserische Mafia-Sprache aus. In einem Offenen Brief an Lemke teilt er mit, daß sich entweder der Hamburger Landesverband bis zum 27. November bedingungslos dem Bundesdiktat zu unterwerfen hat oder andernfalls aus DGB und GEW auszuscheiden habe.

Der „Vorrang der Bundessatzung" und die unmittelbare Anwendbarkeit der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch den Bundesvorstand ohne irgendwelche Einflußmöglichkeit der Mitgliedschaft sind in Hamburg nur mit Hilfe des Lemke-Flügels zu erreichen. Deswegen wird immer wieder von diesen Kollegen eine klare antikommunistische Stellungnahme verlangt und als praktische Konsequenz ihr Eintreten für verschärfte undemokratische Satzungsänderungen.

für verschärfte undemokratische Satzungsänderungen.

Gibt es eine „Kompromißmöglichkeit"?

Bereits auf der LVV hat Lemke immer wieder seine „Kompromißbereitschaft" gegenüber Frister und seiner Mafia beteuert, und mittlerweile hat er immer wieder in Zeitungsartikeln und Rundfunkinterviews betont, daß bis Mitte November (Fortsetzung der LVV) ein solcher „Kompromiß" ausgehandelt werden könne.

Unserer Meinung nach ist ein solcher „Kompromiß" schon von der Sache her nicht möglich: entweder der Bundesvorstand erhält die von ihm geforderten absolutistischen Vollmachten – insbesondere das „Recht" auf politische Säuberung – oder er erhält sie nicht.

Zu irgendeinem Kompromiß, der diesen Namen verdient, ist ganz offensichtlich der Bundesvorstand gar nicht bereit. Was allerhöchstens zustande kommen kann, ist etwas, das irgendwie wie ein Kompromiß a u s s i e h t – in der Sache aber dem Bundesvorstand gibt, was er fordert.

Daß die Kollegen um Lemke zu s o l c h e n „Kompromissen" bereit sind – nicht zuletzt aufgrund des innerhalb der SPD auf sie ausgeübten Druckes – haben sie bereits bewiesen anläßlich der letzten Hauptversammlung, wo eine „Abhängigkeitsklausel" überhaupt nur mit ihrer Hilfe verabschiedet werden konnte (siehe AK 63).

Selbst der Norddeutsche Rundfunk stellte in einem Kommentar am 24.9. über die Frage des „Kompromisses" süffisant fest: *„Allenfalls kann der gestern neu gewählte Vorstandsvorsitzende Dietrich Lemke ... nach einer Verzuckerung für die bittere Pille suchen, die die Delegierten vor dem 27.11. schlucken müssen. Das wird ihm umso leichter fallen, als er den Kampf gegen den Vorrang der Bundessatzung nun nicht mehr zu seiner Markierung als Kandidat braucht."*

Einen solchen Pseudokompromiß bereitet Lemke offenbar auch vor, wenn er unentwegt den Kernpunkt der „Abhängigkeitsklausel", nämlich die Anwendung der Unvereinbarkeits beschlüsse zu einem Randproblem erklärt: *„Zunächst ist der Hauptpunkt, in dem es einen Dissens* (Meinungsverschiedenheit) *gibt, nicht der UVB.*

Die Frage des UVB, dieses ist Bestandteil der Bundessatzung und wir werden sicherlich dann auch mit diesem Teil der Bundessatzung arbeiten (!!) müssen, nach dem Novembertermin (!)" (Lemke in der „Umschau am Abend" des NDR vom 26.9.75).

Eine andere Frage ist es, ob Lemke einen solchen „Kompromiß" in der LVV auch durchsetzen kann, denn er ist am 23.9. wie Frister richtig in seinem Brief feststellt, „auf Grundlage der Ablehnung des (automatischen, d.Red.) Vorrangs der Satzung der GEW gegenüber der Satzung der GEW Hamburg zum 1. Vorsitzenden" gewählt worden. Etwa die Hälfte seiner Wähler müßte Lemke demnach zu einem „Umfall" bewegen!

Daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB sich in nicht zu ferner Zukunft auch gegen die Lemke-Linie richten werden, hat der Bundeshaupt-

se des DGB sich in nicht zu ferner Zukunft auch gegen die Lemke-Linie richten werden, hat der Bundeshaupt-

ausschuß der GEW am 9.9. schlagartig dokumentiert: Er beschloß den dem Sozialistischen Büro nahestehenden ‚Sozialistischen Lehrerbund' zu „beobachten", um ihn gegebenenfalls im Frühjahr 76 in die Abgrenzungsliste aufzunehmen. Nach der „programmatischen" Rede Fristers vom 1.2.75 sind dann als nächste die „Volksfrontanhänger" der SPD dran. – Das „Hamburger Abendblatt" hatte Lemke in einem Hetzartikel bereits den „Volksfrontdiddi" genannt. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Bremerhaven:

Erfolgreicher Konkurs

Mitte September machte die Stahlbau- und Montage-Firma Haase & Wegscheid in Bremerhaven pleite. Durch den Konkurs wurden eine Reihe ganz besonderer Schweinereien dieser ‚ehrbaren' Firmeninhaber aufgedeckt, die sich offenbar an dieser Pleite gesundgestoßen haben.

- Die von den Kollegen einbehaltenen Sozialabgaben und Lohnsteuern waren seit etwa einem Jahr größtenteils nicht an Krankenkasse und Finanzamt weitergeleitet worden, sondern offenbar in die Taschen der Herren Wegscheid und Haase gewandert.
- Kindergeld für die ausländischen Kollegen, vom Arbeitsamt an die Firma weitergeleitet, gelangte nur selten an die rechtmäßigen Empfänger.
- Die noch ausstehenden Löhne für August und September „konnten nicht ausgezahlt werden." Offenbar hatten die beiden Gangster rechtzeitig dafür gesorgt, daß kein Pfennig mehr in der Kasse blieb.

Rechtzeitig wurden auch noch Lagerbestände und Maschinen „aus der Konkursmasse entfernt", also geklaut. Mit Lastwagen und Kleinbussen wurde bis kurz vor Erscheinen des Gerichtsvollziehers abtransportiert, was noch irgendwie Wert hatte.

Nachdem nichts mehr übrig geblieben ist, von dem den Kollegen die Löhne usw. gezahlt werden könnten, schieben die beiden Gangster sich gegenseitig die Schuld zu. Sie zeigten sich gegenseitig an, um „stattgefundene Manipulationen" aufklären zu lassen.

Einer der beiden, Helmut Haase, „ist dem Amtsgericht nicht unbekannt". Er hat in Sachen Konkurs bereits einschlägige Erfahrung und schon eine Maklerfirma gemeinsam mit seiner Frau erfolgreich in die Pleite geführt.

Unter Haases Geschäftsfreunden findet sich ein Bremerhavener Kaufmann, der im Frühjahr wegen Betrugs, Hehlerei, Versicherungsbetrugs und Brandstiftung zu drei Jahren Knast verurteilt wurde.

Es scheint, daß Haase ein wenig bei diesem ehrenwerten Herrn abgeguckt hat.

Das Arbeitsamt war „natürlich" hilfreich zur Stelle, die Kollegen sofort zu vermitteln. Eine reale Chance bestand jedoch nur für höchstens zwei Drittel der 160.

Konkursausfallgeld kann erst gezahlt werden, wenn das Konkursverfahren eröffnet ist. Das kann jedoch noch lange dauern. So bleibt für einen Teil der Kollegen nur das Sozialamt. ●

Metallzelle
KB/Gruppe Bremerhaven

Reynolds:

Auflösung des einheitlichen Betriebsrates

Seit dem 1. 10. 1975 existiert das Aluminiumwerk Reynolds nicht mehr. Das vormals einheitliche Werk ist in zwei Betriebe gespalten worden, in das Hüttenwerk Hambg. Aluminium Werk (HAW) unter Führung von VAW und das Walzwerk, das bei Reynolds Aluminium Deutschland Inc. (RADI) bleibt. Dies ist das Ergebnis monatelanger Verhandlungen zwischen dem Hamburger Senat, dem neuen Eigentümer des Werkes und verschiedenen Konzernen der Alu-Branche, die jetzt als Pächter die beiden Betriebsgesellschaften HAW und RADI bilden.

Die durchgeführten Maßnahmen haben alle Befürchtungen übertroffen:

1. Aufspaltung der Belegschaft
2. Auflösung des Betriebsrates (BR)
3. HAW trat dem Arbeitgeberverband Chemie bei

Die HAW (VAW)-Kapitalisten liessen keine Zweifel aufkommen, daß sie gewillt sind, diese Pläne notfalls auch gewaltsam durchzusetzen. Sie bedienen sich dabei einer bisher unbekannten Brutalität, die sogar das Stadium offener krimineller Methoden erreicht hat. Von einem Tag auf den anderen wurde die Belegschaft gespalten. Sofort wurde zwischen Gießerei und Walzwerk ein Zaun gezogen und am 2. 1o. eine „Mitarbeiterversammlung" für die HAW-Kollegen einberufen. Am Eingang kontrollierte ein Werkschutzmann, weil keine „betriebsfremden" Reynolds-Kollegen teilnehmen durften. Selbst der BR durfte nur nach Protest als „Gast" teilnehmen.

In dieser Versammlung erklärte VAW-Boss Wilde völlig unerwartet den Betriebsrat für aufgelöst, da er von einer anderen Belegschaft gewählt worden sei. Die lautstarken Proteste der Kollegen quittierte dieser mit den Worten: „Sie können hier soviel schreien wie Sie wollen, die Tatsachen müssen Sie trotzdem anerkennen!". Außerdem pöbelte er: „Die Belegschaft müsse sich angewöhnen, die GL ausreden zu lassen, und VAW habe sich nicht aufgedrängt, sondern wurde geholt, um einen drohenden Konkurs abzuwenden". Der BR-Vorsitzende und ein weiteres BR-Mitglied wurden am Sprechen gehindert. FDP-Meyer (Per- Sprechen gehindert. FDP-Meyer (Per- sonalchef) ließ das Mikrophon abstellen.

Die HAW-Kapitalisten gaben bekannt, daß sie dem Chemieverband beigetreten sind und ab sofort die Tarife der Chemie gelten würden. Damit verfielen sämtliche Ansprüche aus dem Metall-Tarifverträgen wie ausstehende Urlaubstage, die sich viele Kollegen für die Tage um Weihnachten ausgespart hatten und Urlaubsgeld (Chemie-Tarifvertrag: bis zu vier Tage weniger Urlaub. Außerdem bietet er bessere Möglichkeiten, zukünftige Lohnerhöhungen anzurechnen.).

Den Kollegen wurde die Tarifvertragsänderung auch schriftliche mitgeteilt. Man könne es ablehnen, allerdings sei HAW nur bereit, Kollegen zu den oben genannten Bedingungen zu übernehmen.

Eine schärfere Gangart kündigte VAW auch ansonsten an, z.B. sei der Krankenstand zu hoch. Im Labor wurde die bisherige Arbeitsweise mit flexiblen Pausen und Anfangszeiten verboten.

Kampf der Spaltung

Auf zwei ersten spontanen Protestversammlungen am Freitag, dem 3.1o. und darauffolgendem Montag mit einer Teilnahme von jeweils 50 - 70 Kollegen wurde von der Geschäftleitung u.a. gefordert:



Reynolds-Kollegen demonstrieren auf dem Werksgelände

▶ Anerkennung des gesamten Betriebsrates bis zur Neuwahl

▶ Anerkennung aller tariflichen Ansprüche aus dem Metalltarifen

Erst auf einer dritten Versammlung am Mittwoch, dem 8.1o. gelang es der Geschäftsleitung durch massive Einschüchterung der Anwesenden, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Ex-Personalchef Meyer erschien als neugebackener kaufmännischer Direktor von HAW (VAW) persönlich und verlangte die Entfernung des BR-Vorsitzenden, dem er Hausfriedensbruch vorwarf. Danach begannen Abteilungsleiter und Meister gezielt densbruch vorwarf. Danach begannen Abteilungsleiter und Meister gezielt unter Androhung von Repressalien, ihre Leute zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Mehrere Kollegen gaben nach, so daß das Kompromißangebot von Meyer, zwei getrennte BR's bis zur Neuwahl anzuerkennen, angenommen werden mußte, zumal IGM-Sekretär Engelmann die „unbedingte Annahme" dieses faulen Kompromisses empfahl. Für die IGM war damit ‚die Sache gelaufen:

„Durch die Trennung ist es auch rechtlichen Gründen leider notwendig geworden, für jeden der beiden Bereiche neue Betriebsräte zu wählen." (IGM-Flugblatt). Noch schlimmer verhielt sich Otto Mohr. der sich im Namen der IGM–Ortsverwaltung weigerte, dem Vertrauenskörper Papier für die Vervielfältigung einer Erklärung zu geben. Dieses Verhalten ist, gelinde gesagt, Sabotage am Kampf der Reynolds-Kollegen.

Betriebsrat wird fristlos entlassen

Nur wenige Stunden nach der Versammlung wurde beim HAW-Betriebsrat der Antrag auf fristlose Entlassung des Betriebsrates Klaus H. gestellt. Er selber wurde sofort beurlaubt und erhielt Werksverbot. Ihm wird vorgeworfen, einen Kollegen mit dem Megaphon geschlagen zu haben, weil dieser die Arbeit wieder aufnehmen wollte. Dieser nachweisliche fingierte Sachverhalt wurde mit offen kriminellen Methoden verteidigt. Der angeblich Geschlagene und Zeuge der Kapitalisten für ihren Coup, der selber erklärt hat, daß er diese Entwicklung nicht gewollt habe, arbeitet nur noch unter Bewachung. Sogar nach Feierabend bringt ihn ein Meister zum Bus. Es ist jedem Kollegen verboten, mit ihm über die Vorfälle zu sprechen. Der Betriebsrat wurde beschuldigt, er habe den Geschlagenen unter Druck gesetzt, um eine revidierte Aussage zu den Geschlagenen unter Druck gesetzt, um eine revidierte Aussage zu „erzwingen". Weiter wurde behauptet, daß ihn Kollegen mit Schlägen und Drohungen am Telefon einschüchtern wollten. Auch würden wegen der Entlassung angeblich Vertreter der Geschäftsleitung bedroht und terrorisiert. Anonyme Briefe seien eingegangen.

Mit diesen erfundenen Zeug versucht man, den beurlaubten Betriebsrat und alle, die sich mit ihm solidarisieren, zu kriminalisieren.

Damit einher ging eine massive Hetze gegen die bisherige Betriebsratsarbeit von Meistern und Ingenieuren. Auf der Betriebsversammlung am 15.1o. erhielten diese Hetze eine schwere Abfuhr. Keiner von ihnen wagte es, gegen die Beiträge der fortschrittlichen Kollegen auch nur den Mund aufzumachen. Nicht mal Oberdemagoge Meyer meldete sich zu Wort: Eine weitere Schlappe mußten die Kapitalisten bei der Abstimmung zum Wahlvorstand hinnehmen. Der beurlaubte Betriebsrat Klaus H. erhielt die meisten Stimmen. Zusätzlich wurden auf die nächsten Plätze weitere Mitglieder des jetzigen Betriebsrates gewählt.

Der Ausgang zeigt den Kapitalisten, wie weit sie noch von ihrem Ziel entfernt sind, die kämpferische Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit zu zerschlagen. Es muß davon ausgegangen werden, daß während des Wahlkampfes die Hetze noch zunehmen wird, aber vor allem verstärkt nach neuen Vorwänden gesucht wird, um weitere fortschrittliche Kollegen zu feuern. Dazu läßt sich auch gut der Wechsel in den Bereich der Chemie nutzen. Es ist klar, daß damit der VK aufgelöst wird, womit die Kontinuität und Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Arbeit unterbrochen wird. Ein neuer Chemie-VK soll ganz sicher unter Ausschaltung der Linken zustande kommen.

Aus den kämpferischen Aktionen der letzten Zeit müssen die richtigen Lehren gezogen werden. Die spontanen Abteilungsversammlungen waren gute Anfänge des Widerstands. Nur dadurch wurde der Kompromiß „zwei Übergangsbetriebsräte" möglich, und daß die Kapitalisten einwilligten, bis Ende 75 die Urlaubszeit und das Urlaubsgeld weiter nach dem Metalltarif zu berechnen.

Die Aktionen waren allerdings noch zu schwach, um den Spalterkurs grundsätzlich abzuwehren. Zum einen zeigte sich der Mangel, daß die fortschrittliche Arbeit nur von einem kleinen Kreis getragen wird. Zum anderen wurde deutlich, daß noch viele Kollegen großes Vertrauen in die „Rechtsordung" des Staates haben. Viele ließen sich mit Begriffen wie „wilder Streik", „illegal" einschüchtern und von Kampfmaßnahmen abhalten. Aber die eigenständigen Aktionen sind unerläßlich und der einzige Weg, um Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. ●

Reynolds-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Ein sauberer Plan: „Betriebsjustiz"

Die bisher schon rigoros gehandhabte Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die bürgerliche Klassenjustiz ist offenbar noch nicht „vollkommen" und weitreichend genug: wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" am 16.8.75 berichtete, haben mehrere (Un)Rechtsprofessoren den Vorschlag gemacht, *„geringfügige Straftaten, wie sie im Arbeitsleben und am Arbeitsplatz immer wieder (!!) vorkommen"* künftig durch eine *„Betriebsjustiz"* ahnden zu lassen. Das „Gericht" soll aus einem Juristen, einem Vertreter der „Arbeitnehmer" und einem „Arbeitgeber" bestehen – für die richtige Mehrheit ist also immer gesorgt. Das „Gericht" kann Verwarnungen aussprechen, Geldstrafen bis zur Höhe eines Monatslohnes verhängen und im Einvernehmen mit der Betriebsleitung (!) sogar die Kündigung verfügen!

Und das ganze wird dadurch auch noch unangreifbar, daß diese neuen „Gerichte" *„im Prinzip wie ein ordentliches Gericht arbeiten"* sollen. Als kleines „Bonbon" wird den Kollegen versprochen, daß die Verurteilungen für den Täter keine Vorstrafen bedeuten sollen – (Schwarze Listen der Kapitalisten tuns ja auch!). ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Beiersdorf, Hamburg:

IG Chemie-Führung wird immer frecher

Wie bereits in ARBEITERKAMPF Nr. 65 berichtet, schickte die IG Chemie-Verwaltungsstelle Hamburg allen Gewerkschaftsmitgliedern bei Beiersdorf ein unverschämtes Schreiben ins Haus, worin die Kollegen aufgefordert wurden, „die Beitragsleistungen zu erhöhen". Dagegen gab es bei den Kollegen eine breite Empörung, die sich darin äußerte, daß Kollegen umgehend aus der Gewerkschaft austraten, andere wiederum Protestbriefe an die Gewerkschaftsführung schrieben. Rund 240 Kollegen – unterstützt von den linken Kollegen der „Alternative" – lehnten eine Beitragserhöhung ab und forderten zudem eine Mitgliederversammlung, die die Gewerkschaftsführung aufgrund der massiven Proteste dann auch einberufen mußte.

Erste Schweinerei

Die Gewerkschaftsführung beantwortete die Protestschreiben der Kollegen in unglaublich frecher und zynischer Weise:

▶ zum Teil wurden die Kollegen aufgefordert, sich die Sache noch mal zu überlegen, da sie sonst mit einem Gewerkschaftsausschluß rechnen müßten. Eine Kollegin, die einen recht gepfefferten Brief an die Verwaltungsstelle schrieb, wurde bereits umgehend ausgeschlossen!

▶ In einem Schreiben stand, daß die linke Gruppe „Alternative" und Mitglieder des „Kommunistischen Bundes" die Beitragserhöhungen dazu benutzen wollten, um ihr „antigewerkschaftliches Süppchen zu kochen" usw.

Mittlerweile sind von den rund 2.000 gewerkschaftlich organisierten Kollegen bei Beiersdorf 69 ausgetreten bzw. ausgeschlossen worden, 132 Mitglieder wollen ihre Beiträge nicht erhöhen (davon werden sicherlich auch noch einige rausfliegen) und *„136 Kollegen wollten noch mit sich reden lassen"*, wie es Sekretär Herrling auf der Mitgliederversammlung umschrieb.

Zweite Schweinerei ...

Auf der Ende September einberufenen Mitgliederversammlung erschienen nur ca. 60 Kollegen. Das lag im wesentlichen daran, daß sich viele aktive Kollegen mit den Provokationen der Gewerkschaftsführung bereits abgefunden und den Austritt gewissermaßen einkalkuliert hatten. Nach vielen demagogischen Reden einiger Gewerkschaftsführer, daß Beitragserhöhungen auch die Organisation stärken würden usw., verstieg sich der rechte SPD-Betriebsrat Sinnen zu der unverschämten Behauptung, daß *„alle Kollegen, die nicht mehr als zehn Mark Beitrag zahlen, Parasiten sind, von denen man sich trennen muß* (!)".

Auch der Zeitpunkt der Beitragserhöhungskampagne und die scharfe Gangart in der jetzigen Krise machen das Geschäft der Gewerkschaftsführer für die Kapitalisten klar: statt zu mobilisieren wird d e mobilisiert, damit die Kapitalisten umso ungestörter die Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse abwälzen können! ●

Beiersdorf, Zelle Forschungszentrum
KB/Gruppe Hamburg

„Staatstragende" Gewerkschaft: IG Bau

Auf ihrem Anfang Oktober stattgefundenen 10. Gewerkschaftstag präsentierten die Führer der IG Bau-Steine-Erden einen neuen Satzungsentwurf. Wie in allen anderen DGB-Gewerkschaften auch ist in dieser Satzung der berüchtigte „Unvereinbarkeitsbeschluß" zur „Abwehr von Gewerkschaftsfeinden" enthalten. Neu ist allerding die Umschreibung der „gewerkschaftsfeindlichen Tätigkeit". Die IG Bau-Führer haben hierfür den Begriff „verfassungsfeindlich" übernommen. Das heißt: Mitglied in einer Gewerkschaft darf nur sein, wer das kapitalistische System der Bundesrepublik akzeptiert und aktiv für seinen Bestand eintritt.

Durch diese Klausel ist somit Sozialisten die Mitgliedschaft in der IG Bau verboten, während alle möglichen reaktionären Elemente, die auf dem „Boden des Grundgesetzes stehen" sich ungehindert betätigen dürfen.

Die IG Bau-Führer haben einen weiteren Schritt hin zur „staatstragenden" Gewerkschaft gemacht. Nicht bekannt ist uns, in welchem Umfang Schnüffelpraktiken, Geheimdienst etc. zum Nachweis der „Verfassungsfeindlichkeit" in der neuen Satzung verankert sind – sicher sind wir aber, daß personell hierfür bereits gesorgt ist. ●

KB/Gruppe Bremen

Hanomag-Henschel, Harburg:

Angriffe gegen ALTERNATIVE werden immer dreister

Am 7.10. erschien eine neue Ausgabe der „Alternative", der Zeitung der linken Betriebsrätegruppe, zu den sich häufenden Überstunden und Sonderschichten. Unter anderem wurde eine Tabelle mit den Abstimmungsergebnissen des Betriebsrates zu den Überstunden-Anträgen der Geschäftsleitung seit Mai 75 abgedruckt.

Während die „Alternative" bei den Kollegen Zustimmung und Diskussionen über die Überstunden etc. hervorrief, war die Reaktion von Geschäftsleitung und Betriebsrat ebenfalls „beeindruckend":

- Antrag auf fristlose Kündigung des Presseverantwortlichen der „Alternative".
- Androhung eines Prozesses gegen die „Alternative" wegen Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse.

Gleichzeitig mit diesen neuen Angriffen auf die „Alternative" nimmt das Tempo der Arbeits- und Akkordhetze für die gesamte Belegschaft zu.

Überstundenschinderei und Akkordhetze

Bereits seit Monaten wird ständig von einem Großteil der Kollegen verlangt, Überstunden zu schieben – und zwar Samstags in Früh- und Spätschicht und Sonntags!

Die Häufigkeit dieser Überstunden und die Erfahrungen mit der zurückliegenden Kurzarbeit führten dazu, daß immer mehr Kollegen sich weigerten, Überstunden zu machen. Auch versteckter Zwang und Druck konnte hieran nichts ändern. (In einer Abteilung wollte der Meister beispielsweise alle Kollegen, die Überstunden verweigerten, für die folgende Woche auf Spätschicht setzen – quasi zur Strafe).

Daraufhin wurden kurzerhand Sonderschichten beantragt – und mehrheitlich vom Betriebsrat genehmigt. (Zu Sonderschichten ist jeder Kollege verpflichtet – anders als bei Überstunden). Am 11. und 18.10. wurden dann erstmal zwei Sonderschichten gefahren.

Dies rief in der Belegschaft Empörung hervor und Kritik an der Zustimmung des Betriebsrats.

Ein weiterer Hammer ist die Einführung von sog. Planzeiten an Stelle der bei neuen Arbeiten bisher zwischen Betriebsrat (BR), betroffenen Kollegen und Geschäftsleitung vorher ausgehandelten Richt-Zeiten. Nun werden bereits vorher ausgedachte, bzw. „errechnete" Zeiten auf die Arbeitskarten geschrieben und es soll *„angestrebt werden, daß die Mitarbeiter eine ihrem Verdienstgrad entsprechende Leistung auf der Basis* schließlich von der Geschäftsleitung *der Planzeiten erbringen."* (Wohlgemerkt, diese Zeiten werden aus-

alternative

Und sonnabends gehört Vati DAIMLER!

In diesem Monat werden an zwei Wochenenden Sonderschichten gefahren' Das ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, die wir seit Mai dieses Jahres beobachten können

Während es noch nicht einmal ein Jahr her ist, daß bei uns kurzgearbeitet wurde, so haben wir seit Mai im Betriebsrat(BR) jede Woche über Überstundenanträge der Geschaftsleitung zu beraten

Um einmal zu zeigen, wie die Zahl dieser Anträge von Woche zu Woche zugenommen hat und wie,sich das Verhalten des BR diesen Anträgen gegenüber geändert hat, möchten wir hier einige Zahlen bringen:

Datum	Anzahl der Kollegen beantragt	vom BR genehmigt	Stimmen im BR für	gegen	enth	Abteilungen
21.5.	8	abgelehnt	6	8	-	Jäger
" "	10-12	abgelehnt	7	7	-	Baß
28.5.	10	abgelehnt	6	8	1	Baß
" "	13	abgelehnt	6	8	1	Jäger
29.5.*	10	abgelehnt**	7	6	1	Baß
29.5.*	13	abgelehnt**	7	6	1	Jäger
30.5.*	23	23	13	-	2	Baß, Jäger
18.6.	34	34	11	4	-	Baß, Jäger, Schult
18.6.	5	5	15	-	-	Mantelrohr(Nacharbeiten)
3.7.	45	45	10	4	-	Schaltung, Dreherei,Baß,Jäger
3.7.	4	4	14	1	-	Schaltung(Nacharbeit)
16.7.	35	35	11	4	-	Mantelrohr, Jäger
16.7.	4	4	12	3	-	
16.7.	16	16	13	2	-	Stangenautomaten
16.7.	5 (S)	abgelehnt	1	14	-	Jäger (Sbd Spätschicht)
30.7.	25	25	11	4	-	Baß
30.7.	25-30	25-30	11	4	-	Jäger
30.7.	8 (S)	abgelehnt	7	8	-	Jäger (Sbd Spätschicht)
20.8.	175	175	12	3	-	Baß,Presserei,Dreherei,Jäger Stangenaut.,Gelenkwelle,Pedalfertigung,Mantelrohr,Endmont.,Schweißerei, Schaltung
davon	28 Sbd. Spätschicht 15 Stg. Frühschicht					
25 9	210 (F)	210	12	3	-	Baß,Presserei,Dreherei,Gelenkwelle,Stangenaut.,Schwarzmachrei,Bonder,Teilefert.,Mantelrohr,Pedal,Jäger,Meier
25 9	72 (S)	72	11	4	-	
25 9	50 (f)	abgelehnt	6	9	-	

* - BR-Sondersitzung
** - jeder Antrag,für den nicht die Mehrheit der Betriebsräte stimmt, gilt als abgelehnt (auf der Sitzung waren nur 14 Betriebsräte anwesend)
(S) - Sonnabend Spätschicht
(F) - Sonnabend Frühschicht
(f) - Sonntag Frühschicht
Datum- Datum der BR-Sitzung

Es handelt sich bei diesen Überstunden nur um solche in der Fertigung

„Der Stein des Anstoßes"

festgelegt!! Hierüber wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen und vom Betriebsrat angenommen, ohne Zustimmung der „Alternative", versteht sich). Damit wird die Akkordhetze praktisch immens beschleunigt.

Die „Alternative" hat sich konsequent gegen Überstunden und gegen eine derartige Vereinbarung ausgesprochen. Dies änderte an den Abstimmungsergebnissen im Betriebsrat nichts (11:4, bzw. 11/12:3).

Um klar zu sagen, wie die Verhältnisse im BR tatsächlich sind, und um den Standpunkt der „Alternative" zu den anstehenden Fragen darzulegen, veröffentlichte die „Alternative" die Abstimmungsergebnisse. Zumal einige der rechten BR-Mitglieder vage und schwammige Aussagen über ihre Haltung machten. (Verständlich ...)

Fristlose Kündigung und Prozeßandrohung

Noch am selben Tag, an dem die „Alternative" erschien, wurde gegen den Presseverantwortlichen der Antrag auf fristlose Kündigung gestellt. Begründet wurde dies mit angeblich dreitägigem unentschuldigten Fehlen. Tatsache war jedoch, daß der Kollege bereits seit einer Woche krank war, und daß er auch für die zweite Woche krankgeschrieben war. Angeblich war die Krankmeldung an dem besagten Mittwoch jedoch noch nicht da – woraus die Geschäftsleitung „unentschuldigtes Fehlen" konstruierte. Im Betriebsrat erklärte eine Kollegin mehrmals, daß sie mit dem Kollegen gesprochen hätte und daher wußte, daß er erneut krankgeschrieben sei. Trotzdem stimmte der BR mit 11:3:1 dem Antrag der Geschäftsleitung zu (!!!). Da könne man nichts machen,hieß es – obwohl bei ähnlichen früheren Fällen einer Kündigung nur unter der Voraussetzung zugestimmt wurde, daß die Krankmeldung nicht noch eintrifft!!! Recht eindeutig wurde hier klar versucht, einen Kollegen der „Alternative" kurzerhand zu feuern - in konzertierter Aktion von Geschäftsleitung und Betriebsrat.

Nur zwei Tage später war diese Kündigung vom Tisch, niemand wollte mehr was davon wissen – erst auf Nachfragen wurde dem Kollegen mitgeteilt, sie sei zurückgezogen..... Inzwischen war nämlich die Krankmeldung eingegangen.

Die Geschäftsleitung hatte dies zwischenzeitlich wohl selber gemerkt und versuchte, noch weitere Gründe zu sammeln. So wurde in der Abteilung des Kollegen rumgefragt, „ob er nicht politische Propaganda betreibe" und „ob man mit dem überhaupt zusammenarbeiten könne". Offensichtlich sollten hier die Kollegen aufgehetzt werden und „Gründe" liefern – dies klappte jedoch nicht, da die Kollegen nicht mitmachten.

Inzwischen soll der Kollege eine Verwarnung bekommen, „weil die Krankmeldung zu spät einging" (..was nicht stimmt!) und es würden noch „einige Punkte geprüft". Es ist also nach wie vor damit zu rechnen, daß hier noch eine Entlassung durchgezogen werden soll.

Prozeßandrohung gegen „Alternative"

Auf der gleichen BR-Sitzung wurde der „Alternative" insgesamt – insbesondere deren Betriebsräten – „gerichtliche Schritte" wegen der Veröffentlichung von Abstimmungsergebnissen angedroht.

Der „Alternative" wurde zynisch vorgeworfen, sie „fiele den Kollegen in den Rücken" und würde „der Geschäftsleitung in die Hände arbeiten". Nämlich wüßte die GL jetzt, wie die einzelnen Abstimmungen gelaufen sind. Und man hätte der GL gegenüber schließlich immer gesagt, daß die Überstunden „ganz knapp" durchgekommen sind, oder kaum eine Mehrheit finden werden. (...um die Verhandlungsposition zu stärken...). Nun, vielleicht hätte es mehr Eindruck auf die GL gemacht, wenn tatsächlich der Betriebsrat die Überstunden abgelehnt hätte und tatsächlich eine „harte Position" eingenommen hätte?

Vielmehr steht dahinter, daß man den Kollegen die Story von den knappen Abstimmungsergebnissen vorgaukelte!!

Mit dieser üblen Demagogie vom „in den Rücken fallen" wollen die Rechten hausieren gehen, und sicherlich wird dies bei einem Teil der Kollegen auch verfangen, weil noch ein ganzer Schwung Märchen und Lügen über die „Alternative" dazukommt. Z.B. behaupten diese Vögel, die „Alternative" „stütze Kollegendiebstahl", da sie in einem Falle nicht sofort der fristlosen Kündigung eines Diebes zustimmte. (... da – und das erklärte die „Alternative" seinerzeit auch – noch gar nicht erwiesen war, ob dieser geklaut hätte!!)

Die Schüsse gingen nach hinten los (...bislang)

Es liegt ziemlich klar auf der Hand, daß momentan versucht wird, mit der „Alternative" „abzurechnen". Bislang jedoch hat jede Maßnahme eher das Gegenteil bewirkt. Der Kündigungsversuch und die Prozeßandrohung haben eine ziemlich starke Solidarisierung von Kollegen mit der „Alternative" hervorgerufen. (So waren beispielsweise auf einer ersten öffentlichen Sitzung der „Alternative" knapp 20 Kollegen – abzüglich zwei Spitzeln). Dies schlug sich auch in einer verstärkten Mitarbeit von neuen Kollegen in der „Alternative" nieder. Sicherlich ist dies darauf zurückzuführen, daß es um Auseinandersetzungen ging, die jedem Kollegen auf den „Nägeln brennen", nämlich Überstunden und Akkordzeiten.

Verstärkt wurde deutlich, wer und was eigentlich mit den Angriffen auf die „Alternative" getroffen werden soll – die Vertretung der Belegschaftsinteressen und damit die Kollegen selber!

Trotz dieser momentan eher günstigen Situation darf natürlich nicht unterschätzt werden, daß es der Geschäftsleitung durchaus gelingen kann – durch Rausschmiß etc. – die Arbeit der „Alternative" zu erschweren, bzw. sogar zurückzuschlagen. Dies wird natürlich umso schwerer, je enger der „Alternative" die Verbindung mit den Kollegen gelingt und je mehr Kollegen aktiv mitarbeiten. ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

PHILLIPS – scharfe Gangart gegen die Kollegen !

Die durchgeführte Neuordnung des Philips Konzerns (Deutschland) in einzelne, spezialisierte Unternehmensbereiche hat zu weiteren Angriffen auf die Belegschaften geführt. Die Rationalisierungs- und Entlassungswelle rollt.

So auch im inzwischen umbenannten Unternehmensbereich Philips Elektronik Industrie in Hamburg- Meiendorf. (S. a. AK 64 und USTA/Hamburg Nr. 10).

Große Versprechungen – nichts dahinter!

Nach langen Verhandlungen war es dem Hamburger Senat durch große Zugeständnisse an die Philips-Kapitalisten geglückt, diese zum Bau des neuen Werkes innerhalb der hamburgischen Landesgrenzen zu gewinnen. Das Bauland bei Meiendorf/Hamburg wurde von einer der Philips-Hausbanken für ein Ei und ein Butterbrot erworben. Der wohlbekannte „Grundsteinleger Senator Kern" legte den ersten Stein im Jahre 1970. Dabei tönte er gemeinsam mit den Philips-Kapitalisten vom Entstehen mehrerer Tausend Arbeitsplätze. Ähnlich wie bei Reynolds Aluminium/Hamburg machte sich Kern zum Sprachrohr der Kapitalisten, während diese ganz andere Pläne mit dem billig erworbenen Gelände hatten.

So belief sich der höchste Personalstand im Werk Meiendorf 1974 noch nicht einmal auf 1.000 Kollegen. Die Pläne für den weiteren Neubau eines Verwaltungsgebäudes wurden genauso gestrichen, wie die Planung einer neuen Fertigungshalle. Stattdessen verschafften sich die Philips-Kapitalisten durch Rationalisierungen und Entlassungen Platz. Nach der Verlagerung des Vertriebes von Meiendorf nach Kassel und weiteren Abspaltungen einzelner Abteilungen und Kollegen in andere, inzwischen aufgebaute Unternehmensbereiche, wie z. B. audio-visuelle Systeme, ist die Belegschaft inzwischen auf ca. 480 Kollegen gesunken. Durch die Ausrichtung auf die Produktion von wenigen, speziellen Waren wird die Belegschaft weiter sinken. Die relativ kleine Produktenpalette und die engen Grenzen in der Fertigung werden die Kapitalisten nutzen wollen, um weiter zu rationalisieren.

Unter neuem Namen – die alte Masche!

Nachdem sich die Zahl der durch die Verlagerung des Vertriebes gekündigten Kollegen inzwischen auf 30 erhöhte, holen die Philips-Kapitalisten bereits zum nächsten Schlag aus.

Zusammen mit der Umbenennung des Werkes in „Werk für Meßtechnik" kündigte Geschäftsführer v. Amstel auf der Betriebsversammlung am 25.9. an: Die Zukunft des Werkes und damit der Arbeitsplätze hänge ganz entscheidend von der Kosten- und Umsatzentwicklung ab!

Um die Reaktion der Kollegen auf die Sparpolitik zu testen, wurde die Streichung des jahrelang kostenlos gewährten Tees verfügt. Das ist natürlich erst der Anfang. So hat sich die Philips-BRD-Leitung bislang noch nicht zu den Gerüchten über die Kürzung des Weihnachtsgeldes geäußert, sie allerdings auch auf der Betriebsversammlung nicht dementiert! Ein weiteres Beispiel sind die umfangreichen Streichungen im Sozialplan.

Das Ziel der Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung war die Arbeitsplatzangst schüren und die Belegschaft auf Verzicht trimmen!

Zwei Kollegen aus der Abteilung mechanische Fertigung wurde bereits mitgeteilt, sie sollten sich etwas Neues suchen. Gleichzeitig bot man ihnen an, bei Röntgenmüller (Philips-Tochter) für eine Mark weniger pro Stunde anzufangen. Ein Kollege lehnte dies ab und wurde daraufhin prompt gekündigt und beurlaubt (!). Ein dritter Kollege, der fliegen soll, ist noch nicht genannt worden. Einem Kollegen der Alternative und BR-Mitglied, dessen Arbeitsplatz durch die Kassel-Rationalisierung verloren ging, wurde bis heute immer noch kein neuer Arbeitsplatz in Meiendorf angeboten. Darüber hinaus beurlaubte ihn der Personalchef, verbunden mit dem Verbot des ungehinderten Zugangs zu allen Werksteilen und damit zu den Arbeitsplätzen der Kollegen. Dieses Verbot war rechtlich nicht haltbar und wurde inzwischen vom Arbeitsgericht abgelehnt. Der Forderung vieler Kollegen, dem Betriebsrat einen geeigneten Arbeitsplatz anzubieten, sind die Kapitalisten allerdings immer noch nicht nachgekommen!

Die Angriffe abwehren!

Auf der Betriebsversammlung war die Skepsis der Kollegen gegenüber der Geschäftsleitung deutlich. Das zeigten die Fragen nach der Höhe des Weihnachtsgeldes, nach weiteren Kündigungen im Service und das energische Nachhaken einiger Kolleginnen aus dem Vertrieb über die soziale Rechtfertigung von Kündigungen. Die Geschäftsleitung geriet ganz schön ins Schwitzen und hatte Mühe, ihr soziales Image zu wahren.

Um so schädlicher ist allerdings die Haltung eines Teiles des Betriebsrates, der in einem Bericht zur Regelung Weihnachten-„Nacharbeiten" voll auf die Kapitalisten-Argumente einging.

Um so fleißiger zeigten sich die rechten Betriebsräte im Vorgehen gegen die Alternative.

Sie verteilten Fotokopien eines Artikels der PEI-Zelle des KB aus der UNSERE STADT Nr. 10 an fast alle Kollegen im Flachbau. Ziel dieser Hetzkampagne war es offensichtlich, sich den bei vielen Kollegen verwurzelten Antikommunismus zunutze zu machen.

Selbstverständlich ist für diese Handlanger der Geschäftsleitung, daß sie natürlich mit keinem Satz auf den Inhalt des Artikels eingegangen sind. Bei einigen Kollegen konnten sie mit dieser Methode auch kleine Erfolge erzielen, während bei anderen Kollegen nach dem Lesen des Artikels durchaus Zustimmung bestand. Insofern erfüllten ihre Kapitalistendienste einen guten Zweck: sie trugen zur Verbreitung unserer Presse bei.

Investieren – rationalisieren – feuern!

Im Gegensatz zum Gejammer der Kapitalisten stehen allerdings die Ausgaben für die Rationalisierungen. So haben die Philips-Kapitalisten nicht nur den restlichen Anteil der Withof-Fabrik in Kassel aufgekauft, sondern auch mehrere Millionen in die Verlagerung des Vertriebes nach Kassel gesteckt. Fazit: dort, wo investiert wird, rechnen sich die Kapitalisten durch die Rationalisierungen langfristig höhere Profite aus und die Kollegen werden gefeuert! Beispielsweise wird in Kassel die Abteilung Auftragsabwicklung statt aus bisher 21 nur noch aus sieben (!) Kollegen bestehen, bei mehr Arbeit.

Die Kapitalisten haben dabei 36 % Produktivitätssteigerung im Jahre 1974 herausgeholt. Ganz zu schweigen von den 215 Mio. offiziellem Bilanzgewinn von Philips (BRD). (Bilanz 30.4.74, „Mopo", 17.9.74). ●

PEI-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

AKZO-Enka-Glanzstoff:

Erneuter Versuch, Massenentlassungen durchzusetzen

Der Vorstand des Chemie-Giganten AKZO hat für dieses Jahr „Strukturmaßnahmen" vorgelegt, nach denen 6.000 Arbeiter entlassen und einige Betriebe ganz dichtgemacht werden sollen.
Im wesentlichen handelt es sich hier um Pläne, die die AKZO-Kapitalisten bereits vor drei Jahren durchzusetzen versuchten.
Damals jedoch gelang es den Chemiearbeitern, durch Kampfmaßnahmen in Wuppertal und Breda (Niederlande), die unmittelbar anstehende Schließung von vier Werken in verschiedenen Ländern Westeuropas, zu verhindern (siehe auch: „Arbeitersolidarität Contra Chemie-Gigant" – AK 35, S. 5).

Die Enka-Glanzstoff-AG ist mit Werken in Belgien, Niederlanden und BRD ein Tochterunternehmen des AKZO-Konzerns, dem zweitgrößten Chemiefaserproduzenten der Welt. Seit Jahren wurde der Profit mit diversen Manövern – Kartellabsprachen, Konkurrenten aufkaufen, Kapitalexport in Billigländer (Spanien, Schottland usw.) – gesichert, als 1972 das erste Mal von „abbauen" und „aufgeben" gesprochen wurde. Betriebe mit hohem Gewinn und steigendem Umsatz, wie das Bemberg-Werk in Wuppertal-Barmen mit seinen 3.000 Arbeitern, sollten stillgelegt werden.

Nach Bekanntwerden der Pläne am 6.4.1972 rechtfertigte ein von der IG Chemie geforderter paritätisch besetzter Gutachterausschuß die Konzernmaßnahmen! Daraufhin besetzten die Kollegen in Breda, am 18.9.1972, und bei Bemberg, am 19.9.1972, die Werke und erreichten am 21.9.1972 die Zusage der Konzernleitung, *„diese Maßnahmen vollständig zurückzunehmen."*

Diesmal „...keine Alternativen!"

„Von den Bemberg-Arbeitern lernen" war ein Artikel im ARBEITERKAMPF 35 (Nov. 1973) überschrieben. Diese Devise haben sich Kapitalisten und Gewerkschaftsführer hinter die Ohren geschrieben. Als die Konzernleitung diesmal ihr Programm vorlegte, tat sie dies *„nach sechsmonatiger Vorbereitungszeit"* in Form einer *„Studie mit Vorschlägen zur Behebung der Schwierigkeiten im Konzern".* Trotz der schönen Worte heißt das Entlassung von fast 3.000 Arbeitern in den nächsten zwei Jahren, von fast ebensoviel Verwaltungsangestellten, Stillegung von Werken in Waldniel bei Mönchengladbach und Zwijnaarde in Belgien, Einschränkungen in diversen anderen Betrieben.

Für diese Maßnahmen gibt es nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Dr. Zempelin *„keine Alternative"*, ebenso wie für das angestrebte Ziel: Kosteneinsparungen von 300 Millionen DM pro Jahr! Obwohl der „Personalabbau" ohne Massenentlassungen und *„möglichst ohne soziale Härten"* verwirklicht werden soll, wird er *„wahrscheinlich nicht ganz ohne Entlassungen zu erreichen sein".*

Um dem ganzen einen offziellen Rahmen zu geben, wurde diese „Studie" dem AKZO-Enka-Glanzstoff-Weltrat der Internationalen Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF) vorgelegt, in dem nach dem selbständigen Kampf der Kollegen 1972 die Gewerkschaftsvertreter aller 100 AKZO-Betriebe aus 40 Ländern vertreten sind. Diese internationale Kommission trat am 7.10.1975 zusammen und lehnte die Entlassungen ab, weil der Konzern

- keine Investitionsplanung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze betrieben habe;
- Sparmaßnahmen nur im personellen Bereich vorgesehen habe;
- einen unakzeptablen Bericht der Unternehmensberatungsgesellschaft Mc Kinsey als Ausgangsmaterial zugrundegelegt habe.

Die IG Chemie „Gewerkschaftspost" meinte dazu: *„Die Gewerkschaften aus diesen drei* (betroffenen) *Ländern haben mit großem Erstaunen das Ausmaß dieser weitreichenden Pläne zur Kenntnis genommen..."*

„Erstaunen" sichert den von Entlassung bedrohten Kollegen allerdings den Arbeitsplatz nicht. Doch was sollten die Arbeiter von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern auch mehr erwarten? Unterschrieben sie doch bereits 1972 die „Strukturmaßnahmen" der Kapitalisten und stimmten damit faktisch für den Rauswurf von 5.000 Kollegen. ●

Chemiekomitee/
KB Gruppe Hamburg



1972: 2.000 Bemberg-Arbeiter demonstrierten gegen den Beschluß der zum multinationalen AKZO-Konzern gehörenden Glanzstoff AG, den Wuppertaler Chemiefaser-Betrieb stillzulegen

Betriebs – schließung bei Ashland

Eine neue Note des chaotischen Kapitalismus zeigt die gesundgestoßene Pleite der Ashland-Rußfabrik in Speyer. In diesem makabren Kabinettstück, wobei 100 Kollegen (Arbeiter und Angestellte) auf die Straße geworfen werden, trägt der US-Konzern Ashland die volle Verantwortung. Vier Jahre lief die Anlage erst, bei der Eröffnung als „modernste Rußfabrik Europas" gefeiert. Jetzt wurde sie wegen angeblicher Verluste zum 30.9. geschlossen.

Die Rußfabrik war 1971 mit 30 Millionen DM (wieviel davon wohl subventionierte Steuergelder waren?) errichtet worden und ging mit 25.000 Jahrestonnen in die Produktion. Bis zuletzt wurde investiert und die Belegschaft in dem Glauben eines langen Betriebslebens gelassen. Vor kurzem war gerade eine neue Anlage in Betrieb genommen worden. Über Nacht wurde dann das Werk dichtgemacht.

Das sind die Methoden des Kapitalismus. Der IG-Chemie Funktionär Hennen dazu: *„Meine Gewerkschaft wird sich überlegen, ob sie rechtliche Schritte gegen den multinationalen Konzern einleitet."*

Mit dieser „Hilfe" der Gewerkschaftsführer können die Kollegen nichts anfangen, sie liegen bereits auf der Straße. ●

Hoechst Zelle
KB/ Gruppe Hamburg

Rationalisierungswelle in der Mineralölindustrie

Die Ölkonzerne Texaco und BP holen erstmals zu einem großen Rationalisierungsschlag gegen die Verwaltungs- und Vertriebsangestellten aus. Während in der Vergangenheit ständige Freisetzungen von Arbeitern durch Rationalisierungsinvestitionen im Produktionsbereich an der Tagesordnung waren, galten Verwaltung und Vertrieb als immun gegen Massenentlassungen!

Die Kapitalisten stießen in den Raffinerien zwischenzeitlich auf bestimmte Grenzen. Weniger als eine zentrale Meßwarte zum Fahren einer Raffinerie ist eben schlecht möglich. Deshalb konzentrieren sich die Rationalisierungen zunehmend auf den Angestelltensektor, der mit steigenden Produktionsziffern und Umsätzen eher angewachsen war.

Die Politik der gezielten Warenverknappung auf dem Energiesektor hat mit dazu beigetragen, daß die Monopolstellung der Ölkapitalisten einen Stand erreicht hat, der im Vertriebsbereich beispielsweise Verkäufer im herkömmlichen Sinn überflüssig macht. Die Kunden, Zwischenhändler und Direktverbraucher stehen Schlange, um Waren zu erhalten. Das Geschäft kann von einigen Warenverteilern per Telefon abgewickelt werden.

Die Texaco hat außerdem vor, einen Teil ihrer Kunden an vertragsgebundene Händler abzugeben. Bei gleichzeitiger Erhaltung des Profits aus diesem Geschäft – die Händler werden entsprechend höher beliefert – baut die Texaco den Vertriebs- und Verwaltungsbereich dadurch drastisch ab, daß sie anstatt 1000 Kleinkunden nur noch einen mittelständischen Händler beliefert. Gleichzeitig sichert sie sich über Knebelungsverträge zusätzlich eine fast totale Abhängigkeit dieser Kleinkapitalisten, die teilweise nebenbei noch eine Weiterverarbeitung u.ä. betreiben. De facto erfolgt eine Kapitalakkumulation, ohne daß die Monopolisten als Eigentümer auftreten.

Über diese Maßnahme hinaus ergibt sich ein Rationalisierungseffekt durch Zusammenlegung von bisher getrennt durchgeführten Aufgaben. Der bisherige Verkäufer ist zugleich Finanzaufseher bei den Kunden, Investitionsüberwacher, Jurist etc. D.h. der Arbeitsdruck bei den verbleibenden Kollegen wird rapide ansteigen.

Insgesamt führt diese Entwicklung im kaufmännischen Bereich dazu, nur noch einen kleinen Teil hochgezüchteter, bestens ausgebildeter Leute zu beschäftigen, die durch Bezahlung und Versprechungen zu einer vollen Identifizierung mit den kapitalistischen Zielen erzogen werden. (Soweit sie dies nicht schon während des Betriebs- oder Volkswirtschaftsstudiums kapiert haben).

Andererseits wird durch die fortschreitende Automatisierung der größere Teil zu Handlangern der elektronischen Datenverarbeitung degradiert. Diese Entwicklung wird auch Folgen für die tarifliche Eingruppierung haben.

Dies ist von der Texaco in einer zweiten Stufe geplant. Es läuft bereits jetzt eine Studie, deren Ergebnisse nach Abschluß der Vertriebsrationalisierung realisiert werden sollen. Inhalt ist die Einführung u.a. von Datenlesegeräten, die direkt an den Computer angschlossen werden, so daß statistische Auswertungen u.ä. fortfallen und das gesamte Rechnungswesen personell verringert werden kann.

Ähnlich bei BP. Dort haben die Kapitalisten schon vor einem Monat offiziell die Zustimmung des Betriebsrates zu einer pauschalen Streichung von 10% aller Arbeitsplätze in der Verwaltung gefordert.

Die Ölkapitalisten nutzen die Krisenpolitik

Die Verunsicherung vieler Kollegen durch die geamte Krisenpolitik nutzen die Ölkapitalisten, um über den eben beschriebenen und seit längerem geplanten Rahmen hinaus weitere Rationalisierungen einzuleiten. Insgesamt wird bei der Texaco z.B. zu folgenden Schlägen ausgeholt:

- Der Vertriebsbereich soll um 250 Kollegen reduziert werden.
- Die Läger werden überprüft, einige sollen geschlossen werden.
- Der gesamte Verwaltungsbereich soll durchgekämmt werden.
- Im Labor Wilhelmsburg wird die Forschung eingestellt, die bisher rund 30% der Beschäftigung ausmachte (ca. 50 Kollegen werden „überflüssig"). Der übrige Laborbereich wird ebenfalls „sinnvoll" reduziert.
- Im Kraftwerk Bismarck (bei Gelsenkirchen) steht im Halbjahr 1976 ein zweiter Entlassungsschub an (über 40 Kollegen). 50 Kollegen wurden bereits 1975 entlassen.
- In der Raffinerie Heide verlieren etwa 150 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Hier wendet die Texaco eine berühmte Taktik an. Die Raffinerie wurde – angeblich wegen fehlender Aufträge – weit unter ihre Kapazitätsauslastung zurückgefahren. Die geringe Auslastung dient jetzt als formaler Grund, um Entlassungen vorzunehmen. Die volle Auslastung wird nach Beendigung wie das Amen in der Kirche kommen und geht dann auf die Knochen der verbliebenen Kollegen.

Die Mineralölindustrie liefert ein Beispiel dafür, daß auch Kapitalisten, die von Konjunkturen unbehelligt ihre Profitrate steigern konnten, sich die Krisenpolitik zu Nutze machen, um unter dem Deckmantel der „allgemeinen wirtschaftlichen Lage" zum Großangriff auf die Existenz der Kollegen zu blasen.

Die Rationalisierungen werden nicht nur genutzt, um die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten zu steigern, sondern dienen darüber hinaus einer Selektierung „unangenehmer" Kollegen. Die Geschäftsleitung der Texaco wies darauf hin, daß „selbstverständlich" nur die noch eine Chance hätten weiterzuarbeiten, die den „qualifizierten Ansprüchen" gerecht würden. Wegfallen sollen die im Arbeitsprozeß am meisten verschlissenen Kollegen und solche, die der Unterdrückung Widerstand geleistet haben.

Lohnstop gefordert

Am 30.September liefen die Tarifverträge in der Mineralölindustrie aus. Die Unterhändler der Ölkonzerne Texaco, Shell, Esso, und BP appellierten einheitlich an die „Vernunft der Tarifpartner" (Verhandlungsführer ist jeweils die IG Chemie) und boten einen 12-monatigen Lohnstop an.

Die Gewerkschaftsführer folgten dem Appell und setzten ihre Kraft ein, um die Tarifrunde zu verzögern – nach einem Monat Verhandlungsrunden (!) wurde bei der Texaco noch immer nicht von Prozenten gesprochen.

(Über die Taktik der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer in dieser Tarifrunde berichten wir im nächsten AK.) ●

Betriebszelle Texaco
KB / Gruppe Hamburg

Erfolgreicher Streik bei Mailänder

Vom 10. bis 16. September streikten 150 Kollegen der Bietigheimer Druckmaschinenfabrik erfolgreich gegen die Lohnkürzung von 250 Arbeitern. Was war vorausgegangen?

Kapitalist Mailänder hatte sich bereits im Frühjahr geweigert, die tarifliche 6,8% Lohn- und Gehaltserhöhung auszuzahlen. Sie wurde auf die übertarifliche Zulage angerechnet. Schon damals streikten die Kollegen, gaben allerdings auf, ohne etwas erreicht zu haben. Im Juni verlangte Mailänder vom Betriebsrat Zustimmung zum Tarifvertragsbruch: Die Kollegen sollten zwei Jahre weder Urlaub noch Urlaubsgeld bekommen. Außerdem sollte während einer Kurzarbeitsphase Ferien gemacht werden: der Urlaub wäre dann aus der Kurzarbeiterkasse bezahlt worden. Die Kollegen lehnten entschieden ab.

Am 6. Juli demonstrierten die Kollegen mit etwa 450 Metall-Kollegen von Betrieben aus Ludwigsburg gegen die Kapitalistenangriffe.

„Zur Strafe" zahlte Mailänder ab 1. August keine übertariflichen Zulagen mehr, die bei Mailänder sehr hoch sind: 1973 wurde der Akkordlohn auf Zeitlohn umgestellt, wobei Udo Mailänder öffentlich „versprach", der Stundenlohn werde dem Akkordverdienst entsprechen. Der Betriebsrat hatte damals keine Betriebsvereinbarung darüber abgeschlossen. Bei der letzten Lohnauszahlung am 10.9. bekamen die Kollegen dafür die Rechnung präsentiert: bis zu DM 350,– weniger in der Lohntüte!

Von diesem Vorhaben hatte sich Mailänder weder durch 4.000 Unterschriften, noch durch eine Protestkundgebung der IG Metall, Protesterklärungen vieler Vertrauenskörper und der SPD abhalten lassen. Vielmehr äußerte er noch am 5.9.: *„Ich will den Krieg, den Kampf. Diesen Krieg werde ich durchführen. Ob sich mir da die IG Metall, der Betriebsrat oder die Belegschaft in den Weg stellt – ich walze sie alle nieder"* („Metall", 23.9.75).

Die IG Metall wagte allerdings erst nach einer geheimen Fragebogenaktion, an der sich 90% der Kollegen beteiligten und sich 98,3% der Arbeiter und 65% der Angestellten (sie sind von diesen Maßnahmen kaum betroffen, da sie sowieso nur nach Tarif bezahlt werden) für Widerstand aussprachen, sich mit evtl. Kampfmaßnahmen anzufreunden.

Am 10. September um 13 Uhr traten 150 Kollegen in den Streik. Auch diesmal standen die Kollegen in ihrem Kampf nicht allein: Schon morgens kamen regelmäßig bis zu 100 Kollegen und Vertrauensleute aus anderen Ludwigsburger Betrieben, ebenso Solidaritätstelegramme, Geldspenden usw.

Am 15.9. auf einer Betriebsversammlung nahm Mailänder den Lohnraub zurück: Die Streichung der übertariflichen Zulage wird zurückgenommen und 3% (wenig genug) des 6,8%-Abschlusses sollen gezahlt werden. An mündliche „Versprechen" Mailänders zur Genüge gewöhnt, erklärten die Kollegen, daß sie solange weiterstreiken, bis in einer Betriebsvereinbarung diese Zusicherungen festgelegt seien.

Für den nächsten Tag war eine Demonstration geplant. Doch jetzt schaltete sich der Arbeitgeberverband ein,und Mailänder machte die obengenannten Zusagen schriftlich fest (hinzu kommt noch, daß auch 1976 die Tariferhöhung nicht auf die Zulagen angerechnet werden darf.

Damit haben die Kollegen einen guten Erfolg erreicht (trotz Androhung fristloser Entlassung). Durch ihr Kampfbewußtsein und die Solidarität vieler Kollegen aus anderen Betrieben und durch das offensichtlich rechtswidrige Verhalten des Kapitalisten sah sich auch die IG Metall gezwungen, diesen Streik zu unterstützen bzw. in ihrer Presse darüber zu berichten. ●

Kommission zur Streikberichterstattung KB/Gruppe Hamburg



Am 6. Juli demonstrierten ca. 450 Kollegen von Mailänder und anderen Betrieben gegen den geplanten Lohnraub.

Kurzarbeit in der Chemieindustrie

Im größten Chemiebetrieb der BRD, BASF, arbeiten z. Zt. ca. 3200 Kollegen kurz. Bei den im Juni stattgefundenen Gesprächen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat (BR) lehnte dieser die für ca. 5000 Kollegen beantragte Kurzarbeit erst mal ab. Einige Betriebsräte erklärten gegenüber der Presse, es handle sich beim Antrag der Geschäftsleitung um eine *„Sozialisierung der Verluste"*, eine noch größere *„Ausbeutung"* der Arbeitskraft und um *„Mißbrauch der Bundesanstalt für Arbeit durch gewinnsüchtige Unternehmer, die jahrelang gut verdient haben und jetzt die Allgemeinheit zur Kasse bitten wollen"*.

Bei kurz darauffolgenden Anträgen der Geschäftsleitung auf Ausweitung der Kurzarbeit um weitere 4500 Kollegen genehmigte der BR nur 1450.

Diese Haltung des Betriebsrates führte dazu, daß es insgesamt ca. 3200 Kurzarbeiter bei der BASF gibt, weniger als die Hälfte der von der Geschäftsleitung gewünschten Zahl. Diesen werden außerdem 95% des bisherigen Nettogehaltes (normal ist Kurzarbeitergeld 90 %) ausgezahlt , d.h. nach einer Vereinbarung zwischen BR und Geschäftsleitung zahlt BASF jedem Kurzarbeiter den halben Lohnausgleich.

Die „FAZ" machte sich denn auch gleich Sorgen über das *„Zurückweichen der Geschäftsführung"*, da Kurzarbeit zukünftig *„überall dort auf Widerstand stoßen kann, wo politisch aktive Störenfriede sich eine auswertsame Resonanz versprechen oder wo einem Betriebsrat , aus welchen Gründen auch immer, jeder Anlaß willkommen ist, der Betriebsleitung am Zeuge zu flicken."* Der Erfolg der BASF-Arbeiter mache *„politisch engagierten Betriebsräten und vor allem einem Teil der gewerkschaftlichen Vertrauensleute offenbar neuen Mut"*, da sie nun *„den Beweis in der Hand zu haben (glaubten), daß die Unternehmensleitung Anträge leichtfertig und ohne zwingende Notwendigkeit gestellt habe"* („FAZ" 9.8.75).

Anscheinend haben sich zu unserer Freude die Sorgen der „FAZ" – Schreiber schon bewahrheitet: Im Pharmabetrieb Ciba-Geigy (s.a. AK 65) und den „Chemischen Werken Marl-Huels" haben die Betriebsräte Kurzarbeitanträge aus gleichem Grund abgelehnt. („FAZ", 9.8.75).

Hoechst: 21.000 Kurzarbeiter

Das genaue Gegenteil ist der Hoechst-Konzern. Hier gibt es 21.000 Kurzarbeiter zu den „normalen" tariflichen Bedingungen: nur 90%iger Lohnausgleich für die ausgefallene Zeit. Allerdings mit Ausnahme; aussertarifliche und leitende Angestellte erhalten bei Kurzarbeit den vollen Lohnausgleich. Obwohl diese Tatsache den Hoechster Betriebsräten bekannt war, stimmten sie uneingeschränkt der Kurzarbeit zu. Sie besaßen sogar die Frechheit, wie im Werk Hamburg, als linke Kollegen den vollen Lohnausgleich für alle kurzarbeitenden Kollegen forderten, diesen mit der Begründung, vollen Lohnausgleich lasse das Gesetz nicht zu, abzulehnen.

Daß auch in der Chemieindustrie die Kurzarbeit nur der Rationalisierung dient und nicht der Abwendung einer „Krise", machen die Hoechster Investitionspläne deutlich: für 1976 sind Investitionen in Höhe von 1,2 Mrd. DM vorgesehen, davon allein in der BRD 700 Mio..Vorzugsweise soll das Geld für „Rationalisierungsinvestitionen" verwendet werden . . .

Eine Tatsache, über die die Hoechster Betriebsräte natürlich auch nicht gestolpert sind. ●

Hoechst-Zelle KB/Gruppe Hamburg

Siemens Gladbeck:

Erfolgreich Betriebsrätewahlen angefochten !

„Ich will den Krieg, den Kampf. Diesen Krieg werde ich durchführen. Ob sich mir da die IG Metall, der Betriebsrat oder die Belegschaft in den

ebenso Solidaritätstelegramme, Geldspenden usw.

Am 15.9. auf einer Betriebsversammlung nahm Mailänder den

Kommission zur Streikberichterstattung KB/Gruppe Hamburg

Siemens Gladbeck:

Erfolgreich Betriebsrätewahlen angefochten !

Am 9.7.75 fällte das Arbeitsgericht Gelsenkirchen folgendes Urteil: *„Die BR-Wahlen 1975 in der Arbeitergruppe bei Siemens in Gladbeck werden für ungültig erklärt ... Es ging um das Verhalten von Bernhard Jäckel bei den Briefwahlen. Sein Verhalten als Betriebsratskandidat hat bewirkt, daß verschiedene Kolleginnen sowie der Zeuge Lipps nicht frei und geheim gewählt haben ....."*
Dieses Urteil ist ein vorläufiger Sieg fortschrittlicher Kollegen gegen die Wahlmauscheleien der rechten IGM-Betriebsräte und fand bei der Kollegenschaft großen Anklang.

Die IGM-Ortsleitung hatte nach dem ersten Verhandlungstermin ein Flugblatt verteilt, in dem sie versuchte, die oppositionellen Kollegen als Lügner abzustempeln. Diese wandten sich daraufhin mit einem „Offenen Brief" an ihre Kollegen und wiesen die Behauptungen der IGM-Ortsleitung zurück.

Beim zweiten Verhandlungstermin waren einige weitere Kollegen bereit, vor Gericht über die Wahlfälschungen auszusagen. So kam z.B. raus, daß Jäckel vorwiegend ausländische Kolleginnen beschwatzt hatte, die dann in seinem Beisein die Wahlunterlagen ausfüllten. Diese steckte er dann gleich in seine Tasche. Durch die Zeugenaussagen wurde die Pöstchenjägerei entlarvt und daß sich die BR-Fürsten einen Dreck um die Interessen der Kollegen kümmern.

Die rechte BR-Mehrheit hat beim Landesarbeitsgericht Beschwerde eingelegt. Gleichzeitig versucht sie durch Einsetzung des alten Wahlvorstandes und mit Hilfe ihrer Mehrheit unter den eingesetzten Vertrauensleuten eine Kandidatur der fortschrittlichen Kollegen bei der neuen Wahl zu verhindern.

Deren Forderungen lauten dagegen:

- Durchführung einer Betriebsversammlung mit Offenlegung aller Fakten.
- Einsetzung eines neutralen Wahlvorstandes aus Kollegen, die nicht kandidieren.
- Aufstellung einer betrieblichen Einheitsliste in alphabetischer Reihenfolge.
- Aushang der Kandidatenliste mit Bildern und persönlichen Daten.

Es wäre ein weiterer Erfolg, wenn die rechten Betriebsräte bei der Neuwahl die Quittung für ihr Verhalten bekämen. ●

Siemens-Zelle KB / Gruppe Hamburg

Streikberichte

3.9.75: Bohrunternehmen Göttker, Celle
Im Juni wurden bei Göttker die Löhne einbehalten, wegen „momentaner Geldschwierigkeiten und zur Erhaltung der 250 Arbeitsplätze". Bereits am 25. Juli streikten zwei Drittel der Werkstattkollegen für sofortige Auszahlung der Juni-Löhne; der Forderung wurde nach zwei Stunden nachgegeben. Die Kollegen mußten am 3. September wiederum streiken – für die Auszahlung der Juli-Löhne. Diese sollten am 8.9. ausgezahlt werden. Für alle Kollegen stehen noch die August-Löhne aus (nach „KVZ", 11.9.75)

5.9.75: Wilke-Werke, Braunschweig
Weil die Geschäftsleitung trotz guter Auftragslage einen Vergleichsantrag gestellt und Löhne und Gehälter nur zum Teil ausgezahlt hatte, zogen 500 der 600 Arbeiter und Angestellten der Wilke-Werke durch die Straßen zum Rathaus, wo gerade über eine Kreditbürgschaft für Wilke verhandelt wurde. Sie demonstrierten für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Inzwischen sind Löhne und Gehälter ausgezahlt. (nach „KVZ", 11.9.75)

5.9.75: Graubremse, Heidelberg
Eineinhalb Stunden nach der Mittagspause streikten die Kollegen mehrerer Abteilungen am 5. September gegen Abbau des Fahrgeldzuschusses, Kürzung der Nachtschichtzulage und Erhöhung des Essensgeldes. (nach „KVZ", 11.9.75)

Neusser Eisenbau Bleichert KG
Gegen die Produktionseinstellung ab Oktober und 221 Entlassungen protestierten die Kollegen in Neuss mit einem zweistündigen Warnstreik. Die Schließung des Betriebes konnte damit – natürlich – nicht verhindert werden, für die Kollegen wurde ein Sozialplan ausgehandelt. (nach „Metall", 9.9.75)

10.9.75: Witten-Annen (Rheinstahl), Witten
Kollegen aus zwei Abteilungen legten für zwei Stunden die Arbeit nieder und forderten Auskunft über geplante Rationalisierungsmaßnahmen. (nach „KVZ", 18.9.75)

Hammerwerk Hagen-Haspe, Hagen
Nach zwei Tagen Streik mußte die Geschäftsleitung des Werkes am 12.9. der Zahlung einer betrieblichen Zulage zustimmen (nach „KVZ", 18.9.75).

15.9.75: Maschinenfabrik Jagenberg, Düsseldorf
Obwohl ca. 600 Kollegen bei Jagenberg seit dem 1. Juli kurzarbeiten, teilte die Geschäftsleitung dem Betriebsrat mit, daß die Kurzarbeit noch verlängert werde. Daraufhin streikten die Kollegen am 15. September für eineinhalb Stunden, um damit ihre Forderung nach einer Ausgleichszahlung für Kurzarbeit zu bekräftigen. (nach „KVZ", 25.9.75)



Essener Eisenwerke
Um gegen den angekündigten Abbau sozialer Leistungen und für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren, zog die Belegschaft in einem Demonstrationszug am 24.9. zur Betriebsversammlung nach Altenessen. In diesem Werk wurde die Belegschaft seit 1969 von ca. 1.200 auf jetzt 390 abgebaut. Weitere Kündigungen sind ausgesprochen und geplant und sollen als Druckmittel gegen die Kollegen dienen. Die Kapitalisten hofften, daß die Kollegen aus Angst um den Arbeitsplatz sich nicht gegen den geplanten Abbau der Sozialleistungen wehren. (nach „Die Tat", 4.10.75)

2.10.75: BASF, Ludwigshafen
Gegen ihre angekündigten Entlassungen demonstrierten am Donnerstag, 2.10., 70 BASF-Arbeiterinnen. „Sie zogen in einer Demonstration zum BASF-Feierabendhaus und überbrachten den dort versammelten über 1.000 Vertrauensleuten eine Resolution, die die Erhaltung von 250 Arbeitsplätzen fordert, die durch eine Betriebsverlagerung abgebaut werden sollen." („KVZ", 9.10.75)

3.10.75: Zahnradfabrik Velbert
250 Kollegen der Zahnradfabrik streikten am Freitag, den 3.10. gegen die Ankündigung der Geschäftsleitung, die innerbetrieblich gezahlte „Treueprämie" zu streichen. Nach zweistündiger Diskussion wurde die Zahlung zugesagt. (nach „KVZ", 9.10.75)

3.10.75: Bauknecht, Gevelsberg
Am Freitag, den 3.10.75 streikten 100 Kollegen der Spülmaschinenabteilung von Bauknecht gegen die Streichung der „Treueprämie" (nach „KVZ", 9.10.75) ●

Kommission zur Streikberichterstattung KB/Gruppe Hamburg

Kurzarbeit und Massenentlassungen bei Siemens!

Wie in AK 65 zu lesen, hat Siemens in Hamburg 14 Kolleginnen und Kollegen wegen „Arbeitsmangel" entlassen, darunter als einzige westdeutsche Kollegin eine Vertrauensfrau. Noch einige Fakten über andere Siemens-Zweigwerke:

Augsburg:
Hier arbeiten seit Mai 75 ca. 700 der 3.320 Kollegen kurz (vier Tage in der Woche wird gearbeitet). Ab Mitte Oktober soll die Zahl auf 1.700 Kurzarbeiter ansteigen.

„.... beim Arbeitsamt wurde vorsorglich Kurzarbeit für zwölf Monate angemeldet, die mit Sicherheit sechs Monate dauern werde. Von ihr sind sämtliche Fertigungsbereiche mit Ausnahme des Rellaissektors, sowie Angestellte in der Verwaltung betroffen. Auch wenn laut Werksangaben die Aufträge und Auslastung derzeit ,stimmen', hält die Firma an der Verlegung dieses Teilbereiches nach Berlin fest. Bis 1978 will das Siemenswerk Augsburg durch Nichtersetzen freiwerdender Arbeitsplätze und durch Entlassungen zwischen 800 und 950 Arbeitsplätze einsparen" („FR", 2.10.75).

Den „Siemens Mitteilungen" (6/75) kann man allerdings entnehmen, daß die wirtschaftliche Lage im Bereich Datentechnik gar nicht so schlecht ist. Hier will Siemens mit viel weniger Kollegen den gleichen Gewinn aus ihnen herauspressen.

Bruchsal:
Hier will Siemens zwischen 350 und 500 Kollegen entlassen und gleichzeitig die Zweigbetriebe in St. Wendel und St. Ingbert schließen („Handelsblatt", 29.9.75).

Kampf den Massenentlassungen bei Siemens! ●

Betriebszelle Siemens KB/ Gruppe Hamburg

Norddeutsche Affinerie, Hamburg:

Landesarbeitsgericht schränkte Meinungsfreiheit weiter ein

In dem mittlerweile seit 14 Monaten andauernden „Rechtsstreit" des Betriebsrats-Kandidaten und Vertrauensleutekörper-Mitgliedes Gerd N. gegen die Norddeutsche Affinerie (NA) um eine Kündigung liegt nun das Urteil der 2. Instanz (Landesarbeitsgericht) vor.

In dem Urteil wird die Entscheidung der 1. Instanz aufgehoben (die Gerd N. recht gegeben hatte) und die fristgemäße Kündigung für „Recht" erkannt. Gleichzeitig wird eine Berufung vor dem Bundesarbeitsgericht (3. Instanz) abgelehnt, *„weil es sich nicht um eine Rechtssache von grundsätzlicher Bedeutung handelt"* (aus dem Urteil).

Eine Wiederaufnahme des „Rechtsstreits" ist jetzt nur noch möglich, wenn ein anderes Urteil des Bundesarbeitsgerichts diesem widerspricht.

In der Begründung eines gewissen Dr. Olderog (Vorsitzender Richter) wird praktisch jedem Kollegen verboten, irgendwelche Kritik am Unternehmer in mündlicher oder schriftlicher Form vorzubringen. Olderog stützt sich dabei auf Urteile des Bundesarbeitsgerichts aus den Jahren 1952-1956, also zur Zeit des KPD-Verbots, in der verschärft Genossen aus den Betrieben entfernt wurden.

Reaktionäre Richter kramen in alten Urteilen

Im Mittelpunkt des Urteils steht die „Störung des Betriebsfriedens". Alles andere ist für die Entscheidung untergeordnet.

1.) Der Richter versucht nachzuweisen, daß Gerd N. durch eine persönliche Erklärung, in der er zu seinem geplanten Ausschluß aus dem Vertrauensleutekörper Stellung nahm, den Betriebsfrieden erheblich gestört habe:

„Als Maßstab für die Gefährdung des Betriebsfriedens kommt es in diesem Sinne nicht nur auf die Einstellung der Arbeitnehmerschaft (Kollegen) an, sondern ebenso auch auf die Anschauung des Arbeitgebers, da dieser genauso zum Betrieb gehört wie die Arbeitnehmer! (Bundesarbeitsgericht, 3. Dez. 1954)".

Danach ist schon eine „Störung
richt, 3. Dez. 1954)". ...

Danach ist schon eine „Störung des Betriebsfriedens", wenn der Unternehmer sich in seiner Profitruhe gestört fühlt (!!).

2.) wird dem Kollegen N. vom Richter vorgeworfen, daß er die notwendige Vertrauensbasis zwischen Kapitalisten und Betriebsrat (BR) dadurch gestört habe, daß er die Arbeit des Betriebsrates kritisierte. (Gerd N. hatte klargelegt, daß der BR bei einer Betriebsvereinbarung über eine neue Bewertungsmethode (Persönlichkeitsbewertung) mit den Affi-Kapitalisten zusammenarbeitete. Diese Bewertungsmethode trägt durch ihren erpresserischen Charakter wesentlich zur Spaltung der Belegschaft bei. Außerdem hatte der Betriebsrat der fristlosen Kündigung eines für die Geschäftsleitung unbequemen Jugendvertreters seine Zustimmung gegeben.

Das Gericht meint dazu: *„In diesen Vorwürfen (!) liegt insgesamt ein Angriff auf die für die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber notwendige Vertrauensbasis."*

Wie Gerd N. die „Vertrauensbasis" zwischen Kapitalist und BR gestört hat, wo er doch gerade die für seine Kollegen schädlichen Folgen dieser Zusammenarbeit aufgezeigt hatte, haben die Richter wohl in den Sternen ausgeguckt.

3.) werden alle Veröffentlichungen, die vor der NA seit 1974 an Kollegen verteilt worden sind, zur Untermauerung der „Störung vom Betriebsfrieden" durch Gerd N., herangezogen: *„Das gilt umso mehr, als der Kläger* (Kollege N.!) *mit seiner Schrift vom 4. Aug. 74 diese Vorwürfe nicht erstmals in den Betrieb hineintrug, sondern gleichartige Vorwürfe bereits an die Arbeitnehmer des Betriebes herangetragen wurden: vergl. hierzu ..."* Nun folgen in genauer Aufzählung sechs verschiedene Flugblätter und Betriebszeitungen vom KBW, der KPD/ML und dem KB. Weiter heißt es im Urteil *„Es soll dem Kläger (Kollege N!) nicht vorgeworfen werden, daß er diese Artikel verfaßt oder veranlaßt hätte. Er hat sich aber die Beschuldigungen dieser Publikationsorgane zu eigen gemacht, indem er sie mit seinem Schreiben vom 4. Aug. (Persönliche Erklärung) ergänzte und als Arbeitnehmer aus dem Betrieb heraus versuchte, diese Gegensätze zu verschärfen. Das Schreiben des Klägers vom 4. Aug. 74 findet sich dann auch abgedruckt in der Arbeiterstimme Nr. 17 vom August 74 (Betriebszeitung des KB) auf Seite 5."*

(Alle Zitate vom Urteil des Landesarbeitsgerichts).

Zweifellos handelt es sich hier um eine weitere Verschärfung der Arbeitsgerichtsurteile gegen die Kollegen. Die Paragraphenhengste der Bourgeoisie graben nicht zufällig gerade heute wieder Urteile aus der Kalten-Krieger-Zeit der Adenauer und Co. aus. Die Entwicklung Anfang der fünfziger Jahre ist sowohl von der

Co. aus. Die Entwicklung Anfang der

fünfziger Jahre ist sowohl von der ökonomischen als auch politischen Situation kaum mit heute zu vergleichen. Allerdings galt auch schon damals, daß vermehrter Antikommunismus, sich häufende politische Entlassungen, Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse nur die Vorbereitung der Illegalisierung der politischen Organisation der Arbeiterklasse waren. In dieser Entwicklung ist das gegen den fortschrittlichen Kollegen Gerd N. ausgesprochene Urteil zu sehen. ●

Affi-Zelle und Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

Auch in der Bundeswehr wird gespart:

Da brüllt der Spieß wie am Spieß

Am Dienstag, dem 16.9.75 mußte unsere Kompanie schon in aller Herrgottsfrühe vor das Gebäude raustreten, denn der Spieß wollte ein Rundschreiben des Verteidigungsministers verlesen.

„Die Soldaten, vor allem die Zeitsoldaten, müßten doch besonders von der Sorge um die Staatsfinanzen getragen sein", so hieß es da. Deshalb werde das Bundesverteidigungsministerium einige Bezüge für Zeit- und Berufssoldaten kürzen.

So darf der Spieß, der nächstes Jahr entlassen worden wäre, ein Jahr länger dienen. Die Verpflichtungsprämien und Übergangshilfen werden drastisch gekürzt:

So entfällt für Soldaten, die sich auf 2 Jahre verpflichtet haben (Z2) die Verpflichtungsprämie von DM 1.000. Die Prämie für vierjährige Verpflichtung sinkt von DM 5.000 auf DM 3.000; die Prämie für achtjährige Verpflichtung und mehr von DM 7.000 auf DM 5.000.

Weiterhin erhalten die „Z 2" ihre vollen Dienstbezüge erst vom siebten Monat an!

Betrugen die Übergangshilfen, die man nach Ausscheiden aus der Bundeswehr bekam, ungefähr das 7 – 14fache der Dienstbezüge, so werden diese jetzt durchschnittlich um ca. 50 % gekürzt. So erhält z. B. unser Spieß, der jetzt entlassen worden wäre, anstatt DM 85.000 „nur noch" DM 40.000, weiterhin hat er ein Jahr länger Dienst. Als diese Zahlen bekannt gegeben wurden, war die Freude bei den wehrpflichtigen Kameraden unverhohlen groß; denn alles, was den Zeitsoldaten schadet, erfreut prinzipiell den normalen Soldaten. Doch diese neue Bestimmung kann sicher nicht als ein Akt angesehen werden, der die arbeiterfeindliche, aggressive Bundeswehr auch nur im geringsten schwächt. Denn zum einen wurden die Dienstzeiten für Berufssoldaten bei gleichzeitiger Senkung der Bezüge verlängert; so daß die Bundeswehr also mit weniger Personalausgaben mehr Berufssoldaten hat. Wer weiterhin glaubt, daß nun weniger Leute als Zeitsoldaten zur Bundeswehr gehen würden, kann sich schon widerlegt sehen. Denn die katastrophalen Zustände durch Jugendarbeitslosigkeit und Studienbeschränkungen haben einen regelrechten Boom von Offiziersanwärtern oder Uffzen geschaffen. So verpflichten sich viele arbeitslose Jugendliche einfach deshalb, weil sie mit DM 250 Sozialhilfe nicht über die Runden kommen; die Bundeswehr erscheint ihnen dann, auch wenn die Bezüge gekürzt worden sind, immer noch als finanzielle Notlösung. Durch diesen Erlaß wird die Bundeswehr also keine Einbuße in der Einstellung von Zeitsoldaten haben, ganz im Gegenteil wird sie durch die Dienstverlängerung um 1 Jahr für Berufssoldaten noch mehr Berufssoldaten besitzen als bislang. Insofern wurde also keine schon so oft geforderte Einschränkung des Kriegshaushaltes durchgeführt; denn die Bundeswehr wird im „Verteidigungs"-haushalt mehr Gelder für Kriegsmaterial erhalten bei gleichzeitiger Erhöhung der Personalstärke.

Nun, die SPD-Regierung scheint wieder ein bisserl Sympathie geschunden zu haben, indem sie durch scheinbare Einsparungen die Schlagkraft der imperialistischen Armee erhöht hat.

Die pazifistischen Hanseln, die geglaubt hatten, daß sich die Sparpolitik eines kapitalistischen Systems auch im Sinne der Arbeiterklasse positiv auf die Kapitalistenarmee niederschlägt, dürfen nun wieder weiter nach so einem Beispiel in der Geschichte kramen. ●

Soldatengruppe
Gruppe Nürnberger Kommunisten

CDU-Plan:

„Wehrausgleichsabgabe"

In einer Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestags-Fraktion wird gegenwärtig ein Plan vorlagereif gemacht, wonach in Zukunft von denjenigen jungen Menschen, die nicht zur Bundeswehr eingezogen oder in einem „Ersatzdienst" eingesetzt werden, eine sogenannte „Wehrausgleichsabgabe" zu bezahlen ist. *„Im Durchschnitt bedeutet eine solche Abgabe eine Belastung von etwa 10.000 Mark* (!)" (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.10.75).

Den Unionsstrategen geht es bei ihrer Gesetzesinitiative keineswegs nur, ja, nicht einmal in erster Linie, darum, mehr Geld in die Kasse des Staates zu bekommen, sondern sie wollen *„politische Gefahren"* abwehren, die die *„Wehrungerechtigkeit ... in sich berge. Angesichts ungleich verteilter Belastungen durch den Wehrdienst fürchten sie eine sich ausbreitende Verdrossenheit der jungen Generation gegenüber dem ‚demokratischen System'* " („FAZ", ebenda).

So ist es auch nur folgerichtig, daß die „Verteidigungs"-Experten der Union ihre Forderung nach Einführung einer „Wehrausgleichsabgabe" koppeln mit Vorschlägen *„zur Neuordnung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer und die Forderung nach Erhöhung der Zahl der Zivildienstplätze"* („FAZ", ebenda).

Gegen die Gesetzesinitiative der Regierungskoalition von SPD/FDP zur „Aussetzung des Prüfungsverfahrens" (bei Kriegsdienstverweigerern) beharren CDU/CSU auf der Beibehaltung des „Prüfungsverfahrens" – dieses soll lediglich *„verbessert"* werden („FAZ", ebenda).

Hinsichtlich der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für Ersatzdienstleistende haben sich die CDU-Reaktionäre noch einen besonderen Hammer einfallen lassen: Die von ihnen geforderte „Wehrausgleichsabgabe" soll *„zweckgebunden, etwa zur Verbesserung der Zivilverteidigung* (!) *und des Katastrophenschutzes* (!)" verwandt werden (lt. „FAZ", ebenda). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



„Häuserkampf" in einer Kaserne der Bundeswehr in Ellwangen (an der Jahst). Ein weiteres Beispiel dafür, wie in den westdeutschen Streitkräften Einheiten zum Einsatz „im Innern" trainiert werden . . .

Bundesbahn bereitet sich auf verstärkte Truppentransporte vor

„Die Bundeswehr und die stationierten Streitkräfte zählen zu den Großkunden der DB".
„Die Bundeswehr muß ihren beachtlichen Marktanteil am Militärverkehr sichern und ausbauen."
„Ein unentbehrliches Transportmittel für die Versorgung und den Transport von Truppen" („Mitteilungen" der Bundesbahn, 7/75).

War für den deutschen Imperialismus schon in den beiden Weltkriegen die Bahn das Haupttransportmittel, um Soldaten und Material an die Front zu karren, so werden bereits jetzt wieder jährlich über 400 Mio. DM Frachtkosten für Kriegsmaterialien von der Bundeswehr an die DB bezahlt.

In besagten „Mitteilungen" heißt es dazu: *„in den letzten Jahren* (haben sich) *sehr gute und vertrauensvolle Kontakte zu den zentralen Stellen der Bundeswehr entwickelt".* Gleichzeitig werden jetzt sogar die kleinen örtlichen Dienststellenleiter dazu aufgefordert, mit den örtlichen Militärstellen ebensolche „vertrauensvolle Kontakte" aufzubauen:

„Hemmungen, militärische Dienststellen zu besuchen, sind unbegründet und fehl am Platze" („Mitteilungen DB", 7/75).

Auch die „Deutsche Bundesbahn" ist in die Militarisierung miteinbezogen. ●

Bezirksgruppe West
KB/Gruppe Frankfurt

Westberlin:

Besoffener Kommissar „verhaftet" 17-jährigen Lehrling

Am Montagabend, dem 6.10.75, kam es in Tegel zu folgendem Zwischenfall:

Der Lehrling H.Sch. führte in ei-
fall:

Der Lehrling H.Sch. führte in einer Telefonzelle ein Gespräch, als ein Besoffener ankam und ebenfalls telefonieren wollte. Der 17-jährige hielt die Tür von innen zu und öffnete sie erst, als er sein Gespräch beendet hatte. Daraufhin gab sich der Besoffene als Kriminalkommissar (!) zu erkennen, erklärte Sch. für verhaftet (!!!) und forderte ihn auf, zum nächsten Revier mitzukommen.

„Auf dem Weg dorthin fiel dem Beamten zweimal die Brille auf den Erdboden, die von dem Jugendlichen aufgehoben wurde (!). Dabei kam es zu einem Gerangel, weil der offensichtlich angetrunkene Polizist den Festgenommenen (!) immer wieder in Richtung Polizeirevier stieß. Zur Verwunderung des 17-jährigen ging der Kriminalbeamte jedoch an dem Polizeirevier in der Brunowstraße vorbei (!). Als er ihn darauf aufmerksam machte, kam es vor dem Polizeirevier zu einer Schlägerei zwischen den beiden (!!!)." („TSP", 8.10.75).

Beide (!) wurden festgenommen!

Landespolizeidirektor Börner nahm diesen Vorfall zum Anlaß, für die Bullen im Dienst (!) ein striktes Alkoholverbot zu erlassen, *„da in den letzten Tagen mehrere schwerwiegende (?) Dienstpflichtverletzungen im Zusammenhang mit Alkoholgenuß erhebliches Aufsehen in der Öffentlichkeit verursacht und das Ansehen der Polizei schwer geschädigt haben.* („TSP", 8.10.75).

Wirkt der Vorfall in Tegel auch erst einmal belustigend, so darf man nicht übersehen, daß diese Sache ein Ausdruck der immer öfter vorkommenden selbstherrlichen Übergriffe der Bullen auf die Bevölkerung ist. Zum Glück für den Lehrling war der besoffene Kommissar anscheinend unbewaffnet, denn wie oft ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß Bullen durch wohlgezielten Schuß in den Rücken Unschuldige aus „Notwehr" erschossen haben. ●

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Westberlin

Pharma-Industrie

Super-Profite auch in der Krise

Daß es in der Pharma-Industrie in besonderem Maße Extra-Profite für die Kapitalisten gibt, ist schon lange bekannt und der ARBEITERKAMPF berichtete auch schon häufiger darüber.

Jetzt ist erstmals ein größerer Untersuchungsbericht über die Profitlage der „Pillendreher" erstellt worden, in dem auch die bourgeoisen „Wissenschaftler" des Kieler Instituts für Weltwirtschaft diese Profite nicht verheimlichen konnten.

Das Gutachten war für das Bundeswirtschaftsministerium bestimmt, doch Friderichs hatte nichts eiligeres zu tun, als diese brisante Sache sofort in der Schublade verschwinden zu lassen. Hier einige „Köstlichkeiten", die aus dem Gutachten im „Spiegel" zitiert wurden:

- *„Ohne Schaden für die Investitionslust der pharmazeutischen Industrie und ohne Existenz-Gefährdung der Apotheker ... könnten die Arzneimittelpreise um 20%* (!) *sinken ...";*
- die jährliche Wachstumsrate der pharmazeutischen Industrie liegt im Schnitt bei zwölf Prozent, selbst in den Jahren der scharfen Rezession 66/67 lag der Zuwachs bei zehn Prozent.
- ‚Prednison' (ein antiallergisches Präparat) kostet in der Apotheke 39 bis 45,80 DM, Krankenhäuser dagegen erhalten es bereits für 3,50 DM!

Neben diesen offenkundigen Profiten werden die Ärzte durch eine Werbekolonne von 10.000 Ärztebesuchern massiv beeinflußt. So wird jeder Arzt monatlich 15mal (!) persönlich bearbeitet und erhält darüber hinaus im Schnitt 32 Werbemitteilungen täglich über Arzneimittel.

Den Preis dafür zahlt der Patient über die Krankenkasse. Laufend steigende Kassenbeiträge belegen dieses Geschäft mit der Gesundheit (bzw. Krankheit) nur allzu deutlich. ●

Hoechst-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Knastmedizin — ein Instrument der Klassenjustiz

Am 7.8.75 brachte die „Frankfurter Rundschau" folgende Meldung: „*U-Häftling erhängte sich, Hbg. 5.8.: Ein Untersuchungshäftling hat sich im Hamburger Zentralkrankenhaus das Leben genommen. Wie die Justizbehörde in der Hansestadt mitteilte, wurde am Montagnachmittag in der Toilette des Gefangenensaals im Zentralkrankenhaus der arbeitslose Herbert Müller erhängt entdeckt. Der 36-jährige befand sich seit Mitte Juli wegen wiederholter Zechprellerei in U-Haft. Nach der Einlieferung in die U-Haft waren nach Angaben der Behörde bei dem Häftling von einem Arzt Alkoholentziehungserscheinungen festgestellt worden. Aus diesem Grund sei er in einen Saal des Zentralkrankenhauses verlegt worden, der unter psychiatrischer Aufsicht stand.*" Wenn man das liest, drängen sich folgende Fragen auf (mal abgesehen von der Frage, warum der Mann überhaupt in den Knast kam):

Wann wurde der U-Häftling zum ersten mal untersucht?

Was geschah außer einer Verlegung in einen Saal des Zentralkrankenhauses?

Wie wurde er behandelt?

Wie intensiv war die Überwachung?

Die Öffentlichkeit wird es nie erfahren, es sei denn, daß durch einen großen Skandal die bürgerliche Presse mal die Zustände in den Hamburger Gefängnissen für eine Sensationsmeldung benutzt.

Beim Mannheimer Gefängnisskandal, der vor einem Jahr Schlagzeilen machte (inzwischen liest man n i c h t s mehr darüber!) wurde bekannt, wie ein Drogenabhängiger in den Selbstmord getrieben wurde:

Der 17jährige Stephan Kneifel war am 26.6.73 ins Landeskrankenhaus eingeliefert worden. Da Kneifel drogenabhängig war, und unter starken Entzugserscheinungen litt, hatte der einweisende Richter auf diese Entzugserscheinungen in den Einweisungspapieren hingewiesen und die sofortige Vorführung beim Anstaltsarzt angeordnet. Kneifel konnte aber, da der zuständige Anstaltsarzt Dr. Reith ja nachmittags nie in Mannheim war (da er seine Privatpraxis im Odenwald betrieb) erst am näch- Reith ja nachmittags nie in Mannheim war (da er seine Privatpraxis im Odenwald betrieb) erst am näch-sten Tag vorgeführt werden. Dr. Reith verordnete Kneifel Medikamente gegen die Entzugserscheinungen, wußte aber nicht, welche Drogen Kneifel zu sich genommen hatte. Ohne den Gefangegen näher zu untersuchen, behauptete Reith – und dies wurde sogar noch schriftlich fixiert – daß keine Selbstmordgefahr bestehe und veranlaßte die Einweisung in eine Einzelzelle. In einem vor Gericht auszugsweise verlesenen Gutachten des gerichtsmedizinischen Institus der Universität Heidelberg wird dazu vermerkt, daß drogenabhängige Patienten besonders gefährdet seien. Jeder Arzt wisse, daß bei solchen Menschen, insbesondere nach einer Einlieferung in eine Haftanstalt, erhöhte Selbstmordgefahr bestehe. Bei solchen Häftlingen sei daher eine ständige ärztliche Überwachung und Kontrolle unerläßlich. Kneifel aber wurde nicht überwacht. Reith erinnerte sich vor Gericht lediglich, ihn „mindestens einmal untersucht" zu haben!

Der Jugendliche wurde am 30.6. '73 (18 Uhr) zum letztenmal lebend in seiner Zelle gesehen. Am darauffolgenden Tag (7.45) wurde er tot aufgefunden. Er hatte sich mit einem Radiokabel erhängt. Um 8.20 Uhr stellte Dr. R. offiziell „Tod durch Erhängen" fest.

Daß der Tod von S. Kneifel und ungezählter anderer Häftlinge nicht ein Versehen war, sondern zum normalen Knast-Alltag gehört, beweist am besten die Tatsache, daß Dr. Reith sieben Jahre lang im Mannheimer Knast sein Unwesen treiben konnte, ehe er schließlich durch Bekanntwerden des Skandals suspendiert werden mußte. 92 (!) Ermittlungsverfahren gegen ihn wurden in dieser Zeit von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Faschist Reith, Regierungsmedizinaldirektor und von 1957 bis 1961 CDU-MdB nannte sich selbst „*Vollarier*", die Gefangenen nannte er „*Drecksack*", „*Zuchthäusler*", „*Tier*", „*Simulanten*", „*Blödmänner*".

Hier ein kurzer Abriß seiner „ärztlichen" Tätigkeit: Ärztliche Behandlung erfolgte in Mannheim nach „Schema F". Um in den ‚Genuß' einer Untersuchung durch Dr. Reith zu gelangen, mußte man erst einmal einen entsprechenden Rapportzettel ausfüllen. Jeden Wochentag wurden dann die zugelassenen Gefangenen eines anderen Flügels des sternförmigen Gebäudes dem Dr. Reith vorgeführt. Im Galoppschritt zogen die Krankgemeldeten am Anstaltsarzt vorbei. „*Auf drei bis vier Meter Distanz*" – so ein Häftling – stellte er Diagnosen, erkannte angebliche Simulanten, verordnete Rezepte oder auch nicht. Unter den Gefangenen hatte er daher den Spitznamen „Fernsehdoktor".

Mehrfach – berichtete der Vorsitzende des Gefängnisbeirats Kühn – seien schwerverletzte Gefangene dem Dr. Reith vorgeführt worden, der dann „keine Verletzungen" diagnostizieren mochte. In einem Fall ist ein Gefangener, der durch Fremdeinwirkung sichtbar verletzt war, von Dr. Reith in der Arrestzelle des Gefängnisses begutachtet worden. Der Arzt hat es jedoch nicht für nötig befunden, das Gitter aufschließen zu lassen. Er hat „keine Verletungen" diagnostiziert und den sich am Boden krümmenden Gefangenen noch verhöhnt: „*Es ist Ihnen wohl kühler, wenn Sie auf dem Boden liegen.*"

Im Gefängnis herrschen überdurchschnittliche Krankheitsraten. Die Isolation von der Außenwelt, die mangelde Hygiene, fehlende sexuelle Betätigung, das schlechte Essen und sonstige Begleiterscheinungen der Haft, werfen zunächst fast jeden Gefangenen um. Sie verursachen psychosomatische Störungen der verschiedensten Art und nicht selten einen Knacks für's weitere Leben. Für diesen Dr. Reith ist es allerdings „*völlig normal, daß ein Häftling innerhalb der ersten zehn Tage einen Kreislaufkollaps bekommt.*"

In vielen Fällen wurde die in der Vollzugsordnung vorgeschriebene Untersuchung bei Einlieferungen überhaupt nicht vorgenommen. In drei namentlich bekannten Fällen, in denen durch ärztliches Attest eine schwere Krankheit bestätigt worden war, hat Dr. Reith eine Behandlung abgelehnt. Zu einem Häftling, der über eine Allergie klagte, sagte er: „*Sie spinnen!*" Ein anderer Gefange- abgelehnt. Zu einem Häftling, der über eine Allergie klagte, sagte er: „Sie spinnen!" Ein anderer Gefange-ner wollte wegen einer Allergie seine eigene Wäsche tragen, und diese zu Hause waschen lassen, um nicht die Gefangenenwäsche anziehen zu müssen, die mit einem Mittel gewaschen wird, das seine Haut nicht verträgt. Die hierzu erforderliche Genehmigung des Anstaltsarztes hat Dr. Reith grundlos verweigert.

Als ein Gefangener über Magenbeschwerden klagte, hat Dr. Reith bei einer Untersuchung ein schon 17 Jahre altes Magengeschwür nicht erkennen „können"! Jetzt mußten dem Entlassenen drei Viertel seines Magens entfernt werden.

Im Jahre 1968 beantragte Reith beim Justizministerium die Erlaubnis, in seinem Wohnort Birkenau im Odenwald nebenher eine Privatpraxis betreiben zu dürfen. Diese Erlaubnis erhielt er prompt! Die über 4.000 DM, die er als Gefängnisarzt erhielt, waren ihm anscheinend nicht genug. Jedenfalls war er seitdem n u r n o c h v o r m i t t a g s in der Anstalt. Für die restliche Zeit hatte Reith die Beamten mit weißen und roten Tabletten ausgerüstet, die den Gefangenen nach Gutdünken verabreicht wurden. In einigen Fällen sollen die Beamten sogar nachts Spritzen gegeben haben. So wurde bekannt, daß ein Aufsichtsbeamter dem frisch eingelieferten U-Häftling Christ eine Valiumspritze verabreicht und ihn in die Beruhigungszelle gesperrt hatte. Obwohl Christ, als er am späten Nachmittag des 7.7.71 eingeliefert wurde, benommen erschien und wirres Zeug redete, seine Haftfähigkeit also recht zweifelhaft war, konnte eine Haftprüfung an ihm nicht vorgenommen werden, da "*sich die Anstaltsleitung außerstande sehe, in den Abendstunden die Haftfähigkeit eines Eingelieferten festzustellen.*" Der Grund hierfür wurde der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Dr. Reith verdiente zu dieser Zeit sein Geld in seiner Privatpraxis in Birkenau. Einen Tag nach seiner Einlieferung wurde Christ tot in der Beruhigungszelle aufgefunden. Obduktionsbefund: eitrige Gehirnhautentzündung!

Obwohl das Essen beschissen war (es standen 1973 ganze 2.50 DM pro Tag und Häftling zur Verfügung!) weigerte sich Dr. Reith, den Gefangenen Milch zu verschreiben, die es in der Anstalt nur auf Rezept gibt!! Und dieser „Doktor" war auch noch stolz auf seine Tat: „*Endlich ist es mir gelungen, daß es keine Milch mehr gibt*"!

In einem anderen Fall erklärte Dr. R. einen am Schädel Verletzten, der mehrfach erbrach, zu einem Bagatellfall und verhinderte die Einweisung ins Krankenhaus. Bei der Obduktion der Leiche wurde ein Schädelbruch und Gehirntrauma festgestellt. Ein wegen dieses Falles eingeleitetes Verfahren ist von der Staatsanwaltschaft Mannheim eingestellt worden. Auch eine Überprüfung des Verfahrens hätte angeblich „nichts ergeben", was eine Wiederaufnahme der Ermittlungen rechtfertigen könnte! Dr. Reith wurde am 3.9.74 „*vorerst von der Führung seiner Dienstgeschäfte enthoben*". Bis zum Mai '75 war noch keine Anklage gegen ihn erhoben worden.

Daß Dr. Reith kein Einzelfall ist, geht z.B. aus einer Erklärung von 31 Gefangenen der Justiz-Vollzugsanstalt Butzbach hervor: (aus: „Unveröffentlichte Nachrichten")

„*Die unterzeichneten, Insassen der JVA Butzbach, fordern die sofortige Ablösung des Anstaltsarztes Maykemper. Wir sind nicht bereit, die schikanösen und lebensgefährlichen Behandlungsmethoden dieses „Arztes" noch länger stillschweigend hinzunehmen. Wie wichtig dieser „Arzt" seine Tätigkeiten nimmt, beweisen u.a. die Todesfälle vom Januar und und April 1975: unser ehemaliger Mitgefangener Brunkhardt wurde mit dem hier üblichen Mittel, Tabletten, tagelang auf Grippe behandelt, obwohl die äußeren Symptome seiner Krankheit deutlich erkennen ließen, daß er nicht an einer Grippe laborierte. Als Brunkhardt nach längerer „Behandlung" mit allerlei Tabletten endlich in das Vollzugskrankenhaus Kassel überwiesen werden sollte, verweigerten die dortigen Ärzte aufgrund des fortgeschrittenen Krankheitsbildes die Aufnahme. Wenige Stunden nach seiner Aufnahme in ein öffentliches Krankenhaus starb Brunkhard an Gelbsucht (Leberversagen).*

Unser ehemaliger Mitgefangener Lendle kämpfte etwa zwei Jahre für sagen).

Unser ehemaliger Mitgefangener Lendle kämpfte etwa zwei Jahre für eine ordnungsgemäße Behandlung seiner schweren Krankheit. Eine eingehende Untersuchung wurde während dieser Zeit niemals vorgenommen. Nur die zufällige Anwesenheit eines Vertretungsarztes brachte Lendle schließlich die sofortige Entlassung wegen Haftunfähigkeit. Ein von der Justiz unabhängiger Arzt stellte ohne große Mühe ein faustgroßes Krebsgeschwür im Darm fest. Die aufgrund dieser Erkenntnis eingeleitete Behandlung half Lendle nicht mehr: e r s t a r b nach einem über zweijährigen Martyrium Ende April '75, nur wenige Tage nach seiner Entlassung."

Die zahlreichen, zum Teil noch laufenden, zum Teil von einer gleichgültigen Staatsanwaltschaft bereits eingestellten Strafanzeigen beweisen, daß nicht nur Brunkhardt und Lendle eine angemessene Behandlung verweigert wurde (die unzähligen Dienstaufsichtsbeschwerden, die von den Justizbehörden ohne Überprüfung routinemäßig abgeschmettert wurden, belegen, daß Maykempers Vorgesetzte jederzeit bereit sind, ihn zu decken.)

In diesem Zusammenhang wollen wir die Umstände in Erinnerung rufen, die zum Tode der Genossin Katharina Hammerschmidt geführt haben: Am 29.6.75 starb K. Hammerschmidt an den Folgen eines Krebsleidens im Klinikum Steglitz. Verantwortlich für ihren Tod ist die Justiz! Unter dem Vorwurf, Mitglied der RAF zu sein, war K. Hammerschmidt seit Juni '72 in U-Haft. Sie hatte sich freiwillig gestellt. Mehrfache Anträge auf Haftverschonung, die hauptsächlich mit ihrem schlechten Gesundheitszustand begründet wurden, lehnte das Berliner Kammergericht ab: es bestehe Fluchtgefahr, sie habe sich ideologisch noch nicht von der „Baader-Meinhof-Gruppe" distanziert. Im September '73 traten sehr deutliche Krankheitssymptome auf: Starke Schmerzen in der Brust, Sprechbeschwerden, Heiserkeit, Anschwellen des Halses. Zwar wurde sie daraufhin von der Anstaltsärztin und einen Tag später von einem Anstaltsfacharzt, Dr. Löckel, untersucht. Zwar wurde fünf Tage später eine Röntgenaufnahme des Brustkorbes angefertigt, aber sie wurde nicht behandelt. Stattdessen wurde ihr erklärt: „*Sie haben nichts*". in den nächsten Wochen verschlimmerte sich Katharina Hammerschmidts Zustand. Es trat Atemnot auf, die Sprechschwierigkeiten und die Brustschmerzen nahmen zu, der Hals wurde fast so dick wie der Kopf. Deshalb verlangte sie immer wieder, behandelt zu werden. Die Anstaltsärztin erklärte ihr aber: „*Wie sehen Sie aus? Das haben Sie von Ihrem Hungerstreik. Im übrigen kommt das vom Aus-dem-Fenster-brüllen.*"

46 T a g e lang erfolgte nichts. Da eine Behandlung von den Anstaltsärzten verweigert wurde, setzte der Verteidiger durch, daß ein Arzt der Universitätskliniken, Dr. Wenzel, sie im Gefängnis untersuchte. Aufgrund des alarmierenden Zustandes von Katharina H. forderte er sofort eine Reihe von dringenden Untersuchungen. Diese lehnten die Anstaltsärzte zunächst ab. Erst acht Tage später wurde sie unter Vorspiegelung, sie würde von Dr. Wenzel untersucht werden, von Ärzten nach Wahl der Anstalt untersucht. Sie wurde wieder nicht behandelt. Sieben Tage später hatte sie besonders schwere Erstickungsanfälle. Erst nach weiteren drei Tagen – nach 64 Tagen Nichtbehandlung – wurde sie daraufhin zur Behandlung ins Klinikum Steglitz eingeliefert. Dort wurde ein kindskopfgroßer bösartiger Mediastinaltumor festgestellt. Erst jetzt konnte die Behandlung von K. Hammerschmidt begonnen werden. Doch zu spät. Trotz laufender, regelmäßiger Behandlung in Berlin und Paris starb Katharina Hammerschmidt. Die von der Berliner Justiz verhinderte rechtzeitige Behandlung im September hätte ihr möglicherweise das Leben gerettet.

Anzeigen der Verteidiger gegen die Verantwortlichen (Richter Schedon, Staatsanwalt Thile, Anstaltsärzte u.a.) wegen versuchter Tötung wurden niedergeschlagen! Gegen die selben Anwälte geht die Justiz der BRD mit hohen Geldstrafen vor, wenn sie die Übergriffe der Justiz wie im Falle Hammerschmidt und anderer politischer Gefangener an die Öffentlichkeit tragen. (Quelle: „Unveröffentlichte Nachrichten").

Besonders skandalöse Mißstände wurden aus dem einzigen Vollzugskrankenhaus Baden-Württembergs be- Besonders skandalöse Mißstände wurden aus dem einzigen Vollzugskrankenhaus Baden-Württembergs be-kannt. Eine Krankenpsychologin erklärte in einem Brief (lt „FR", 17.5. 75) an den Petionsausschuß des Stuttgarter Landtags, „*daß man einen Gefangenen, bei dem später ein großer Fremdkörper im Gehirn festgestellt wurde, als Simulanten in den Regelvollzug zurückgewiesen hätte, daß ein Patient mit infektiöser Gelbsucht trotz der Gefahren für die anderen Patienten in die Psychiatrie (!) gesteckt werden sollte, weil er sich nur behandeln lassen wollte, wenn er auch rauchen dürfte. Nach den Vorwürfen der Psychologin neigt der Chefarzt der Anstalt grundsätzlich gern dazu, auch geistig völlig gesunde Patienten ‚zur Strafe" in die Psychiatrie zu stecken. Diese Liste der Vorwürfe ließe sich noch beliebig fortsetzen.*

Für 250 Patienten stehen in dem Krankenhaus sieben Ärzte zur Verfügung. Doch diese Zahl ist – wie von Mitgliedern des Vollzugsbeirates bestätigt wurde – rein theoretisch. Drei der sieben Ärzte sind älter als 65 Jahre. Der Chefarzt betreibt nebenbei eine Privatpraxis und ist zudem noch als Gutachter tätig, sein Stellvertreter ist über lange Phasen weg und überhaupt nicht erreichbar, ebenfalls wegen seiner ausgedehnten Gutachtertätigkeit. Der SPD-Landtagsabgeordnete Hans Beerstecher, der sich intensiv mit Fragen des Strafvollzugs beschäftigt, bestätigt indirekt diese Vorwürfe: ‚Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dort gelegentlich improvisiert wird.'

Und konkreter: ‚Die sozialtherapeutische Abteilung war nach ihrer Gründung 1969 einmal Vorreiter im Bundesgebiet. Der Schwung ist jetzt raus. Es herrscht Resignation. Die Patienten dort werden nur noch psychiatrisch verwaltet. Es fehlt am Engagement. Man hat den Eindruck, daß die Psychiater ihre Hauptaufgabe nicht in der Gefangenenbetreuung, sondern in ihrer Gutachtertätigkeit sehen.' Und zur allgemeinen medizinischen Situation im einzigen Landesvollzugskrankenhaus in Baden-Württemberg: ‚Als wir endlich vernünftiges chirurgisches Gerät für den Vollzug durchgesetzt hatten, fehlte es an Chirurgen, die damit umgehen konnten.'

Beerstecher weiß, daß man sich um das Ärzteproblem bisher weitgehend ‚herumgemogelt' hat. Noch direkter wurde der Landtagsabgeordnete Alfred Geisel: ‚Es ist ein Kuriosum. Wir haben ein Vollzugskrankenhaus, an dem weder ein Chirurg noch ein Internist arbeiten.' "

Zusätzlich zur miserablen Versorgung der Häftlinge wird auch das „Grundrecht" auf „freie Arztwahl" eingeschränkt: Anstaltsärzte haben im Gefängnis das Monopol auf medizinische Behandlung. Strafgefangene werden grundsätzlich von ihnen „betreut". Die Anstaltsärzte sind Teil des Personals der Anstalt und dem Anstaltsleiter untergeordnet. Sie sind ihm Rechenschaft über ihre Arbeit schuldig, er kann von ihnen Auskunft verlangen und ihnen „Anregungen" geben. Die Auskunftspflicht des Anstaltsarztes gegenüber dem Leiter macht auch vor dem Arztgeheimnis, § 300 StGB, nicht halt. Dieser Paragraph besagt:

„*Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Arzt anvertraut ist, (...) wird bestraft*".

Eigenschaft als Arzt anvertraut ist, (...) wird bestraft".

Den Bruch des Arztgeheimnisses im Gefängnis sucht die Justiz zu verschleiern: „*Die Aufzeichnungen des Arztes im Krankenblatt werden mit dessen Vorlage an den Anstaltsleiter oder einen anderen Vollzugsbeamten nicht offenbart, weil sie dadurch nur an Personen gelangen, die zur Dienstverschwiegenheit verpflichtet sind. (...) Auch legt der Arzt das Krankenblatt nicht unbefugt vor, weil er dazu dienstlich verpflichtet ist.*" (Grunau, Kommentar zur Dienst- und Vollzugsordnung, S. 33).

Auch persönliche Mitteilungen fallen hierunter, da der Arzt „*auch an der Persönlichkeitsforschung der Gefangenen mitzuarbeiten hat.*" (DVollzO, Nr. 23). **Durch diese juristische Konstruktion wird der Bruch des Arztgeheimnisses innerhalb der Anstalt zum alltäglichen Ereignis.** ●

Gesundheitszelle III
KB/Gruppe Hamburg

Stromsperre für „Schwarzfahrer"

Die Wuppertaler Stadtwerke, Besitzer der Schwebebahn und der Elektrizitätswerke, sperrte seit April '74 fast achtzig Familien den Strom ab, weil das Bußgeld fürs Schwarzfahren nicht bezahlt worden war.

Der Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke, Harald Graf, war der Ansicht, dies sei das einzige Mittel, den „renitenten Rest" der Nicht-Zahler zur Räson zu bringen. Allerdings mit Schock-Therapie – die Stromabschaltung geschah ohne Vorwarnung!

Das städtische Monopolunternehmen hatte in die Stromverträge entsprechende Klauseln eingebaut und fühlte sich im Recht. Allerdings ist die Kopplung so unterschiedlicher Verträge, wie sie beim Fahrkartenkauf und bei der Stromabnahme vorliegen, rechtlich nicht erlaubt! Zudem ist die plötzliche Stromabschaltung mit Schäden verbunden, die völlig unzumutbar sind (z.B. am Inhalt von Gefriertruhen!). Die Verträge („allgemeine Versorgungsbedingungen") stammen bezeichnenderweise aus dem Jahre 1942!!

Nachdem dies unglaubliche Verfahren öffentlich bekannt wurde, bekamen die Stadtwerke die Wut der werktätigen Bevölkerung zu spüren. Die „Westdeutsche Zeitung" (20.9) berichtet von „Pöbeleien" gegen die Stadtwerke. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke wehrte sich gegen „pauschale Vorwürfe", billigte aber den Beschluß, künftig das Bußgeld durch Gerichtsvollzieher eintreiben zu lassen. ●

IKAH, Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Faschistischer Scharfrichter Auwärter bleibt weiter ungeschoren

Im AK 67 („Mörder müssen hängen") berichteten wir über den Heilbronner Strafrichter Auwärter, der ungestraft in mehreren Artikeln seine faschistische Gesinnung zur Schau tragen durfte. Die weitere Behandlung dieses Falls durch die Klassenjustiz war abzusehen und bestätigt einmal mehr, daß Berufsverbote nur für Linke gemacht sind. „Der Spiegel" Nr. 41 berichtet in einer kleinen Notiz, daß Auwärter mit Wirkung vom 1.10.75 in die fünfte Zivilkammer (er war vorher am Strafgericht) des Heilbronner Landgerichts versetzt wurde. Der Sprecher des baden-württembergischen Justizministeriums sagte ganz offen, es handele sich um eine *„Routinemaßnahme* (!) *im Rahmen des Geschäftsverteilungsplans* (!)". Richter-Kollegen Auwärters bezeichneten die *„zumindest zu diesem Zeitpunkt ungewöhnliche Anpassung des Verteilungsplans"* hausintern als „Lex Auwärter". Die „Südwest-Presse" verzeichnete zynisch ein *„unüberhörbares Aufatmen, weil Auwärter auf so elegante Weise entschärft worden ist"* (Zitat nach „Spiegel" Nr. 41, S. 210). **Somit darf Auwärter mit seiner „Vergeltungs- und Vernichtungs"-Strategie weiter der Zivilkammer zu Diensten sein; für die Klassenjustiz ist der Fall damit abgeschlossen.**

Bezeichnend für das offensichtlich kaum vorhandene demokratische Bewußtsein ist in diesem Zusammenhang die äußerst dünne Reaktion der „Richter-Kollegen" auf den Fall Auwärter und die Leser-Briefe im „Spiegel", die natürlich nur einen kleinen Ausschnitt aus dem reaktionären Sumpf wiedergeben.



„Justizirrtum hin, Justizirrtum her, ... es gibt jedenfalls keine Rückfälligen mehr..."

JVA Heilbronn
Gefangenenzeitschrift
(zensiert)
von gefangenen - für gefangene
von innen - nach außen

Nr. 12 von „ZU" wurde verboten, weil sie einige Stellungnahmen von Gefangenen zu Auwärter brachte!

Auwärter und seine faschistischen Freunde

Da beginnt ein Dr. W. Kairies (Wangerooge) seinen Leserbrief mit einem *„dreimal bravo für Richter Auwärter. Endlich hat einer die Courage, das zu tun, was viele denken: Nämlich Front zu machen gegen jene verstiegenen, humanitätsduselnden Theoretiker"* („Spiegel" Nr. 39, S. 7). „Verstiegene Theoretiker" sind für diesen Herrn also schon jene, die sich vorsichtig für eine menschlichere Behandlung der Gefangenen einsetzen. Es gibt aber auch Leute, die die Gedanken Auwärters noch weiter denken. Ein Professor (!) Dr. Felix v. Bormann aus Bad Nauheim kann heute bereits wieder folgendes schreiben: *„Es handelt sich um eine unsaubere Hetze* (er meint die Darstellung der Fakten über Auwärter im „Spiegel", d. Verf.) *der ach so humanen Dekadenz gegen einen Richter, der es gewagt hat, die Todesstrafe in manchen Fällen zu empfehlen ... Dies Schmierbildchen ist bestimmt, um den Leser gegen die Todesstrafe zu erregen. Nun sei hervorgehoben, daß diese Strafe heute, soweit sie überhaupt durchgeführt wird, sehr milde* (!) *abläuft. Ich persönlich würde durchaus bei verstockten* (!) *Deliquenten eine leichte Folter* (!) *empfehlen, um sie zum Ge-*
führt wird, sehr milde (!) *abläuft. Ich persönlich würde durchaus bei verstockten* (!) *Deliquenten eine leichte Folter* (!) *empfehlen, um sie zum Ge-*
ständnis zu bringen" („Spiegel" Nr. 41, S. 12).

Laues Echo der Herren „Kollegen"

Wie schon oben erwähnt, fand ein Teil der Richter-Kollegen Auwärters die Versetzung und deren Begründung lediglich „ungewöhnlich". Daß von dieser Seite offen ein Berufsverbot gefordert wurde, ist uns nicht bekannt. Was die Standesorganisationen betrifft, so beschäftigen sie sich lieber mit Ehrengerichtsverfahren gegen Linke (immerhin vertritt Auwärter offen „verfassungswidrige Positionen"). Ein Richter am Landgericht Heidelberg, Hans Grimm, *„schämte"* sich immerhin angesichts der *„mangelnden Reaktion"* und fragte erstaunt: *„Kamen denn tatsächlich aus der Reihe der Richter und der Staatsanwälte, ganz zu schweigen von den Standesorganisationen der genannten Gruppen oder von einschlägigen Ministerien keine schlicht auf dem Gedanken der Humanität basierenden Stellungnahmen?"* („Spiegel" Nr. 41, S. 14). Eine Stellungnahme eines zuständigen Staatsanwalts aus Heilbronn, Michael Maier, kam allerdings: *„Selbstverständlich steht es auch einem Richter zu, wie jeder andere Bürger im demokratischen Rechtsstaat seine Meinung frei zu äußern. Es ist nur zu fragen* (?), *ob ein Richter wirklich jede* (!) *Meinung haben darf und kann."* Er sagt dann klar, daß Auwärters Auffassung über die Todesstrafe verfassungswidrig sei. Bei dieser Feststellung bleibt es denn auch. Offensichtlich darf also nach Maiers Meinung ein Richter wie Au-
Todesstrafe verfassungswidrig sei. Bei dieser Feststellung bleibt es denn auch. Offensichtlich darf also nach Maiers Meinung ein Richter wie Au-
wärter seine faschistische Meinung haben; über ein gerichtliches Vorgehen gegen Auwärter ist nicht die Rede.

Die Behandlung des Falls Auwärter sollte besonders allen demokratisch gesinnten Juristen vor Augen führen: Wehret den Anfängen, bevor Richter wie Auwärter, die heute noch als Einzelgänger erscheinen, morgen die mörderische Tradition des Hitler-Faschismus fortsetzen können. ●

IKAH, Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Buxtehuder Antifaschist verurteilt

Am 20. April 1974 (dem Geburtstag von Adolf Hitler) hatten JN-Faschisten in Buxtehude einen Stand aufgebaut! H. S. und ca. 30 andere Antifaschisten waren über diese unerhörte Provokation empört und forderten die Faschisten auf, den Stand abzuräumen, ansonsten würde man das selbst machen. Wohl beunruhigt durch die Drohung zog ein Faschist los, um von der ca. 20 m entfernten Polizeiwache Verstärkung zu holen.

Die beiden Polizisten griffen sich 2 Antifaschisten heraus, die sich besonders empört Luft machten, um sie zur Wache abzuführen (Personalienfeststellung). Da sich einer der vorläufig Festgenommenen gegen die Festnahme wehrte und die anderen Antifaschisten sich vor die Polizisten stellten, verteilten die Polizisten mehrere Schläge und nahmen den Festgenommenen in Polizeigriff. H. S., der hier schlichtend eingreifen wollte, bekam von dem einen Polizisten eine ins Gesicht geschlagen, worauf H. ebenfalls wütend zurückschlagen wollte, wobei er das Kinn des Bullen streifte. Dies war natürlich zuviel! H. wurde von den Polizisten festgenommen und bekam eine Anzeige wegen „vorsätzlicher Körperverletzung" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" angehängt.

Bereits in der Hauptverhandlung kam es sehr klar zum Ausdruck, wie das Zusammenspiel zwischen Polizei, Justiz und Faschisten klappt. So wurde einzig und allein dem Polizisten geglaubt, die drei vereidigten Zeugen wurden als Lügner hingestellt. Laut Aussage des Bullen soll H. ihn mit beiden Fäusten am Gesamtkörper angegriffen haben, u. a. dadurch einen Bruch am Ellenbogenfortsatz verursacht haben ... er soll dazu aufgefordert haben, eine Kette zu bilden, um die Polizei nicht durchzulassen ... Bezeichnend waren die Worte des Richters Engelken (sinngemäß): In der heutigen Zeit muß die Justiz wieder mehr die Polizei unterstützen!!

So wurde dann auch der Polizist als *„ausgesprochen zuverlässig"* bezeichnet (für wen wohl ?). Während H. zu 3 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung und 500 DM Geldstrafe verknackt wurde (!!!), läuft z. Zt. ein Ermittlungsverfahren gegen 5 Zeugen wegen Falschaussage bzw. Meineides. Hier will die Justiz offenbar gleich aus dem Vollen schöpfen und über diese Ermittlungen die Antifaschisten bespitzeln und einschüchtern.

Da H. S. Berufung eingelegt hatte, fand am 11.8.75 eine zweite Verhandlung statt. Hier wurde H. als „linksradikal und gewalttätig" hingestellt. Die 2. Instanz bestätigte das Urteil des Amtsgerichts, setzte allerdings die 3 Monate Gefängnis
das Urteil des Amtsgerichts, setzte allerdings die 3 Monate Gefängnis
auf 2 Jahre zur „Bewährung" aus und sah von einer Geldstrafe ab, da H. S. schon die ganzen Kosten der beiden Verhandlungen tragen muß.

Die Urteilsbegründung des Richters Neumann zeigt sehr deutlich, in welcher Weise die Justiz heute wieder bereit ist, ihre Hand schützend über die Aktivitäten der Faschisten zu halten. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Die NPD ist eine zugelassene politische Partei. Die Ordnungsorgane sind gehalten, ihr im gesetzlichen Rahmen Schutz zu verleihen. Der Angeklagte muß also künftig dem politischen Wirken der NPD in demokratischer, dem Rechtsstaat zuträglicher Weise begegnen. ... Sonst wird er erneut mit den Ordnungsorganen zusammenstoßen."

Es ist bezeichnend, daß die Richter, in Prozessen, in denen es um die NPD geht, hartnäckig mit dem sogenannten „Parteienprivileg" argumentieren. Die Faschisten dürfen demnach alles tun, solange ihre Partei nur nicht verboten ist (eine Zulassung für politische Parteien, wie in dem Urteil der Eindruck erweckt wird, gibt es sowieso nicht!).

Bei Berufsverboten z. B. gegen DKP-Mitglieder wird genau umgekehrt argumentiert. Das „Parteienprivileg" sei zweitrangig, entscheidend sei die „Sicherheit des Staates". Daß sie durch die Umtriebe der Faschisten nicht gestört wird, diese im Gegenteil sogar zu schützen sind, das hat Neumann in seinem Urteil klar ausgesprochen.

Drastische Maßnahmen will die Klassenjustiz gegen Antifaschisten verhängen. So heißt es in der Urteilsbegründung weiter: *„Wenn im übrigen nicht die gehörige demonstrative Abschreckung erfolgt, sind allgemein Wiederholungen zu befürchten und ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Frage gestellt. Der Ernst der Lage muß für den Angeklagten und seine Umgebung durch die Verhängung einer Freiheitsstrafe dokumentiert werden."*

Bedauernd stellt Neumann dann fest, daß er durch das Verbot der Schlechterstellung gehindert sei, eine *„angebrachte höhere Freiheitsstrafe als die von 3 Monaten gemäß dem Urteil des Amtsgerichts auszuwerfen* (!!!)".

Zur „Bewährung" wurde das Urteil auch nur deshalb ausgesetzt, weil so kurze Freiheitsstrafen nach der Strafprozeßordnung nicht üblich sind. Außerdem ist diese „Bewährung" als Druckmittel gegen H. gedacht, um ihn dadurch an der Teilnahme am antifaschistischen Kampf zu hindern. ●

Eine KB-Sympathisantin aus Stade

Eine KB-Sympathisantin aus Stade

Vorsicht mit „Partner-Look"

Wenn zwei oder mehr dasselbe tragen und damit auf eine politische Veranstaltung gehen, dann ist das schon „verbotenes Tragen einer Uniform"!

In Kiel wurden drei Mitglieder des Roten-Sprachrohr-Kiel, einer Agitproptruppe der „KPD/ML" nach § 3 des Versammlungsgesetzes verurteilt, weil sie jeweils ein weißes Hemd mit rotem Halstuch trugen. Wenn eine „uniforme" Kleidung eine gemeinsame politische Anschauung ausdrückt, ausdrücken soll oder ausdrücken könnte, dann ist das verbotenes Tragen einer Uniform. Den drei „ML"lern brachte das je zehn Tagessätze (je nach Einkommen 100, 150 und 550 DM) ein. Für den Wiederholungsfall drohte das Gericht ihnen mit bis zu zwei Jahren Haft! ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg

Jetzt „Jagdschein" für Faschisten Roeder?

Seit mehreren Jahren treibt der antisemitische, faschistische Rechtsanwalt Manfred Roeder sein Unwesen. Zu trauriger Berühmtheit gelangte er vor allem durch die von ihm herausgegebene Broschüre „Auschwitz-Lüge". Darin wird das KZ Auschwitz, in dem mindestens drei Millionen Menschen – in erster Linie Juden – ermordet wurden, als eine Art Erholungsstätte hingestellt, in der es Massenmorde nie gegeben habe.

Schon 1973 wurde von der Staatsanwaltschaft ein „Ehrengerichtsverfahren" zu Roeders Ausschluß aus der Anwaltskammer eingeleitet. Jetzt, im September 1975, beschloß das „Ehrengericht", das Verfahren gegen Roeder unbefristet zu vertagen. Es soll erst noch ein psychiatrisches Gutachten abgewartet werden, dem sich Roeder wegen einer anderen Sache unterziehen muß. Möglicherweise laufen die Bemühungen darauf hinaus, Roeder direkt den § 51 („Jagdschein") zuzugestehen, also „verminderte Zurechungsfähigkeit", und damit Narrenfreiheit für seine faschistisch-antisemitische Hetze. Nach einem Bericht der „FAZ" vom 22.9. ist *„mit dem Abschluß des psychiatrischen Gutachtens nicht vor dem Ablauf mehrerer Monate zu rechnen"*; solange ruht in jedem Fall das „Ehrengerichtsverfahren."

Schon im Fall der „Auschwitz-Lüge" hatte das zuständige Gericht es abgelehnt, ein Verfahren (wegen Volksverhetzung) einzuleiten, da Roeders Lügen und Hetze so offensichtlich seien, daß ihnen sowieso niemand glauben würde. In diesem Sinn wäre die Verleihung des „Jagdscheines" an Roeder keine Überraschung.

Immerhin sind gegen Roeder bisher 50 (f ü n f z i g !) Ermittlungsverfahren im Sande verlaufen! (lt. „tat", 27.9.75).

Die bürgerliche Presse stellt Roeder ohnehin als zwar zu verurteilenden, aber eben doch „spinnerten" Einzelgänger hin, als rechtsradikalen Kasper. Tatsächlich hat dieser „Spinner", der nach eigenen Angaben seinen Beruf schon seit eineinhalb Jahren nicht mehr ausübt, die finanziellen Mittel und die politischen Beziehungen, um sich seit mehreren Jahren fast ständig auf „Vortragsreisen" zu befinden, u.a. durch Österreich und Südwestafrika. Auch zu rechtsradikalen Kräften unter den eingewanderten Deutschen in USA hat Roeder enge und persönliche Beziehungen.

Vom selben Kaliber ist Roeders Freund Thies Christophersen, Verfasser der „Auschwitz-Lüge", Verleger für faschistische und antisemitische Pamphlete („Kritik-Verlag"). An Christophersens regelmäßigen „Seminaren" nahmen zusammen mit Roeder (!) stets auch zahlreiche Professoren und sonstige Akademiker, führende Vertreter der rechtsradikalen „Wiking–Jugend" und sogar der FSU als Referenten teil.

Die Verbindungen von Roeder-Christophersen laufen zusammen beim rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG), das seinerseits eng mit der CDU-Rechten und mit der Springer-Presse zusammenhängt. Zugleich unterhalten Roeder-Christophersen enge Kontakte zum internationalen. Faschismus.

Am Kongreß der sogenannten „Europäischen Neuordnung" (ENO) in Lyon Ende 1974 nahm Christophersen persönlich teil. Der ENO angeschlossen sind faschistische Terror-Organisationen wie „Ordre nouveau" in Frankreich und „Ordine nuovo"/„Ordine nero" in Italien. Bezeichnend ist, daß vier der fünf italienischen Teilnehmer am Lyoner Kongreß bei ihrer Rückkehr nach Italien verhaftet wurden (der fünfte konnte entwischen).

Es ist also offensichtlich, daß Roeder-Christophersen alles andere sind als „verrückte Einzelgänger". Sie gehören zum faschistischen Sumpf, dessen Fäden zentral zusammenlaufen, und der vielfach mit der CDU/CSU und NPD verbunden ist.

Diese Zusammenhänge werden wir in einer demnächst erscheinenden Broschüre so vollständig wie uns heute möglich, offenlegen. Genossen und Leser, die Informationen, Material etc. über die Roeder-Christophersen-Bande besitzen, werden aufgerufen, uns dieses (über den Verlag) zur eventuellen Vervollständigung der Broschüre zuzuschicken. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Brückner-Prozeß in Hannover:

Auch ohne Zweifel gegen den Angeklagten

In Hannover fand am 7.10.75 der Prozess gegen den linken Psychologieprofessor Peter Brückner statt. Brückner wurde „Begünstigung von Ulrike Meinhof" vorgeworfen. Nach einer abenteuerlichen „Beweis"-führung wurde Brückner zu 4.800 DM Geldstrafe verurteilt.

Auf dem Höhepunkt der Baader-Meinhof-Hetze war Brückner von der Springerpresse als „Baader-Meinhof-Helfer" diffamiert worden. 1972 wurde er wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" angeklagt. Dieser Anklagepunkt mußte allerdings mangels Beweisen fallengelassen werden. Die Anklage wurde in „Begünstigung von Ulrike Meinhof" umgewandelt. Wie in so vielen „Baader-Meinhof-Prozessen" stützte sich die Staatsanwaltschaft allein auf die Aussagen des gekauften Kronzeugen Ruhland.

Der Prozess

Der Gerichtssaal glich am 7.10. einer Polizeifestung. Eine Hundertschaft Bullen war aufgeboten, vor Betreten des Gerichtssaales mußte man in Durchsuchungskabinen mit Geigerzählern (!) und die Ausweise aller Zuhörer wurden eingesammelt und abgelichtet (!). Dies war ein brutaler Einschüchterungsversuch gegen alle, die an dem Prozeß teilnehmen wollten. Um sich von vornherein vor Protesten gegen unbewiesene Anschuldigungen zu schützen, fand der Prozess in einem kleinen Gerichtssaal (unter 100 Personen) statt, so daß auch dadurch die Öffentlichkeit möglichst draußen gehalten wurde.

Die „Beweise", auf die sich das Gericht dann stützte, waren auch mehr als fadenscheinig.

Ruhlands schriftliche Aussage (er war selbst nicht anwesend) „belastete" Brückner insofern, als sich Ulrike Meinhof und er geduzt hätten und Ruhland deshalb annahm, daß sie sich schon länger kannten.

Brückner soll 1970 U. Meinhof und Ruhland „Unterschlupf gewährt" haben, was Ruhland angeblich mit einer Wohnungsskizze zu belegen suchte. Diese Skizze stammte aber nicht von Ruhland, sondern von einem Polizeikommissar, der sie dem Gericht vorlegte (*„seine war so krikkelig, da habe ich sie selbst nachgezeichnet!"*). Es erübrigt sich fast zu bemerken, daß Ruhlands „Skizze" natürlich nicht beigebracht werden konnte.

Des weiteren soll Brückner zugesehen haben, wie U. Meinhof KfZ-Scheine auf seiner Schreibmaschine getippt habe. Eine Untersuchung aller B.-M.-KfZ-Scheine ergab jedoch, daß kein einziger auf Brückners Maschine geschrieben war. Nachdem das Gericht an dieser Tatsache nicht mehr rütteln konnte, behauptete Dr. der Staatsanwalt dummdreist: *„Ruhland hat ja gar keine Gründe, gegen Brückner falsch auszusagen, da sie sich sowieso schon solange kennen (? !)."*

Die Verteidigung arbeitete besonders zwei Punkte heraus: 1. war an keiner Stelle des Prozesses tatsächlich **nachgewiesen** worden, daß Ulrike in Brückners Wohnung war. Auch die Haushälterin Brückners, die als Zeugin aussagte, hatte keine Frau, die Ulrike ähnlich sah, in der Wohnung erkannt. 2. und das ist das Entscheidende, **widerspricht es jedem Prinzip der Rechtssprechung, jemanden wegen „Begünstigung" einer Person anzuklagen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal verurteilt war.**

Reines Gesinnungsurteil

Sieben Tage waren von der Staatsanwaltschaft für den Prozess angesetzt worden. Sie ging davon aus, daß die Verteidigung ihre Argumentation auf der Unglaubwürdigkeit des Zeugen Ruhland aufbauen würde. Als dies nicht der Fall war, peitschte die Staatsanwaltschaft den Prozess an einem Tag durch; abends um 20 Uhr (!) wurde das Urteil gesprochen.

7.200 DM Geldstrafe hatte die Anklage gefordert, auf 4.800 DM entschied das Gericht. Ein totales Willkürurteil, da jede „Beweisführung" der Anklage widerlegt werden konnte.

Nach diesem Urteil wird das Disziplinarverfahren gegen Brückner, das bis zu dem Prozeß geruht hatte, wieder aufgenommen. Dabei erwartet ihn eine hohe Geldbuße oder ein Berufsverbot. Der Staat wird sich bei der Justiz bedanken, ihm bei der Entfernung eines unbequemen Kritikers geholfen zu haben. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hannover
IKAH Hamburg, (Arbeiterhilfe)

Stuttgart-Stammheim:

Angeklagte von der

Mit Beschluß des Gerichts vom 18.7.1975 beauftragte das Oberlandesgericht Stuttgart, vor dem der Prozeß gegen Baader und die drei anderen Angeklagten aus der RAF stattfindet, drei Professoren mit der Erstellung eines psychiatrischen Gutachtens über den Gesundheitszustand der Angeklagten.

Außerdem sind Gutachten von Internisten gemacht worden.

Alle Gutachter kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß die Angeklagten nicht voll verhandlungsfähig sind. Ursache: Die Haftbedingungen und auch der Hungerstreik.

Die psychiatrischen Gutachter machen zwar keine ausdrückliche Feststellung über die Gewichtung zwischen diesen beiden möglichen Ursachen.

Die Gutachter Rasch und Mende kommen aber übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß eine nennenswerte Besserung des Gesundheitszustandes unter den gegenwärtigen Haftbedingungen nicht möglich ist. Außerdem bestätigen diese vom Gericht selber benannten Gutachter – wenn auch verschlüsselt – die Einschätzung der RAF und der Anwälte, daß die Haftbedingungen Isolierhaft sind.

Der Gesundheitszustand der Angeklagten

Die Gutachter kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß alle vier Angeklagten sich in einem allgemeinen Erschöpfungszustand befinden. Sie leiden unter Konzentrationsschwäche, leichter Ermüdbarkeit und teilweise an Schwindelgefühl.

Andreas Baader z.B. hat nach den ärztlichen Feststellungen nur noch einen Pulsschlag von 40 (!); ein normaler Mensch hat zwischen 70 und 80.

Bei zwei Angeklagten ist infolge der langen Haft der Blutdruck auf ein teilweise erheblich unter dem Durchschnitt liegendes Maß abgesunken.

Die Gutachter kommen deshalb zu dem Ergebnis, daß aufgrund des bei allen Angeklagten vorhandenen Erschöpfungszustandes die Verhandlung nur an drei Tagen pro Woche für jeweils drei Stunden (höchstens) durchgeführt werden kann.

Die Ursachen der teilweisen Verhandlungsunfähigkeit

In der bürgerlichen Propaganda wird immer behauptet, die Gefangenen aus der RAF würden in „Luxus-Zellen" ein süßes Leben führen: Mit ein paar hundert Büchern, mit Fernsehen und allen Schikanen, so daß sie sogar mehr „Komfort" im Knast hätten als „normale" Gefangene.

Von Isolierhaft könne also gar keine Rede sein.

Die vom Gericht benannten Gutachter sind da anderer Ansicht: Den Gefangenen werden zwar eine Reihe materieller Privilegien wie Bücher etc. gewährt. Das ändert aber nichts an der Tatsache einer vollständigen sozialen Isolierung der Angeklagten. Die vier haben zwar auch die Möglichkeiten, untereinander zu reden, sie werden auch zeitweise „zusammengeschlossen", d.h. in eine Zelle gesperrt.

Die möglichen sozialen Kontakte bleiben aber immer auf die Gruppe selber beschränkt, sie erreichen niemals andere Mitgefangene. Darin besteht die soziale Isolation der RAF-Gefangenen.

Darüber hinaus ist den Gefangenen die Möglichkeit, miteinander zu sprechen, erst vor einigen Monaten gegeben. Zuvor waren einzelne RAF-Gefangene, wie z.B. Ulrike Meinhof, über mehrere Monate, von j e d e m Kontakt mit Mitgefangenen ausgeschlossen.

Die Isolation ist in den Augen der Gutachter eine ausschlaggebende Ur-

Drei Beispiele aus dem Knast

Die Rote Hilfe/Westberlin informierte Anfang Oktober über drei Fälle aus dem Gefängnis Moabit. Drei Fälle, in denen die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen Gefangene leben müssen, sehr deutlich werden.

Trotz schwerer Herzkrankheit in Haft

Der 47 Jahre alte Fernfahrer Kurt Brembach wurde 1971 zu sechs Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung mit der Auflage verurteilt, den Schaden in Höhe von 1.500 DM zu regulieren. Bis zum Frühjahr 1973 hatte er einen Teil dieser Schulden bezahlt. Nach zwei Herzinfarkten 1973 wurde er arbeitsunfähig und bezog nur Krankengeld bzw. später Erwerbslosenhilfe. Dieses Geld reichte nicht für den Unterhalt seiner dreiköpfigen Familie, geschweige denn konnte er weiter den Schaden abzahlen.

Daraufhin wurde die Bewährung widerrufen und seit dem 11.6.75 befindet sich Brembach in Haft.

Dort erlitt er bereits fünf schwere Herzanfälle. Die unmenschlichen Haftbedingungen tragen verstärkt dazu bei:

- teilweise 24 Stunden war er allein auf seiner Zelle, da er öfters Schmerzen hatte und sich vor einem neuen Herzanfall fürchtete;
- bei seinen Herzanfällen mußte er mehrere Stunden auf einen Arzt warten;
- von diesen „Ärzten" wurde er als Simulant bezeichnet;
- oft bekam er keine oder falsche Medikamente;
- notwendige Untersuchungen wurden nicht gemacht;
- er wußte, daß im Falle eines Herzinfarktes die notwendigen Behandlungsgeräte nicht vorhanden sind.

Vertrauens bzw. die Überweisung in das Klinikum Steglitz wurden bisher abgelehnt mit der Begründung: **„Es besteht sicherlich die Gefahr eines erneuten Herzinfarktes bei Herrn Brembach, jedoch ist die Gefahr nicht akut ...".** Das bedeutet, Anträge von ihm nach Ärzten seines daß die Anstaltsleitung erst einschreitet, wenn ein Herzinfarkt eingetreten ist. **Das kann für Kurt B. den Tod bedeuten!** Der verantwortliche Arzt in Moabit war übrigens Chefarzt Dr. Loeckell, der mitschuldig ist am Tod von Katharina Hammerschmidt!

Auf Bitten von Kurt B. wurde er nach Tegel verlegt, weil er dort aufgrund des „halboffenen" Vollzugs tagsüber mit anderen Gefangenen zusammenkommen kann. Allerdings hat sich für ihn dort die medizinische Versorgung auch nicht gebessert. Nur auf sein beständiges Drängen hin bekommt er die für ihn lebensnotwendigen Medikamente. Dir bekommt er nicht die vom Arzt verschriebenen, sondern minderwertigere Mittel von Anstaltspersonal.

Isolationshaft in der UHA Moabit

Bei einer Zellendurchsuchung des Untersuchungsgefangenen Jürgen Ische wurden angebliche Ausbruchspläne und eine Petition, die von 50 Gefangenen unterschrieben war, gefunden. Diese Petition bezog sich u.a. auf: Verbesserung der ärztlichen Versorgung und der miserablen hygienischen Zustände; Schaffung eines Gefangenenmitspracherechts; Abschaffung des Neckermann-Ausbeutungsmonopols. Diese Petition, gefaßt in 18 Forderungen, entlarvt den unmenschlichen und brutalen Vollzug an Untersuchungshäftlingen, die nach dem herrschenden Gesetz noch als unschuldig gelten.

Jürgen I. hatte sich den Forderungen angeschlossen und sie aktiv unter den Gefangenen vertreten. Aufgrund dessen wird er seit dem 20. August 75 in strengster Einzelhaft gehalten. Dies bedeutet:

- wiederholte Beobachtung, insbesondere während der Nachtzeit;
- bei Vorführungen Weitergabe von Hand zu Hand;
- keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen;
- Einzelfreistunde und Einzelbaden;
- Häufigere Durchsuchungen des Gefangenen und seiner Sachen;
- keine Zuteilung von Arbeit, keine Bastelerlaubnis.

Dieses Vorgehen gegen Jürgen I. wurde von Richter Pagel (Landgericht) noch legalisiert.

Mit dieser Maßnahme sollen alle Gefangenen abgeschreckt werden, von ihrem Recht, auf einer menschenwürdigen Behandlung zu bestehen, Gebrauch zu machen. Für Jürgen I. kann die Isolationshaft schwere gesundheitliche Schäden bedeuten.

Operation wird boykottiert

In der Westberliner Strafanstalt Tegel sitzt seit einiger Zeit ein Gefangener aus dem Libanon, Alame Nabil. Dieser hatte eine „strafbare Handlung" begangen, um damit eine Operation bezahlen zu können. Er war bei seiner Einlieferung auf einem Auge total erblindet, das andere besaß noch eine Sehkraft von 25%. Aufgrund der Inhaftierung hat das Auge heute nur noch eine Sehkraft von drei Prozent.

Das heißt für den Gefangenen, daß er fast jede Tätigkeit nur noch mit Hilfe von Mitgefangenen erledigen kann. Die ständige Finsternis und die Trennung von seiner Familie und seinen Freunden bedeutet für den Blinden die totale Isolierung, schlimmer kann es nicht mehr sein. Eine Operation, ein letzter Hoffnungsschimmer, hat in der BRD bereits eine Klinik wegen angeblicher Drohungen abgelehnt. Seine Familie bzw. sein Land bieten ihm jetzt die Möglichkeit einer Operation.

Bis jetzt wurden von Seiten der Westberliner Behörden keine Anstalten gemacht, den Gefangenen in sein Heimatland zurückkehren zu lassen!

Die Rote Hilfe/Westberlin bittet darum, Briefe an den Petitionsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses (1 Westberlin 62, John-F.-Kennedy-Platz) zu schicken und die Freilassung der Gefangenen zu fordern. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Kiel/Plön:

ARBEITERKAMPF-Verkauf verboten: „Sie verseuchen Deutschland!"

Zwei besonders dreiste Fälle einer Behinderung kommunistischer Propaganda seien aus dem Raum Kiel erwähnt:

Auf einem „Open Air Festival" in der Nähe des Landtages in Kiel verbietet ein Bulle den Verkauf unserer Zeitungen mit dem Hinweis, daß das Gelände zur „Bannmeile" der Landesregierung zähle und dort jegliche „politische Äußerung verboten" sei! Auf die Frage eines Jugendlichen, ob denn die „Kieler Nachrichten", ein – selbstverständlich – „unabhängiges" CDU-Blatt, genehm sei, meinte der Bulle, die „KN" hätte nichts mit Politik zu tun (?) und wäre daher auch erlaubt.

Da sowohl diese offensichtliche Schwachsinns„argumentation" als auch seine Drohung, nach einer Reisegewerbekarte zu fragen, zurückgewiesen wurde, kam der Bulle ohne Umschweife zur Sache: *„Entweder Sie stecken die Zeitungen weg oder ich muß das Material beschlagnahmen!"*

Der zweite Fall ereignete sich in Plön, wo die Bullen ein Chile-Stellschild „sicherstellten". Begründung: *„Dies ist ein Plakat und Plakatieren ist genehmigungspflichtig!"* – eine unverschämte Lüge! Zudem wurden die Personalien des Genossen von PHM Handt ohne Erklärung festgestellt.

Als der Genosse nach dem Verkauf das Stellschild auf der Wache abholen wollte, ließ PHM Handt die übelsten antikommunistischen Sprüche los: „Sie sollten lieber auf den Sportplatz gehen und nicht solchen DRECK hier verteilen!" „Sie verseuchen ja ganz Deutschland damit!!" etc. Nach dieser Tirade eröffnete er dem Genossen, daß dieser mit einer Anzeige zu rechnen habe und händigte ihm eine Bescheinigung über die Sicherstellung eines „Doppelstellschildes" aus. – Also doch kein Plakat? ! Gegen diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit ist Widerspruch eingelegt worden. ●

Ein Kieler Genosse

Neues von der Westberliner Klassenjustiz

Der Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht Westberlin, Dr. v. Feldmann, hat im „Berliner Tagesspiegel" die Staatsanwaltschaft öffentlich getadelt, weil sie sich offen über die in der Strafprozeßordnung festgelegten Rechte des Bürgers bei Hausdurchsuchungen hinweggesetzt hat.

Daraufhin wurde er öffentlich vom Senatsdirektor für Justiz, Stahl, zurechtgewiesen, der die Form (!) der Kritik zurückwies und als Diffamierung bezeichnete.

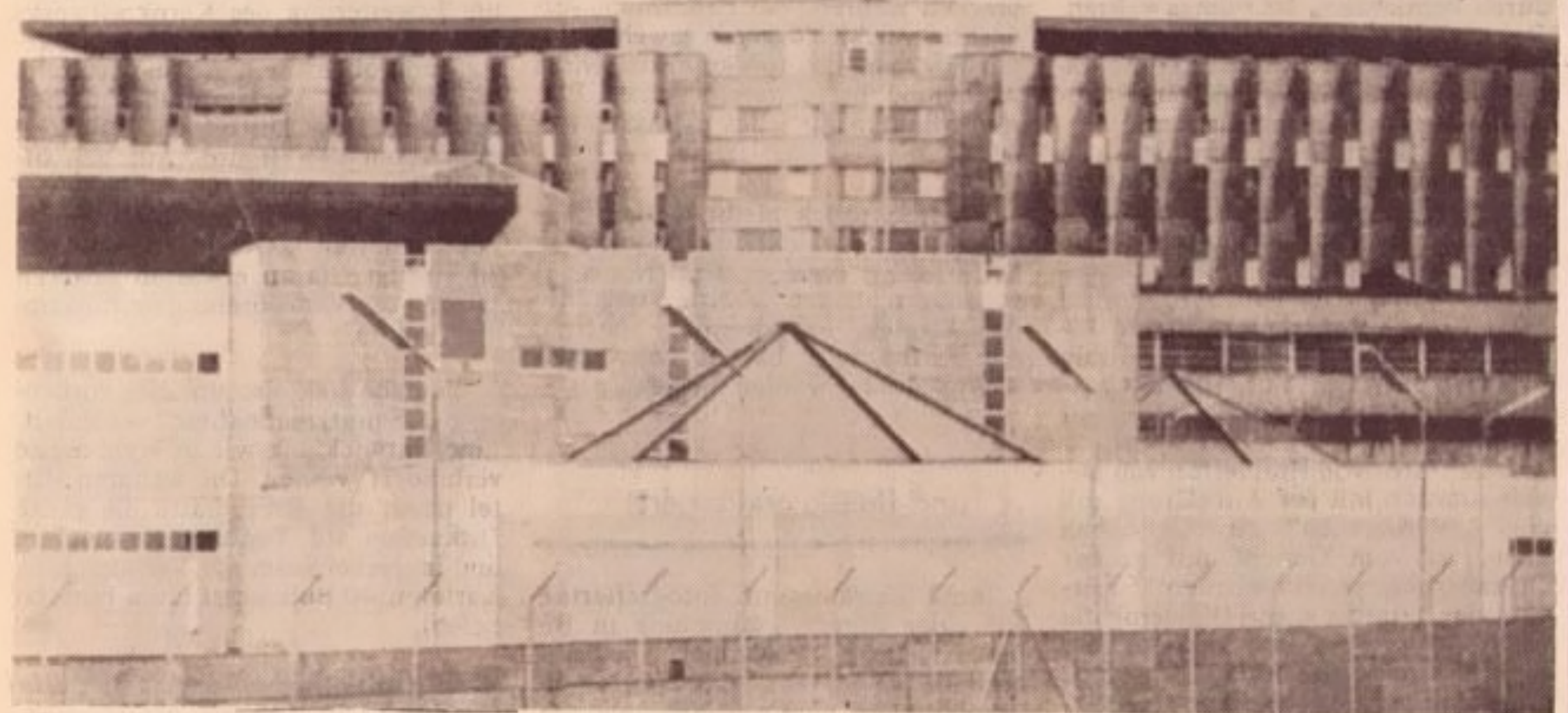
Nach den Verhaftungen von R. Reinders und I. Viett wurden die Wohnungen von ca. 100 Westberlinern in der Nacht durchsucht. Zumindest bei einer Durchsuchung wurden die Bewohner ausdrücklich daran gehindert, bei der Durchsuchung anwesend zu sein, und ihr Anwalt wurde ebenfalls vor die Tür gesetzt. Doch nicht genug damit: der Generalstaatsanwalt Dr. Dehnicke bestätigte dies Vorgehen ausdrücklich als *„gesetzmäßig"*.

Dazu Feldmann: *„Das Gesetz ist eindeutig. ...zu fragen bleibt: wann wird endlich begriffen, daß die Verletzung der strafprozessualen Vorschriften ... eine Mißachtung des Grundrechts ... ist? Wann werden offenkundige Mißgriffe einmal nicht vertuscht, sondern zu ihrer Vermeidung in der Zukunft eingestanden?"* (nach „Berliner Tagesspiegel").

Gut gemeint, Dr. Feldmann! Doch: wann merken Sie endlich, daß der Mißgriff kein Mißgriff war, sondern der Versuch, die Bevölkerung vorsätzlich daran zu gewöhnen, daß die bürgerliche Klassenjustiz Recht hat, wenn sie sich's zu nehmen gedenkt! ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Verhandlung ausgeschlossen!



Klassen-Justiz – Festung Stammheim

sache für den schlechten Gesundheitszustand der Angeklagten.

Dem Hungerstreik kommt hingegen nur sekundäre Bedeutung zu.

Die Angeklagten müssen nach Auffassung der Ärzte einer Behandlung unterzogen werden, wenn sich ihr Gesundheitszustand bessern soll. Das ist aber nicht möglich, wenn die Hauptverhandlung weitergeführt wird.

Aus ärztlicher Sicht: Drei Jahre U-Haft sind genug!

Die Gutachter sehen als weitere wichtige Ursache für den katastrophalen Zustand der Angeklagten die lange Haftdauer von nunmehr über drei Jahren.

Sie fordern die Aufhebung der jetzigen Haftbedingungen, wenn sich die Gesundheit der Angeklagten bessern soll!

Auch dies widerlegt das ewige Gerede der Staatsschutzbehörden, den Gefangenen gehe es blendend.

Entgegen den neugeschaffenen Gesetzen: Ausschluß aus der Hauptverhandlung!

Mit der Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Strafprozeß-„Reform" wurde die Möglichkeit geschaffen, eine Verhandlung ohne den Angeklagten durchzuführen, wenn dieser „wissentlich" seine Verhandlungsunfähigkeit herbeigeführt hat.

Generalbundesanwalt Buback behauptet nun frech, das sei bei den Gefangenen der Fall.

In einer Stellungnahme zu den verschiedenen ärztlichen Gutachten meint dieser Herr auf Anweisung des BKA, wenn der Hungerstreik eine unter mehreren Ursachen für die schlechte Gesundheit der Gefangenen sein könne, so reiche das zur Anwendung der Ausschlußbestimmung aus.

Demgegenüber haben die Gutachter festgestellt, daß die lange Haftdauer und die Isolation die vorrangigen Ursachen sind! Aber das schert Buback nicht. Hauptsache, die Show läuft weiter.

Man braucht das Stammheimer Spektakel noch.

Selbst die Sondergesetze, die extra für diesen Prozeß geschaffen wurden, reichen heute der herrschenden Klasse nicht mehr aus. Der Abbau demokratischer Rechte beschleunigt sich zusehends. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Köln:
Prozeß gegen vier

Köln:

Prozeß gegen vier türkische Antifaschisten

Mitte September begann in Köln unter Vorsitz des Richters Somoskoey der Prozeß gegen Ö.Özerturgut, H.Yourtas, Y.Urgulu und M.Tutgun. Der Vorwurf der Anklage lautet, sie seien Mitglieder einer „kriminellen Vereinigung", nämlich der PEF („Patriotische Einheitsfront der Türkei"). Für den Prozeß sind 30 (!) Verhandlungstage festgesetzt.

„Kriminell" ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft an der PEF, daß sie das Ziel verfolge, auf dem Weg eines gewaltsamen bewaffneten Umsturzes in der Türkei eine Volksrepublik nach „maoistischem" Vorbild zu errichten. Die Angeklagten sollen zur Unterstützung dieses Ziels Waffen für den Kampf in der Türkei beschafft und Sabotageakte geplant haben.

Die „Beweis"mittel

Das Hauptbelastungsmaterial sind – neben Angaben des türkischen Geheimdienstes MIT – linke Schriften, die bei den Angeklagten gefunden wurden. So die chinesische Publikation „Tunnelkrieg", ein Artikel aus der „Peking Rundschau", Lenin „Über die nationale Befreiungsbewegung" usw. Schon aus diesem „Beweis"material geht hervor, daß hier eine linke Organisation und ihre Mitglieder kriminalisiert werden sollen.

Die ersten Verhandlungstage

Während des bisherigen Prozeßverlaufes machte der berühmt-berüchtigte Richter Somoskoey seinem Namen alle Ehre.

- **Anträge, die 17-monatige U-Haft (davon zwei Monate auf Anordnung Somoskoeys in totaler Isolation) endlich zu beenden, wurden ignoriert.**
- **Die Angeklagten durften nicht zusammenhängend zur Anklageschrift Stellung nehmen. Auf verschiedene Befangenheitsanträge gegen Somoskoey wurde ihnen einfach das Wort entzogen und der Ausschluß vom Prozeß angedroht.**
- **Als Özerturgut forderte, daß das Programm der PEF verlesen werde drohte Somoskoey wiederum mit Verfahrensausschluß.**

Die „Beweisaufnahme" des Richters an den ersten beiden Verhandlungstagen war dann auch recht absonderlich. Zuerst wurden die Kontoauszüge von H. Yourtas vorgelesen, eine Erklärung dafür konnte nicht einmal Somoskoey geben. Anschliessend wurden Auszüge aus der Zeitschrift „Aidinlik" mit dem Titel „Die politische Lage in der Türkei und in der Welt seit dem 12.3.71" vorgelesen. Von dieser Schrift in türkischer Sprache hatte das Gericht von einem Professor Götz die „angestrichenen Stellen" übersetzen lassen. Den Antrag des Verteidigers, den gesamten Text vorlesen zu lassen, lehnte Somoskoey mit der Begründung ab, dieser sei nicht übersetzt worden. Als er belehrt wurde, daß es den Text seit 1971 in deutscher Übersetzung gebe und der Verteidiger ihn auch dabei habe, beeindruckte dies Somoskoey ebensowenig wie die Tatsache, daß dieser Text selbst in der Türkei frei vertrieben werden kann.

Das dritte „Beweisstück" war ein Text „Über den Weg der türkischen Revolution". Diese Verlesung ging für das Gericht „enttäuschend" aus. Özerturgut erklärte dazu, daß der Text beweist, daß die PEF keine anarchistischen Anschläge befürwortet, sondern die Meinung vertritt, daß nur durch die Massen der Faschismus in der Türkei gestürzt werden kann.

Danach wurde der Prozeß erstmal vertagt. In den noch folgenden 28 Verhandlungstagen wird man noch auf allerhand Überraschungen gefaßt sein müssen.

Die PEF-Illegalisierung ist von langer Hand vorbereitet

Das Verbot der palästinensischen linken Organisationen GUPS und GUPA 1973 war der erste Schritt in der Kriminalisierung und Illegalisierung fortschrittlicher ausländischer Organisationen. Das planvolle und langfristige Vorgehen zeigen auch einige Beispiele aus der Vorgeschichte der PEF–Illegalisierung:

- Ende August 72 wurde Necati Mert, einem führenden Mitglied der ATÖF (türkische Studentenförderation) eine *„Beschränkung der Duldung"* in der BRD auferlegt. Die Behörde dazu: *„Als aktives Vorstandsmitglied einer Organisation, die beschuldigt wird (!?), die freiheitlich-demokratische Rechts- und Staatsordnung der BRD zu gefährden, mißbraucht er das ihm gewährte Gast- und Aufenthaltsrecht ganz erheblich (?)."*
- Im Juni 73 wurde verhafteten türkischen Kollegen in erster Linie vorgeworfen, *„Propagandamaterial... zum Zwecke der Verbreitung in der Bundesrepublik"* mit sich geführt zu haben!! (Ermittlungsrichter Seelkopf vom Amtsgericht Hof).
- November 73: Ein Agent des türkischen Geheimdienstes MIT biederte sich dem Kollegen Himmet Subasi an und bat ihn – „aus patriotischer Pflichterfüllung" – einige Pakete Bücher in die Frankfurter Buchhandlung Libresso zu bringen. Beim Einladen schob er ihm heimlich Waffen unter, die dann prompt von den Bullen „gefunden" werden.
- Am 4. Mai 74 wurden die vier Antifaschisten, die jetzt in Köln vor Gericht stehen, verhaftet.
- Einen Tag später wurde in Hamburg Danis Neset von türkischen Faschisten unter Duldung der westdeutschen Polizei ermordet. Die Mörder und ihre Komplizen sind bis heute nicht bestraft worden!
- Der Prozeß gegen Subasi und Dagyeli (dieser sollte im Libresso die „Bücher" entgegennehmen) endete im Februar 75 mit Freispruch vom Vorwurf der kriminellen Vereinigung (auch in diesem Prozeß war den beiden türkischen Kollegen Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", der PEF, angelastet worden. „Kriminell" sollte die PEF eben wegen des „Waffenbesitzes" von Subasi und Dagyueli sein). Der Freispruch davon erfolgte, als nicht mehr zu vertuschen war, daß die Waffen untergeschoben worden waren. Verurteilt wurden die Genossen trotzdem noch zu sieben Monaten wegen *„unerlaubten Waffenbesitzes, Urkundenfälschung und Vorbereitung eines Explosivverbrechens"* („FR", 21.2.75).

Bei ihrem Vorgehen gegen fortschrittliche Ausländerorganisationen stützen sich die Behörden auf das reaktionäre Ausländergesetz und die Hetze in der bürgerlichen Presse. Wir sehen es als wichtige Aufgabe der fortschrittlichen westdeutschen Menschen an, diese Vorgehensweise zu entlarven und die ausländischen Kollegen in ihrem Kampf in der BRD zu unterstützen. ●

IKAH Hamburg
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Mitbestimmung? / Chemie-Tarifrunde '71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß / Volkskrieg und politische Lösung / Zur Kritik der RAF 15 Jahre KPD-Verbot / Aktionseinheit zur Metalltarifrunde '71 – Verlauf der Aktionseinheit / Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse. u.a.
62 Seiten DM 2,–

Spitzelei gerichtlich abgesegnet!

Heimlich von Spitzeln fotografierte Demonstranten dürfen sich nicht durch Vernichtung des Filmes wehren. Das entschied Anfang September der Bundesgerichtshof und bestätigte damit die Verurteilung mehrerer Studenten wegen „Unterschlagung"
Die angeklagten Studenten hatten an einer Demonstration teilgenommen und dabei einem fotografierenden Popo einen Koffer abgenommen, in dem eine Kamera und andere Gegenstände waren. Die politische Polizei hatte das Fotografieren damit begründet, daß sie Studenten ermitteln wolle, die früher Vorlesungen „gestört" und Parolen auf Wände gemalt hätten.

Was Fotos von Hunderten von Demonstranten mit der Aufklärung solcher „Verbrechen" zu tun haben kann, ist vom Gericht mit großer Offenheit klargestellt worden: Zu Beginn der Ermittlungen (!) *„werde die Untersuchung oft weit gestreut und auf Personen ausgedehnt, die alsbald als Beschuldigte ausscheiden."* („FAZ", 12.9.75)

Im Klartext: **Alle Linken, alle Demonstranten gehören zum Kreis derer, die politischer Straftaten verdächtigt werden können und besitzen daher kein Recht auf ihr eigenes Bild! Wer demonstriert, der muß sich gefallen lassen, polizeilich überprüft zu werden. Damit ist auf einem weiteren Teilbereich die völlige Entrechtung der fortschrittlichen Opposition abgesichert, die Unanwendbarkeit des bürgerlichen Rechts auf Linke erneut bestätigt.**

Entsprechend zynisch ist die juristische Begründung dieses Urteils: Für Teilnehmer an öffentlichen Versammlungen sei eine „gewisse Einschränkung des Rechts am eigenen Bild" gegeben, der Zweck der Aufnahme sei entscheidend!

Das Gericht stützt sich dabei nicht auf das Grundgesetz, sondern auf das „Kunsturheberrecht" (!), das eine Abbildung von Versammlungen usw. zulasse! Wer Angst habe, in eine Demonstrantenkartei zu geraten, so rät das Gericht, könne sich ja auf dem Verwaltungsgerichtswege dagegen wehren!

Anders hatte das Gericht jedoch entschieden, als sich ein Arzt, der Verbrechen während des Faschismus verdächtig war, sich dagegen gewehrt hatte, daß man ihn fotografierte. Diese Aufnahme hatte natürlich das „Persönlichkeitsrecht" des Altnazis verletzt.

Ein Lichtblick bleibt jedoch: Das Gericht schloß nicht aus, daß „Putativ-Notwehr" (vermeintliche Notwehr) vorgelegen haben könnte, falls die Angeklagten angenommen hätten, die Aufnahmen hätten von ihnen nicht geduldet werden müssen . . .

. . . und fleißig praktiziert!

Acht Kripobeamte fotografierten auf einer Bürgerversammlung in Biblis sämtliche Teilnehmer. Die Versammlung war von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) einberufen worden, um den Widerstand der Bevölkerung gegen die Erweiterung des Kernkraftwerks Biblis um zwei weitere Blöcke zu testen und abzutöten. Als die Spitzelei während der Versammlung aufflog, verließen zwei Drittel der 700 Versammelten den Raum. Auf den öffentlichen Skandal hin erklärte der hessische Innenminister Bielefeld, die Popos hätten „Gesamtübersichten" angefertigt, da zu erwarten gewesen sei, daß die Versammlung umfunktioniert würde.

Es habe sich also um eine vorbeugende „Schutzmaßnahme" gehandelt. Eine Entwicklung wie in Wyhl müsse verhindert werden. Die weiteren Mittel dazu: die RWE hatte die ganze Diskussion auf Tonband genommen, und im Nebenraum der Versammlung warteten 40 Bullen auf ihren Einsatzbefehl. ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe) Hamburg

Berufsverbot für jungen Rechtsanwalt geplant!

Ein Jurist in Frankfurt, der nach bestandenem zweiten Staatsexamen Rechtsanwalt werden will, soll – wenn es nach dem Willen der Frankfurter Anwaltskammer geht – nicht zur Anwaltschaft zugelassen werden. Diese Versagung der Zulassung käme einem Berufsverbot gleich.

Die Frankfurter Anwaltsfunktionäre begründen das damit, daß der zukünftige Anwalt angeblich des Anwaltsberufes „unwürdig" sei. Grund für diese Vermutung: der angehende Anwalt sei angeblich nicht bereit, *„die rechtsstaatlichen Prinzipien anzuerkennen".*

Die Befürchtungen der Frankfurter Verfassungshüter gründen sich auf folgenden lächerlichen Vorfall: der Betroffene hatte als Referendar in seinem Auto einige Hausbesetzer mitgenommen. Diese Hausbesetzer hatten Plastiktüten dabei, in denen Molotow-Cocktails waren.

Der angehende Rechtsanwalt soll jetzt also des Anwaltsberufes „unwürdig" sein, weil er 1. die Plastiktüten nicht beschnüffelt hat, bevor er die Genossen mitnahm und 2. weil er die Hausbesetzer nicht sofort, nachdem er von den Molos erfuhr, aus seinem Auto rauswarf, sondern erst 300 - 500 m später und weil er 3. wegen seiner Mitfahrer sogar einen Umweg in Kauf genommen hat.

Das ist nun wahrlich ein sehr „unwürdiges" Verhalten!

Die Frankfurter Anwaltskammervorsteher sollten sich mal besser Gedanken über die „Unwürdigkeit" der Westendspekulanten machen! ●

IKAH Hamburg (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Faschistische Freiheitsgestaltung

Zwei dpa-Meldungen der ersten Oktoberwoche werfen ein bezeichnendes Licht auf die herrschende Klasse, die sogenannten „feinen Kreise":

In den USA zirkulieren seit einiger Zeit sogenannte „Metzelfilme", Pornostreifen, die mit (gestellten) Ermordungen und Zerstückelungen von Menschen enden! Als „Vorbild" dienen anscheinend die rituellen Morde der „Manson-Family", die vor einigen Jahren in Los Angeles mehrere Menschen, darunter die schwangere Schauspielerin Sharon Tate, bestialisch ermordet hat.

Nun haben sich anscheinend Leute gefunden, die mit derart verfilmten Scheußlichkeiten auch noch Profit machen. **In einem dieser Filme soll die „Hauptdarstellerin" sogar t a t s ä c h l i c h umgebracht und zerstückelt worden sein!**

> **Porno-Film mit wirklichem Mord?**
>
> NEW YORK, 2. Oktober (dpa). Die amerikanische Bundeskriminalpolizei FBI fahndet nach den unbekannten Hintermännern, die in geheimen gutorganisierten Privataufführungen einen Pornofilm zeigen ließen, der auch einen wirklich verübten Mord und die Zerstückelung einer Schauspielerin darstellt. Die Zuschauer sollen bis zu 200 Dollar gezahlt haben, um den gefilmten Mord sehen zu können, berichtet der leitende Kriminalbeamte Jose[...] Ho[...] von der New [...]

Aus welcher Klasse die Abnehmer solcher Filme kommen (200 Dollar kostet der Eintritt!), geht aus einer „FAZ"-Notiz vom 3.10.hervor: *„Es sei zwar kaum begreiflich, meinte (Polizeisprecher) Homann, daß es einen Markt für solche Filme gebe – wenn das aber ist, dann könnt ich mir vorstellen, daß die Käufer dieser Sachen, bedenkt man den Preis, aus wohlhabenden Kreisen kommen."*

Daß schon eine ganze Reihe solcher Filme kursieren, zeigt, in welcher perversen Verkommenheit sich diese „feine Gesellschaft" schweinigelt. Die Verbrechen und Foltermethoden, die sie z.B. in Chile, Brasilien und Vietnam zu verantworten haben, führen sie sich jetzt noch im Privatkino vor!

Allerdings steht die US-Bourgeoisie mit derartigen Bestialitäten nicht allein da: *„36 Stunden lang haben drei Söhne der römischen Oberschicht auf bestialisch-sadistische Weise zwei Mädchen im Alter von 17 und 19 Jahren in einer abgelegenen Villa am Meer gequält. Die 19-jährige wurde schließlich in einer Badewanne ertränkt. Die 17-jährige rettete ihr Leben schließlich dadurch, daß sie sich tot stellte"* (dpa, laut „Pinneberger Tageblatt", vom 4.10).

Besonders aufschlußreich ist die Charakterisierung von 2 der 3 Mörder, die gefaßt worden sind: *„Bei ihrer Verhaftung lachten sie nur. Es sind verwöhnte Söhne der reichen römischen Bürgerschicht, die neofaschistischen Terrororganisationen angehören (!!).*

Die Jugendlichen vertreiben sich in dem Luxusviertel ihre Tage müßiggängerisch in den Cafes, mit ihren Sportwagen und Motorrädern und erproben ihre Männlichkeit (?) in Karate-Schulen."

Hier finden sich Schmarotzertum der Imperialistenklasse und die Verbindung von Kapitalistenklasse und faschistischen Organisationen anschaulich zusammen!

Dem ganzen setzt dann aber noch die bürgerliche Presse die Krone auf. Abschließend heißt es in der Meldung nämlich: *„Sie* (die Täter, Anm. d. Red.) *lieben die Gewalt um der Gewalt willen. Die neofaschistische Ideologie ist nur ein Alibi (!)."*

Die bürgerliche Presse fühlt sich also verpflichtet, die Faschisten vor ihren typischen Vertretern in Schutz zu nehmen! Meldungen wie diese beiden bestätigen – im kleinen – nur noch einmal:
Vom Imperialismus hat die Arbeiterklasse in der ganzen Welt letztlich nur eines zu erwarten: bestialische Unterdrückung und mörderischen Terror, wie er in Chile, Brasilien und anderen Ländern bereits heute tagtäglich praktiziert wird. ●

Ein Genosse aus Hamburg/Pinneberg

> **● Mädchen starb ● bei blutiger ● Gewaltorgie**
>
> **Freundin rettete sich, indem sie sich tot stellte**
>
> **R o m (dpa). 36 Stunden lang haben drei Söhne der römischen Oberschicht auf bestialisch-sadistische Weise zwei Mädchen im Alter von 17 und 19 Jahren in einer abgelegenen Villa am Meer gequält. Die 19-jährige wurde schließlich in einer Badewanne ertränkt. Die 17jährige [...] ihr Leben dadurch, daß sie** schließlich in Rom aus seinem schrecklichen Gefängnis befreit werden.
>
> Zwei der Täter wurden gefaßt. Bei ihrer Verhaftung lachten sie nur. Es sind verwöhnte Söhne der reichen römischen Bürgerschicht, die neofaschistischen Terrororganisationen angehö[...] [...]gendlichen vert[...] [...]xusviert[...]

Itzehoe:

HIAG-Treffen nach Protesten abgesagt

Zum 4.10.1975 hatte die HIAG („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit") – eine Nachfolgeorganisation der Waffen-SS – ein Treffen anläßlich ihres *„25jährigen Bestehens"* im norddeutschen Raum vorgesehen.

Das Treffen, zu dem 500 Einladungen verschickt worden waren, sollte unter dem Motto: *„Blick zurück im Stolz"* (!) stattfinden. Das Programm sah folgende faschistische Schweinereien vor: Die „Begrüßungsrede" sollte der ehemalige Standartenführer und jetzige Generalmajor a. D. Otto Kumm halten. Danach sollten „verdiente Kameraden" geehrt, das „Treuelied" gesungen und ein Fackelzug veranstaltet werden!

Organisatoren dieser Veranstaltung waren Vertreter der Itzehoer Bourgeoisie – z. B. Tabakwarengroßhändler Rolf Öhlrich – sowie der CDU-Bürgervorsteher und HIAG-Mitglied Otto Eisenmann.

Diese faschistische Provokation war Anlaß für ein Aktionseinheitstreffen antifaschistischer Organisationen, zu dem die Itzehoer VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) aufgerufen hatte. Bezeichnend für den inhaltlichen Stand der VVN war allerdings, daß auch die CDU (Otto Eisenmann etwa ??!!) und die JU eingeladen worden waren. Der Kommunistische Bund wurde demgegenüber „vergessen".

Die Bildung einer Aktionseinheit, d. h. ein Zusammenschluß aller ehrlichen antifaschistischen Kräfte, scheiterte jedoch. Wie kam es dazu?

Insgesamt folgten ca. 30 Vertreter verschiedener Organisationen dem Aufruf. Unter anderem waren anwesend: VVN, DKP, SPD, SDAJ, christliche Pfadfinder, SV-Vertreter, Gewerkschaftsjugendgruppen etc. Der Kommunistische Bund nahm an dem Gespräch teil.

Wir hatten eine Resolution vorbereitet, in der wir alle anwesenden Organisationen aufforderten, einmal auf die Stadtverwaltung zu drängen, die Veranstaltung zu verbieten, und zum anderen eine Gegenveranstaltung gemeinsam durchzuführen. Wir brachten unsere Resolution nicht ein, weil wesentliche Teile in einer vorgelegten Plattform der VVN enthalten waren und sich zeigte, daß diese Plattform ausgebaut werden konnte.

Die DKP schlägt nach links ...

Nachdem nun munter inhaltlich diskutiert worden war, ging es darum, den erreichten Gleichstand praktisch und formal festzumachen. Allerdings arbeitet die DKP ja nicht mit kommunistischen Organisationen zusammen (These 41 der DKP) ... So gingen die Revisionisten dann auch mit üblen Provokationen und Tricks vor, um den KB herauszuspalten.

Nachdem ein KB-Vertreter auf die Rolle der bürgerlichen Parteien in der beschleunigten Faschisierung eingegangen war, sagte ein DKP'ler sinngemäß:

Der „KB-Nord" stelle die SPD als Partei hin, die dem Faschis mus den Weg bereite (richtig!) und das Grundgesetz werde als Instrument dargestellt, welches den Faschismus zuließe. Diese Standpunkte seien verwirrend und reaktionär (?). Dadurch, daß der KB das meine, stehe er mit „am Rande" faschistischer Organisationen (!). Der KJA-Vorsitzende unterstützte den DKP'ler. Er warf die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" des DGB in die Diskussion und stellte fest, daß eine gemeinsame Aktion mit dem KB für ihn nicht in Frage käme. Es schlossen sich noch etliche unsachliche Angriffe gegen den KB an. Es ging im wesentlichen nicht mehr um die Verhinderung der Faschistenveranstaltung, sondern um die Rausspaltung des „KB-Nord".

Danach zeigte sich eine Polarisierung innerhalb der AE: Auf der einen Seite die Revisionisten und ihre Mitstreiter (VVN, SPD und Gewerkschaftsgremien) und auf der anderen Seite Kräfte, denen es vorrangig um die Verhinderung der faschistischen Provokationen ging.

Da inhaltlich nichts weiter erreicht werden konnte, mußte man mit den übelsten, undemokratischsten Tricks auffahren: Die DKP stellte den Antrag, daß alle eingeladenen Gruppen ein Komitee bilden. Der KB war zwar nicht eingeladen, aber wir erklärten uns bereit, ebenfalls mitzumachen. Daher der zweite Vorschlag der DKP, wonach „sechs Vertreter politisch repräsentativer Gruppen" ein Komitee bilden sollten. Auf die Frage, warum gerade sechs ... „Mehr als sechs sind arbeitsunfähig und ich schlage vor, daß je ein Vertreter der SPD, DKP, SV, Betriebsrat, Gewerkschaft und VVN dieses Komitee bilden und ein Flugblatt erarbeiten ..."(DKP'ler).

... und wird selbst getroffen ...

Nun mußte auch der SPD'ler ein Wörtchen sagen: Es ginge „leider" nicht, daß die SPD ein Flugblatt mit der DKP gemeinsam unterschreibe ...

Nun hatte die DKP zur Verteidigung der Sozialdemokratie so schön auf die antikommunistische Tonne geschlagen und bekam als Dank – einen Tritt von der SPD! Das Verhalten der DKP zeigt mal wieder anschaulich, daß es diesen Leuten nicht darum geht, eine wirklich breite Aktionseinheit mit allen demokratischen und kommunistischen Kräften aufzubauen. Dies zeigten u.a. die weiteren Aktivitäten: Einzig und allein rief der VVN zu einer Kundgebung auf.

Diese Kundgebung („Gemeinsam gegen rechts – Freiheit für Spanien") war vorgesehen im „Prinzeßhof". Die VVN ließ entsprechende Aufrufflugblätter drucken und verteilen.

Einen Tag vor der Kundgebung jedoch zog die Ordnungsbehörde die erteilte (mündliche) Genehmigung zurück und genehmigte alternativ eine Kundgebung auf dem Malzmüllerwiesen. Durch dieses Vorgehen erreichte die Stadt ihren Teil zu einer Demobilisierung. Der „Erfolg" war, daß nur ca. 60 Menschen der Kundgebung des VVN beiwohnten.

Erfolgreiche Veranstaltung

Die Itzehoer KB-Sympathisanten riefen demgegenüber zu einer Veranstaltung auf, an der ca. 40 Leute teilnahmen. Es wurden Referate gehalten, über die verstärkt aufkeimende faschistische Gefahr diskutiert und klargemacht, wie notwendig demgegenüber eine verstärkt aufzunehmende antifaschistische Arbeit ist. Spontan wurde eine Geldsammlung für drei zu Geldstrafen verurteilte Eutiner Antifaschisten durchgeführt, die DM 185 (!) ergab.

Weiter so !

Als Folge dieser antifaschistischen Aktivitäten hatte die HIAG inzwischen das SS-Treffen abgesagt. ●

KB-Sympathisantengruppe Itzehoe

Menschenjagd in Bochum

Bochum, 18.9.75, 1,00 Uhr: die Beamten eines Sonderfahndungskommandos suchen nach „einem Mann mit heller Jacke". Bei der Fahrt durch die Stadt sehen sie einen. Sie halten an, springen aus dem Wagen und feuern 27 Schüsse auf ihn ab. Zwei Passanten bekommen Streifschüsse ab. Andere, die dem Verletzten Hilfe leisten wollen, werden durch Faustschläge daran gehindert.

Im Krankenhaus verlangen die Bullen vom Arzt, vor der Operation eine Blutprobe zu nehmen!!! Als er dies ablehnt, verlangen sie, daß er wenigstens Fingerabdrücke machen läßt! Dies Ansinnen allein kommt schon einem Mordversuch sehr nahe!

Die Mordkommission lügt obendrein der Ehefrau des Opfers vor, ihr Mann habe (mit seiner Gaspistole) zuerst geschossen. Zeugen, die das Gegenteil beobachtet haben, werden von vornherein als unglaubwürdig und das Verhalten der Beamten als korrekt bezeichnet.

Zu dumm, daß der Leiter der Mordkommission (Bochum) am 18.9.1975 keine helle Jacke trug! ●

Initiativkomitee Arbeiterhilfe, Hamburg

ANZEIGE



Offene Förderung der Faschisten durch den Staat

Im September 1975 beschloß das Düsseldorfer Finanzministerium, der NPD zuviel erhaltene 174.000 DM an Wahlkampfkostenerstattung großzügig zu stunden: Nachdem die NPD 24.000 DM schon bezahlt hatte, soll dieser „Restbetrag" nun als zinsloses Darlehen in monatlichen Raten von 750 DM zurückbezahlt werden.

Dies bedeutet, daß die NPD im Herbst 1994 (!) diese Schuld abbezahlt haben könnte.

Ein Bankkredit in derselben Höhe würde allein an monatlichen Zinsen mindestens 1.500 DM kosten; der Beschluß des Finanzministeriums ist also tatsächlich ein großzügiges Geschenk für die Faschisten! Noch im Herbst 1974 hatte der niedersächsische Landtag es mit der Androhung einer Klage durchgesetzt, daß die NPD die damals zuviel erhaltenen 205 000 DM innerhalb eines Monats (!) zurückzahlte („FR", 22.10.74 und 7.11.74).

Die jetzt erfolgte „Finanzspritze" für die NPD ist aktuell wohl unter dem Gesichtspunkt zu sehen, daß die Bourgeoisie zum jetzigen Zeitpunkt, besonders angesichts der Kandidatur von „NPD/Vereinigte Rechte" zu den Bremer Wahlen im September 75 und ihren Vorbereitungen auf die Bundestagswahl 76, nicht auf die NPD als eine Variante im Konzept der Faschisierung verzichten will.

Abgesehen davon, daß die Faschisten auch über Vertriebenenverbände, dubiose Kulturvereinigungen, Jugendverbände etc. laufend mit staatlichen Geldern gefördert werden, ist es doch erschreckend, wie offen – und ohne irgendwelche Proteste etwa aus dem „liberalen Lager" – die Bourgeoisie dabei vorgeht.

Ähnlich großzügige Kreditverhandlungen, wenn es sich um Faschisten handelt, sind in der BRD durchaus nicht ungewöhnlich: Die Stundung der Milliardenkredite an die chilenische Junta durch die BRD-Imperialisten ist ein weiteres Beispiel dafür, daß unter Freunden alles möglich ist, wenn gemeinsame Interessen auf dem Spiel stehen.

Zinslose Darlehen – wie jetzt an die NPD – sind sonst auch nur unter Freunden üblich. ●

Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Zukunftsweisend:

Mietvertrag nur bei „aktivem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung"

Nicht nur beim Zugang zum öffentlichen Dienst soll in Zukunft der „Radikalenerlaß" angewandt werden, sondern selbst schon bei der Erteilung von Wohnerlaubnis in Studentenwohnheimen. Wie die Zeitschrift „päd-extra" in ihrer Ausgabe 13/14-75 berichtet, baut die CDU über ihre „Hermann Ehlers-Stiftung" zur Zeit ein Studentenwohnheim in Osnabrück für Studenten, „die den Rechtsstaat bejahen". Bei der Grundsteinlegung führte der Altfaschist und jetzige Bundestagsvizepräsident von Hassel aus, daß in diesem Heim nur Studenten Aufnahme finden werden, die den Kriterien für „Staatstreue" entsprechen, so wie sie im sogenannten „Ministerpräsidentenbeschluß" festgelegt sind.

Daß es sich hier nicht um ein Vorpreschen der CDU handelt, wird daran deutlich, daß die SPD/FDP-Landesregierung von Niedersachsen die Errichtung dieses „braunen Hauses" finanziell unterstützt. Dabei dürften SPD- und FDP-Studenten wohl schwerlich in größerer Zahl die „Loyalitätsprüfung" bei der Aufnahme in dieses Haus bestehen, wie die zunehmenden Berufsverbote selbst gegen SPD- und FDP-Linke zeigen.

Mit dem Bau solcher Studentenwohnheime soll offenbar die Schlagkraft und der Einfluß reaktionärer Studentengruppen an den Universitäten massiv gestärkt werden, denn trotz der vielbeschworenen „Tendenzwende" ist es bislang den Rechten an den Universitäten noch nicht gelungen, den großen Durchbruch zu erreichen und die Masse der Studenten für die Unterstützung des westdeutschen Imperialismus zu mobilisieren.

Man versucht jetzt, wie dieses Beispiel zeigt, unter Ausnutzung der materiellen Notsituation vieler Studenten – die Mieten für Studentenbuden auf dem freien Markt steigen ständig und liegen jetzt bereits bei 200 DM für einfache Zimmer – die Unterstützung für diesen Staat und diese Gesellschaftsordnung zu erpressen.

Der nächste Schritt ist bereits absehbar: Gewährung aller Studienbeihilfen nur bei *„aktivem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung"*.

Ein Schritt in diese Richtung ist bereits getan: die SPD-eigene „Friedrich Ebert Stiftung" gewährt Studienunterstützung nur bei hinreichender „Verfassungstreue"! ●

Berufsverbotekommission KB / Gruppe Hamburg

Nervenklinik Hamburg/Ochsenzoll:

Skandal – 13 Jahre ohne Grund in der Irrenanstalt

13 Jahre, einen Monat und 14 Tage saß Helene Kudwien als angeblich „Geisteskranke" in der geschlossenen Abteilung der Nervenklinik Hamburg-Ochsenzoll.

Wie der „Stern" vom 9. Oktober 1975 darstellt, ist Helene K. aufgrund einer Verwechslung am 21. März 1958 von einer Polizeistreife kontrolliert worden und (wie der Polizeimeister Hans K. im Protokoll vermerkte) *„wegen Bewußtseinsstörung und Verwirrung"* vorläufig festgenommen worden.

Der Notdienstarzt verfügte auf Wunsch der Polizei per Telefon (!!) eine Einweisung, *„die auch gegen den Willen der Patientin zu ihrem eigenen Schutz erfolgen"* muß.

Noch am gleichen Abend wird Helene K. nach Ochsenzoll gebracht. Der Stationsarzt Dr. Erdmann begründete die Zwangseinweisung so: *„Es handelt sich bei ihr um eine mit Wahnideen einhergehende Psychose"*.

Als Helene K. nicht aufgibt gegen die Freiheitsberaubung zu protestieren, bescheinigt der Anstaltsarzt Dr. Hatlich in einem Schreiben an die Gesundheitsbehörde: **„Patientin zeigt nach wie vor keine Krankheitseinsicht (!!), so daß wir um Aufrechterhaltung der Unterbringungsverfügung bitten müssen".**

Das ist die übliche bürgerliche Anstaltslogik – entweder einer ist bereit einzugestehen, daß er „verrückt" ist, dann gehört er in jedem Fall in die Anstalt, oder einer ist nicht bereit dazu, dann ist er „renitent", „uneinsichtig" und „gemeingefährlich" und gehört gar in eine geschlossene Abteilung der Anstalt – nach Möglichkeit noch unter Drogen, in Zwangsjacken etc. Als im Juli 1958 von der Behörde der „Unterbringungsbeschluß" aufgehoben wird, leitet die Anstaltsleitung dies nicht an Helene K. weiter. Sie bleibt weiterhin in der Abteilung für unheilbar und gemeingefährliche Geisteskranke! Die Sozialbehörde (Träger der Anstalt Ochsenzoll) stellt nach kurzer Zeit fest, daß *„Frau Helene K. dauernd erwerbsunfähig"* sei, obwohl sie täglich in der Anstalt Betten macht, Geschirr spült etc. **Vorzeitige Rentenzahlung wird beantragt und bewilligt – nur Helene K. sieht nie einen Pfennig ihrer Rente. Das Krankenhaus kassiert das Geld für Kost und Unterbringung!**

Anfang 1959 wird wegen „Geisteskrankheit" ein Entmündigungsverfahren gegen Helene K. begonnen. Als sie bei einem Anhörungstermin die Frage, warum sie in psychiatrischer Behandlung sei, nicht beantworten kann und Ärzte und Amtsdiener auch noch als Lügner bezeichnet, wird vom Gutachter vermerkt: *„Patientin ... stellt eine Gefahr für die Öffentlichkeit dar"*. **Helene K. wird entmündigt.**

Nach fünf Jahren ist eine routinemäßige Überprüfung des Einweisungsbeschlusses fällig. Das Ergebnis ist auch nur Routine: *„Die weitere Unterbringung wird vormundschaftsgerichtlich genehmigt"*. Aus! Auf Initiative einiger Juristen und Privatpersonen wird 1971 der Fall Helene K. wieder aufgerollt.

Am 5. Mai 1971 verfügt das Amtsgericht die Entlassung. Der Beschluß ist eine Zeile lang. Eine Begründung gibt es nicht. Anfang 1975 stellte Helene K. beim Verwaltungsgericht Hamburg den Antrag auf Widerruf all der Behauptungen und Urteile, die ihr 13 Jahre ihres Lebens hinter Gittern brachten.

Bis heute hat Helene K. keine Antwort. In zweifellos berechtigter „Protestpose" fanden sich im „Stern" und auch in der „Hamburger Morgenpost" diese Vorgänge. Unerwähnt bleibt dabei, daß es dieser Fälle viele gibt (die wenigsten haben ja das „Glück" einer Helene K. und finden „draußen" jemanden, der sich für einen behördlich festgestellten „Geisteskranken" einsetzt).

Gar nicht geht die bürgerliche Presse bei ihren „sensationellen Skandalmeldungen" (die alles andere als „sensationell" sind, sondern gang und gebe westdeutscher Bullen, Amtsschimmel und Anstaltsärzte, die z.T. noch heute Schwierigkeiten haben, ihre Nazivergangenheit zu verheimlichen) auf die menschenfeindlichen Bedingungen dieser Anstalten „an sich" ein – sondern sprechen höchstens von „Menschenwürde" (wie der „Stern"), wenn ein „normaler" sich darin „verirrt".

Es war aber ja auch niemals die Aufgabe der bürgerlichen Presse, die „Skandale" mehr als an der Oberfläche darzustellen oder gar die Wurzel des Übels, daß es überhaupt Menschenanstalten hinter Gittern, mit Schlägen, Fesseln, Drogen, Strafen usw. gibt, anzuprangern! (Zur Lage der Behinderten verweisen wir auf den AK Nr. 54, S. 23). ●

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg

Krankenpflegerinnen beim DRK:

„In der großen Verantwortung vor Gott dienen und helfen"

Wer Krankenpflegerin beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) wird, bekommt vom ersten Tag an besonders reaktionäre Vorstellungen der Aufopferung eingetrichtert:

„Im Mittelpunkt der Krankenpflege steht der kranke Mensch. Mit dieser Feststellung ist bereits wesentliches über unseren Beruf ausgesagt. Das kostbarste von Gottes Schöpfungen, menschliches Leben, wird uns anvertraut und wir dürfen das unsere zu seiner Erhaltung und Bewahrung beitragen. Da mit ist uns eine große Verantwortung auferlegt, die uns jedem Kranken gegenüber bewußt sein muß und die wir letztlich vor Gott tragen. Nur wenn wir das in seinem ganzen Ernst erfassen, können wir die rechte Einstellung zu den uns anvertrauten Menschen finden, um den Hilfsbedürftigen als unserem Nächsten in täglich Neuer Hingabe zu dienen ... sei es durch ein Wort zu rechter Zeit, durch ihr tun, vor allem aber durch das Zeugnis, das sie mit ihrem ganzen Wesen ablegt." (aus „die Pflege des kranken Menschen").

Nun dürfen sich die Krankenpflegeschülerinnen in Göttingen nicht etwa dazu entscheiden, diese salbungsvolle Unterdrückung abzulehnen, das DRK besitzt dort in der Ausbildung das Monopol, d. h. es bleibt ihnen gar nichts anderes übrig als im DRK Mitglied zu sein. Damit die „große Verantwortung" und „Hingabe" an „dem kostbarsten von Gottes Schöpfungen" auch in richtiger Weise von den Krankenpflegeschülerinnen wahrgenommen wird, hat die Heimleitung in dem Schülerheim, in dem sehr viele weibliche Auszubildende wohnen, das Recht, ohne Genehmigung der Schülerinnen deren Zimmer zu kontrollieren. Während der Ausbildung führen die Stationsschwestern in Beurteilungsbögen genau Buch über das Verhalten und die Leistung der Schwesternschülerinnen. Und um das Maß voll zu machen, ist es den DRK-Schwestern sogar verboten, sich gewerkschaftlich zu organisiseren!

In einem Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts wurden die DRK-Schwestern selbst der mageren Rechte des Betriebsverfassungsrechts beraubt:

„Krankenschwestern, die einer Schwesternschaft des deutschen roten Kreuzes angehören und in einem Rot-Kreuz-Krankenhaus arbeiten, sind nicht als Arbeitnehmer anzusehen. Die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Schwesternschaft zu karitativer Arbeit verpflichteten Schwestern fallen deshalb nicht unter das Betriebsverfassungsgesetz."

Die Nächstenliebe und Aufopferung, die man gerade den Schwestern und Pflegerinnen einprägen will, gilt allerdings nicht für sie selbst. Im Gegenteil: Schwesternschülerinnen haben nur das „Recht" auf 12 Wochen krank sein während ihrer Ausbildung von 3 Jahren. Diese Regelung dient dazu, Druck auf die Schülerinnen und Schüler auszuüben und zu verhindern, daß sie ihre Krankheiten auch auskurieren. Die Arbeitskraft würde dann ja auf der Station fehlen. Ebenso wird es schwangeren Schwesternschülerinnen, die ihr Kind haben wollen, praktisch unmöglich gemacht, ihre Ausbildung zu beenden, wenn sie ihr Kind nicht völlig abschieben.

Inzwischen werden auch die Gelder für den Krankenhausbau gekürzt, Planstellen werden gestrichen und an den Göttinger Unikliniken steigt die Arbeitsfülle, neues Personal wird aber nicht eingestellt, sondern im Gegenteil: Es sind jetzt sogar Entlassungen geplant.

In dieser Situation ist die Einführung der 40-Stunden-Woche an den Uni-Kliniken natürlich ein glatter Hohn. Die Arbeitshetze ist so groß, daß die Kolleginnen nicht einmal mehr die regulären Pausenzeiten einhalten können, dazu sollen dann noch die bisherigen studentischen Sitzwachen zusammengestrichen werden.

Kein anderes Berufsbild wie das der Krankenpflegerin knüpft so unverschleiert an reaktionären Vorstellungen und an die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus an. Den Frauen, die im Gesundheitswesen arbeiten, wird ständig eingetrichtert, wie ehrenvoll und dem weiblichen Wesen entsprechend es doch ist, sich für die Patienten und die Klinik aufzuopfern. Besonders dem weiblichen Personal wird auf diese Weise zugemutet, durch ständige Mehrarbeit und dem Ruin der eigenen Gesundheit, die katastrophalen Mißstände im Gesundheitswesen der BRD auszubügeln.

Darin liegt die ganze Ideologie vom Dienen und Helfen. ●

AG Frauen
KAG Göttingen

Stade:
DKP mit Bullen Hand in Hand !

Als ich am Sonnabend, dem 13.9.75, zum AK-Verkaufen zum Pferdemarkt, einem zentralen Punkt in Stade kam, hatte die DKP dort schon einen Stand aufgebaut. Mein Stellschild zu Chile stellte ich ein paar Meter von dem Stand der DKP entfernt auf. Da waren auch schon einige DKP'ler bei mir und meinten, ich solle doch mit meinem „Scheiß am besten in die Walachei gehen" und es wäre ja wohl „eine Frechheit", mich neben dem Stand der DKP zu postieren. Auch hätten sie letztes Mal schon die Erfahrung gemacht, daß Leute, die AK kauften, eigentlich die „UZ" wollten (? ?).

Als das nicht zog, fragten sie nach meiner Genehmigung – die ich nicht besaß, in diesem Falle müsse man wohl die Polizei alarmieren, sagten einige DKP'ler.

Nachdem ich eine halbe Stunde verkauft hatte, erschien ein Streifenwagen und überprüfte die Genehmigungen – die DKP hatte ihre schon gezückt.

In meinem Falle nahmen sie die Personalien auf und erkundigten sich beim Ordnungsamt, wie die Sache rechtlich stünde. Auf meine Frage hin bestätigten die Bullen, daß sie angerufen worden sind. Währenddessen erläuterte ich Passanten, die stehengeblieben waren, was vorgefallen war.

Wenn es darum geht, „Chaoten" und „Sektierer" zu „beseitigen", ist der DKP der bürgerliche Staatsapparat gerade der „rechte" Hebel. Auch wird es der Bourgeoisie durch so ein Verhalten leicht gemacht, den Spielraum der Linken, letzten Endes auch der DKP einzuengen. ●

Ein Stader Genosse

INHALT